8c

IV/3

Krakau

Donnerstag, den 1. Juni 1944

10[30] Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Abteilungspräsident Notar Gutbrod, Baudirektor Hallbauer, Referent von Palézieux und Architekt Korinthenberg.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, in welcher Weise über ein Stofflager verfügt werden soll, das ursprünglich im Besitz der vormaligen Baudirektion gewesen ist, und welche Teile dieses Lagers für die Verwaltung der Burg zur Verfügung gestellt werden können.

Da sich in der Besprechung bei den Teilnehmern Meinungsverschiedenheiten über die Verfügungsbefugnis hinsichtlich dieses Stofflagers ergeben, weist der Herr Generalgouverneur die Teilnehmer der Besprechung an, sich durch eigenen Augenschein ein Bild von den Lagerbeständen zu verschaffen, diese genau zu überprüfen und ihm dann abschliessenden Bericht zu erstatten.

11[00] Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz.

Präsident Dr. Eichholz teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am Freitag, dem 2. Juni vormittag 11oo Uhr in der Aula der Oberschule Krakau eine Trauerfeier zu Ehren des bei Ausübung des Polizeihilfsdienstes von Mörderhand gefallenen Studienrats Dr. Hoff stattfindet, und bittet den Herrn Generalgouverneur, an dieser Trauerfeier teilzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme an dieser Feierlichkeit zu.

Präsident Dr. Eichholz gibt dem Herrn Generalgouverneur dann einen Überblick über die von der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements in der nächsten Zeit durchzuführenden Veranstaltungen. Weiter legt Präsident Dr. Eichholz dem Herrn Generalgouverneur ein Verzeichnis der Persönlichkeiten vor, die für die Aufnahme in die Gesellschaft der Wissenschaften geeignet erscheinen bzw. sich zur Aufnahme in die Gesellschaft ge-

meldet haben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den Vorschlägen einverstanden und wünscht, daß bei der Aufnahme die wissenschaftliche Tätigkeit dieser Persönlichkeiten gekennzeichnet werden möge.

Präsident Dr. Eichholz teilt ferner mit, daß von der Gesellschaft der Wissenschaften bereits eine Broschüre herausgegeben worden und eine zweite Broschüre in Vorbereitung sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Eichholz, in der Krakauer Zeitung eine Veröffentlichung über Aufbau und Arbeit der Gesellschaft der Wissenschaften in den ersten zwei Semestern erscheinen zu lassen. Im übrigen gibt er seiner Genugtuung über die bisher von der Gesellschaft geleistete Arbeit Ausdruck.

In diesem Zusammenhang bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als wünschenswert, daß die Tätigkeit der Gesellschaft der Wissenschaften sich auch auf die Distrikte erstrecken möge, und wirft die Frage auf, ob sich vielleicht die Errichtung von Aussenstellen empfehle.

Präsident Dr. Eichholz kommt dann auf die Frage der Schulbücher zu sprechen und hält angesichts der Verhältnisse im Generalgouvernement eine Vereinheitlichung des Schulbuchwesens im Generalgouvernement für unangebracht. Nach der neuerlich ergangenen Verfügung des Reichserziehungsministeriums solle ja nunmehr für alle Schulen Großdeutschlands ein einheitliches Schulbuch herausgegeben und als Grundlage für den Unterricht genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese Vereinheitlichung, die für das Schulwesen des Generalgouvernements unter keinen Umständen eintreten dürfe. Er ermächtige deshalb Präsident Dr. Eichholz, die Schulbuchpolitik des Generalgouvernements wie bisher unabhängig vom Reich zu gestalten und einen entsprechenden Vorschlag ihm einzureichen.

1.6.1944

Präsident Dr. Eichholz gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß am Ende des Schuljahres zum ersten Male die sogenannten Leistungsprüfung für die schulische Erziehung durchgeführt werde. Dafür sei eine feierliche Schlußveranstaltung in der Deutschen Kampfbahn vorgesehen, an der er den Herrn Generalgouverneur teilzunehmen bitte.

Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme zu.

Dem Vorschlag des Präsidenten Dr. Eichholz, die Bildhauer Zettlitzer und Eichler, den Vorsitzenden der Kulturkammer des Sudetengaues, bei sich zu empfangen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Präsident Dr. Eichholz gibt sodann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem unliebsamen Vorfall, der sich kürzlich in der Oberschule Krakau ereignet hat. Zu einer Turnunterrichtsstunde sei ein Referent der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht erschienen, und ein Schüler habe ihn vor der versammelten Klassenschülerschaft darauf hingewiesen, daß er sich noch nicht legitimiert habe. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, seine Zustimmung dazu zu geben, daß dieses Verhalten des Schülers aufs schärfste disziplinarisch geahndet werde.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß ein solches Verhalten eines Schülers unter keinen Umständen geduldet werden könne. Er halte es deswegen für notwendig, daß vor der gesamten Schülerschaft der Oberschule dieses Verhalten des Schülers aufs schärfste verurteilt und gegebenenfalls die zulässigen Disziplinarstrafmittel gegen ihn zur Anwendung gebracht würden. Jedenfalls dürfe ein solcher Fall sich niemals wiederholen, denn die Autorität des Staates repräsentiere sich auch in der Autorität der Schule.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Eichholz, daß die endgültige Berufung des bisherigen kommissarischen Leiters der Oberschule

Dr. Fiedler bereits vor über 1 Jahr eingeleitet worden sei. Eigentlich laufe der Ernennungsantrag schon seit Januar 1942.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Präsident Dr. Eichholz, nunmehr aus eigener Machtvollkommenheit Dr. Fiedler endgültig in sein Amt zu berufen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Berufung in das Amt vom Reichserziehungsministerium vorgenommen werde.

In diesem Zusammenhang bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als notwendig, die Frage der kommissarischen Tätigkeit leitender Beamten des Generalgouvernements einer Prüfung zu unterziehen. Er will vor allem den Zusatz " mit der Führung der Geschäfte beauftragt", den Stadthauptmann Dr. Krämer bisher noch immer neben seiner Amtsbezeichnung führt, beseitigt wissen und in dieser Beziehung ein Schreiben an Staatssekretär Dr. Bühler richten.

Der Herr Generalgouverneur gibt abschliessend Präsident Dr. Eichholz Kenntnis davon, daß bei Wehrmachtveranstaltungen im Staatstheater nunmehr jeweils 120 bis 200 Theaterplätze für andere Theaterbesucher zur Verfügung gestellt werden sollten. Bei einer Besprechung dieser Frage sei an die Schaffung eines sogenannten Abonnements E gedacht worden, für das in erster Linie junge, bildungsfähige Menschen, insonderheit junge Lehrer und Lehrerinnen in Betracht kommen sollten.

12^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Generalintendant Stampe gegen eine weitere Beschäftigung der Operettensängerin Gerti Vogt keine Bedenken geäussert habe, um so weniger, da ihm aus der Bevölkerung heraus irgendwelche Wünsche nach einer Entfernung dieser Künstlerin nicht zugegangen seien.

1.6.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß er sich nicht in der Lage fühle, von dem Tatbestand irgendwelche Kenntnis zu nehmen, ist aber im übrigen mit der von Präsident Ohlenbusch im Einvernehmen mit Generalintendant Stampe vorgesehenen Regelung einverstanden.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß am kommenden Sonnabend zum ersten Male die Aufnahme der für jeden Monat vorgesehenen politischen Parole des Generalgouverneurs stattfinden kann.

Auf Vorschlag des Präsidenten Ohlenbusch soll davon abgesehen werden, die in der Schweiz befindliche Stradivarigeige für Konzertmeister Assmann zu erwerben, da der Kaufpreis von 150 000 Frank zu hoch erscheint und fast gleichwertige Instrumente zu wesentlich niedrigeren Preisen erworben werden können.

Wie Präsident Ohlenbusch weiter mitteilt, kann das Konzert mit Werken von Richard Strauß von Chefdirigent Hindemith nicht dirigiert werden, da er sich einer Operation unterziehen muß. An seiner Stelle wird Kapellmeister Swarowski die Leitung dieses Konzerts übernehmen. - Der Vertrag mit Chordirigent Kuchenmeister soll im Einvernehmen mit Generalintendant Stampe verlängert werden.

Auf Vorschlag des Präsidenten Ohlenbusch erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß an dem antijüdischen Kongress als Vertreter der Polen ein Prälat und gegebenenfalls noch ein zweiter polnischer Staatsangehöriger, als Vertreter der Ukrainer Professor Kubijowitsch teilnehmen und evtl. das Wort ergreifen.

Ferner erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß der bisherige Intendant der Philharmonie des Generalgouvernements Hasslinde eine Stellung in der Schriftleitung der Zeitschrift "Das Generalgouvernement" erhält.

13⁰⁰ Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger und Referent von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage des Erwerbs von Stoffen für die Burg.

Freitag, den 2. Juni 1944

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Deutschen Oberschule Krakau.

11^{00} Trauerfeier für den in Ausübung seiner Polizeidienstpflicht gefallenen Studienrat Dr. Hoff.

12^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Präsidenten Dr. Senkowski und Ohlenbusch Dienstleiter Hagemeyer vom Ministerium Rosenberg, Oberregierungsrat Schneider, SS-Hauptsturmführer Ballensiefen vom Reichssicherheitsamt, ferner die Parteigenossen Dr. Walz und Gummert.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist die Vorbereitung des Antijüdischen Kongresses.

Dienstleiter Hagemeyer berichtet über die bereits für den Kongress, der in den Tagen vom 9. bis 15. Juli stattfinden soll, geleisteten Vorarbeiten und das in Aussicht genommene Programm.

Für die Fragen der Unterkunft, der Verpflegung, der für die Sitzungen des Kongresses in Aussicht genommenen Lokalitäten und der Sicherheit der Kongressteilnehmer wird Präsident Ohlenbusch im Einvernehmen mit der Leitung des Kongresses Sorge tragen.

Nach Besprechung aller Organisationsfragen gibt der Herr Generalgouverneur seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieser wichtige Kongress in der Hauptstadt des Generalgouvernements stattfinde. Er erklärt sich auch bereit, zu diesem Kongress abgesehen von den von der Leitung in Aussicht genommenen Teilnehmern von sich aus an prominente Persönlichkeiten des Reiches Einladungen ergehen zu lassen. Weiter gibt der Herr Generalgouverneur dem Wunsche Ausdruck, daß der Kongress mit einer eindruckevollen Schlußtagung in der "Urania" seinen Abschluß finden möge. Er lege dem Kongress eine ausserordentlich

grosse Bedeutung bei, da er gerade in einem Zeitpunkt stattfinden solle, in welchem die Feindpropaganda sich nicht genug tun könne, von dem kommenden Siege der interalliierten Mächte zu reden. Er halte es auch für besonders wichtig, daß 2 Angehörige des polnischen Volkstums und 1 Ukrainer an dem Kongress teilnähmen. Im ehemaligen Polen sei der Antisemitismus stets sehr stark gewesen, insbesondere in den Schichten der Arbeiter und Bauern, er habe sich leider angesichts der Bestechlichkeit der oberen Klassen nicht genügend durchsetzen können. Daher sei es besonders beachtlich, daß eine Stadt wie Krakau, die einstmals 80 000 Juden unter ihren Einwohnern gehabt habe, im Rahmen dieses Kongresses als „Antisemitropolis" bezeichnet werden könne. Es werde sein Bestreben sein, den Kongress und seine Arbeiten nach allen Möglichkeiten zu fördern.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. Senkowski und des Bereichsleiters Bodo Stahr Landeshauptmann Kate-Oberschlesien, die Oberbürgermeister Dr. Tießler-Kattowitz und Schmieding-Beuthen.

In der anschliessenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Lage des Generalgouvernements und die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung des Generalgouvernements zur Zeit zu kämpfen hat.

13^{15} Mittagessen.

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

Kammermusikabend mit Werken von Professor Dannehl im Gotischen Saal.

21^{15} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Samstag, den 3. Juni 1944

10^{30} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. von Craushaar.

Staatssekretär Koppe erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Bandenlage. In diesem Zusammenhang trifft Staatssekretär Koppe die Feststellung, daß die meisten Überfälle ohne deutsche Gegenwehr durchgeführt worden seien, weil z.B. während der Fahrt mit Personen- oder Lastkraftwagen den Vorgängen auf der Strasse von den Fahrern und dem Begleitpersonal nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt werde. Die Mannschaften hätten ihre Waffen immer wieder weder schußbereit noch im Anschlag. Er habe deshalb einen scharfen Befehl des Inhalts herausgegeben, daß jeder wegen militärischen Ungehorsams bestraft werde, der bei der Fahrt durch bandenverseuchte Gebiete die Waffe zum mindesten nicht schußbereit habe.

12^{00} Besprechung mit Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar. +)

13^{15} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe.

Rechtsrat Dr. Hammerle überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine zwischen dem Wehrkreiskommando und der Inspektion des Sonderdienstes getroffene Vereinbarung über eine Neuregelung der Verhältnisse des Sonderdienstes. Diese Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1) Der Sonderdienst ist eine aus Volksdeutschen aufgestellte Truppe. Sie untersteht unmittelbar dem Generalgouverneur.

+) siehe S.

[illegible].6.1944

2) Der Aufbau ist nach militärischen [illegible] durchgeführt. Der Einsatz erfolgt [illegible] lung verwaltungstechnischer und [illegible] Aufgaben.

3) Im Generalgouvernement befinden sich

   1) ein Sonderdienst- (Verwaltungs-) [illegible] lon mit Stab und 3 Kompanien in [illegible]

   2) ein Sonderdienstersatzbataillon in Krakau

4) Angesichts der gespannten Sicherheitslage [illegible] Generalgouvernement hat der Generalgouverneur die Aufstellung eines [illegible] bataillons verfügt, das vornehmlich zum Schutz der Landwirtschaftsführer bei der Sicherung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in bandengefährdeten Gebieten [illegible]

5) Auf Befehl des OKW unterstützt [illegible] den Wunsch des Generalgouverneurs das Wehrkreiskommando Auf- und Ausbau des Sonderdienstes personell und materiell.

6) Als Bataillons-, Kompanie- bzw. Zugführer werden ab 1. Juni 1944 auf die Dauer von 6 Monaten zum Sonderdienst kommandiert:

   a) 15 Offiziere vom Heerespersonalamt

   b) 37 Unteroffiziere und Mannschaften und zwar

      10 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis I

      7 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis II

      10 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis IV

      10 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis VIII.

7) Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres unterstehen dem Wehrkreiskommando. Dieses regelt ihren Einsatz und die weitere Unterstellung. Eine disziplina-

rische Unterstellung unter den Führer des Sonderdienstes findet nicht statt, nur eine fachliche. In Bezug auf fachlichen Einsatz sind sie an die Weisungen des Generalgouverneurs oder der von ihm beauftragten Persönlichkeiten gebunden.

8) Die rein militärische Ausbildung des Sonderdienstes leitet das Wehrkreiskommando, das die dazu erforderlichen Anforderungen unter Beteiligung der Inspektion des Sonderdienstes trifft.

9) Die Materialanforderungen richtet die Inspektion des Sonderdienstes an das Wehrkreiskommando.

10) Die ärztliche Betreuung des Sonderdienstes regelt der Wehrkreisarzt mit der Inspektion des Sonderdienstes.

Für das Wehrkreiskommando
Der Chef des Generalstabes

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden, beauftragt aber Rechtsrat Dr. Hammerle, einige von Staatssekretär Koppe gemachten Einwendungen bei der endgültigen Fassung dieser Vereinbarung nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

13^{15} Mittagessen.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

16^{30} Teempfang in Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV

3.6.1944 1

Bericht

über die Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler, die am 3. Juni 1944 in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar stattgefunden hat.

Generalgouverneur Dr. Frank: Herr General, welche Wünsche haben Sie auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie?

Generalleutnant Schindler: Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß wir im Raum sehr eingeengt sind. Es schiebt sich alles von vorn nach hinten zurück. Gleichwohl kommen noch Aufträge herein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wieviel Rüstungsfabriken haben wir im Generalgouvernement?

Generalleutnant Schindler: Ungefähr rund 100. Die Zahl der Rüstungsarbeiter variiert etwas; es sind ungefähr 185- bis 190 000 ohne die Arbeiter der Zubringerbetriebe. Neben den eigentlichen Rüstungsbetrieben gibt es noch etwa 1 200 Kleinbetriebe, die mit uns zusammenarbeiten. Nach den Befehlen, die ich habe, hätte ich auch die 1 200 Zubringerbetriebe unter meine Leitung nehmen müssen. Ich habe es nicht getan, weil es mir zuviel wird. Ich habe aber Herrn Präsidenten Dr. Emmerich gebeten, dafür zu sorgen, daß diese Betriebe eine entsprechende Förderung erhalten. In diesen Kleinbetrieben sind auch noch etwa 150 000 Arbeiter beschäftigt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wissen Sie, wieviel Fabriken wir damals hatten, als wir mit unserer Arbeit begonnen haben?

Generalleutnant Schindler: Wir haben damals mit 70 000 Arbeitern angefangen, Ich habe mich eigentlich immer ausdrücklich gegen die Zunahme der Betriebe gewendet. Es vergeht kein Tag, an dem nicht soundsoviele Werke

mich flehentlich bitten, beim Rüstungskommando beschäftigt zu werden. Zum Rüstungskommando besteht auch ein gewisses Vertrauensverhältnis; denn es tritt für diese Kleinbetriebe ein. Ich kann mich nicht dagegen wenden, daß die Firmen zu mir kommen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Unser Rüstungspotential ist also voll ausgenutzt?

Generalleutnant Schindler: Nein, leider nicht. Es ist natürlich für mich schwierig, das von mir aus durchzuführen. Ich habe mich auch in Berlin darüber beschwert, daß die Auftragsverlagerung vom Reich unseren besonderen Verhältnissen nicht angepaßt ist. So muß z.B. immer erst ein Auftrag herausgesucht werden, der für die Lokomotivenfabrik paßt. Leider hat es an einer spezialisierten Belebung unserer Fabriken gefehlt. Gleichwohl habe ich mich bemüht, die anderen Fabriken voll auszulasten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie meinen also: wenn man vom Reich mehr Verständnis für die Lage des Generalgouvernements hätte, könnte man noch mehr Aufträge ins Generalgouvernement hinein verlegen.

Generalleutnant Schindler: Eine grosse Neigung, auf das Generalgouvernement zuzugehen, besteht leider im Reich nicht. Dort kommt man immer mit den gleichen Ausflüchten. Die Herren im Reiche haben geklagt, daß sie keine Arbeitskräfte hätten. Ich habe ihnen gesagt: gebt uns doch die Aufträge herüber. Wir haben ja im Generalgouvernement noch reichlich Aufnahmekapazität. Unsere 8 000 Handwerksbetriebe werden nur zu 80% ausgenutzt; 1 600 stehen leer und sind schließlich darauf angewiesen, Schwarzarbeit zu machen. Wir haben z.B. eine Kapazität von 280 Wagen im Werke Ostrowiec, sie war aber nie höher ausgenutzt als mit 200 Wagen. Als die Fertigung etwas höher geworden war, hat man sie wieder auf 200 herabgesetzt. Natürlich hängt das auch mit unserer Preisgestaltung zusammen.

Staatssekretär Koppe: Es gibt viele Dinge, die vielleicht doch anders gestaltet werden könnten. Ich denke besonders an die Hochöfen und an die Eisenerzgewinnung. Hier wollen wir den Reichsführer SS einschalten. Ich halte es für durchaus möglich, die Eisenförderung zu vergrössern. Aber die Konzerne und Trusts sehen es nicht gern, wenn im Generalgouvernement zuviel Eisenerz gefördert wird. Leider können die führenden Männer an halbamtlicher Stelle so wirksam tätig werden, daß das einfach nicht zugelassen wird. Deswegen würde ich es für richtig halten, hier einige Staatswerke aufzuziehen, die mit diesem ganzen Interessenklüngel nichts zu tun haben. Wir errichten Hochöfen da, wo wir das für nötig halten. Die Herren Röchling und andere haben offenbar die Befürchtung, daß eine zu starke Verlagerung nach dem Osten vor sich geht.

Generalgouverneur Dr. Frank: Herr General, haben Sie das auch in Berlin vorgebracht?

Generalleutnant Schindler: Jawohl. Herr Schieber hat auch die Berechtigung der Vorwürfe anerkennen müssen, einmal des Vorwurfs, daß man von seiten des Reiches die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements nicht tatkräftig genug unterstütze, zum andern des Vorwurfs, daß die Auftragsverlagerung nicht den besonderen Verhältnissen des Generalgouvernements angepaßt sei. Auch ist der Hinweis des Herrn Staatssekretärs Koppe berechtigt, daß hier ein gewisser Egoismus im Spiele stehe. Die Leute im Reich haben offenbar das Interesse, die besseren Aufträge für sich zu behalten, für die grosse Stückzahlen in Betracht kommen, und leiten uns im allgemeinen die Aufträge zu, für die nur kleine Stückzahlen in Betracht kommen und bei deren Ausführung wir in der Fertigung auf größte Schwierigkeiten stossen, weil man zum Anlaufen solcher Betriebe gewisse Vorrichtungen und Lehren braucht und sich alles das hereinbringen lassen muß. Herr Schieber hat mir in diesem Zusammenhang erklärt, daß es

für Interessenten oft schwierig sei, ins Generalgouvernement hereinzukommen, und ihnen die Einreiseerlaubnis nicht gegeben werde. Ich habe darauf gesagt, man möge mich nur anrufen, dann würde ich sofort dafür sorgen, daß der Betreffende hereingeholt werde. Die Regierung macht mir in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten, es sei denn, daß jemand die Bestimmungen nicht beachtet hat; er muß natürlich die Erlaubnis zum Überschreiten der Grenze haben. Auch sonst macht mir die Regierung keine Schwierigkeiten. Wir kommen mit den Dienststellen der Regierung ausserordentlich gut aus. Wenn ich ehrlich sein darf, könnte ich allerdings manchmal schon eine gewisse Hilfstellung brauchen. Gerade bei der Eisensache komme ich der Industrie gegenüber nicht durch. Im Generalgouvernement fertigen wir in der Gegend von Ostrowiec und Starachowice Eisenerze, die besser sind als die Ballenstedter, unser einziges Eisenerzvorkommen. Das Eisenerz hat zwar ziemlich viel Kieselsäure, läßt sich aber zu ungefähr 30 bis 38% verhütten gegenüber einer Verhüttung von 28% des Ballenstedter Eisens. Koks brauchen wir hier wie die anderen auch. Aber wir liegen ja näher an Oberschlesien. Es hat grosse Mühe gemacht, den Hochofen von Tschenstochau in Gang zu setzen. Wenn ich nicht fünf Mal beim Wirtschaftsministerium gewesen wäre und meinen Standpunkt energisch vertreten hätte, hätte ich die Schwierigkeiten nicht überwinden können. Wir produzieren jetzt auch selber Kalk und wollen ein neues Mangan herstellen, für das ja ein neuer Engpaß entstanden ist. Allgemein kann also gesagt werden: die Leute vom Westen haben kein Interesse, daß der Osten groß wird. Aber unsere Nachbarn in Oberschlesien sind auch keine Altruisten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die verfolgen also absichtlich die Politik, daß wir mit unserer Eisenproduktion hinten-gehalten werden.

Generalleutnant Schindler: Wo ich bezw. meine Betriebsführer versuchen, die Ingangsetzung des vierten Hochofens in die Wege zu leiten, stossen wir auf Schwierigkeiten. Es geht alles zu langsam. Das ärgert einen natürlich. Wir erzeugen ungefähr 40% unseres Eisenbedarfs, und zwar in einer Menge von 10 000 Tonnen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Angenommen, wir hätten den vierten Hochofen - -

Generalleutnant Schindler: - dann hätten wir noch 6 000 Tonnen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Mit anderen Worten: wir verlieren also 6 000 Tonnen, weil dieser Hochofen nicht in Betrieb gesetzt wird.

Generalleutnant Schindler: Wir haben 3 Hochöfen in Betrieb: einen alten in Tschenstochau, der durch einen neuen ersetzt werden soll, einen in Starachowice und einen in Ostrowiec. Der alte Hochofen in Tschenstochau wird erst jetzt hergestellt. Von den 3 Hochöfen, die wir haben, kann der in Starachowice gelegene höchstens noch 4 Monate in Betrieb gehalten werden; dann fällt er zusammen. Dabei ist aber die Kapazität dieser alten Hochöfen wesentlich geringer als die eines neuen Hochofens. Sie geben nämlich nur 2 5000 Tonnen, aber ein neuer, moderner Ofen könnte die Kapazität auf 6 000 Tonnen steigern. Es muß daher unser Bestreben sein, diese alten Hochöfen möglichst in neue umzutauschen. Man hat bei leistungsfähigen Hochöfen auch den Vorteil, eine Dichtgaswirtschaft treiben zu können. Aus den Abgasen der Kohle gewinnt man ein brennbares Gas. Dieses Gas wird auch bereits benutzt, aber die Wirtschaft könnte noch lukrativer werden, wenn man 2 leistungsfähige Öfen zur Verfügung hätte. Eine Dichtgaswirtschaft im Zusammenhang mit einer Generatorwirtschaft würde für uns eine grosse Hilfe bedeuten. Hier liesse sich also etwas erreichen, und nach Möglichkeit geschieht auch schon etwas. - Unsere Absicht ist es also, 4 wirklich leistungsfähige Hochöfen zu haben. Wir brauchen 2 neue Hochöfen, den einen für Ostrowiec und den andern für Tschenstochau.

Generalgouverneur Dr. Frank: Auf welchen Stand würden Sie dann die Eisenproduktion bringen könnten?

Generalleutnant Schindler: Nun, sagen wir: auf 18- bis 20 000 Tonnen, während wir jetzt nur rund 10 000 Tonnen produzieren. Leider ist es aber so: die Leute im Reich sagen sich, wenn wir mit irgendetwas anfangen, dann müssen wir die Industrie im Generalgouvernement in der Hand haben. Sie wollen eben keine Konkurrenz aufkommen lassen und sich alles nutzbar machen, was später einmal lukrativ verwendet werden kann. Die Herrn sagen sich eben: wenn wir den Leuten im Generalgouvernement soviel Eisen in die Hand geben, dann machen sie sich unabhängig. - In der Stahlproduktion kommen wir gut vorwärts: wir werden 26- bis 30 000 Tonnen Stahl im Monat fertigen können. Im allgemeinen fertigen wir jetzt den Stahl etwa mit einem Einsatz von 70% Schrott und 30% Eisen. Von den 10 000 Tonnen, die wir z.Zt. fertigen, ist ein Teil stark kieselsäurehaltig. Die Schrottzufuhr aus Rußland ist jetzt weggefallen, und deutschen Schrott erhalten wir nicht. Ich habe mit Präsident Dr. Emmerich über diese Frage gesprochen und ihm vorgeschlagen, wir sollten doch in der Schrottsammlung etwas kurz treten, weil uns das Reich den gesammelten Schrott doch wegnähme; denn es hat uns bereits 6 000 Tonnen im Monat abgezogen. Ich habe gesagt, man solle den Schrott lieber als Reserve liegenlassen. Wir werden aber dazu kommen müssen, 30% Schrott und 70% Eisen zu verarbeiten, und das müßte mit den uns zur Verfügung stehenden Erzen auch möglich sein. Der von uns hergestellt Stahl ist anderem Stahl gleichwertig, er wird auch noch durch verschiedene Zusätze im Martinofen veredelt, er kommt dann noch in den Elektroofen, wo er ebenfalls entsprechende Zusätze erhält. Aus allen diesen Gründen dränge ich darauf, daß wir mehr Eisen erhalten, weil wir nicht genug Schrott haben.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich sehe voraus, daß eine Entwicklung unserer Rüstungsindustrie auf dem von

Ihnen beschrittenen Wege durchaus möglich wäre. Wir könnten also bei einer entsprechenden Umstellung die Eisenproduktion fast verdoppeln. - Glauben Sie denn, daß man das Reich dazu bringen kann, uns zu helfen?

Generalleutnant Schindler: Ich glaube schon. Herr Malzacker, der bei uns mit der Metallurgia-Radomsko interessiert ist, zeigt durchaus Entgegenkommen. Ich komme mit ihm gelegentlich einer Sitzung zusammen, die er für den 16. Juni einberufen hat, und habe mir vorgenommen, diese Frage mit ihm ausdrücklich zu besprechen. Ich habe über die Eisenfrage auch mit dem Minister gesprochen, und er zeigt sich im Einvernehmen mit Herrn Malzacker dafür durchaus interessiert.

Generalgouverneur Dr. Frank: Brauchen Sie noch Werke?

Generalleutnant Schindler: Ich persönlich reisse mich nicht darum.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was die Werke angeht, haben Sie also bekommen, was Sie brauchen, und zwar im Einvernehmen mit der Regierung?

Generalleutnant Schindler: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Hat die Regierung Ihnen immer die Werke gegeben, die Sie brauchen?

Generalleutnant Schindler: Es ist natürlich so: wenn ich einen Betrieb haben will, dann sagt die Regierung unter Umständen, sie brauche den Betrieb aus den und den Gründen, - und dann einigen wir uns. Ein Recht, auf diesem Gebiet selbständig vorzugehen, habe ich nicht.

Staatssekretär Koppe: Haben Sie nicht irgendwelche Schwierigkeiten oder [illegible] Klagen über Textilien?

Generalgouverneur Dr. Frank: Das ist eine Einzelfrage. Aber sonst kommen Sie gut aus?

Generalleutnant Schindler: Ja.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich brauche unbedingt eine Papierfabrik im Generalgouvernement. Da müssen Sie mir in Ihrem eigenen Interesse helfen. - Was die Werke angeht, so stelle ich nach Ihren Ausführungen fest, daß Sie eigentlich Schwierigkeiten nicht haben. Sie haben von Ihrem Recht noch gar keinen Gebrauch zu machen brauchen.

Generalleutnant Schindler: Wir haben uns dahin geeinigt, daß keine Beschlagnahme von mir und auch von Ministerialrat Plodeck aus erfolgt, abgesehen natürlich von gewissen Ausnahmen. Die Werke sind zwar zu Rüstungsbetrieben erklärt, sind aber nicht beschlagnahmt, sondern bleiben vollkommen in der Hand der Regierung. Die Belegung wird in demselben Einvernehmen vorgenommen. Mit der Beschlagnahme ist die Verfügung der Regierung etwa nicht aufgehoben, sondern die Regierung behält für die Dinge, die nicht zum Rüstungssektor gehören, vollkommene Freiheit.

Generalgouverneur Dr. Frank: Es liegt ja auch in Ihrem Interesse, daß das Wirtschaftsleben im Generalgouvernement noch aufrechterhalten wird. Ich freue mich, daß Sie den Gesichtspunkt der Vereinbarung so in den Vordergrund rücken.

Generalleutnant Schindler: Ich bedaure, daß die in den Rüstungswerken freie Kapazität von der Wirtschaft nicht in grösserem Umfange ausgenutzt wird. Ich habe zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Geben Sie mir diese freien Kapazitäten, dann werde ich darüber verfügen. Ich danke Ihnen sehr, daß Sie mir diesen Hinweis machen.

Generalleutnant Schindler: Es handelt sich um ganz einfache Dinge bei dieser Produktion, ob es nun Schaufeln sind oder sonstige im öffentlichen Interesse herzustellende Gegenstände wie Blechsachen - ihre Fertigung kann man immer gut in den allgemeinen Produktionsprozeß hineinschieben. Vor allem sind die Marswerke

in Warschau mit Aufträgen schlecht versorgt. Das gilt auch für die Lokomotivenfabrik. Hier wollte mir die Ostbahn die Arbeiter wegziehen, mit dem Erfolge, daß vier Fünftel der Arbeiter weggelaufen sind. Ich habe mich dagegen gewendet, und dann haben wir nach langen Verhandlungen einige Wagen zur Reparatur bekommen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich verspreche, daß ich Ihnen helfen werde. Es ist ja unser eigenes Interesse.

Generalleutnant Schindler: Ich habe mit Herrn Schieber ausgemacht, daß eine Änderung der Verhältnisse eintreten müsse. In der letzten Zeit ist denn auch eine Anzahl von Aufträgen hereingekommen, in ansehnlichem Umfange für Dinge, die das Handwerk angehen. Ausserdem habe ich mit Herrn Schieber verabredet, daß er mir einen Verbindungsmann für diese Frage stellt. Eigentlich wäre das ja Aufgabe des Direktors Richter, der gleichzeitig Betriebsführer von Stalowa Wola ist.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wir müßten einen eigenen Rüstungsobmann haben.

Generalleutnant Schindler: Für diese Aufgabe ist schon Herr Richter da. Er hat aber soviele Nebenaufgaben zu erfüllen, daß wir das selber in die Hand genommen und Herrn Schieber ersucht haben, uns eine geeignete Persönlichkeit zu stellen. - Ich nehme an, daß die Rüstungsaufträge schon ein gutes Stück vorangebracht werden. - Was die Angelegenheit der Sturmgeschütze angeht, so habe ich ursprünglich innere Hemmungen dagegen gehabt. Es ist aber eine Möglichkeit gegeben. Ich habe die Leute zusammengeholt, und wir können noch in der Lokomotivenfabrik in Ostrowiec Kapazitäten freimachen, ausserdem in den Marswerken, wenn wir einen Auftrag, den wir auf Zugmaschinen haben, entsprechend verkleinern. Selbstverständlich müßten die Motoren für diese Sturmgeschütze geliefert werden. Das Geschütz selber mit der Wanne usw. könnte dann bei uns montiert werden.

Staatssekretär Koppe: Meines Erachtens kann mit dieser Arbeit sofort begonnen werden, wenn man die Kapazität der nicht ausgelasteten Werke voll ankurbelt und gleichzeitig ein Werk im nicht luftgefährdeten Gebiet aufbaut.

Generalleutnant Schindler: Wir haben darüber schon verschiedene Feststellungen treffen lassen, und einige meiner Herren bearbeiten diese Frage. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß man für eine solche Fertigung ausserordentlich hohe Temperaturen braucht.

Generalgouverneur Dr. Frank: Das sind technische Einzelfragen, die doch wohl gelöst werden können.

Generalleutnant Schindler: Die Kohlenversorgung des Generalgouvernements ist ja erfreulicher Weise in Ordnung. Wir sind aber auch auf das Erdgas angewiesen. Hier mache ich darauf aufmerksam, daß das Erdgasvorkommen in Daszawa östlich von Stryj von der Front nur einige Kilometer entfernt ist. Sollten die Russen weiter vorgehen, dann fällt die Hälfte unseres Erdgases weg. Aus dem westlichen Gebiet bei Jaslo erhalten wir noch im Monat 8 Millionen cbm. Den Betrieb dort kann man wohl noch einige Zeitlang durchhalten, dann wird aber der Druck in der Leitung nicht mehr ausreichen. Wir haben deshalb alle Ersatzmöglichkeiten ins Auge gefaßt, so z.B. die kleinen Generatoranlagen in Starachowice und Ostrowiec. Leider wird das aber in Stalowa Wola nicht möglich sein. Die Gasmengen, die wir für eine neue Fertigung brauchen, sind ganz erheblich. Für eine Fertigung brauchen wir, überschläglich gerechnet, fast eine halbe Million cbm, die gesamte Kapazität von Warschau.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wir haben also keine neuen Einrichtungen?

Generalleutnant Schindler: Man müßte eine neue Großgeneratoranlage dort aufstellen, wohin das neue Werk kommen soll. Aber diese neue Arbeitsstätte liegt 30 km westlich der Weichsel. Deswegen wäre zu erwägen,

ob man vielleicht die Fertigung drüben anlaufen läßt und dann allmählich die Dinge herüber bringt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Also auch das ist von Ihnen alles bedacht und in einen Plan gebracht. Ich hoffe, das es gut geht. - Was gibt es sonst noch?

Staatssekretär Koppe: Mit der Elektrizitätsversorgung ist es in der letzten Zeit etwas besser geworden.

Generalleutnant Schindler: Es wird besser werden, wenn Rostow eingeschaltet wird. Das Werk Rostow hätte 30 000 KW zu liefern. Wenn wir das Wasser ausnutzen, können wir andere Elektrizitätswerke herausziehen und sie wieder herrichten. Die schlechte Kohle wirkt sich allerdings sehr ungünstig für die Kessel aus.

Generalgouverneur Dr. Frank: Leider bekommen wir ja für das Generalgouvernement und damit auch für die Rüstungsindustrie die schlechteste Kohle.

Generalleutnant Schindler: Wir haben in dieser Beziehung schwer kämpfen müssen. Die Regierung hat uns aber geholfen, insbesondere Präsident Dr. Emmerich, und wir haben es soweit gebracht, daß wir von der besseren Kohle auch etwas mehr erhalten. Diese Kohle ist aber auch nicht ganz einwandfrei. Wir brauchten Kohle aus den guten Revieren des Westens, aber davon erhalten wir nur ganz wenig, etwa 4 000 Tonnen im Monat. An schlechter Kohle erhalten wir schätzungsweise 60- bis 70 000 Tonnen, darunter auch Koks. Die Kohle ist im allgemeinen so schlecht sortiert, daß man mit 10 bis 20% Steinen rechnen kann. deshalb müßte eigentlich auch der Kohlenpreis herabgesetzt werden. Die schlechte Kohle bringt einen Abfall von 50% gegenüber einem normalen Abfall von 28%. Der Schmelzpunkt ist so niedrig, daß unsere Kessel in wenigen Tagen vollkommen verschlacken. - Was die Gasfrage angeht, so habe ich mit den massgebenden Stellen in Oberschlesien darüber gesprochen. Unser Bestreben wäre es, eine Erdgasleitung von Tarnow nach Krakau zu bringen und sie dann nach Oberschlesien fortzusetzen. In Oberschlesien soll dann Gas erzeugt und

uns herübergegeben werden. Darauf geht man aber in Oberschlesien nicht ein, sondern man sagt: man sei selber mit Gas sehr schlecht gestellt. - Zusammenfassend darf ich wohl sagen: die Werke des Generalgouvernements sind bei uns in guter Hand, das wird auch Staatssekretär Koppe bestätigen. Dem Generalgouvernement wird nicht nur nichts weggenommen, sondern es wird viel geschaffen.

Generalgouverneur Dr. <u>Frank</u>: Ich habe den Eindruck, daß Sie ganz gut mit allen Leuten auskommen.

Generalleutnant <u>Schindler</u>: Ich habe nur den einzigen Wunsch, in solchen Dingen wie der Eisenfrage möglichste Unterstützung zu finden. Ich will die Erzförderung wieder ankurbeln, und zu 10% haben wir das ja auch schon erreicht. Die Betriebsführer haben auf dem Weg über den Reichsausschuß billige Erze von Schweden erhalten können. Jedenfalls hat das Generalgouvernement die Macht, zu sagen: diese Erze werden gefördert und verhüttet. Diese Möglichkeit liegt vor allem bei der Leitung der Bewirtschaftungsstelle für Eisen. Auch Bergrat Spannagel kann etwas erreichen, er kann einen Erlaß herausbringen, daß gewisse Mengen Erzes gefördert werden müssen und da und dort zu verhütten sind. Hand in Hand damit müßte ein Erlaß an alle Verbraucher gerichtet werden. Wir sind jetzt in der Förderung auf ungefähr 30- bis 50 000 Tonnen gekommen, aber unter erheblichem Druck von mir, einem Druck, den eigentlich Bergrat Spannagel auf mich ausüben müßte, da ja die Werke mir unterstehen. Wenn ein solcher Erlaß besteht, dann würde ich den Betriebsführern sagen: nehmt die hier vorhandenen Erze und stellt Eure Hochöfen zur Verfügung. Allerdings werden die Betriebsführer auf die Verteuerung des Eisens hinwirken, aber das darf hier keine Rolle spielen. Die Frage des Ausbaues der Hochöfen ist ja lediglich eine Geldfrage. Einen Hochofen wie den in Ostrowiec haben wir schon in der Hand. Es handelt sich jetzt darum, daß Witkowice den Leuten nicht gehört und sie deshalb nicht investieren.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wir sind jedenfalls weitergekommen. Ich sehe klar. Davon hängt auch unser fortgesetztes Ansinnen an das Reich ab, daß wir 6 000 Tonnen Eisen haben wollen. Das können wir selber schaffen.

Generalleutnant Schindler: Bei solchen Dingen ergeben sich immer gewisse Möglichkeiten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Glauben Sie, daß Sie das Reich dazu bringen, unsere Mehrproduktion zu fördern?

Generalleutnant Schindler: Offiziell nicht, aber mit Herrn Malzacker können wir darüber sprechen.

Staatssekretär Koppe: Wenn die starke Hand des Herrn Generalgouverneurs darüber liegt, müßte es doch möglich sein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Diese Frage werde ich sobald wie möglich weiterbearbeiten, wenn Bergrat Spannagel seinem Erlaß die Formulierung gegeben hat. Wegen der Geldanforderung werde ich Herrn Präsidenten Dr. Senkowsky entsprechende Anweisung geben. Wir können dann mit Herrn Malzacker verhandeln und vielleicht unter dem Tisch etwas für die Landwirtschaft erreichen. Das Geld spielt dabei jedenfalls keine Rolle. Das zweite wäre die Ausnutzung der freien Kapazitäten. Bezüglich Betriebsräumen usw. brauchen wir nicht zu verhandeln. Das läßt sich alles im Einvernehmen durchführen. Weiter werden rigorose Erlasse über die Einschränkung des Papierverbrauchs kommen. Wenn wir diese Papierfabrik bekommen, dann verfüge ich allein. Das Papier wird nur für ganz einwandfrei kriegswichtige Zwecke verwendet, wobei es natürlich ausgeschlossen sein muß, daß die Soldaten keine Zeitung mehr erhalten. Aber der Unfug dieser zahlreichen Belehrungsorgane muß endlich aufhören, und hier muß auch die Partei ihre Produktion wesentlich einschränken. In der nächsten Woche wird über diese Frage eine eingehende Besprechung stattfinden.

Die heutige Besprechung würde nun in befriedigender Weise beendet werden können, wenn Sie, Herr General, nicht am 9. März 1944 einen Brief geschrieben hätten, der diese ganzen Verhältnisse in einer sehr negativen Weise ins Reich gebracht hat und alles furchtbar einseitig belastet. Ich muß deshalb Gelegenheit nehmen, in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar darauf zu sprechen zu kommen.

Herr General, ich will Ihnen folgendes sagen: Sie haben mir bisher immer den Eindruck eines vollkommen ehrlichen, tatfrohen und tüchtigen Mannes gemacht. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Sie unser Freund sind. Sie haben nun am 9. März einen Brief geschrieben, in welchem Sie schwere Vorwürfe gegen die Regierung erheben, Vorwürfe, die im Reich peinliches Aufsehen erregt haben. Ich muß mich deshalb dagegen verteidigen.

(Generalgouverneur Dr. Frank verliest das von Generalleutnant Schindler an den Chef des Rüstungsamtes gerichtete Schreiben.)

Aus diesem Brief muß der Führer den Eindruck gewonnen haben, daß ich und die Regierung des Generalgouvernements Ihnen ungeheuerste Schwierigkeiten in der Erfüllung Ihrer Pflichten machte. Aus dem Wortlaut des Schreibens ist Ihre Ansicht zu entnehmen, daß das Generalgouvernement eine Souveränität beanspruche und diese Souveränität sogar noch über einen Führererlaß stelle, daß wir aus diesem Grunde auch diesen Erlaß nicht veröffentlicht hätten, daß wir also sozusagen nunmehr überhaupt auf dem Standpunkt ständen, daß dieser Erlaß auf das Gebiet im Osten gar nicht mehr anwendbar sei und sich gegenüber 1939 eine Änderung ergeben habe. Daß in einem Augenblick, da die Verpflichtung aller Reichsbehörden besteht, die Rüstungsbetriebe soweit wie möglich zu fördern, diese Sache für mich katastrophal ist, brauche ich nicht besonders zu sagen. Sie sind der maßgebende Mann im Generalgouvernement,

und Sie erheben den Vorwurf, daß die Regierung des Generalgouvernements eine Souveränität beanspruche, die sie sogar über den Führererlaß stelle. Sie schreiben: wir hätten den Erlaß im Generalgouvernement nicht veröffentlicht, weil wir sonst durch die Veröffentlichung in unserer Souveränität beeinträchtigt würden. Aber der Erlaß durfte ja nicht veröffentlicht werden, weil es ein Geheimerlaß ist, der auch im Reich nicht veröffentlicht wurde und in keinem Reichsgesetzblatt steht. Er stellt eine streng militärisch geheime Dienstanweisung für die obersten Reichsbehörden dar, die niemals veröffentlicht worden ist. Also davon kann garkeine Rede sein, daß wir einen Führererlaß nicht durchführen würden. Ausserdem ist es offensichtlich so, daß in Ihrem Schreiben der Eindruck so sonnenklar erweckt wurde, daß es nun überall herumgetragen wird.

In einem Schreiben des Reichsministers für Bewaffnung und Munition heißt es: es ist klar, daß Sie dieses Recht brauchen, sonst würde eine mißverständliche Auslegung Platz greifen. Wenn auf Grund dieses Schreibens der Führererlaß käme, dann würde ich dem Führer sagen: aus diesem Führererlaß geht deutlich hervor, daß man nur unter Anwendung schärfster Druckmittel mir gegenüber erreichen kann, daß ich Werke zur Verfügung stelle. Zum anderen haben Sie mich nicht darauf hingewiesen, daß ich einen solchen Führererlaß gebraucht hätte. Ich muß schon sagen: das sind Methoden, die mich eigentlich wahnsinnig enttäuschen. Ich hatte bis jetzt den Eindruck, daß wir im besten Einvernehmen zusammenstehen und daß solche Druckmittel mir gegenüber in dieser Weise nicht angewendet werden dürften. Ich bin über diese Sach so enttäuscht, daß ich meinen Mitarbeitern, die heute bei mir waren, gleich mein Herz ausgeschüttet habe. Ich muß die Dinge amtlich weiterbetreiben; denn Sie werden sich vorstellen können, daß ich mich gegen diesen Vorwurf zur Wehr setzen muß. - Geben Sie mir selber einen Hinweis.

Generalleutnant Schindler: Was ich in meinem Schreiben gesagt habe, ist eigentlich nur eine juristische Feststellung. Im Generalgouvernement gelten gewisse Reichsgesetze, unter ihnen auch das Reichsleistungsgesetz nicht. Die Grundlagen, auf denen im Reich die Rüstungsbevollmächtigten ihre Tätigkeit aufzunehmen berechtigt sind, sind hier nicht vorhanden, sondern das einzige, worauf ich mich stützen kann, ist dieser Führererlaß. Er genügt mir, muß nur den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank: Dann müßte man also jeden Erlaß, den der Führer gibt, immer wieder im Wege einer authentischen Interpretation auslegen. Der Erlaß des Führers wird also deswegen in Bezug genommen, weil wir unsere Souveränität diesem Erlaß gegenüber geltend machen. Weshalb ist es notwendig, daß man dem Generalgouverneur, diesem König von Polen und gefährlichen Souverän,nochmals die Souveränität des Führers klarmacht? Das ist doch der Ausganspunkt; in Ihrem Briefe steht es ja, Sie können ja den Satz nicht abstreiten: "Dieser Führererlaß wurde von der Regierung des Generalgouvernements schon immer als Beeinträchtigung der Souveränität des Generalgouvernements betrachtet und im Generalgouvernement nicht veröffentlicht". Was ermächtigt Sie zu dieser Annahme? Wollen Sie der Richter sein zwischen mir und dem Führer? Was ermächtigt Sie zu dieser Auffassung, schwarz auf weiß zu lesen in Ihrem Schreiben vom 9. März, daß ich einen Führererlaß nicht veröffentlichen würde, weil das der Souveränität des Generalgouvernements schade? Ein schlimmerer Vorwurf ist eigentlich auch von meinem Todfeind nie erhoben worden. Es ist mir völlig unverständlich, daß Sie, ein Mann, mit dem ich immer in den besten Formen zusammenzuarbeiten glaubte, ohne mich zu verständigen, einen solchen Vorwurf erhebt. - Halten Sie es für keinen Vorwurf, wenn Sie in dem Briefe sagen: der Führererlaß ist eine Beeintrachtigung meiner Souveränität, ich würde es als solche betrachten und hätte den Erlaß

deshalb nicht veröffentlicht? Dann ist schon um deswillen kein Zusammenarbeiten möglich. Wenn Sie noch gesagt hätten, es sei ein Lapsus, der auch einmal einem Rüstungsinspekteur passieren könnte, - aber daß Sie es darauf abgestellt haben, ist gerade interessant.

Generalleutnant Schindler: Ich darf sachlich dazu sagen: der Führererlaß wendet sich an Leute, die es heute nicht mehr gibt, an den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, den es nicht mehr gibt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Der Führer hat aber in seinem Erlaß über die Einrichtung des Wehrkreiskommandos ausdrücklich erklärt, daß alle Befugnisse und Rechte auf den Wehrkreisbefehlshaber übergeleitet werden. Deshalb hat auch der Wehrkreisbefehlshaber die alten Funktionen aus dem früheren Erlaß übernommen. Es bedarf also keines Sondererlasses.

Generalleutnant Schindler: Die Stellung des Reichsministers Speer als solche hat sich auch geändert.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ja, es heißt darüber, daß er für das Generalgouvernement wie für den ganzen großdeutschen Machtbereich zuständig ist. "Diese Bestimmung gilt auch im Protektorat, in den besetzten Gebieten und im Generalgouvernement". Aus diesen beiden Rechtsquellen, der Weiterleitung des Führererlasses vom Befehlshaber in den besetzten Gebieten auf den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement und der Bestallungsurkunde des Reichsministers für Bewaffnung und Munition geht eindeutig hervor, daß diese Rechte auf den Nachfolger übergegangen sind.

Generalleutnant Schindler: Der springende Punkt ist doch der: ich unterstehe ja nicht dem Wehrkreisbefehlshaber, sondern dem Reichsminister. Wenn der Wehrkreisbefehlshaber heute diese Befugnisse mir gegenüber zurückzieht, dann habe ich keinen Rückhalt.

Generalgouverneur Dr. Frank: In Ihrem Schreiben steht nichts davon, daß Sie die Sorge haben, daß der Wehrkreisbefehlshaber den Befehl zurückzieht, sondern Sie behaupten, daß vom Generalgouvernement eine Souveränität in Anspruch genommen werde und daß der Führererlaß eine Beeinträchtigung dieser Souveränität darstelle und deshalb nicht veröffentlicht sei: ich hätte einen Führererlaß nicht veröffentlicht, weil er meiner Souveränität abträglich wäre. Von dem Argument, das Sie mir entgegenhalten, steht kein Wort darin.

Generalleutnant Schindler: Wesentlich für mich ist, daß in dem Augenblick, in welchem der Wehrkreisbefehlshaber diesen Auftrag an mich zurückzieht, die Rüstung im Lande absolut stillgelegt werden würde.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wollen Sie diesen Satz nicht mehr aufrechterhalten, daß der Führererlaß eine Beeinträchtigung der Souveränität des Generalgouvernements darstelle und deshalb nicht veröffentlicht worden sei? Nach dem, was Sie sagen, ist das für Sie gar nicht der wirkliche Grund gewesen. Von dem Wehrkreisbefehlshaber steht kein Satz darin. Der ganze Angriff richtet sich gegen die Regierung des Generalgouvernements, insbesondere gegen mich.

Generalleutnant Schindler: Es soll kein Angriff sein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wollen Sie sagen, daß bei diesem Brief für Sie die Möglichkeit der Erwägung maßgebend war, daß der Wehrkreisbefehlshaber einmal die Ihnen erteilten Vollmachten zurücknehme?

Generalleutnant Schindler: Ich muß offen sagen: es ist die Besorgnis, daß sowohl der Wehrkreisbefehlshaber wie Sie die Befugnis zurückziehen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Welche Befugnisse haben Sie denn gehabt?

Generalleutnant Schindler: Z.B. die Befugnis, daß ich einen Betrieb beschlagnahmen darf.

Generalgouverneur Dr. Frank: Diese Befugnis haben Sie vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition, dessen Organ Sie sind.

Generalleutnant Schindler: Nein, eben nicht, nicht als Organ des Reichsministers, sondern aus diesem Führererlaß kraft Ermächtigung durch den Wehrkreisbefehlshaber.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie geben mir hier eine gänzlich andere Begründung. Zeigen Sie mir doch, wo etwas vom Wehrkreisbefehlshaber steht. Von dieser Befürchtung, daß der Wehrkreisbefehlshaber die Vollmacht zurücknehmen könnte, steht kein Wort darin.

Generalleutnant Schindler: Einer der wesentlichen Punkte ist es, daß gewisse Widerstände dagegen vorhanden sind.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wo zeigen sich denn diese Widerstände? Sie sprechen immer von Vermutungen und Erwartungen, jetzt schon wieder, Sie sagen, daß Sie eine Befürchtung haben. In Ihrem Brief sprechen Sie davon, daß der Führererlaß von der Regierung schon immer als Beeinträchtigung der Souveränität empfunden worden sei. Ich frage Sie nunmehr ganz klar - Sie brauchen nicht zu antworten, Sie können sagen, Sie seien mir nicht Rechenschaft schuldig,- aber wenn Sie Wert darauf legen, daß wir noch weiterhin zusammenarbeiten, dann frage ich Sie: worauf stützen Sie Ihre Behauptung, daß dieser Führererlaß von mir als Beeinträchtigung meiner Souveränität betrachtet worden sei und ich ihn im Generalgouvernement deshalb nicht veröffentlicht habe?

Staatssekretär Koppe: Die Formulierung des Schreibens ist vielleicht etwas mißglückt.

Generalleutnant Schindler: Sachlich ist folgendes zu sagen: als ich in dieses Land gekommen bin, sind tatsächlich gegensätzliche Bestrebungen vorhanden gewesen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Damals gab es keinen Reichsminister für Bewaffnung und Munition, damals war ich der Herr im Lande, und der Militärbefehlshaber hatte diese Verfügung. Von einer Beeinträchtigung der Souveränität konnte keine Rede sein.

Generalleutnant Schindler: Aber die Befugnisse, die im Erlaß des Führers bezeichnet sind, hätten noch mehr ausgenutzt werden können. Es war nicht möglich, die Rüstung entsprechend aufzubauen, sodaß es der Einwirkung des Führers bedurft hat, um die Dinge einzuleiten, damit auf Grund des Führererlasses eine Verfügungsmöglichkeit über die Rüstungsbetriebe geschaffen wurde. Die habe ich dann auf Grund eines Abkommens vom 2. August 1940 erhalten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wie können Sie dann behaupten, ich hätte diesen Führererlaß als Beeinträchtigung meiner Souveränität betrachtet und nicht veröffentlicht? Mit andern Worten: Sie machen mir den ungeheueren Vorwurf, daß ich bewußt aus eigensüchtigem Machtinteresse oder aus Geltungsbedürfnis einen Führererlaß nicht veröffentlicht habe.

Generalleutnant Schindler: Ich kenne die Einzelheiten nicht. Soviel ich weiß, ist darüber verhandelt worden, daß dieser Führererlaß veröffentlicht werden solle.

Generalgouverneur Dr. Frank: Nein, das kann nicht der Fall sein. Der Führer hat damals 2 Erlasse herausgegeben, einen Erlaß über die Einrichtung der Stellung des Generalgouverneurs, einen anderen über die Einführung des Militärbefehlshabers. Dieser zweite Erlaß ist wie alle militärischen Sondererlasse niemals zur Veröffentlichung gekommen. Ich bin im Bilde. Trotzdem Ihnen das bekannt ist, behaupten Sie, daß ich den Führererlaß aus den erwähnten Gründen nicht veröffentlicht habe.

Generalleutnant Schindler: Wir haben schon damals wegen der Veröffentlichung verhandelt, und uns wurde gesagt, er würde nicht veröffentlicht werden. Bei uns war der Eindruck vorhanden, daß er nicht veröffentlicht werden will.

Generalgouverneur Dr. Frank: Er ist nur veröffentlicht in der üblichen Weise mit genauer Verteilung. Wenn er für alle Stellen veröffentlicht worden wäre, brauche ich ihn hier überhaupt nicht zu veröffentlichen. Das Reichsgesetzblatt gilt auch im Generalgouvernement. Ich habe die Möglichkeit, hier Reichsgesetze einzuführen. Weil das Reichsleistungsgesetz hier nicht gilt, haben wir unsere eigene Verordnung erlassen, die dem Reichsleistungsgesetze entspricht, und zwar im Einvernehmen mit der Wehrmacht und der Partei. Diese Verordnung wurde schon 1939 bezw. Anfang 1940 erlassen, um diese Lücke auszufüllen. Das Reichsleistungsgesetz gilt hier in der Fassung einer Verordnung des Generalgouvernements.

Das alles sind Dinge, die ich nicht begreifen kann. Ich war heute früh in einer Stimmung, in der ich alles vor mir zusammensinken sah. Ich bin nun in der furchtbaren Lage, mich gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, daß ich einen Führererlaß als Beeinträchtigung meiner Souveränität angesehen und ihn deshalb nicht veröffentlicht hätte. Wenn dieser weitere Erlaß käme, würde ich sofort zurücktreten. Angesichts der dauernden Animositäten, die jahrelang künstlich gegen mich von Interessenten geschürt wurden, würde diese Situation geradezu katastrophal für mich sein. Ich muß Sie bitten, doch auch etwas Verständnis für meine Lage zu zeigen. Von dem wirklichen Grund, den Sie mir heute angegeben haben, steht in Ihrem Schreiben gar nichts.

Generalleutnant Schindler: Ich würde völlig in der Luft hängen, wenn diese Frage nicht geregelt würde.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie hängen doch nicht in der Luft. Sie haben ja selber gesagt, daß Ihnen im Jahre 1940 noch alle Vollmachten gegeben worden sind.

Generalleutnant Schindler: Ja, aber es kommt hinzu, daß nunmehr meine Unterstellung unter die Wehrmacht eigentlich aufgehört hat. Ich unterstehe dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Der Reichsminister ist mit diesem juristischen Gang nicht einverstanden, er muß eingeschaltet werden. Auf rein militärischem Wege geht die Sache auf mich herunter, er hat es auf mich übertragen. Ich bin eigentlich als Organ des Zivilministeriums hier, und so müßte auch eigentlich die Übertragung erfolgen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Trotzdem der Führererlaß sagt, daß der Reichsminister auch im Generalgouvernement zuständig ist. Da Sie keine andere Erklärung abgeben, muß ich sagen - -

Generalleutnant Schindler: Ich muß doch meine Stellung untermauern.

Generalgouverneur Dr. Frank: Aber nicht auf meinem Kopf. Ich lasse mir jedenfalls nicht vorwerfen, daß ich meine Souveränität über den Führer stelle.

Generalleutnant Schindler: Aber das soll doch kein Vorwurf sein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Es steht ja hier: "Von der Regierung des Generalgouvernements als Beeinträchtigung der Souveränität betrachtet und im Generalgouvernement nicht veröffentlicht". Und weiter heißt es in dem Schreiben"Nach den mir vorliegenden Nachrichten soll der Standpunkt vertreten werden, daß der Führererlaß seit dem Übergang der Rüstungsdienststellen auf den Wehrkreisbefehlshaber nicht mehr anwendbar sei". Mit anderen Worten: Sie insinuieren, daß die Regierung - natürlich also ich - einen Führererlaß für nicht mehr anwendbar erkläre. Ich bin der Souverän und sage: Was geht mich der Führer an, der ist nicht für mich da.

Sie können sich vorstellen, was dieser Brief für Wirbel geschlagen hat. Meiner Freundschaft mit dem Führer verdanke ich es, daß ich in diesen Brief Einblick bekommen habe.

Generalleutnant <u>Schindler</u>: Innerhalb der Regierung ist ja auch die Frage erörtert worden, ob überhaupt eine rechtliche Grundlage für meine Tätigkeit hier gegeben sei.

Generalgouverneur Dr. <u>Frank</u>: Sie sind niemals zu mir gekommen und haben mich um eine klare Regelung gebeten.

Generalleutnant <u>Schindler</u>: Die rechtlichen Dinge haben sich insofern verschoben, als ich nicht mehr der Wehrmacht unterstehe.

Generalgouverneur Dr. <u>Frank</u>: Was hat das alles mit der Nichtveröffentlichung des Führererlasses zu tun?

Generalleutnant <u>Schindler</u>: Es hat insofern damit zu tun, als die Dinge von der militärischen Stelle nunmehr in die Zivilstelle des Reichsministers übergegangen sind.

Generalgouverneur Dr. <u>Frank</u>: Aber das macht der Führer ohne uns. Wenn der Führer einen Erlaß herausgibt, brauchen wir nicht ängstlich zu werden. Der Erlaß steht im Reichsgesetzblatt. Angenommen, es wäre nicht so, dann würde ich die Auslegung so wählen, wie sie vor dem Führer bestehen könnte. Ich muß mir verbitten, daß ich eine Auslegung gewählt hätte, die etwa dem Reich und seiner Rüstungsindustrie abträglich wäre. Ich habe jahrelang einen Kampf geführt und lasse auf diesem Sektor nicht eine ähnlicheGeschichte aufsteigen. Ich verdanke meinen Freunden die Kenntnis dieses Briefes, er ist ein Wertstück. Ich kann nicht annehmen, daß Sie selbst heute noch auf dieser Fassung bestehen und glauben, daß die Regierung des Generalgouvernements den Führererlaß als eine Beeinträchtigung ihrer Souverä-

nität betrachte. Das ist eine Behauptung von so ungeheuer verletzendem Charakter, daß ich momentan keinen Ausdruck dafür finde.

Generalleutnant Schindler: Mir ist es so gesagt worden - ganz allgemein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie wollen also sagen, es sei unbedingt Ihre Meinung, daß dem so ist: ich hätte den Führererlaß als eine Beeinträchtigung meiner Souveränität betrachtet?

Generalleutnant Schindler: Nein, so natürlich nicht.

Staatssekretär Koppe: Ich möchte auch annehmen, daß das bestimmt nicht so gemeint war.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie sagen doch aber: dieser Führererlaß ist als Beeinträchtigung der Souveränität des Generalgouvernements betrachtet und im Generalgouvernement nicht veröffentlicht worden. Und dann kommt die weitere Behauptung, wir ständen auf dem Standpunkt, daß der Führererlaß nicht mehr anwendbar sei. So steht es doch in Ihrem Brief.

Generalleutnant Schindler: Es ist doch damals darüber verhandelt worden, ob dieser Erlaß überhaupt noch gültig sei. Wenn der Erlaß nicht gültig ist, hänge ich in der Luft.

Staatssekretär Koppe: Tatsächlich kann man es doch mit der Begründung nicht beweisen, daß die Souveränität dadurch tangiert würde. Es läßt sich darüber sprechen, daß ein neues Fundament gefunden wird.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was werden Sie jetzt in dieser Sache tun?

Generalleutnant Schindler: Mir liegt vor allem daran, daß die Sache juristisch auf eine richtige Basis gestellt wird. Hinsichtlich des Reichsleistungsgesetzes und auch der anderen im Generalgouvernement geltenden Reichsgesetze muß ein Modus gefunden werden, mit dem

die Rechte der Rüstungsindustrie und des Rüstungsinspekteurs gewahrt werden. Mir ist darum zu tun, daß mir nicht gesagt werden kann: der Erlaß gilt nicht für Sie, denn Sie unterstehen ja dem Reichsminister, infolgedessen ist der Erlaß auf Sie nicht anwendbar. Dagegen muß ich eine Sicherheit erhalten. Ich lebe ja schließlich von dem Erlaß, ein anderes Recht für die Rüstungswerke gibt es ja hier nicht.

Generalgouverneur Dr. Frank: Herr General, ich werde Sie über meinen Standpunkt informieren.

IV/8

Sonntag, den 4. Juni 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

21^{38} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Wien.

Montag, den 5. Juni 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Wien.

Dienstag, den 6. Juni 1944

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia. Anschliessend Fahrt nach Kressendorf.

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Arbeitssitzung im Grünen Zimmer der Burg. Thema: Eigentum des früheren polnischen Staates.+)

11^{25} Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Verordnung über den Warenverkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf.

11^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalkonsul Stephany in Gegenwart des Botschaftsrats Dr. Schumburg.

12^{15} Besprechung mit dem Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer.

Generalsekretär Dr. Pfeiffer legt dem Herrn Generalgouverneur einige Schriftstücke zur Unterschrift vor. Er teilt dann mit, daß die finnische Landesgruppe den Herrn Generalgouverneur für den Sommer dieses Jahres zu einer Tagung nach Finnland eingeladen habe.

Weiter berichtet Generalsekretär Dr. Pfeiffer, daß er in Krakau ein einstöckiges Gebäude als Gästehaus für die Landesvertretung Generalgouvernement ausfindig gemacht habe.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Generalsekretär Dr. Pfeiffer, die Frage des Erwerbs eines Gästehauses mit Staatssekretär Dr. Bühler und Regierungskommissar Dr. Heuber zu besprechen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht sodann Generalsekretär Dr. Pfeiffer, die Vorbereitungen für die Tagung der Internationalen Rechtskammer in Budapest zu treffen und sich zu diesem Zwecke auch mit dem Auswärtigen

---

+) siehe S.

2

6.6.1944

Amt in Verbindung zu setzen. Diese Tagung soll in der Zeit zwischen dem 15. September und 15. Oktober 1944 stattfinden. Eine Tagung in Paris soll auf Einladung des Prof. Dr. Dairaines gegebenenfalls im April 1945 stattfinden.

Dem Vorschlage des Generalsekretärs Dr. Pfeiffer, Präsident Dr. Senkowsky in die Leitung der Landesvertretung Generalgouvernement aufzunehmen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Generalsekretär Dr. Pfeiffer berichtet dann kurz über die Arbeit seiner Geschäftsstelle in der Uhlandstrasse zu Berlin. Die Unkosten der Geschäftsstelle würden durch die Mitgliederbeiträge getragen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Konstituierung der Landesvertretung Generalgouvernement unter Leitung des Regierungskommissars Dr. Heuber in einem offiziellen Rahmen vor sich gehen möge. Die Gründung könnte gegebenenfalls anlässlich der Einweihung des Gästehauses stattfinden.

Abschliessend gibt der Herr Generalgouverneur Generalsekretär Dr. Pfeiffer noch einige Anweisungen für die Ausgestaltung der "Mitteilungen der Internationalen Rechtskammer".

12³⁵ Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Generalleutnant der Polizei Höring und Generalmajor Bork.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zunächst kurz Stellung zu der Nachricht von der in der vergangenen Nacht begonnenen Invasion der englischen und nordamerikanischen Truppen in Nordfrankreich.

Staatssekretär Koppe teilt mit, daß demnächst ein Großunternehmen gegen die Banden im Bilgorajer Wald von seiten der Wehrmacht mit ganz ausgezeichneten Kräften in Angriff genommen werde. Die Führung dieses Unternehmens liege bei der Wehrmacht, aber auch die Polizei sei im Rahmen des nur denkbar Möglichen eingeschaltet.

6.6.1944

Generalmajor Bork berichtet über die Einzelheiten des in Aussicht stehenden Unternehmens. Eingesetzt würden 3 Divisionen, dazu der Verband Döll, ein Kosackenregiment und ein Feldausbildungsregiment.

Wie Staatssekretär Koppe mitteilt, ist daran gedacht, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entsprechende Kommandos für die sofortige Aufnahme des Viehbestandes abstellt. Auch müßten Standlager errichtet und bei diesen Maßnahmen auch die Hauptabteilung Forsten beteiligt werden. Die Wehrmacht stehe auf dem richtigen Standpunkt, daß alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren, die sich in diesem Raum befinden, ausgerottet werden müßten. Die hier infrage kommenden Dörfer seien so bandenverseucht, daß man annehmen müsse, daß sich die männliche Bevölkerung zum grossen Teil aktiv am Bandenwesen beteilige. Die Frauen und Kinder würden ins Reich abtransportiert werden. Es werde sich nicht vermeiden lassen, daß einige Ortschaften dieser Gegend in Flammen aufgingen, da sie sonst immer wieder das Zentrum des Bandenwesens bleiben würden.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Koppe an, diese Frage noch mit den zuständigen Instanzen zu besprechen. Unter keinen Umständen dürften sinnlose Massakers stattfinden, denn sie würden das ganze Land in Aufruhr bringen. Deshalb empfehle es sich auch, daß Gouverneur Dr. Wendler örtlich informiert werde. Da die Bewohner der dortigen Ortschaften bisher gut abgeliefert hätten, müßte die Frage genau geprüft werden, welche Ortschaften dem Erdboden gleich gemacht werden müßten.

Generalmajor Bork hält es nicht für notwendig, ausserhalb des eigentlichen Bandengebietes Ortschaften in Flammen aufgehen zu lassen. In dem Raum allerdings, in welchem sich der Kampf abspielen werde, werde man keine Rücksicht nehmen können.

6.6.1944

Der Herr Generalgouverneur will unbedingt dafür gesorgt wissen, daß die harmlose Bevölkerung, die selber unter dem Bandenterror leide, geschont werde.

Staatssekretär Koppe bemerkt, daß eine Vereinbarung mit dem Wehrkreiskommando getroffen worden sei. Zum Stabe des Generals Haenicke werde zunächst ein Major der Schutzpolizei als Kenner der örtlichen Verhältnisse auf den Gebieten der Schutzpolizei wie der Gendarmerie abgestellt, weiter der I C von der Sicherheitspolizei, der die einlaufenden Nachrichten sammle, damit daraus neue Entschlüsse gezogen werden könnten. Man habe weiter Verbindungsführer zu den Divisionen auch von der Ordnungspolizei gestellt, auch Kommandos der Sicherheitspolizei. Die polnische Gendarmerie werde deutsche Führer erhalten. Man rechne insgesamt mit mindestens 4 000 Banditen, die aufs beste ausgerüstet seien und wohl auch befestigte Lager hätten.

Der Herr Generalgouverneur spricht den beteiligten Instanzen seinen Dank aus für die Aufrechterhaltung der Autorität des Reiches im Generalgouvernement. Es sei ausserordentlich wichtig, zu zeigen, daß diese Autorität noch vorhanden sei. Von diesem Unternehmen erwarte er sich auch einen grossen Einfluß auf die Banden, die allenfalls geneigt gewesen wären, ins Generalgouvernement zu kommen. Das ganze Unternehmen müsse im übrigen auch jede Unterstützung durch die Regierung des Generalgouvernements erfahren. Auch Gouverneur Dr. Wendler und sein SS- und Polizeiführer müßten über die Einzelheiten des Unternehmens bis zum gewissen Grade Kenntnis erhalten.

13⁰⁵ Besprechung mit Staatssekretär Koppe.

16¹⁶ Besprechung mit Präsident Wille und Regierungsrat Schulz.

Präsident Wille legt dem Herrn Generalgouverneur die in der letzten Sitzung der Gnadenkommission getroffenen

Entscheidungen vor. Er führt dazu aus, daß es sich durchweg um Personen handle, die einer Geheimorganisation angehört oder sie durch Spenden unterstützt hätten und die zum Tode verurteilt worden seien, hinsichtlich deren auch ein Urteil rechtskräftig ergangen sei. Der Grad der Täterschaft sei verschieden. Zum Teil habe die Gnadenkommission schon früher in vielen solcher Fälle Vollstreckung vorgeschlagen. Die hier genannten Personen seien plakatiert, aber nicht erschossen worden, weil auf dem Plakat gestanden habe: das Urteil gegen die unter Nr. 1 bis 5 ist vollstreckt, für die andern ist ein Gnadenerweis in Aussicht genommen, falls in einer gewissen Zeitspanne nichts passiert. Da nichts passiert sei, habe ein Gnadenerweis erfolgen müssen. Die Gnadenkommission habe den in einer Sitzung anwesenden Vertreter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei gefragt, in welcher Form dieser Gnadenerweis gedacht wäre. Seines Wissens sei nur in einem einzigen Falle auf Erlaß der Strafe erkannt worden. In den anderen Fällen sei die Formel, daß die Strafe erlassen werde, an sicherheitspolizeiliche Maßnahmen geknüpft worden. Man habe nämlich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß diese Leute sonst verschwinden würden.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> erklärt, daß er einen solchen Entscheid nie unterzeichnen würde, da er die Verbringung des Betreffenden in ein <u>Konzentrationslager</u> bedeute. Er habe immer aufs schärfste gegen das System der Konzentrationslager protestiert, denn in ihm liege der schärfste Verstoß gegen das Rechtsempfinden. Er hätte gedacht, daß es für solche Dinge kein Konzentrationslager gebe, aber sie seien offenbar stillschweigend ingang gesetzt worden. Es könne nur so vorgegangen werden, daß die Personen zu einer bestimmten Zahl von Jahren Gefängnis oder Zuchthaus begnadigt würden. Die Zuchthausstrafe z.B. sei eine von staatlichen Organen zu vollstreckende und überprüfbare Strafe. Er bitte deshalb, daß Staatssekretär Dr. Bühler darüber informiert werde, daß er, der Generalgouverneur, solche Entscheidungen nicht unterzeichne. Er wünsche keine amtliche Bestätigung des Konzentrationslagers. Eine Begnadigung dahin, daß jemand ins

Konzentrationslager gebracht werde, gebe es nicht. Die Standgerichte seien eine staatliche Justizeinrichtung ausserordentlichen Charakters, zusammengesetzt von Polizeiorganen, sie müßten eigentlich normalerweise mit Angehörigen der Wehrmacht besetzt werden.

Präsident Wille gibt zu bedenken, daß die Betreffenden zum Teil an den Taten erheblich beteiligt seien. Früher, als die Gnadenkommission noch alle Standgerichtssachen zur Entscheidung erhalten habe, sei, wenn eine Todesstrafe in Freiheitsstrafe umgewandelt wurde, Gefängnis- oder Zuchthausstrafe gewählt worden. Dann habe man die Justiz mit der Vollstreckung beauftragt. Er kenne sechs oder zehn solcher Fälle, in denen die Justiz die Vollstreckung übernommen habe. Es habe sich aber um Personen aus dem Generalgouvernement gehandelt, und diese seien längst im Zusammenhang mit der Annährung der Ostfront in Konzentrationslager gebracht worden. Die besonders Gefährlichen habe man ins Reich geschickt. Heute habe er praktisch keine Einwirkung auf die Behandlung dieser Leute mehr.

Der Herr Generalgouverneur stellt anheim, solche Entscheidungen von Staatssekretär Dr. Bühler unterzeichnen zu lassen. Er wünsche jedenfalls, daß in dieser Beziehung ein Regulativ im staatlichen, amtlichen und volkstümlichen Jargon formuliert werde bezüglich der Umwandlung einer Todesstrafe in Gefängnis- oder Zuchthausstrafe.

Die in der letzten Sitzung der Gnadenkommission zur Entscheidung gekommenen Fälle werden darauf dem Herrn Generalgouverneur von Präsident Wille und Regierungsrat Schulz vorgetragen. - Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet dann die ihm vorgelegten Entscheidungen.

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt Fregattenkapitän Chorus in Gegenwart des Oberst Fischer.

Fregattenkapitän Chorus überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung für den Marinetag des General-

gouvernements.

Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme für eine am 10. Juni in der "Urania" stattfindende Veranstaltung zu und erklärt sich auch bereit, an diesem Tage ein Essen aus diesem Anlaß zu geben.

17[20] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich zunächst mit Entschiedenheit gegen die Aufführung von Operetten wie "Manina" im Staatstheater und will diesen seinen Standpunkt mit aller Schärfe dem Generalintendanten Stampe gegenüber zum Ausdruck bringen. Der Leiter eines Staatstheaters dürfe nicht auf den Geschmack der Masse bauen. Wenn sich die Partei gegen solche Operettenaufführungen wende, so habe sie vollkommen recht. In einem Staatstheater sei nur die klassische Operette am Platz. Und wenn immer auf die Wünsche der Soldaten hingewiesen werde, so fühle er sich als Vertreter der Soldaten, die im Staatstheater Aufführungen von hohem Niveau sehen wollten.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann in längeren Ausführungen zur Frage der Neuorganisation der Partei im Generalgouvernement Stellung. Er führt dazu aus: Wenn bis unten herunter ein vollkommen eigener Parteiapparat aufgebaut werden, wenn er die Leitung des Arbeitsbereiches und Beamte der Regierung des Generalgouvernements ihre Ämter niederlegen würden, dann würde die Wirkung sein, daß sich Staat und Partei vor der ganzen polnischen Öffentlichkeit gewissermassen als Gegner zeigten. Zellenwart dürfte dann z.B. nicht mehr ein Angehöriger der Ostbahn, sondern nur ein hauptamtlicher Parteimann sein. Solange er das Heft in der Hand habe, werde eine Organisation nie in der Form durchgeführt werden, daß sich die Partei völlig vom Staate trenne. Er habe deshalb Oberdienstleiter Tießler mitgeteilt, daß er absolut an der bisherigen Organisation festhalte. Auch die Einrich-

tung von Kreisleitern könne nur in der Form geschaffen werden, daß sie als Kreisstandortführer unter den Distriktstandortführern fungierten.- Früher sei immer von der Einheit von Partei und Staat gesprochen worden, heute stelle sich die Partei gegen den Staat. Unter der wunderbaren Bezeichnung "Menschenführung" wolle sie genau so regieren wie die Generäle. Es sei ein Widersinn, zu sagen, daß ein selbständig denkender Mensch, der ein Gesetz in sich trage, sich von jemandem führen lasse. Man ahme die Hierarchie der römischen Kirche nach, vergesse aber darüber, daß das Hauptproblem darin liege, wie diese Hierarchie zur staatlichen Organisation stehe. Im Generalgouvernement, wo man einen Staat aufgebaut habe, der im Dienste des Reiches 16 Millionen Fremdvölkische in Ordnung halte, seien diese Vorstellungen geradezu lächerlich. Er habe zur Organisierung der deutschen Menschen und für ihre Einsatzhaltung den Arbeitsbereich gegründet, und jetzt wolle die Partei die gesamte Führung beanspruchen, genau so wie im Reich, aber unter 16 Millionen Polen und Ukrainern. Die Partei sei eine Sache der Freiheit des Volkes und der selbstsicheren Persönlichkeit. Wenn sich die Parteidienststellen des Generalgouvernements immer und immer wieder von der Parteikanzlei und ihren Weisungen abhängig machten, so könne er nur sagen: in der Parteikanzlei verstehe man nichts von den politischen Notwendigkeiten des Generalgouvernements. Die ganze Aufgabe der Führung dieses Raumes bestehe vor allem darin, diesen Raum mit seinen Menschen im Dienste des deutschen Krieges zu halten. Alles, was dem Sieg diene, diene auch der Partei; infolgedessen sei der Primat des Staates auch gegenüber der Partei gegeben.

19[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus "Urania".

Wehrmachtsveranstaltung: Konzert eines Kammermusikorchesters des Leipziger Gewandhaus-Orchesters unter Leitung des Generalmusikdirektors Schmitz.

IV

B e r i c h t
über die
S i t z u n g
am 6. Juni 1944.

An der Sitzung nehmen teil:

Generalgouverneur Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
Generalleutnant Schindler
Präsident Dr. Senkowsky
Oberst Fischer
Ministerialrat Plodeck
Ministerialrat Dr. Weh
Direktor Schmid
Oberstleutnant von Dazur
Oberstleutnant Dehler
Dr. Ellermeier, Oberstabsintendant
Major Neumann
Stabsintendant Behne

Beginn der Sitzung 10 Uhr 45 Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur führt Ministerialrat Dr. Weh einleitend aus: Seit dem 26. Juli 1943 schwebe der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Eigentum an dem Vermögen des früheren polnischen Staates vom 24. September 1940, seit dem 2. Dezember 1943 der Entwurf einer Verordnung über das Vermögen des früheren polnischen Staates im Distrikt Galizien. Der erste Entwurf habe lediglich eine interne Regelung zum Gegenstande, nämlich eine Verschiebung der Zuständigkeit innerhlab der Regierung des Generalgouvernements hinsichtlich der Verwaltung und Verwertung des ehemaligen polnischen Staatsvermögens zwischen den beiden Hauptabteilungen Wirtschaft (Treuhandverwaltung) und Finanzen. Der zweite Entwurf für den Distrikt Galizien wolle eine endgültige Rechtslage schaffen, weil in Galizien dem Namen nach immer noch formell sowjetrussisches Eigentum bestehe.

Durch Verfügung vom 1. August 1941 sei lediglich das sowjetrussische Staatseigentum vorläufig sichergestellt worden, sodaß Verfügungen darüber nur mit Genehmigung der Regierung zulässig seien. Abweichend von dem Rechtszustand im alten Generalgouvernement sei aber bisher eine Eigentumsregelung zugunsten des Generalgouvernements im Distrikt Galizien nicht getroffen worden.- Beide Entwürfe hätten bisher nicht verabschiedet werden können, weil das Oberkommando der Wehrmacht Einspruch gegen die Fassung beider Entwürfe eingelegt und den Vorbehalt der Rechte angemeldet habe, die die Wehrmacht aus dem Führererlaß vom 19. Oktober 1939 herleite, im alten Generalgouvernement auch aus einer Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. Januar 1940. Er nehme an, daß die Verordnung über die Begründung des Eigentums im Distrikt Galizien vielleicht nicht opportun erscheine.

Das Oberkommando der Wehrmacht habe deutlich zum Ausdruck gebracht, daß zur Beseitigung der schon seit 1940 bestehenden Differenzen eine möglichst baldige Bestätigung der Auffassung des OKW seitens der Regierung des Generalgouvernements stattfinden müsse, damit unnötige Verwaltungsarbeit vermieden werde. Der Generalgouverneur habe zum Ausdruck gebracht, daß ihm an einer endgültigen Klärung dieser streitigen Frage liege, und diese Sitzung anberaumt. Die beiden Entwürfe könnten als bekannt vorausgesetzt werden.

Oberstabsintendant Dr. Ellermeier weist zunächst darauf hin, daß er auf einen Teil der früheren Vorgänge nicht zurückkommen könne, weil diese verbrannt seien, er erst neuerdings mit diesen Fragen befaßt worden sei und daher die Vorgänge nur unvollständig habe herstellen können. Er habe nach Wiederherstellung der Akten in einem Schriftsatz den Standpunkt des OKW nochmals zusammengefaßt und die historische Entwicklung, wie sie sich ihm darstelle, auf Grund der Unterlagen gekennzeichnet.

Man gehe davon aus, daß der polnische Staat, der seinerzeit zusammengebrochen sei, sein früheres Eigentum dem Zugriff des Eroberers, also in erster Linie der deutschen Wehrmacht, offen gelassen habe. Die deutsche

Wehrmacht habe viele von der polnischen Wehrmacht früher genutzte Grundstücke in Benutzung genommen und so auch diese oder jene Anordnung zum Zwecke der Verteidigung und zu sonstigen Zwecken für nötig gehalten. Durch den Erlaß des Führers vom Oktober 1939 sei dann das Generalgouvernement eingerichtet und dem Generalgouverneur sämtliche Verwaltungsteile zugewiesen worden. Bei der Wehrmacht stehe man auf dem Standpunkt, daß dadurch die Belange der Wehrmacht nicht ohne weiteres berührt werden könnten, zumal durch einen allerdings nicht veröffentlichten Führererlaß vom 19. Oktober 1939 ausdrücklich betont worden sei: die militärische Führung im Generalgouvernement habe der Oberbefehlshaber Ost, später Militärbefehlshaber bezw. Wehrkreisbefehlshaber. Danach übe der Oberbefehlshaber Ost militärische Hoheitsrechte aus, er habe das Recht, alle Maßnahmen zu treffen, die im Interesse der Reichsverteidigung notwendig seien. Wenn dieser Erlaß nicht veröffentlicht worden sei, so solle das aus nicht bekannten politischen Rücksichten geschehen sein.

Der Herr Generalgouverneur richtet an Oberstabsintendant Dr. Ellermeier die Frage, ob er der Meinung sei, daß die Regierung des Generalgouvernements diesen Erlaß nicht veröffentlicht habe, weil dies ihrer Souveränität Abtrag getan hätte.

Oberstabsintendant Dr. Ellermeier verneint diese Frage mit Entschiedenheit. Ihm seien die Gründe nicht bekannt, aus denen die Veröffentlichung damals unterblieben sei. – Danach könne nicht auf einen Vorrang des Führererlasses vom 12. Oktober 1939 vor dem vom 19. Oktober 1939 geschlossen werden. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung habe sich die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Sicherung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates vom 15. Januar 1940 bewegt, erlassen auf Grund des § 5 Abs. 1 des Führererlasses vom Oktober 1939. Damit seien Grundstücke ausgenommen, die von der deutschen Wehrmacht für Zwecke der Reichsverteidigung in Besitz genommen worden seien. Er-

gänzend sei noch im § 3 dieser Verordnung gesagt, daß die im § 2 vorgesehene Anmeldepflicht nicht für solches Vermögen des ehemaligen polnischen Staates bestehe, das von einer obersten Reichsbehörde oder nachgeordneten Stelle verwaltet werde. Bei der Wehrmacht stehe man auf dem Standpunkt, daß diese Rechte der Wehrmacht offenbar auch von hier aus seinerzeit anerkannt und zunächst nicht angezweifelt gewesen seien; sonst würde die Bestimmung des § 7 Abs. 2 der ersten Durchführungsvorschrift vom 16. März 1940 zu der Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates nicht vorliegen, in der es heisse, daß die Erfassung, Verwaltung und Verwertung des durch militärische Stellen beschlagnahmten Vermögens des früheren polnischen Staates besonders geregelt werde. Eine solche Sonderregelung sei allerdings niemals erfolgt. Jedoch könne man aus diesem Vorbehalt entnehmen, daß auch das Generalgouvernement der Ansicht gewesen sei, daß Verfügungen über dieses Vermögen, soweit es Wehrmachtsgrundstücke betreffe, ohne Mitwirkung und Zustimmung der Wehrmacht unwirksam seien. Diesen Standpunkt habe das OKW in den vergangenen Jahren eingenommen, er sei auch von der Wehrkreisverwaltung immer vertreten worden. Man habe deshalb gebeten, in die genannten beiden Verordnungsentwürfe entsprechende Vorbehalte aufzunehmen. Wenn die Formulierung etwas beweglich sei, dann hänge das damit zusammen, daß zunächst schon ein Widerspruch von der Wehrkreisverwaltung erhoben worden sei. Das OKW habe sich dem Widerspruch angeschlossen. Im übrigen sei man allerdings jetzt beim OKW auch der Ansicht, und man sei insofern etwas überrascht gewesen von der plötzlichen Einberufung der heutigen Besprechung, als die Verordnung betreffend Galizien im Augenblick wohl nicht mehr ganz aktuell sei. Beim OKW sei man der Auffassung, daß z.Zt., soweit die Wehrmacht beteiligt sei, die Notwendigkeit einer restlosen Klärung nicht bestehe und diese Frage einer späteren Zukunft überlassen werden könne. Wenn also der eine oder andere Verordnungsentwurf herausgegeben werden sollte, dann müßte er bitten, daß ein entsprechender

Vorbehalt über die Rechte der Wehrmacht, vor allem über die Rechte an den Grundstücken gemacht werde. Das wäre also eine Generalklausel des Inhalts, daß die Rechte der Wehrmacht unberührt blieben bezw. für die Grundstücke, die die Wehrmacht beanspruche, eine spätere Regelung vorbehalten werde.

Ministerialrat Dr. Weh hätte keine Bedenken gegen den Formulierungsvorschlag der Wehrmacht zu den beiden Verordnungsentwürfen zu erheben, wenn nicht die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. Januar 1940 zitiert und gesagt worden wäre, daß damals gegen diese Verordnung Einspruch eingelegt worden sei.

Ministerialrat Plodeck hält es im gegenwärtigen Zeitpunkt für unangebracht, die Verordnung betreffend den Distrikt Galizien in Anwendung zu bringen, anders als die erste Verordnung, die lediglich eine interne Verwaltungsmaßnahme darstelle, indem das Staatsvermögen aus der Treuhandverwaltung über die Hauptabteilung Finanzen in die einzelnen Hauptabteilungen übergehe. Es frage sich nun, ob man vielleicht unter Vermeidung einer Verordnung zu dem-selben Erfolge auf dem Wege einer Verwaltungsanordnung kommen könne. Der Sinn dieser Maßnahme sei doch, daß die Stelle, die für die Verwaltung vorgesehen sei, auch die Verwertung haben solle. Ob man sie übertragen könne, sei zweifelhaft, habe vielleicht auch rechtliche Bedenken. Infolgedessen müßte man bei einer Verordnung bleiben. Er würde kein Bedenken tragen, wenn die Wehrmacht Entgegenkommen zeige, daß in die Verordnung vom 24. September 1940 nachträglich ein Passus eingefügt werde, der die Arbeit der Wehrmacht sanieren solle. Man sei andrerseits auf dem Sektor der Rüstungsbetriebe in Diskussionen eingetreten. Man habe Betriebe zu Eigentum über das Reichsfinanzministerium an das Reich gegeben, und das Reichsfinanzministerium habe diese Betriebe an die entsprechenden Wehrmachtsstellen abgegeben. Damit sei die Eigentums-

frage bezüglich der Rüstungsbetriebe entschieden. Nun bestehe noch die Frage, ob die Liste, die man aufgestellt habe, als endgültig oder, wie die Wehrmacht unterstellen wolle, als unter Umständen noch ergänzungsfähig zu behandeln sei. Hier sei es aber so wie in der generellen Frage: es bestehe durchaus die Möglichkeit, in Verhandlungen einzutreten, und ein Grund für irgendwelche Befürchtungen sei nicht vorhanden. Wenn die zuletzt genannte Verordnung in der vorgeschlagenen Fassung vertagt werde, dann könne man die erste allgemeine Verordnung tolerieren und die zweite auf sich beruhen lassen.

Ministerialrat Dr. Weh weist darauf hin, daß das OKW die Sonderregelung vermisse, die in der Durchführungsverordnung zur Verordnung von 1939 angekündigt worden sei. Eine Sonderregelung liege in dem Abkommen, das das Generalgouvernement mit dem Wehrkreisbefehlshaber am 27. Juli 1943 geschlossen habe. Die Regierung des Generalgouvernements stehe auf dem Standpunkt, daß vor Kriegsende eine endgültige Regelung überhaupt nicht getroffen werden könne. Infolgedessen müsse man auch die entsprechende Bestimmung der Durchführungsvorschrift von 1939 in diesem Sinne interpretieren. Man habe sich besondere Verwaltungs- und Verwertungsvorschriften für das die Wehrmacht interessierende Vermögen vorbehalten wollen. Diese Bestimmungen seien im Wege der Vereinbarung ergangen. Die Niederschrift darüber enthalte den Passus, daß die Regierung des Generalgouvernements und die Wehrkreisverwaltung darüber einig seien, daß die endgültige Regelung der umstrittenen Eigentumsfrage einer späteren Vereinbarung zwischen Generalgouvernement und Reichsregierung überlassen werden müsse. Unter diesen Umständen bestehe wohl intern jedenfalls Einigkeit darüber, daß die Wehrmacht nicht um die Rechte gebracht werden solle. Die Begründung des Eigentums des Generalgouvernements sei zu dem Zwecke gedacht gewesen, ein einigermassen brauchbares Zwischenstadium zu schaffen, da man ja nicht mit Vermögen des früheren polnischen Staates oder der Sowjetunion operieren könne. Daß die Wehrmacht noch kein Wehrmachtseigentum begründet habe,

dürfte auch ausser Zweifel stehen. Jedenfalls sei das Gesetz, das der Wehrmacht das Eigentum zuweise, nicht ergangen, auch die Verordnung von 1940 spreche nur von der Beschlagnahme seitens der Haupttreuhandstelle, sodaß also Eigentumsrechte nicht verletzt würden, wenn man sich darüber klar sei, daß die endgültige Verfügung über alles, was das Generalgouvernement verwalte, erst nach Kriegsende getroffen werden könne, und zwar entsprechend dem Befehl des Reiches. Er weise in diesem Zusammenhang auf eine Parallele in Gestalt der Verordnung über das Sondervermögen der Deutschen Post Osten hin. Hier sei ebenfalls ausdrücklich bestimmt, daß das endgültige Schicksal dieses Vermögens - ob es nun Sondervermögen der Deutschen Reichspost oder des Generalgouvernements bleibe - erst nach Kriegsende entschieden werden solle.

Oberstabsintendant Dr. Ellermeier glaubt Übereinstimmung dahin feststellen zu können, daß der Verordnungsentwurf bezüglich des Distrikts Galizien einstweilen so bleiben soll. Bezüglich der anderen Verordnung sei er anderer Ansicht. Nach dem Wortlaut der Verordnung über das Eigentum am Vermögen des früheren polnischen Staates, zu der der vorliegende Verordnungsnetwurf eine Ergänzung darstelle, werde das beschlagnahmte Vermögen Eigentum des Generalgouvernements, und in der Verordnung über die Beschlagnahme des gesamten beweglichen und un-beweglichen Vermögens des früheren polnischen Staates nebst Zubehör einschl. aller Forderungen und Rechte werde zum Zwecke der Sicherstellung gemeinnütziger Zwecke aller Art Bestimmung getroffen. Es seien keine Vorbehalte gemacht. Es würde an sich darunter fallen. Die vorläufig mit der Wehrkreisverwaltung getroffene Vereinbarung genüge auch, um die Recht-e der Wehrmacht in dem gewünschten Sinne zu sichern. Einmal handle es sich nur um eine Vereinbarung zwischen Regierung und Wehrkreisverwaltung. Die Luftwaffe beispielsweise habe ausdrücklich erklärt, daß sie sich an diese Vereinbarung nicht gebunden fühle, und habe Widerspruch erhoben.

Er bemühe sich aber, diesen Widerspruch zu beseitigen, weil er ihn nicht für begründet halte. Trotz verschiedener Erinnerungen habe sich das Luftfahrtministerium bis heute noch nicht geäussert, sodaß er als Vertreter des OKW nicht namens aller Wehrmachtsteile sprechen könne. Die Marine habe im übrigen auch der Sache zugestimmt. Es würden also Heer und Marine gebunden sein, das Heer allerdings insofern auch noch nichts, als das OKW die Vereinbarung von der Zustimmung des OKH abhängig gemacht habe. Man sei dazu nicht im Stande, weil man den Widerspruch der Luftwaffe noch nicht habe ausräumen können.

Der zweite Grund sei der, daß, wie in dem Schreiben vom 25. Februar auch ausgeführt sei, diese Verordnung den Eindruck erwecken müsse, daß jegliches Eigentum der Regierung des Generalgouvernements zustehe. Solle ein Vorbehalt für die Wehrmacht gemacht werden, so müsse er auch in die Verordnung aufgenommen werden und könne nicht lediglich in einer Vereinbarung bestehen, die bei den Akten liege, die unter den heutigen Umständen leicht vernichtet werden könnten. Die Vorgänge könnten dann auch nur schwer rekonstruiert werden.

Über die Frage des Eigentums habe man schon vor der Sitzung gesprochen. Diese Frage sei sogar bei der Regierung des Generalgouvernements wie beim OKW zweifelhaft, vor allem die Frage, ob und inwieweit Eigentum erworben werde und ob eine Rechtsnachfolge damit verbunden sei. Immerhin halte er es für durchaus möglich, daß die deutsche Wehrmacht, die nach Zertrümmerung des polnischen Staates Grundstücke in Besitz genommen habe, in diesem Zeitpunkt die herrenlosen Grundstücke auch zu Eigentum erworben habe. Er wolle es dahingestellt sein lassen, sei aber geneigt, gegebenenfalls diesen Standpunkt zu vertreten. Es brauche aber nicht Gegenstand der Verhandlung zu sein, wenn man zu einer Regelung komme und er sich bemühe, die Vereinbarung mit der Wehrmacht gültig zu machen, und wenn in die Ergänzungsverordnung zu der ersten Verordnung über das Eigentum ein Vorbehalt aufgenommen werde. Auch über die Frage der Gültigkeit der Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom Januar 1940 brauche man sich nicht

zu streiten, sondern könne diese Frage dahingestellt sein lassen. Man brauche diesen Vorbehalt gar nicht zu zitieren.

Ministerialrat Dr. Weh stellt darauf als erstes Ergebnis, das wohl auch von dem Herrn Generalgouverneur gebilligt werde, fest, daß die Verordnung über den Distrikt Galizien nicht erscheine, als zweites Ergebnis, daß die Änderungsverordnung erscheinen würde, und zwar mit den erwähnten Vorbehalten. Er habe kein Bedenken dagegen, auch die Verordnung von 1940 in diesem Sinne zu ergänzen, weil die Vorbehalte gerechfertigt seien. Alles, was sonst noch zu regeln sei, falle unter die Generalklausel.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Ministerialrat Dr. Weh, zusammen mit den beteiligten Herren die ganze Frage einer abschliessenden Besprechung zu unterziehen. Er führt dann aus: Entscheidend sei ja immer, was meistens vergessen werde, daß das Generalgouvernement keine Provinz des Reiches sei und daß die beiden Begriffe des Wehrmachtseigentums und des Untereigentums des Reiches immer verwechselt würden. Auf der einen Seite stelle man gegenüber die zwei Funktionen der Träger der Regierung des Generaltouvernements und des Oberkommandos der Wehrmacht bezw. des Wehrkreiskommandos, reiner Behörden, auf der anderen Seite identifiziere man mit Regierung auch den Staat. Der Staat Generalgouvernement habe wie jeder Staat eines Fiskus. In dem Sinne, wie jede Kanone, jede Kaserne, jedes U-Boot, jedes Flugzeug dem Deutschen Reich gehöre, müsse hier eine Art Totalität als Basis für die Eigentumsverhältnisse in der Weise geschaffen werden, daß der hiesige Staatsfiskus als Generaleigentümer dieses Eigentum habe. Die deutsche Wehrmacht verfüge heute in dem Gebiet Deutsches Reich-Generalgouvernement über 2 Formen von Wehrmachtseigentum: das deutsche Eigentum, der Wehrmacht des Reiches übergeben, zum andern das Staatseigentum des Generalgouvernements, der Wehrmacht im Generalgouvernement übergeben. An diesen Voraussetzungen scheitere es immer, wenn in den Zentralen

Berlins das Generalgouvernement als Provinz des Reiches angesehen werde. Das sei nicht der Fall, und deshalb habe man auch den Führer veranlaßt, diesen Weg nicht zu gehen. Sonst könnte man ja alles, was bisher geleistet worden sei, nicht schaffen. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die Währung, ein Privileg, das mehr Belastungen als Vorteile in sich trage. Auch das sei einer der springenden Punkte, die immer wieder vergessen würden. Die SS habe vor einiger Zeit an ihn das Ansinnen gestellt, sie wolle das Eigentum am Truppenübungsplatz Heidelager erwerben. Er habe dem Gruppenführer Pohl seinen Standpunkt dargelegt, dieser habe auch seinen Anspruch zurückgezogen und sich bereit erklärt, die Frage nach dem Kriege zu klären.-Im übrigen könne er nur seiner Befriedigung über das Ergebnis der Sitzung zum Ausdruck bringen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 20 Minuten.

Mittwoch, den 7. Juni 1944

11.00 Besprechung mit Oberdienstleiter **Tießler**.

12.05 Besprechung mit Staatssekretär Dr. **Bühler**.

12.20 Besprechung mit Staatssekretär Dr. **Bühler**, Präsident Dr. **Senkowsky**, Präsident **Naumann** und Oberregierungsrat **Beaucour**.

Präsident Dr. Senkowsky teilt zunächst mit, daß er vor einiger Zeit einen Bericht über die Beraubung von Spritlägern in Lublin und die Auswirkung dieser Beraubung auf die Produktion an Präsident Naumann gegeben habe, mit der Bitte, rechtzeitig gewisse Vorkehrungen für die Sicherung der Produktionsläger im kommenden Jahr zu veranlassen. Mittlerweile habe sich der auf 1 387 000 Liter bezifferte Verlust um weitere 36 000 Liter erhöht. Die Folge sei gewesen, daß man in den meisten Brennereien mit der Produktion aufgehört habe.

Präsident Naumann führt aus, es sei schon vor Beginn der Kampagne bekanntgewesen, daß die Brennereien einen sehr starken Angriffspunkt für die Banditen aller Art im Laufe des fünften Kriegswirtschaftsjahres darstellen würden. Die Hauptabteilung E. und L. habe gemeinsam mit der Generaldirektion der Monopole den Höheren SS- und Polizeiführer und auch den Wehrkreisbefehlshaber auf den Ernst der Situation hingewiesen. Am 1. Februar 1944 sei vom Wehrkreisbefehlshaber ein Befehl ergangen, der die Notwendigkeit des Schutzes der Brennereien nochmals herausstelle. Es sei aber mangels Exekutive auch bei der Wehrmacht nicht gelungen, die etwa 600 im gesamten Generalgouvernement betriebenen Brennereien so zu schützen, daß eine Beraubungsgefahr ausgeschlossen sei. Dazu sei noch die Auflockerung der Autorität insbesondere in Lublin und auch in Teilen von Galizien gekommen, sodaß gerade in diesem so wichtigen Brennereisektor größte Verluste eingetreten seien. Man könnte auf den Gedanken kom-

men, für das sechste Kriegswirtschaftsjahr die Brennereien nur in den Gebieten wieder in Gang zu setzen, in denen noch in etwa sicherheitsmässig eine Garantie geschaffen sei. Die Entwicklung der letzten Wochen habe aber gezeigt, daß z.Zt. auch im Distrikt Radom ähnliche Verhältnisse hinsichtlich der Beraubung eintreten würden wie im Distrikt Lublin. Nur der Umstand, daß jetzt noch nicht dort gearbeitet werde, verhindere Überfälle auf die dortigen Brennereien. Gleichwohl würden aber wichtige Betriebsmittel wie z.B. Treibriemen von den Banditen geraubt. Unter diesen Umständen könnte man daran denken, das ganze Geschäft der Kartoffelbrennerei auf wenige Punkte zu konzentrieren, wie es z.B. bei der Melasse geschehe. Das sei aber leider bei der Kartoffel nicht möglich. Es gebe viele Brennereien, die nur betrieben würden, damit überhaupt eine Futterunterlage für den Rindviehbestand geschaffen werden könne. Den Gedanken der Schaffung von Großbrennereien, die durch eine Kompanie Soldaten zu sichern wären, könne man bei der Melassebrennerei durchführen, nicht aber bei der Kartoffelverbrennung. Daher sei es unbedingt notwendig, das Stützpunktsystem wieder aufzubauen. Die Massierung landwirtschaftlicher Brennereien an wenigen Punkten bringe auch noch die Gefahr des Zerschlagens der Großbetriebe durch Luftangriffe mit sich. Man müsse jetzt also zum Teil sehr dezentral arbeiten. Wenn eine Großbrennerei zerschlagen werde, dann fielen ein Sechstel bis ein Fünftel der Gesamtkapazität aus.

In diesem Zusammenhang kommt der Herr Generalgouverneur auf die Staatsbrauerei in Lemberg zu sprechen und gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in der Hauptabteilung E. und L. ein eigenes Referat dafür eingerichtet worden sei.

Präsident Dr. Senkowsky betont, daß die Generaldirektion der Monopole ihre Tätigkeit in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus betrachte, daß für die Inganghaltung und Ankurbelung der Wirtschaft im weitesten Sinne - also Ernährung und Landwirtschaft und alle anderen Wirtschaftszweige - der Bedarf zur Verfügung gestellt

werde. Sowohl die Monopolverwaltung wie auch die Regierung seien sehr daran interessiert, daß in diesem wichtigsten Zweig ein Produktionsausfall nicht eintrete. Dafür bedürfe es vor allem einer Steigerung der Sicherheit der Betriebe. Die Kapazität der Brennereien sei schon in der russischen und österreichischen Zeit auf die Kartoffelmengen abgestellt worden, die aus gewissen Gebieten nicht hätten abtransportiert werden können. Hier könnte eine Änderung eintreten. Während man in der letzten Kampagne vorgesehen habe, daß alle Distrikte die volle Kapazität der Brennereien ausnutzten, habe der Distrikt Krakau nur eine 50-prozentige Ausnutzung der Kapazität auferlegt bekommen. Darum wirke sich jetzt der Produktionsausfall in den östlichen Gebieten, in denen die Unsicherheit viel grösser sei, besonders stark aus.

Präsident Naumann betont, man habe im vorigen Jahre gewußt, daß eine ausserordentlich schlechte Kartoffelernte in Aussicht stehe. Man habe aber unter allen Umständen die 450 000 hl Sprit produzieren wollen, weil das unbedingt notwendig gewesen sei. Auf der anderen Seite habe die Versorgung der Bevölkerung des Distrikts Krakau mit Kartoffeln sichergestellt werden müssen. - Die Vorbereitungen für die Neuaufteilung der Produktionskapazität in diesem Jahre seien im Einvernehmen mit der Generaldirektion der Monopole getroffen. Den drei Distrikten Krakau, Warschau und Radom werde die Kapazität zu 100% auferlegt, und dafür würden auch die Vorbereitungen z.B. hinsichtlich der Anfuhr der Kohle getroffen. Wenn plötzlich im Distrikt Krakau 100 000 t Kartoffeln fehlten und es nicht möglich sei, diese Kartoffeln aus Lublin oder Galizien herbeizuschaffen, dann müsse man 20% von den für die Brennereien vorgesehenen Kartoffeln zur Verfügung stellen. In Galizien habe man jetzt der Heeresgruppe Nordukraine die Kartoffeln geben müssen, die eigentlich in die Brennereien kommen sollten. Das Reich habe deshalb auch dem Generalgouvernement 100 000 hl Sprit erlassen.

7.6.1944

Der Herr Generalgouverneur glaubt demnach im wesentlichen eine Übereinstimmung in dieser Frage feststellen zu können. Als ein Hauptpunkt bleibe aber die Verstärkung der Sicherheit übrig, und er ersuche Staatssekretär Dr. Bühler, diese Frage mit Staatssekretär Koppe zu besprechen.

Präsident Dr. Senkowsky kann die Ansicht des Präsidenten Naumann nicht teilen, daß es aus gewissen Gründen nicht möglich sei, Großbrennereien für Kartoffelsprit zu erstellen. Er halte es jedenfalls nicht für unzweckmässig, auch einen grossen Betrieb zu errichten, und kenne eine grosse Brennerei, die man allenfalls erhalten und als Ersatz für die in den Ostgebieten verlorenen Brennereien vorübergehend in Betrieb setzen könne. Er wäre durchaus dafür, im nächsten Jahre diesen einzigen Versuch mit einer Großkartoffelbrennerei ausserhalb des landwirtschaftlichen Betriebes zu machen.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß z.Zt. schon transportmässig manche Probleme nicht zu meistern seien. Wenn eine solche Großkartoffelbrennerei errichtet werde, dann werde auch hier das Transportproblem die größten Schwierigkeiten bereiten.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß es sich bei seinem Vorschlage um eine stillgelegte Brennerei handle, die man schon im vorigen Jahre besichtigt habe. Die erhöhten Transportkosten würde die Generaldirektion der Monopole übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, diese Frage noch mit den beiden Präsidenten zu besprechen.

7.6.1944

12[50] Besprechung mit Präsident Naumann in Gegenwart des Staatssekretär Dr. Bühler.

Zu Beginn der Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß die Brauerei in Lemberg unbedingt als Staatsbrauerei aufrechterhalten bleiben möge. Im Reich unterständen die Brauereien auch nicht dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Im übrigen habe er darüber bereits Vereinbarungen mit dem Reichsgeschäftsführer der deutschen Brauereien Schwarz und mit Präsident Dr. Senkowsky getroffen. Präsident Dr. Senkowsky habe sich auch neulich über die Behandlung durch die Abteilung Staatsbrauerei der Hauptabteilung E. und L. beschwert. Die Staatsbrauerei müsse wie bisher betrieben und auch amtlich von der Hauptabteilung E. und L. gefördert werden. Er stehe absolut nicht auf den Standpunkt, daß sämtliche Brauereien unbedingt in Privathand gehörten, sondern halte es für richtig, daß auch vorbildliche Staatsbrauereien wie Weihenstephan und Hofbräuhaus betrieben würden, die für die Bierkultur in Bayern Vorbildliches geleistet hätten. - In diesem Zusammenhang ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Naumann, die Frage zu prüfen, ob in Denschenek bei Kressendorf eine Filiale der Staatsbrauerei errichtet werden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß Monopole bei der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft überhaupt nicht in guten Händen seien. So werde z.B. jede private Initiative hinsichtlich der Einfuhr von Wein von der Hauptabteilung E. und L. unterbunden.

Präsident Naumann gibt zu bedenken, daß im Generalgouvernement überhaupt keine geordnete Weinwirtschaft bestanden habe. Es sei nur unter grossen Schwierigkeiten gelungen, ein Weinkontingent zu erhalten. Er habe für das Regierungsheim hervorragende Weine zu ganz niedrigen Preisen geliefert.

Der Herr Generalgouverneur teilt dann Präsident Naumann mit, daß das Luftgaukommando beabsichtige,

eine grössere Anzahl von Flugzeugen im Generalgouvernement unterzubringen und dafür auch wertvolles Kulturland in Anspruch zu nehmen. Er weise Präsident Naumann an, diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

Gegenstand der Besprechung ist sodann ein in einem Schreiben an Staatssekretär Dr. Bühler enthaltener Bericht über den Einfluß der Kriegsereignisse auf die Leistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft.

Präsident Naumann bemerkt, daß er diesen Bericht auf Wunsch des Staatssekretärs Dr. Bühler erstattet habe, um frühzeitig eine Grundlage für die Verhandlungen über die Leistung des Generalgouvernements im sechsten Kriegswirtschaftsjahre zu schaffen, damit man für das sechste Kriegswirtschaftsjahr einen Vorschlag über die Versorgung der heimischen Bevölkerung machen und feststellen könne, was das Reich vom Generalgouvernement noch fordern dürfe oder worauf es vonvornherein verzichten müsse. Diese Fragen seien schon mit dem Generalreferenten Müller vom Reichsernährungsministerium und der Dienststelle des Beauftragten für den Vierjahresplan besprochen worden. Demnächst werde in Berlin eine Schlußverhandlung darüber bei Reichsminister Backe stattfinden. Er habe die massgebenden Instanzen auch nicht im unklaren darüber gelassen, daß das Generalgouvernement hinsichtlich der Versorgung des Wehrkreiskommandos Nachschub aus dem Reich haben müsse. Daß das Generalgouvernements nichts mehr in das Reich liefern könne, darüber seien sich die zuständigen Stellen im Reich klar. Für das Generalgouvernement werde sich bei Aufrechterhaltung der bisherigen Zustände die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen lassen, nicht mehr aber dann, wenn die Front an die San-Weichsel-Linie zurückverlegt werde. Im Fettsektor komme man auch bei Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes nicht durch. Getreide könne in diesem Jahre weder an das Reich noch an das Wehrkreiskom-

mando geliefert werden. Man rechne für dieses Jahr mit einer Erfassung von 1 115 000 t. Davon würden für die eigene Wirtschaft und den Industriebedarf usw. 773 000 t gebraucht, an Saatgut 45 000 t, Transportverluste betrügen 45 000 t, und dazu komme noch eine Staatsreserve von 100 000 t. Insgesamt seien das 963 000 t. Im Reiche werde man wahrscheinlich die Brotration im August um 200 g auf 2 050 g senken müssen. Man hoffe auf eine gute Kartoffelernte und wolle dann das Brot durch Kartoffeln ersetzen. Man gehe dann im Reich mit einer Staatsreserve von 1 000 000 t in das sechste Kriegswirtschaftsjahr hinein. Reichsminister Backe wolle aber schon für das siebente Kriegswirtschaftsjahr Vorsorge treffen. - Im Generalgouvernement stehe einem Gesamtbedarf von 963 000 t ein erwartetes Aufkommen von 1 115 000 t gegenüber, es würde sich also ein Überschuß von 152 000 t ergeben. Die 152 000 t Getreide würden bei der Versorgung des Wehrkreiskommandos einzusetzen sein, und zwar mit einer Menge von 52 000 t, ferner 100 000 t gegebenenfalls für Wolhynien und dem zurückzuerobernden Teil von Galizien. Der Wehrkreisbefehlshaber aber habe etwas über 200 000 t gefordert; da man ihm nur 52 000 t geben könne, müsse das Reich 150 000 t nachschieben. - Angesichts der mangelhaften Fettversorgung der Bevölkerung seien 23 Millionen Stück Eier an die Bevölkerung gegeben worden. Diese Zuteilung habe die Bevölkerung sehr gut aufgenommen. Die Rüstungsarbeiter hätten sogar 7 Eier pro Kopf erhalten. Gegen diese Verteilung seien von gewissen Reichsstellen Bedenken erhoben worden. Er habe demgegenüber geltend gemacht, daß das ein kärglicher Ersatz für die absolut notwendige Fettversorgung und keine Sonderzuteilung sei. - Nicht zufriedenstellend sei die Milcherfassung. Während man bei Eiern den Wert der Ware voll vergüte, gebe man bei der Milch nur 33% des Wertes in Form von Ware zurück. Er habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß man mindestens 50% des Wertes in Form von Prämienware zurückgeben müsse. Es handle sich bei der Milch um eine Menge von 200 Millionen l.

7.6.1944

Der Herr Generalgouverneur stellt auf Grund der Ausführungen und des Berichtes des Präsidenten Naumann fest, daß von seiten des Generalgouvernements rechtzeitig darauf hingewiesen worden sei, was man im Herbst des Jahres zu erwarten habe. Er beauftrage deshalb Staatssekretär Dr. Bühler, ihm die Entwürfe von Schreiben an Reichsminister Backe, an den Beauftragten für den Vierjahresplan, an Reichsminister Dr. Lammers, Reichsführer SS Himmler und Reichsleiter Bormann vorzulegen, in denen die Frage des Einflusses der Kriegsereignisse auf die Reichsleistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft behandelt werde.

Präsident Naumann gibt dann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von der durch Banditen erfolgten Erschiessung des Kreislandwirts Pitting.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, einen Brief an die Witwe zu richten und in diesem Brief gleichzeitig der Witwe mitzuteilen, welche Fürsorgemaßnahmen für sie ergriffen werden könnten.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß angesichts der Tatsache, daß die Sonderzuteilungen nicht mehr in der Zeitung bekanntgegeben werden dürften, lebhafte Klagen aus der deutschen Bevölkerung kämen.

Der Herr Generalgouverneur sieht sich nicht in der Lage, den Erlaß aufzuheben, da man in dieser Hinsicht auf die Stimmung der polnischen Bevölkerung gewisse Rücksichten nehmen müsse. Die zuständigen Stellen müßten versuchen, einen Weg zu finden, auf dem in anderer Weise als durch Veröffentlichung in der Zeitung die Sonderzuteilungen der deutschen Bevölkerung bekanntgemacht werden könnten.

15^{35} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Generalintendant Stampe.

Der Herr Generalgouverneur teilt Generalintendant

Stampe mit, daß vor allem aus Kreisen der Partei abfällige Kritik an der Aufführung der Operette "Manina" geübt worden sei. Dieser Kritik könne er eine Berechtigung nicht absprechen. Er sei überhaupt der Auffassung, daß die Aufführung moderner Operetten eines Staatstheaters nicht würdig sei. Sein Wunsch sei es, das Staatstheater auf ein Niveau zu bringen, das abfällige Kritiken über Aufführungen ausschließe.

16[40] Besprechung mit Generalleutnant der Flieger Unger.

Generalleutnant Unger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den Feststellungen, die er in der Angelegenheit der Mitnahme von Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen durch das Luftgaukommando VIII getroffen hat.

Der Herr Generalgouverneur hält auf Grund des Berichtes des Generalleutnants Unger die Angelegenheit für erledigt. Gleichzeitig gibt er der Auffassung Ausdruck, daß es zur Vermeidung solcher unliebsamen Vorkommnisse in Zukunft zweckmässig wäre, wenn für sämtliche Diensträume und Wohnungen Inventarverzeichnisse aufgestellt würden.

Generalleutnant Unger erklärt sich bereit, dem General Vierling folgenden Vorschlag zu machen: Er, Generalleutnant Unger, werde mit einem Beamten, der noch die früheren Verhältnisse kenne, sämtliche z.Zt. in Besitz der Luftwaffe befindliche Wohnungen nach Einrichtungs-, Wertgegenständen, Teppichen usw. durchsuchen. Diese Gegenstände müßten dann inventarisch genau erfaßt und bestimmten Persönlichkeiten gegen Quittung zugewiesen werden. Gegenstände, die dabei ausgesondert würden, könnten zusammengestellt und der Bevölkerung zum Kauf angeboten werden, damit nicht das Odium der Plünderung bestehen bleibe. Dagegen, daß einzelne Gegenstände verschwunden seien, könne man jetzt nichts mehr tun. Auch der Feldluftgau VIII sei nicht mehr in der Lage, eine Prüfung

vorzunehmen, weil er nicht mehr wisse, welche seiner Offiziere inzwischen versetzt worden seien.

Generalleutnant Unger gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß das Feldluftgaukommando XXVII seine Flugplätze erweitern wolle und dafür auch Ackerflächen in Anspruch nehmen bezw. in die Ernte eingreifen müsse. Selbstverständlich werde dabei mit möglichster Schonung vorgegangen werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalleutnant Unger, diese für das Generalgouvernement ausserordentlich wichtige Frage mit Präsident Naumann zu besprechen. Es müsse sich eigentlich ermöglichen lassen, die Ernte zu retten. Ihm wäre es viel lieber, wenn in das Generalgouvernement Nachtjagdgeschwader hineinverlegt würden. Die hier in Betracht kommenden Flugzeuge könnten schließlich auch im Reich untergestellt werden. Ausserdem gebe es im Generalgouvernement genügend Kahlflächen, die für solche Zwecke in Anspruch genommen werden könnten.

17^00^ Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Kriegsberichter Schermer in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

SS-Kriegsberichter Schermer hat den Auftrag, eine Bild- und Wortreportage über das Generalgouvernement zu machen, und will sich zu diesem Zweck einen Einblick in die industriellen und landwirtschaftlichen Verhältnisse wie in das Kulturleben und alle sonstigen Leistungen des Generalgouvernements verschaffen.

Der Herr Generalgouverneur gibt SS-Kriegsberichter Schermer einige Hinweise für die Erfüllung dieser Aufgabe unter gleichzeitiger Darlegung der z.Zt. im Generalgouvernement herrschenden Verhältnisse und der vielfachen Schwierigkeiten, vor die heute die Regierung des Generalgouvernements gestellt ist.

7.6.1944

17[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt Fräulein Annemarie Rundeshagen.

Fräulein Rundeshagen, die Verlobte des in Ausübung des Polizeihilfsdienstes von Mörderhand gefallenen Oberlehrers an der Deutschen Oberschule Krakau Dr. Hoff, teilt dem Herrn Generalgouverneur nähere Einzelheiten des Überfalles auf den Ermordeten mit. In diesem Zusammenhang berichtet Fräulein Rundeshagen, daß sich die Führung der Hitler-Jugend nicht habe bereitfinden können, offiziell in Uniform an der Bestattungsfeier teilzunehmen, wenn die Trauerfeier in kirchlicher Form und unter Beteiligung eines katholischen Geistlichen stattfinde. Zu der Trauerfeier sei auch kein Angehöriger der Hitler-Jugend, jedenfalls als solcher erkennbar, erschienen. Aus diesem Grunde wünsche sie, ihre Stellung als Pressereferentin bei der Hitler-Jugend aufzugeben; man wolle sie jedoch aus dieser Stellung nicht entlassen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Fräulein Rundeshagen in jeder Weise zu helfen und Hauptbannführer Schimmelpfeng zu erklären, daß er, der Generalgouverneur, die Genehmigung zur Entlassung des Fräulein Rundeshagen aus ihrer bisherigen Tätigkeit erteile. Im übrigen werde er gegebenenfalls dafür sorgen, daß Dr. Hoff nachträglich die Beamtenrechte zuerkannt würden und seiner Mutter unter Umständen eine Unterstützung gewährt werde.

Fräulein Rundeshagen teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Dr. Hoff ein Buch über das Bistum Pavia geschrieben habe, das auf Kosten der italienischen Regierung in etwa 500 Exemplaren gedruckt worden sei. Das Werk befinde sich vorläufig noch in einer Druckerei in Pavia, Dr. Hoff habe es aber nach Deutschland bringen lassen wollen.

7.6.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht Fräulein Rundeshagen, ihm den Namen der Druckerei mitzuteilen und die Stelle zu bezeichnen, mit der man über diese Frage verhandeln müsse. Er sei auch bereit, sich mit dem Italienischen Botschafter in Berlin in Verbindung zu setzen. Ein Durchschlag des an den Italienischen Botschafter gerichteten Schreibens solle Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler erhalten, der sich persönlich der Erledigung der Angelegenheit widmen solle. Weiter müsse festgestellt werden, ob Pavia in die Zone des Hohen Kommissars für das Operationsgebiet Adria gehöre.

Abschliessend ersucht der Herr Generalgouverneur Fräulein Rundeshagen, am Freitag mittag zu einer erneuten Besprechung bei ihm zu erscheinen.

Donnerstag, den 8. Juni 1944

11.15 **Arbeitssitzung** im Grünen Zimmer der Burg über das Thema: **Erhöhung der Besoldung des fremdvölkischen Staatspersonals**.

Anwesend sind: Staatssekretär Dr. **Bühler**, die Präsidenten Dr. **vom Craushaar**, Dr. **Gerteis**, Dr. **Lauxmann**, Dr. **Senkowsky** und **Naumann**, Bankdirigent Dr. **Paersch**, die Ministerialräte Dr. **Radtke**, Dr. **Gschliesser** und **Rhetz** sowie Oberregierungsrat **Gerboth**.

Der Herr **Generalgouverneur** weist einleitend darauf hin, daß er im Zusammenhang mit den Etatbesprechungen mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums angekündigt habe, daß die Frage der Besoldung für das fremdvölkische Staatspersonal des Generalgouvernements einer eingehenden Erörterung unterzogen werden müsse. Damals habe er dem Reich bereits angekündigt, daß er auf diesem Gebiet einschneidende Maßnahmen ergreifen müsse, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstelle. Ihm komme es nicht so sehr darauf an, eine unmittelbare lebenverbessernde Wirkung zu erzielen, sondern hauptsächlich auf das psychologische Moment, den fremdvölkischen öffentlichen Angestellten zu zeigen, daß die Regierung des Generalgouvernements bemüht sei, ihre langjährige loyale Mitarbeit anzuerkennen. In dieser Angelegenheit liege ihm nun ein Bericht des Staatssekretär der Regierung vom 5. Juni vor, und er bitte den Herrn Staatssekretär, den Stand der Angelegenheit darzulegen.

Staatssekretär Dr. **Bühler** berichtet, daß in eingehenden Besprechungen alle Gründe für und gegen eine Anhebung der Bezüge der fremdvölkischen öffentlichen Angestellten im gegenwärtigen Augenblick erörtert worden seien. Gewichtige Gründe sprächen gegen eine Erhöhung der Bezüge; im landwirtschaftlichen wie auch gewerblichen Sektor hätten maßgebliche Herren erklärt, daß eine Verbesserung der Versorgung der Fremdvölkischen auf keinen Fall vorgenommen werden könne, daß im Gegenteil bei

einem weiteren Fortschreiten der jetzigen Entwicklung eine Reduzierung der Versorgung eintreten müsse. Ein Mehr an Gehalt stelle nur eine Aufblähung der Kaufkraft dar, der keine Ware gegenüber stehe. Es würde nur dazu führen, daß die mehr Geld erhaltenden Fremdvölkischen sich darüber ärgern würden, daß sie mit ihrem Geld nichts anfangen könnten.

Auf der anderen Seite sei festgestellt worden, daß die derzeitigen Bezüge der Fremdvölkischen, insbesondere der unteren Klassen unter dem Existenzminimum lägen; das Existenzminimum sei erst bei den Bezügen in Klasse VI gegeben.

Die Hauptabteilung Finanzen hätte nun unter dem 15. Mai auf Grund der damaligen Besprechungen einen präzisen Vorschlag ausgearbeitet, der 1.) die Anhebung der Bezüge der unteren Beamten bis zum Existenzminimum vorsehe und 2.) auf manchen Gebieten eine Naturalverbesserung für diese Beamten und Angestellten zum Ziele habe.

Der Herr Generalgouverneur bricht hier die Sitzung ab, da sich herausstellt, daß die anwesenden Hauptabteilungsleiter über diesen Vorschlag der Hauptabteilung Finanzen nicht informiert sind und daher keine amtliche Stellungnahme zu diesem Vorschlag abgeben können. Er beauftragt den Staatssekretär der Regierung, eine Informierung der Hauptabteilungsleiter über diesen Vorschlag herbeizuführen, und beraumt für den Mittwoch nächster Woche einen neuen Termin für diese Sitzung an.

15^{30} Besprechung mit den Referenten in der Kanzlei des Generalgouverneurs, Regierungsrat Dr. Jänsch und Regierungsrat Schulz in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger über Fragen des Polizeihilfsdienstes auf der Burg.

8.6.1944

16^{30} Besprechung mit Abteilungsleiter Henseling in Gegenwart der Präsidenten Dr. Eichholz und Ohlenbusch sowie des Oberdienstleiters Tießler.

Präsident Dr. Eichholz erklärt, daß auf Grund einer am 2. Mai stattgefundenen Besprechung die Angelegenheit Henseling einer Bereinigung zugeführt worden sei. Herr Henseling könne nunmehr wieder sowohl seine öffentliche Tätigkeit als auch seine Vortragstätigkeit an deutschen Oberschulen im vollen Umfange aufnehmen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Angelegenheit für ihn damit als erledigt. Die vorgenannte Einigung müsse allen Beteiligten bekanntgegeben werden. Er ersuche Herrn Henseling, die Angelegenheit gleichfalls als erledigt zu betrachten. Durch diese Einigung sei auch jede Kritik von seiten führender Persönlichkeiten der Partei zum Verstummen gebracht. Herr Henseling möge alles Vergangene auf sich beruhen lassen und sich ganz seiner Arbeit widmen.

Herr Henseling erklärt sich ausserstande, die Vorwürfe des Pg. Holweger in der Richtung, daß seine Vergangenheit belastet sei, auf sich beruhen zu lassen; er trage sich daher mit dem Gedanken, um Entlassung aus seinem Amt einzukommen.

16^{45} Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe eines Burg-Ringes und einer Burg-Ehrennadel vor, die am 5. Jahrestag des Generalgouvernements an verdiente Persönlichkeiten für fünfjährige Tätigkeit im Generalgouvernement verliehen werden sollen.

16^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch den Maler Donauer-Zakopane.

17^{00} Besprechung mit Hauptbannführer Schimmelpfeng, Kulturreferent Rodler und Hauptgefolgschaftsführer Ebeling in Gegenwart des Musikreferenten Bader über die Musik-

schule der Stadt Krakau.

Nach Aussprache über den musischen Wettbewerb der H.J. und über den gegenwärtigen Stand der Musikschule der Stadt Krakau wird folgendes vereinbart:

Der bisherige hauptamtliche Leiter der Gebietsmusikschule der H.J. und nebenamtliche Leiter der Städtischen Musikschule Krakau, Kapellmeister Sternitzke, wird in Zukunft die Städtische Musikschule hauptamtlich führen und von der Leitung der Gebietsmusikschule der H.J. zurücktreten, ihr jedoch weiterhin als Lehrer und Fachberater mit einem bestimmten Stundenmaß angehören.

Bevor an einen Ausbau der dramatischen Schule im Rahmen der Städtischen Musikschule gedacht werden kann, ist die Schülerzahl zu erhöhen. Zu diesem Zweck wird insbesondere die H.J. die dramatisch begabten Elemente in ihren Reihen zum Besuch dieser Kurse veranlassen.

Mit Ende dieses Schuljahres werden vom Leiter der Städtischen Musikschule diejenigen Seminarteilnehmer namhaft gemacht, die einer weiteren Förderung in ihrem Streben nach Berufsausbildung würdig sind. Für diese wird laut Weisung des Herrn Generalgouverneurs beim Staatssekretär der Regierung tunlichste Befreiung von sonstiger Dienstverpflichtung erbeten werden.

17^{10} Teeempfang.

Freitag, den 9. Juni 1944

11[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11[15] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, den Präsidenten Dr. Eichholz und Dr. von Craushaar, Ministerialrat Dr. Weh und Oberregierungsrat Gerboth über die Verwaltungsschulen im Generalgouvernement.

Oberregierungsrat Gerboth führt dazu aus, daß am 1. April 1941 das Hauptamt Schulung und Ausbildung innerhalb des Staatssekretariats eingerichtet worden sei, dessen Leitung zuerst Dr. Luxenberg und anschliessend Dr. von Manzano innegehabt hätten. Im Wege der Verwaltungsvereinfachung sei das Hauptamt der Hauptabteilung Innere Verwaltung eingegliedert worden; nach Ausscheiden des Dr. von Manzano habe er, Oberregierungsrat Gerboth, im März 1944 die Leitung übernommen.

Der Grund für die Einrichtung des Hauptreferates sei gewesen, daß die Beamten und Angestellten aus den verschiedensten Verwaltungen gekommen seien, verschiedene Ausbildungen genossen hätten und mit der Behördenapparatur vertraut gemacht werden mußten. Zunächst hätten Lehrgänge in Stenografie und Schreibmaschine und dann auch in Sprachen stattgefunden. Dann habe man besonders für die Volksdeutschen Fächer wie Deutsch, kameralistische Buchführung, Verwaltungskunde und allgemeine Staatskunde, Verwaltungsrechnen, Bürokunde für Amtsboten, Schriftverkehr der Verwaltungen usw. einrichten müssen. Dies sei der Anlaß gewesen, daß man Verwaltungsschulen eingerichtet worden seien, zunächst in Krakau und dann in den anderen Distriktstädten.

In Krakau, Warschau und Radom fänden die Kurse z.Zt. noch statt, während sie in Lemberg und Lublin vorläufig eingestellt seien; zahlenmässig am stärksten seien die Kurse in Krakau, wo im Frühjahrstrimester 1944 119 Lehrgänge mit 2 685 Hörern abgehalten würden. Einzelne Kurse seien neuerdings auch Nichtdeutschen zugängig gemacht. Es gebe verschiedene Parallelklassen und

Fortgeschrittenenkurse. Gelehrt werde alles, was ein Büroangestellter brauche, aber auch Fächer, die eine Leistungssteigerung hervorzurufen in der Lage seien. In Stenografie und Registraturwesen gebe es Zwangkurse.

Er sei auch zum Ausbildungsleiter für Regierungsinspektorenanwärter bestellt. Die Kurse dafür fänden auch in der Verwaltungsschule statt. Er habe die einzelnen Fächer entsprechend dem Lehrplan der Reichsverwaltungsschule eingerichtet. Als Lehrer fungierten meistens Referenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung und der Fachverwaltungen, insbesondere der Hauptabteilung Finanzen. Gelehrt werde Allgemeine Einführung in die Rechtswissenschaft, Staatsrecht, Verwaltungs- und Beamtenrecht, Haushalt- und Kassenwesen usw. Die Erfolge seien bisher recht günstig. Er hoffe, daß sich die Zahl der Anwärter, die durch Einziehungen zur Wehrmacht stark gesunken sei, bald wieder vergrössern werde, da die Handelsschule in Radom gut angelaufen sei und von dort volksdeutsche Anwärter zu erwarten seien. Der Nachwuchs an Beamten des gehobenen mittleren Dienstes sei sehr schlecht und darum gerade diese Schulung ungeheuer wichtig.

Der Herr Generalgouverneur erinnert dann an eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. von Craushaar in der Frage der Versorgung der aus dem Sonderdienst Entlassenen oder derjenigen, die sich im Dienste des Generalgouvernements verdient gemacht haben. Für diese Leute müsse man eine Einrichtung ähnlich der der Versorgungsanwärter des Reiches scharfen. Vor allem sei das für den Sonderdienst wichtig. Man müsse bei der Werbung zum Eintritt in den Sonderdienst darauf verweisen können, daß Sonderdienstangehörige jederzeit nach ihrem Ausscheiden oder im Falle einer Verwundung in die untere staatliche Verwaltungslaufbahn eintreten könnten. Ihre Schulung und Ausbildung müsse vom Staat bezahlt werden. Diese Einrichtung könne man

auch auf verdiente Angehörige des Baudienstes ausdehnen. Selbstverständlich müßten diese Leute für eine Verwaltungslaufbahn von Grund auf geschult werden.

Eine weitere wichtige Frage sei die Schaffung eines zukünftigen Beamtennachwuchses in allen Kategorien.

Oberregierungsrat Gerboth verweist hier darauf, daß die Errichtung einer Reichsverwaltungsschule in Krakau geplant sei, der Krieg aber vorläufig die Verwirklichung dieses Planes nicht gestatte. Auch die Errichtung einer provisorischen Reichsverwaltungsschule sei infolge des Fehlens entsprechender Unterkunftsmöglichkeiten für die Teilnehmer und infolge der Raumanforderungen der Wehrmacht nicht möglich. Der Plan könne also erst nach Beendigung des Krieges realisiert werden. Vorläufig würden die Beamten hier nur geschult, ihre Prüfungen legten sie in der Reichsverwaltungsschule Pirna ab.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann zu bedenken, ob für die Beamtenschaft nicht irgendein Fortbildungsorgan geschaffen werden könne. Vielleicht könne die Verwaltungsakademie eine Zeitschrift für die Staatsdiensttuer im Generalgouvernement herausbringen, in der in gleicher Weise Gewicht auf die Schulung und auf die Betreuung gelegt werde.

Staatssekretär Dr. Bühler verweist dann darauf, daß es im Generalgouvernement bis jetzt keine fremdvölkischen Beamten, sondern nur Staatsangestellte gebe. Vielleicht könne man zum 5. Jahrestag eine solche Einrichtung schaffen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und wünscht dafür die bereits bei der Ostbahn eingeführte Einrichtung der ersten Stufe zum Vorbild genommen zu sehen.

Präsident Dr. Eichholz wirft zum Schluß noch ein, daß der Umfang der Verwaltungsschulen sehr stark in den Sektor der Hauptabteilung Erziehung und Unterricht

eingreife und die Gefahr einer Mehrarbeit bestehe. Er schlage daher die Einschaltung der Schulaufsicht der Hauptabteilung vor.

Der Herr Generalgouverneur will hier die gleiche Regelung getroffen sehen, wie sie zwischen der Hauptabteilung und dem Berufserziehungswerk der Partei getroffen ist.

Eine weitere Frage des Präsidenten Dr. Eichholz, ob diese sogenannten Versorgungsanwärter nicht auch in Kursen der Handelsschulen für die Wirtschaft ausgebildet werden müßten, beantwortet der Herr Generalgouverneur dahin, daß die Hauptabteilung in Verbindung mit der Zentralkammer der gewerblichen Wirtschaft jederzeit solche Kurse einrichten könne. Kein Versorgungsanwärter werde zum Eintritt in den Verwaltungsdienst gezwungen; entschliesse er sich für eine Tätigkeit in der Wirtschaft, so werde er eine Geldabfindung erhalten, mit der er die Kosten seiner Ausbildung bezahlen könne.

11.30 Präsident Dr. von Craushaar stellt dem Herrn Generalgouverneur die Oberregierungsräte Dr. Dohn, Hastert und Linde vor, die in den Distrikten Krakau, Radom und Warschau ihre Tätigkeit als Leiter der Abteilung Innere Verwaltung aufnehmen.

12.20 Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Oberdienstleisters Tießler die Parteigenossen Hund und Alt von der Parteikanzlei.

Parteigenosse Hund berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seiner Besichtigungsreise durch die Distrikte Galizien, Radom und Krakau. Er sei freudig überrascht von dem hohen Menschenmaterial in der Parteiarbeit draussen; diese Männer seien in der Lage etwas zu leisten. Vielleicht seien sie noch nicht mit der notwendigen Intensität an die Kleinarbeit herangeführt worden.

Erfreut sei er auch über die hohen Qualitäten der Mitarbeiter der Hauptarbeitsgebiete des Arbeitsbereiches. Einzige Ausnahme bilde hier Pg. Kobusch, der für die Tätigkeit eines Stabsleiters reichlich unklar sei.

Auf Grund seiner persönlichen Besprechungen habe er festgestellt, daß teilweise sehr gut gearbeitet werde, teilweise aber auch die Arbeit in der Partei als eine Angelegenheit angesehen werde, deren Durchführung weit nach dem sonstigen Pflichtenkreis komme.

Er habe auch mit den Distriktstandortführern Dr. Wächter und Kundt über die Frage der Trennung der Personalunion gesprochen; trotz der bestehenden Schwierigkeiten sei er persönlich überzeugt, daß diese Trennung durchgeführt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur protestiert eingangs gegen die Auffassung des Parteigenossen Friedrichs, daß der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP der minderwertigste von allen sei, der am wenigsten geleistet habe. Er habe sich über diese Äusserung des Pg. Friedrichs dem Distriktstandortführer Kundt gegenüber sehr aufgeregt. Angesichts der totalen Schwierigkeiten, in diesem Raum eine deutsche Führung aufzurichten, sei das eine unbewiesene Behauptung. 16,4 Millionen Einwohnern stünden hier nur etwa 180 tausend Deutsche gegenüber, von denen sich wiederum nur ein Bruchteil aktiv nationalsozialistisch betätige. Der Arbeitsbereich zähle etwa 35 Tausend Parteigenossen, die Substanz der Bewegung betrage also mitgliedermässig gesehen die eines kleinen Landkreises des Reiches, verteilt auf eine Fläche von 150 000 qkm. Daraus ergebe sich, daß die hier tätigen Deutschen in erster Linie im staatlichen Sektor arbeiten müßten, der 99% der Bevölkerung ausmache. Auf Grund dieser Sachlage sei es klar, daß die Parteiarbeit hier nicht so in Erscheinung treten könne wie im Reich. Dazu komme, daß die Inanspruchnahme der Männer im staatlichen Sektor ungeheuer sei. So habe z.B. ein Kreishauptmann mit 100 Leuten Hunderttausend Polen zu regieren. Bei der Erörterung aller Fragen des

Generalgouvernement müsse diese zahlenmässige Relation immer die Voraussetzung bilden. Diese Tatsache müsse auch allen Vorwürfen entgegen-gehalten werden, die behaupteten, daß im Generalgouvernement der Staat mehr gelte als die Partei.

Seiner Überzeugung nach sei es das größte Wunder, die Partei im Generalgouvernement so zu halten wie jetzt. Die Organisation der Arbeitsbereiche sei seine persönliche Erfindung, und der Arbeitsbereich Generalgouvernement halte jeden Vergleich aus. Den Arbeitsbereich brauche er als Gesinnungsblock, als den Repräsentanten des nationalsozialistischen Gewissens in Kundgebungen, Parteitagen, in deutschen Zusammenkünften, dagegen nicht in den Dingen, die im Reich die Hauptrolle spielten.

Seiner Meinung nach sei im jetzigen Augenblick eine Trennung von Zuständigkeiten vollkommen undurchführbar. Sollte sie von der Parteikanzlei erzwungen werden, würde er sich an den Führer wenden, und eine ungeheuere Auseinandersetzung wäre die Folge. Rein optisch gesehen könne er in diesem Augenblick nicht dulden, daß die wenigen Repräsentanten, die er im Lande habe, auseinandergerissen würden. Neben dem Gouverneur könne nicht ein Mann der Partei stehen. Diese Einheitlichkeit der Führung müsse bis nach unten gehen. Bei der Trennung der Führung des Arbeitsbereiches durch seine Person, die in einem Atemzug mit der Trennung der Gouverneure stattfinden würde, würde im Generalgouvernement die Partei in grosse Auseinandersetzungen mit dem Staat geraten. Der Parteimann müßte notgedrungen über die im Staatsdienst stehenden Beamten und Angestellten verfügen. Bei den Kreisen sei es etwas anderes, und in einem Schreiben an Reichsleiter Bormann habe er sich bereit erklärt, 12 Kreisstandorte zu bilden, die den Distriktstandorten unterstünden. Mit der Trennung auf der Ebene des Generalgouverneurs und der Gouverneure könne er nicht einverstanden sein.

9.6.1944

Die Organisation eines neu eroberten Gebietes mitten im Krieg sei eine Sache für sich, sie sei von der endgültigen Organisierung friedensmässiger Art nach gewonnenem Krieg streng zu trennen. Während des Krieges könne es keine endgültige Organisation geben. Hauptsache sei, daß der Krieg gewonnen werde, denn auch die Existenz der Partei hänge vom Gewinnen des Krieges ab. Es dürfe daher durch Erörterung solcher Fragen keine Unruhe ins Land gebracht werden. Die Lage des Generalgouvernements sei ernährungsmässig und polizeimässig gesehen durch den Einbruch der Russen ungeheuer erschwert worden.

Der Herr Generalgouverneur führt dann noch weitere Schwierigkeiten auf, mit denen das Generalgouvernement zu kämpfen hat.

Parteigenosse Hund gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Parteikanzlei kein Interesse habe, die Gouverneure von der Parteiarbeit abzuziehen. Auch Parteigenosse Friedrichs habe bestimmt nicht die Absicht gehabt, dem Arbeitsbereich und seinem Leiter in irgendeiner Form nahezutreten.

13^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt General von Owen und Generalleutnant Gunzelmann in Anwesenheit des Verbindungsoffiziers zum OKW Oberst Fischer.

13^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt Fräulein Rundeshagen in Anwesenheit des Pressechefs Gassner.

13^{45} Mittagessen

9.6.1944

15.00 Luftwaffenbesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Anwesend sind: Die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, die Präsidenten Dr. von Craushaar, Gerteis, Bauder, Eißfeldt, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Regierungsdirektor Albert, Bürgermeister Weber, Amtsleiter Hudelmaier sowie General der Flieger Vierling, Generalmajor Riesch, Quartiermeister Oberst Kobe, Oberst Fischer, Oberstleutnant Roedenbeck, Oberstleutnant von Dasur und Major Grundmann.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, daß sich auf Grund der Tatsache der Stationierung amerikanischer Bomberverbände im Osten die Luftkriegssituation im Generalgouvernement entscheidend ändern könne. Dem Feinde sei nicht verborgen geblieben, daß grosse Bereiche der Rüstungsindustrie in diesen Raum verlagert worden seien. Das Bemühen aller Instanzen müsse sein, dieser Gefahr entgegenzutreten. Pflicht sei es auch, der Luftwaffe zu helfen. Die Luftwaffe fordere vom Generalgouvernement die Zurverfügungstellung von Gelände, damit sie die auf den Fliegerhorsten des Generalgouvernements vorhandenen Flugzeuge in grössere Räume aufteilen könne, damit nicht durch eventuell kommende Bombardierungen allzu grosser Schaden angerichtet werde. In Punkt 1 der Sitzung sollten die Luftschutzmassnahmen im Generalgouvernement erörtert und in Punkt 2 eine Stellungnahme zu dem konkreten Wunsch der Luftwaffe herbeigeführt werden.

Staatssekretär Koppe gibt nach Aufforderung durch den Herrn Generalgouverneur einen zusammenhängenden Bericht über die auf dem Gebiete des Luftschutzes im Generalgouvernement bisher durchgeführten Maßnahmen. Der Luftschutz sei im Generalgouvernement neu angekurbelt worden, und auf der ganzen Linie habe man damit begonnen, Luftschutzbauten für deutsche Menschen zu erstellen, insbesondere Splitterschutzgräben aus Beton,

ausserdem dafür zu sorgen, daß genügend Feuerlöschteiche vorhanden seien.Die Materialgestellung sei inzwischen besser geworden. Alle Dienststellen der Regierung hätten dazu beigetragen, daß die Bautätigkeit auf diesem Sektor erhebliche Fortschritte erzielt habe. In den Distriktshauptstädten könnten jetzt 70 bis 80% der Bevölkerung in splittersicheren Betonluftschutzgräben untergebracht werden.

Man sei erst seit 6 Monaten in Tätigkeit auf diesem Gebiet und daher noch lange nicht zu Ende. Beste Unterstützung von allen Seiten sei unbedingt erforderlich. Bürokratische Hemmnisse müßten gerade auf diesem Sektor zurückgestellt werden.

In Zusammenarbeit mit der Wehrmacht seien entsprechende Meldeköpfe angelegt worden, um ständig über die Luftlage im Bilde zu sein. Bisher seien im Generalgouvernement nur Fallschirmspringer und Lastenfallschirme abgesetzt worden; das könne jetzt aber anders werden, da im Ostraum 6 oder 10 amerikanische Geschwader stationiert seien. Hauptgewicht müsse auf die Ermöglichung eines frühzeitigen Luftalarms gelegt werden. Im allgemeinen habe man in den letzten Monaten alles getan, was menschenmöglich sei. Die kleinen Beanstandungen der vor einigen Monaten in Krakau gewesenen Reichskommission würden abgestellt.

Der Herr Generalgouverneur führt hierzu aus, daß diese Reichsinspektion für zivile Luftschutzmaßnahmen die Luftschutzmaßnahmen im Generalgouvernement anerkannt habe. Einige kleine beanstandete Punkte möge Staatssekretär Koppe den beteiligten Stellen zwecks Abstellung dieser Mängel mitteilen. Insbesondere müßten die Luftschutzeinrichtungen auf dem Bahnhof in Krakau noch erheblich verbessert werden.

9.6.1944

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß bei der Lage des Bahnhofes nicht viel zu machen sei. Bei Luftalarm müsse man aus dem Bahnhof heraus. Zwei bisher vom Wohnungsamt zur Verfügung gestellte Gebäude reich- aber nicht aus, die Reisenden zu fassen. Am zweckmässigsten wäre ein zu erbauender Hochbunker.

Staatssekretär Koppe führt dann noch aus, daß der Luftschutz für die Polen noch im Werden sei. Haupthindernis sei der Materialmangel. Für die Polen seien bis jetzt einfache Splitterschutzgräben ohne Deckung aufgeworfen. Sie müßten noch mehr angehalten werden, für den Luftschutz zu arbeiten; sie könnten z.B. in der Nähe ihrer Wohnhäuser kleine Gräben oder Schützenlöcher schaffen. Die deutsche Verwaltung habe ein Interesse daran, diejenigen Polen auch luftschutzmässig in Schutz zu nehmen, die in den Betrieben Schlüsselstellungen inne hätten. Auch die Zahl der Großalarmgeräte sei noch nicht ganz ausreichend, Lieferungen aber zugesagt. Er glaube, daß man auf Grund des bisher auf dem Gebiete des Luftschutzes Erstellten im Ernstfalle grössere Schäden vermeiden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet, daß von allen Seiten darüber geklagt werde, daß die Baumaterialien nicht rechtzeitig angeliefert würden.

Präsident Bauder erklärt hierzu, daß sich die Lage auf dem Zementgebiet - darum handle es sich meistens - in den letzten Wochen ausserordentlich versteift habe. In Schlesien seien einige Werke ausgefallen. Auf der anderen Seite sei der Bedarf der Front ungeheuer gestiegen. Die Produktion von Oberschlesien betrage 100 000 t, während ein Gesamtbedarf von 282 000 t bestehe. Die im Generalgouvernement liegende Zementfabrik bei Cholm könne infolge Arbeitskräftemangel nicht produzieren.

9.6.1944

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die Frage der Gestellung der notwendigen Arbeitskräfte für diese Zementfabrik zu klären. Vielleicht könne auch zur Versorgung der notwendigen Luftschutzbauten mit Zement und Holz eine Unterkommission geschaffen werden.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß der Selbstschutz noch stark mobilisiert werden müsse. Man werde das durch eine Kombination Lebensmittelkarten-Luftschutzmaßnahmen erreichen. Ein weiterer Punkt sei die Auflockerung der an luftgefährdeten Orten gelagerten Güter. Zu diesem Zweck werde im zivilen Sektor ein eigener Kommissar eingesetzt. Der Wehrmacht habe er über Oberst Fischer die gleiche Anregung gegeben. Bis jetzt habe man lagern müssen, wo Platz und Bewachungsmöglichkeit gegeben seien.

Präsident Gerteis berichtet dazu noch, daß die Ostbahn seit 8 Tagen diese Auflockerung und Freimachung der gefährdeten Lager betreibe. Weiter werde z.Zt. ein Wiederherstellungsdienst aufgebaut, damit evtl. durch Angriffe hervorgerufene Schäden sofort behoben werden könnten.

General Vierling berichtet über den nördlichen Teil des Abschnittes der Luftflotte IV. In diesem Raum, den Distrikten Galizien und Krakau, sei augenblicklich das Fliegerkorps 8 eingesetzt, das in erster Linie die Nachschubstrecken des sowjetischen Gegners bekämpfe. Die Zahl der in diesem Raum eingesetzten Flugzeuge stehe in einem bestimmten Verhältnis zu der vorhandenen und bereits neu geschaffenen Bodenorganisation, sodaß die befohlene Auseinanderziehung dieser Flugzeuge keine zu grossen Schwierigkeiten bereite. Trotzdem sei angeordnet, daß jeder Verband bis zur Einheit der Staffel abgesehen von dem vorhandenen Einsatzplatz für sich in der Nähe eine kleine Ausweichfläche zu suchen habe, auf die er bei Einflügen des Gegners auf ein gewisses Stichwort hin auszuweichen habe. Jeder Verband müsse also neben seinem Einsatzhafen einen kleinen Ausweichplatz besitzen. Das könne nur auf Flächen geschehen, die von Natur aus

9.6.1944

befestigt sind, denn ein gewöhnliches Feld sei nach 8 Tagen Regen zum Landen ungeeignet. Auf der anderen Seite habe General Desloch darüber hinaus trotz der Schädigung der Einsatzführung seine Verbände auch auseinandergerissen; auf einem Platz lägen nicht mehr Gruppen, sondern nur Staffeln. Selbstverständlich würden mit dem weiteren Fortschreiten des Ausbaues der Bodenorganisation neue Ausweichplätze errichtet werden. Er glaube, daß im Bereich des Luftgaues 8 die Forderungen des Reichsmarschalls als erfüllbar angesehen werden können, ohne daß ernstere Eingriffe in das Gebiet der E. und L. vorgenommen werden müßten. Selbstverständlich könnte es geschehen, daß auf Grund der taktischen Lage an der Front über Nacht irgendein Absprungplatz für Jäger oder Stukas geschaffen werden müsse, vielleicht nur für einige Stunden. Solche Ereignisse würden sich aber nur in der Kampfzone abspielen. Weder von seiten der Flotte noch von seiten des Luftgaues sei beabsichtigt, höhere Forderungen zu stellen. Man sei im Gegenteil bemüht, die jetzigen Plätze möglichst der Nutzung zur Verfügung zu stellen. General Desloch habe sich auch vorbehalten, jeden Ausweichplatz persönlich zu besichtigen, und erst dann Befehl zu geben, ob etwas verändert werden dürfe. Man werde in engster Zusammenarbeit mit den Gouverneuren Dr. von Burgsdorff und Dr. Wächter vorgehen, um die Wünsche des Generalgouvernements möglichst zu berücksichtigen.

Der Herr Generalgouverneur spricht General Vierling seinen Dank für diese Erklärung aus und gibt die Versicherung ab, daß alles geschehen werde, um den notwendigen Erwartungen der Luftwaffe zu entsprechen.

Oberst Kobe zeigt zunächst an Hand einer Karte den Aufbau der Flugplätze im Distrikt Warschau. Der Grund für das Fernschreiben, das sein Befehlshaber an den Herrn Generalgouverneur gerichtet habe, sei der

Befehl des Reichsmarschalls gewesen, der wiederum durch die Verlagerung amerikanischer Bomberverbände in den Großraum Kiew am 2.6. ausgelöst worden sei. Dieser Befehl des Reichsmarschalls mache es den Befehlshabern der Luftflotten IV bis VI besonders zur Pflicht, mit allen Mitteln Maßnahmen zu treffen, um Verluste an wertvollem Fliegergerät zu vermeiden. Vollzugsmeldung müsse durch sie dem Reichsmarschall erstattet werden.

Der neue Gegner arbeite in Tag- und Nachtangriffen mit Bombenteppichen, bei denen Splitterboxen nichts nützten. Man müsse nun die Flugzeuge bis auf 500 m auseinanderziehen und auch von den Flugplätzen herunter gehen. Der Feldluftgau XXVII habe in den letzten Monaten den gesamten operativen Luftkrieg gegen Rußland geführt. Der Gau erhalte nun neue Maschinen, die längere Startbahnen beanspruchten. Die Kulturflächen würden tunlichst geschont, doch lasse sich nicht verhindern, daß solche Flächen durch die Rollbahnen angeknackt werden. Für das Generalkommissariat Bialystok sei bereits eine Antwort erteilt, die dahin gehe, die vom Feldluftgau geforderten Maßnahmen zu unterstützen.

Auf die Bemerkung des Herrn Generalgouverneurs, daß in der vorgelegten Karte auch die Anlage von grossen Plätzen im nördlichen Teil des Generalgouvernements westlich der Weichsel geplant sei, erwidert Oberst Kobe, daß ein Platz bereits ausgebaut und 2 weitere erkundet seien.

Regierungsdirektor Albert gibt seiner Freude über die Ausführungen des Generals Vierling Ausdruck. Sie lauteten wesentlich günstiger als die Ausführungen im Fernschreiben des Generals Fischer vom 5.6., in dem ausdrücklich gesagt sei, daß es sich nicht vermeiden lasse, für die Zwecke der Auflockerung der Luftwaffe im Generalgouvernement Kulturflächen und gelegentlich Ortschaften zu räumen. Eine enge Verbindung zwischen den Kreislandwirten und Vertretern der Luftwaffe halte er draussen für unbedingt erforderlich, damit bei der

Durchführung dieser Maßnahmen möglichst allen Grundsätzen Rechnung getragen werde.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, den Gouverneuren Fischer und Kundt den Befehl zu erteilen, daß die amtlichen Dienststellen des Generalgouvernements alles zu tun hätten, um den kriegsmässig dringenden Anforderungen des Feldluftgaues XXVII, die sich infolge dieser neuen Lage auf dem Luftkriegsgebiet im Osten ergäben, zu entsprechen. Auf der anderen Seite ersuche er die Luftwaffe, ihre Vertreter anzuweisen, mit den beiden Gouverneuren aufs engste zusammenzuarbeiten. Wenn man zwischen 2 Plätzen wählen könne, müsse der für die landwirtschaftlichen Interessen nicht so geeignete Platz ausgesucht werden. Dabei betone er aber, daß das Kriegsinteresse den Vorrang habe.

Oberst Kobe erklärt dazu, daß den Vertretern der Luftwaffe in dieser Frage bereits engste Zusammenarbeit mit den zivilen örtlichen Dienststellen befohlen sei. Er bitte, daß in gleicher Weise die nachgeordneten Dienststellen der Gouverneure ebenfalls unterrichtet würden.

Eine Unterstützung der Luftschutzbauten durch die Luftflotte, für die Staatssekretär Koppe plädiert, kann Oberst Kobe nicht zusagen. Er müsse im Raum Zyrardow eine neue Basis aufbauen, habe bereits Arbeitskommandos zur Verfügung, benötige aber noch Arbeiter. Er wäre dankbar, wenn eine Weisung des Inhalts gegeben würde, daß die Zivilbevölkerung im Umkreis der Plätze zum Arbeitseinsatz herangezogen werden dürfe, soweit es landwirtschaftlichen Arbeiten zuliessen.

Der Herr Generalgouverneur weist hier darauf hin, daß Generalfeldmarschall Model bereits 120 000 Arbeiter für den Ausbau der Weichsel-San-Linie beanspruche, trotzdem aber werde man auch die Arbeitergestellung

9.6.1944

für die Luftwaffe beachten.

Regierungsdirektor Albert spricht von der grossen Sorge, die der Umstand hervorrufe, daß das Stickstoffwerk Moscice ohne Flakschutz sei.

Oberst Rohe trägt noch die Bitte vor, zur Verlagerung wertvollen fliegerischen Gerätes aus Warschau Räume an anderen Orten zu bekommen.

Hier wirft Staatssekretär Dr. Bühler ein, daß die Regierung des Generalgouvernements bereits bei der Einlagerung nach Warschau darauf hingewiesen habe, daß eine Massierung von Gütern in solchen Städten keinen Sinn habe.

Präsident Gerteis hält es für unzweckmässig, diese Güter im Restbezirk Warschau und Radom unterzubringen. Man müsse jetzt über die Grenzen des Generalgouvernements hinaus und ins Reich gehen.

Staatssekretär Koppe glaubt nicht, daß im Warthegau noch irgendein freier Raum zur Lagerung solcher Güter vorhanden sei.

Auch Präsident Dr. von Craushaar erklärt, daß eine Verlagerung innerhalb des Generalgouvernements kaum mehr möglich sei. Der Raum sei derartig gering geworden, daß heute bereits alle Möglichkeiten erschöpft seien. Als Räumungskommissar habe er bereits einen Aufklärungstrupp nach Schlesien geschickt; diese Abordnung habe dort Lagerungsmöglichkeiten festgestellt, und er sei auch überzeugt, daß dies auch im Warthegau der Fall sei.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Meinung, daß im Generalgouvernement alle Möglichkeiten praktisch erschöpft seien. Staatssekretär Dr. Bühler müsse Staatssekretär Dr. Stuckart auf diese Tatsache hinweisen und die Bitte aussprechen, daß sich die Luftwaffe an den Warthegau wenden möge.

9.6.1944

Oberst Kobe hält dem entgegen, daß sein Feldluftgau bis nach Witebsk operieren müsse. Durch zu weite Rückverlegung werde der Arm des Feldluftgaues zu lang.

Präsident Dr. von Craushaar äussert die Ansicht, daß es genug Teile der Ausrüstung gebe, die man weiter weg lagern könne; die jederzeit greifbaren Sachen müßten natürlich im Generalgouvernement gelagert werden.

Oberst Kobe erklärt dann, daß er in der Nähe von Zyrardow eine Basis aufrichten müsse. Dazu benötige er einen festen Kern, etwa eine Fabrik, um die herum er dann Baracken aufstellen werde.

Der Herr Generalgouverneur verweist Oberst Kobe wegen dieses Antrages an Gouverneur Fischer, der Weisung erhalten soll, die Angelegenheit an Ort und Stelle einer Lösung zuzuführen.

General Vierling betont in Anlehnung an die Worte des Präsidenten Dr. von Craushaar die Notwendigkeit einer Auflockerung der bestehenden Objekte und Lager. Im Generalgouvernement gebe es neben den Hauptbahnstrecken Baracken, in denen 1 500 Fahrzeuge nebeneinander stünden. Riesige Baracken müsse man vorne abbauen und hinten wieder aufbauen. Beim Neuaufbau müsse eine Massierung neben der Bahn vermieden werden, doch sei dies schwer, da überall Gleisanschluß notwendig sei.

Oberstleutnant Roedenbeck erwidert, daß der Wehrkreis solche Auflockerungsmaßnahmen bereits betreibe, die besonders im Hinblick darauf wichtig seien, daß im Generalgouvernement Baracke neben Baracke aufgebaut sei, und diese daher wenig luftgeschützt seien.

Präsident Gerteis weist hier besonders auf die Massierung von Gütern an der Bahn Lemberg-Przemysl-Krakau und an der Beskidenbahn hin. Hier liege ein Lager neben dem anderen. Für den gegnerischen Flieger sei es ein lohnendes Ziel, seine Bomben z.B. auf Plaszow abzuwerfen, wo Benzin und Ersatzteile in riesigen Mengen nebeneinander lagerten. Er schlage eine Rückverlegung in die anschliessenden Reichsteile vor. Die Ostbahn fahre

9.6.1944

ihre Räumungsgüter bereits ins Reich. So werde gegenwärtig das Ausbesserungswerk Warschau-Praga in die Posener Gegend verlagert.

Oberst Kühn bezeichnet es als notwendig, daß alles, was man zur operativen Kriegführung brauche, vorne gelagert werden müsse. Aus diesem Raum müsse eben manches verlagert werden.

Der Herr Generalgouverneur hält diese Frage für sehr wichtig. Dem stehe aber auf der anderen Seite gegenüber, daß im bombengefährdeten Reich auch wenig Schutz für verlagerte Güter vorhanden sei.

Schluß der Sitzung 16 Uhr 40 Min.

9.6.1944

18.50 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg.

Zum Abschluß des 38. Lehrganges der Schulungsburg ergreift der Herr Generalgouverneur nach Begrüssungsworten des Schulungsleiters Bühler das Wort zu folgender Rede:

Meine Parteigenossen! Der 38. Lehrgang naht sich dem Ende. Es ist mir zunächst einmal eine kameradschaftliche gerngeübte Pflicht, Ihnen, Parteigenosse Bühler, aus diesem Anlaß meinen und des ganzen Arbeitsbereiches herzlichsten Dank und meine Anerkennung für die wirklich hervorragende Leistung zum Ausdruck zu bringen, die Sie durch die Ingangsetzung und, was noch wichtiger ist, Inganghaltung dieser Schulungszentrale des Arbeitsbereiches vollbracht haben. Der Umstand, daß Sie nunmehr infolge gesundheitlicher Verhältnisse auf einige, wie wir hoffen wollen, nur ganz kurze Wochen dieses Amt Ihrem Stellvertreter übergeben werden, veranlaßt mich, Ihnen vor der versammelten Mannschaft dieses Lehrganges und in Anwesenheit des Vertreters meiner Arbeit im Arbeitsbereich unser aller herzlichste Wünsche zur Genesung mit auf den Weg zu geben. Was Sie als vorbildlicher Nationalsozialist nicht nur des Wortes, sondern der Tat, nicht nur des Programms, sondern des Vorlebens geleistet haben, verpflichtet mich Ihnen umso mehr, als diese Schulungsburg ja angesichts der geringen Zahl der Deutschen im Generalgouvernement eine weit über das normale Maß des Aktionsradius einer Schulungsburg hinausgehende allgemeine politische Bedeutung hat. Sie stehen hier an einem der wichtigsten seelisch-geistigen Steuerungspunkte. Wie ich einmal diese Schulungsburg als einen Leuchtturm des Wissens bezeichnete, so waren Sie ein Leuchtturmwächter und werden es hoffentlich bald wieder sein, auf den wir alle mit Stolz und Genugtuung blicken.

9.6.1944

Es trifft sich seltsam, daß dieser mein Vortrag in einer Stunde ungewöhnlichsten welt- und kriegsgeschichtlichen Vorgehens stattfindet. Was nun seit Monaten von unseren Feinden mit allen Mitteln unter Mobilisierung der gigantischen Potenzen gewaltiger Weltreiche vorbereitet wurde, nämlich die unmittelbare militärisch-soldatische Landung auf dem europäischen Kontinent, ist vor wenigen Tagen Tatsache geworden.

Der Führer hat vor etwa 10 Tagen, als es sich darum handelte, dem deutschen Volke einiges über den neu beginnenden Angriff in Italien mitzuteilen, einen Passus in den Wehrmachtsbericht gebracht, der allen Deutschen zur Kenntnis gab, daß der Führer mit der unmittelbar bevorstehenden Invasion rechnet. Damals hieß es im Wehrmachtsbericht, daß dieser Angriff in Italien nichts anderes wäre als eine Art Entlastungsoffensive für die Vorbereitung der unmittelbar bevorstehenden Invasion.

Wir wissen: mit diesem Ereignis sind wir in die absolut entscheidende Phase dieses Krieges eingetreten. Das ist ein so ungeheueres Wort, und diese Erkenntnis ist von so ungeheuer weittragender Bedeutung, sowohl rückschauend in die Vergangenheit wie auch vorschauend in die kommenden Zeiten, daß wir uns für den heutigen Tag mit diesen monumentalen Ereignissen etwas auseinandersetzen müssen.

Diese Invasion ist ein Angriff der vereinten Juden, Plutokraten, Demokraten, Marxisten, Bolschewiken gegen das, was auf dieser Erde als einziges an Kulturleistung der Menschheit, an Tiefe der europäischen, der germanischen Kultur erstanden ist. Wir stehen damit vor der Erkenntnis: wenn je diese Invasion, wie man sie nennt – sie ist in Wirklichkeit ein totaler Frontalangriff auf Europa – , siegen sollte, dann würde zunächst einmal damit das Großdeutsche Reich in die schwerste Krisis kommen. Für unsere Bewegung würde eine totale Krisis eintreten. Unserem Volke würde die Vernichtung und Europa die kulturelle Auflösung drohen. Im Osten würde das in die Tat umgesetzt, was Churchill in seinem

Abkommen mit Stalin längst als durchaus gegeben hingenommen hat: es würde das gesamte östliche Europa einschließlich des Balkans und Finnlands der Bolschewikei ausgeliefert werden. Der kümmerliche Rest Europas würde dem Bolschewismus und damit dem internationalen Einfluß so ausgeliefert sein, daß gar kein Zweifel besteht: in dem Zeitpunkt, in dem sich nach diesem Siege die amerikanischen Truppen auf ihren Kontinent zurückgezogen hätten, da kein Anlaß und keine Möglichkeit mehr bestände, diesen Kontinent aus Eigenem zu verteidigen, würde dieser ohnmächtige Kontinent Europa ein Opfer Asiens und des bolschewistischen Reiches werden. Wenn aber - und damit können wir rechnen - diese Invasion zurückgeschlagen wird, dann hat das nationalsozialistische Großdeutsche Reich Adolf Hitlers das deutsche Volk und Europa gerettet. Noch niemals in der Weltgeschichte waren wir an einem solchen Punkt absolut klarer Erkenntnis angelangt.

Man könnte bei jedem Ereignis der 3000 oder 4 000 Jahre europäischer Geschichte, die man verfolgen kann und die uns irgendwie offen liegen, immer wieder von Krisen Europas sprechen. Es ging darum, ob das antike Griechenland das Opfer Persiens werden sollte, ob Rom über Karthago, ob Germanien über Rom siegen würde. Es ging um die Frage, ob die Hunnen, die Ungarn über Germanien siegen würden, ob der Rhein eine Grenze oder Verbindungsbrücke ist, ob Deutschland als Reich oder als einzelstaatliches Konglomerat bestehen, ob in Europa einmal Frankreich, einmal Spanien, einmal Deutschland die Vorherrschaft ausüben würde, ob irgendwie im Osten für Deutschland Siedlungsgebiete frei würden, ob die Hanse sich durchsetzen würde, ob die Völkerwanderung in früheren Jahren den Germanen feste Siedlungspunkte geben würde, - alles das ist völlig zweitrangig, denn es ging niemals um die Substanz der eigenen Entwicklungs-

möglichkeit Europas. Heute geht es darum. Der Totalunterschied der gegenwärtigen Situation liegt darin, daß entgegen allen bisherigen weltgeschichtlichen, allgemein politischen, sozialen und sonstigen Erkenntnissen heute die Existenz Europas als eigenwirkenden Faktors der Weltgeschichte, der Kulturgeschichte, der Sozialgeschichte ausgetilgt wird oder nicht. Sie müssen sich über diese Lage klar sein; denn auf sie geht alles zurück. Es geht darauf unsere eigene Einstellung zu den Dingen zurück. Vor allem geht darauf zurück unsere Betrachtung der Gesamtlage wie auch unser Verhalten.

Es ist ganz klar, daß unsere Feinde meinen, sie könnten vielleicht im Wege der Invasion das erreichen, was ihnen früher auf keinem anderen Weg gelungen ist, nämlich die Herbeiführung der militärischen Niederlage Deutschlands. Was den Russen im Osten, was unsern Feinden in Italien, was ihnen durch den Luftterror nicht geglückt ist, auch nicht durch die kümmerlichen Versuche, die innere Ordnung und Macht des Reiches von aussen etwa durch eine Revolte gegen das nationalsozialistische Regime zu zerstören, das soll nun militärisch von Westen her versucht werden.

Der Führer hat selbstverständlich um diese Entscheidung von Anfang an als erster gewußt. Es kostete wie alles Grosse in der Welt ungeheuerste Überlegung und Opfer, dieser Entscheidung gegenüberzutreten. Eines der Opfer haben wir selber hier im Osten gespürt: es war nämlich die Notwendigkeit, an den russischen Ostfronten eine, soweit irgend möglich, zögernd durchgeführte Rückzugsbewegung zu machen, um auf jeden Fall das Kräftepotential im Westen so stark wie nur möglich zu gestalten. Freilich war das ein Opfer nicht nur an Gut, sondern auch an Blut. Es war nicht nur ein Opfer an strategischen Positionen, sondern, sagen wir es ganz ruhig, auch an Prestige des Reiches. Denn seit der Affäre von Stalingrad wurden unsere Gegner nicht müde, in der ganzen Welt von der Schwäche des Reiches zu erzählen, von den kommenden Niederlagen des Reiches. Überall

wurde die Stimmung verbreitet, der Rückzug in Rußland sei kein strategischer, kein freiwilliger, sondern aufgezwungen durch die Übermacht des Gegners, und nunmehr würde in absehbarer Zeit die Niederlage Deutschlands bevorstehen. Sie wissen selber in diesem Land, wie schwer es uns wurde, mit unserer Propaganda diesen Behauptungen entgegenzutreten. Auf der anderen Seite ist es klar, daß die Russen ihres Sieges innerlich nicht froh wurden. Sie haben an keiner Stelle erreicht, daß die Kampfmoral der deutschen Truppen zerstört wurde, auch wenn wir bis an den Karpatenwall zurückgingen, den wir heute besetzt haben. Die deutsche Armee im Osten ist niemals aufgelöst worden, sie hat den strategischen Rückzugsbefehlen des Führers gehorcht, und der Dank dafür ist die heutige Lage, die sich bereits nach wenigen Tagen gegenüber der Invasion der Feinde im Westen herausstellt. Den Engländern und Amerikanern ist es trotz gigantischsten Einsatzes - ich nenne nur eine Zahl: zwischen England und dem französischen Festlande befinden sich 8 400 Transportschiffe unterwegs - nicht geglückt, auch nur einen einzigen der wichtigen Häfen in ihren Besitz zu bringen. Im Gegenteil, weder Cherbourg noch Le Havre, weder einer der Häfen in der Bretagne noch in der Normandie konnten von den Engländern und Amerikanern besetzt werden. Von den Luftlandedivisionen sind dreieinhalb restlos vernichtet. Riesenzüge von Gefangenen bewegen sich in das Lager vom Rouen, und die letzten Meldungen besagen, daß diese Züge mit amerikanischen und englischen Gefangenen vor der Wut der zur Lynchjustiz neigenden Franzosen von unserem Bewachungspersonal geschützt werden müssen. Es ist nicht ohne Absicht geschehen, daß das grosse Sammellager für diese Truppen bei Rouen errichtet wurde, wo vor wenigen Wochen dieses grauenhafte Luftbombardement vor sich ging, bei dem die Kathedrale von englischen Bombern vernichtet wurde.

9.6.1944

Wenn Sie bedenken, daß von dem Besitz der grossen Häfen allein die Möglichkeit einer Intensivierung dieser Invasionarmeen abhängt, so ist schon dieser erste große Erfolg etwas Gigantisches. Wenn die nun in Bewegung befindlichen 10 bis 12 Divisionen nichts anderes erreicht haben, als beiderseits einer versandeten Flußmündung kümmerlich einige Stellungen von wenigen Kilometern Ausdehnung zu halten, - wozu noch kommt, daß in den nächsten Tagen selbst bei Verstärkung dieser gelandeten Truppen der Gegenangriff der ganzen massierten deutschen Wehrmacht noch gar nicht restlos in Gang gesetzt ist, - so muß ich Ihnen sagen - und ich spreche hier nicht leichtfertig oder als billiger Optimist, sondern als deutscher Mann, der offen redet und Ihnen in allen diesen Jahren selbst das Ernsteste gesagt hat -: mit dieser Invasion ist nicht der Sieg. Wir haben allen Anlaß, dem Führer, seinem Genius und seiner Wehrmacht zu vertrauen, daß diese Invasion so, wie sie begonnen hat, auch enden wird.

Das Großdeutsche Reich richtet sich nun auf, und jetzt kommt die Antwort für alle die Duckmäuser, die auch wir hier gespürt haben wie all überall im Reich, - jetzt kommt die Antwort für alle die Ungläubigen, die Schwarzhörer und Schwarzseher und Schwarzschwätzer: jetzt zeigt sich, daß das Opfer, das der Führer strategisch, politisch und prestigemässig gebracht hat, sich gelohnt hat.

Die Gegner kämpfen in diesem Kriege um nichts. Ihre Existenz steht zunächst nicht auf dem Spiele. Der amerikanische Kontinent wird zunächst von uns nicht tangiert werden. Für England ist das Empire sowieso schon in voller Auflösung, es ist nicht mehr zu retten. Auch das bolschewistische Rußland wird jenseits der Invasion seiner Krisis entgegengehen, wenn die dann freiwerdenden deutschen Divisionen sich zur neuen Offensive im Osten in Bewegung setzen werden.

9.6.1944

Die Lage ist, militärisch gesehen, demnach so, daß in den kommenden Wochen und Monaten um die zwei Jahrtausende deutscher Zukunft und Vergangenheit gekämpft und daß dieser Kampf von dem deutschen Volke, der deutschen Wehrmacht und der Totalität deutscher Energien, ganz gleich, wo sie sich zeigen, mit dem Einsatz des Letzten geführt wird.

Was haben wir nun als Partei zu diesem Ereignis zu sagen? Wie stehen wir als Nationalsozialisten zu diesem weltgeschichtlichen kriegsmässigen Geschehen? Was haben wir zu erwarten? Was haben wir zu tun? Ich habe wiederholt hier in diesem Rahmen schon immer die Grundsätze aufgestellt, die uns wichtig erscheinen. In diesem Augenblick ist aber entscheidend: wir müssen uns darüber klar sein, daß der Krieg für die Durchsetzung des Nationalsozialismus als der letzten Lebensmöglichkeit der europäischen Kultur unter der Führung Großdeutschlands geführt wird. Dieser Krieg ist daher, völlig anders als jeder andere Krieg, kein diplomatisch-politischer, sondern ein sozial-revolutionärer. Er ist ein Krieg, der in der allgemeinen Entwicklungsgeschichte der Menschheit einmal die Bedeutung haben wird, wie sie etwa der Zerstörung des römischen Weltreiches durch die Germanen entspricht und wie sie, von uns aus gesehen, auch deutlicher gar nicht ausgedrückt werden kann als durch die radikale gleiche Frontstellung im weltgeschichtlichen Raum, wie wir sie im binnenpolitischen Kampf vor der Machtübernahme hatten. Die Feinde sind dieselben: was sich damals als Juden, Bolschewiken, als Demokraten, Kapitalisten, Reaktionäre und Pfaffen in der Heimat gegen uns stellte, das stellt sich jetzt in der Welt gegen uns.

Während sich somit in dem territorialen Bereich, geographisch gesehen, der Bereich unserer Feinde vergrössert hat, hat die Bewegung den Ausgleich dafür durch die

Intensivierung ihrer Energien herbeizuführen. Der Kampf gegen die Staatspartei der Demokraten, gegen die Juden, Freimaurer und Pfaffen in Deutschland war für uns als Partei, die keine Macht, keine Polizei, keinen Schutz und keine Autorität im staatlichen Sinne hatte, damals viel schwieriger, als er heute ist, wo die Partei über das ganze deutsche Volk, über das ganze Großdeutsche Reich und die eroberten Gebiete gegenüber dem Weltformat der Feinde verfügt. Der Grundsatz ist der gleiche: so, wie wir einmal in Deutschland um die Machtübernahme gekämpft haben, kämpfen wir jetzt um die Machtübernahme in Europa.

(Lebhafter Beifall)

Das müssen Sie sich als Nationalsozialisten ganz klar vor Augen halten. Wir müssen sagen: dieser Krieg war genau so notwendig, wie eine Revolution dann notwendig ist, wenn die Machthaber nicht freiwillig von ihrem Platze weichen.

Man könnte fragen - und diese Frage wird gestellt - : war der Krieg jetzt notwendig, hätte man nicht zehn, zwanzig oder fünfundzwanzig Jahre warten können? Es ist ein anderes, ob eine Revolution, wie wir sie durchführen mußten, um das deutsche Volk und Europa zu retten, von einem einmalig berufenen Genius oder von irgendeinem Nachkömmling später einmal geführt wird. Solange wir einen Adolf Hitler haben, muß der gesamte Kampf des Nationalsozialismus sowohl im binnenpolitischen wie im weltpolitischen Rahmen, sowohl im Rahmen der Staatspolitik wie im Rahmen notfalls kriegerischer Auseinandersetzungen geführt werden.

Adolf Hitler ist heute der Mann, gegen den an sich die gesamte jüdische, plutokratische, bolschewistische Welt überall anmarschiert. Infolgedessen ist er der uns von der Vorsehung gegebene Repräsentant unseres gemeinsames Schicksals. Wenn Adolf Hitler diesen Krieg vermieden und gesagt hätte: nein, ich begnüge mich

mit der binnenpolitischen Macht, die Kriege sollen später einmal geführt werden, - dann, glauben Sie mir, wäre zum mindesten die Gefahr gewesen, daß eines Tages wiederum ein Stalin einem irgendwie friedlich gesondenen Deutschland gegenüber gestanden wäre, um es dann zu zerschlagen. Solange ein Adolf Hitler da ist, können tausend Stalins es nicht zerschlagen.

(Lebhafter Beifall)

Die Frage des Krieges ist also bedingt erstens von der Notwendigkeit, den uns aufgezwungenen sozialrevolutionären Kampf nunmehr aus der binnenpolitischen Zone auf den weltgeschichtlichen Bereich auszuweiten, zweitens von der einmaligen schicksalhaften Lebensdauer Adolf Hitlers.

Wenn einer nun sagt: Ja, das klingt ganz gut; aber es wäre doch vielleicht möglich gewesen, daß wir das alles friedlich bekommen hätten, - dann kann ich nur entgegnen: der Mann ist ein glatter Idiot. Friedlich hätte man uns nicht einmal das Reich gegeben, geschweige denn die Zukunft unseres Volkes. Unsere Feinde waren entschlossen, einen Tag nach der Machtübernahme, schon am 31. Januar 1933 mit dem Nationalsozialismus Schluß zu machen. Nur, was so eingebaut worden ist, nur was sich in die Geschichte als restlos tragende Politik eingerammt hat, was auch durch Schlachten und durch das gemeinsame Opfer von Hunderttausenden bester Deutscher gehärtet wird, wird in die Zukunft reichen, nur das wird auch das deutsche Volk mit Nägeln und Zähnen in die Zukunft hinein mit dem gleichen Einsatz verteidigen. Ein nationalsozialistischer Staat, der sich auf Friedensbläser eingelassen hätte, würde im Laufe der Zeit dann wieder verschwinden, wenn sich an den Grenzen des Reiches eine kriegerische Macht gesammelt hätte, während, nachdem wir durch einen Weltkrieg unsere Form erhärtet haben, jeder damit rechnen muß, daß er, wenn er gegen den Nationalsozialismus auftreten will, auch noch in zweitausend Jahren diesen Weltkrieg riskieren wird.

9.6.1944

Wir haben uns also von der Bewegung aus über diese monumental einmaligen Formen unserer Bewegung klar zu sein. Seit 25 Jahren, seit Ende Juni 1919, kenne ich den Führer. Als wir damals begonnen haben, in kleinsten, schwächsten Zirkeln die Bewegung aufzurichten, da war uns dieser Weg auch nicht so klar wie heute. Wenn ich an die Zeit zurückdenke, aus der, wie ich glaube, das Bild da hinten an der Wand stammt, wo der Führer in kleinsten Kreisen zu sprechen begann, dann muß ich sagen: wenn er uns damals erklärt hätte, lange Jahrzehnte wird es dauern, bis ihr euch durchsetzt, - dann wäre uns das vollkommen recht gewesen. Denn wer nach der Zeit fragt, die eine Revolution dauert, ist kein Revolutionär. Wer sagt: ja, ich mache eine Revolution, aber sie darf nur 3 Jahre dauern, dann mache ich nicht mehr mit, - dem erwidere ich: lächerlich, was sind schon einige Jahre angesichts der Tatsache, daß die Juden seit fünftausend Jahren auf der Welt leben. Glauben Sie, daß wir mit der Gesellschaft in 10 Jahren fertiggeworden wären? Für die Bekämpfung der Juden war es unerlässlich, daß wir Polen bekamen; denn hier in Polen lebte ja die natürliche Fruchtbarkeit des jüdischen Volkes, sie bestand ja sonst nirgendwo mehr. Seit der Ausrottung der Juden in Polen ist es, rein blutsmässig gesehen, mit der jüdischen Zukunft vollkommen vorbei; denn nur hier gab es Juden, die Kinder hatten.

Also die Zeitdauer des Ablaufes eines Geschehens kann man, wenn man wie wir Großes will, überhaupt nicht vorhersehen und gar nicht vorher bestimmen. Es dauert sowieso nicht mehr lange. Es ist meine persönliche Auffassung und Überzeugung, daß nach dem Zurückschlagen der Invasion im Westen der Krieg seinem Ende entgegengehen wird. Eine neue Möglichkeit, den Krieg zu entfachen, gibt es dann nicht. Mit dem Bolschewismus werden wir fertig werden. Die Auseinandersetzung mit den Russen wird uns dann nicht mehr sehr beschäftigen. Glauben Sie nur nicht, daß der Russe ein strategisch oder

soldatisch überlegener Gegner ist, er ist uns nicht einmal materialmässig überlegen, wenn wir unser Material aus dem Westen gegen ihn einsetzen können.

Wenn wir uns über die Monumentalität der weltgeschichtlichen Verbundenheit unseres Kampfes mit den gigantischsten Kriegsauseinandersetzungen, die die Geschichte kennt, über Kontinent und Atlantik hinweg durch sämtliche Luftzonen, klar sind, dann müssen wir uns auch weiter darüber klar sein, daß die Zeitdauer für eine solche Auseinandersetzung , selbst wenn sie 40 Jahre bedeuten würde, gar nichts ist. Dann kommt die Aufgabe für die Partei. Ohne Rücksicht auf die Zeitdauer dieser Auseinandersetzung, ohne Beachtung der Folgen dieser Zeitdauer, die notwendigerweise da und dort in einer gewissen Ermattung, in einem Zurückzucken, in einer Friedenssehnsucht, in einer Art Auflockerung der Kriegsqualifikation liegen, muß die Partei die ehern geschlossene fanatische Kampfgilde bleiben. Je matter die anderen, desto stärker wir - das ist entscheidend. Und nur, wenn Sie das bedenken, Parteigenossen, dann spüren Sie richtig die Aufgabe der Partei in dieser Zeit. Das ist dann unsere Antwort auf die Invasion. Und dann können wir sagen: man kann uns mit der Zeitdauer, mit dem Luftterror, mit Ruinen nicht drohen, überhaupt mit gar nichts; denn die Bewegung als solche, wenn sie fanatisiert in Gang bleibt, ist eine unzerstörbare ewige Flamme, die das deutsche Leben bis an die Sterne leuchten lassen wird. Das müssen Sie allen den Duckmäusern, diesen hoffnungsträchtigen Niederlagsburschen immer wieder zur Erwiderung bereit halten. Sie sollen nicht glauben, daß die Bewegung weich oder gleichgültig werden wird. Wir wissen, daß der Kampf, den wir jetzt zu führen haben, nur geographisch ein anderer geworden, ideologisch aber derselbe geblieben ist. Das heißt, daß wir für uns eine vielfach gehäufte Pflicht aufzunehmen haben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß mit Fortsetzung dieses Krieges die Durchhaltung einer sol-

chen ideologischen Grundstimmung immer grössere Energien beansprucht. Die Männer sind an der Front, die Frauen in den Fabriken, die Häuser sind zerstört, die Transportmöglichkeiten äusserst eingeschränkt, die Gegenpropaganda der Feinde ist verstärkt, die Nervensubstanz vom Kriegsgeschehen schwer belastet. Und so gibt es unendlich viel Möglichkeiten für Ansatzpunkte der Kritik am Kriege und an der Kriegführung, an der Lebensmittelversorgung, der Bereitstellung von Wohnungen, an Transport- und Reisemöglichkeiten, - die Männer sind jahrelang als Soldaten von ihren Familien und ihren Heimstätten getrennt, Frauen und Kinder leben an verschiedenen Stellen, - kurz, alles das ist noch dazugekommen, was wir nun behandeln und beherrschen müssen. Da gilt nicht nur das Bekennen, sondern einfach nur die Tat. Ein Volk wird das tun, was ihm nicht nur vorgeredet, sondern vorgelebt wird. Eine Führung, die jedes Opfer vorlebt, wird jedes Opfer verlangen können. Eine Führung, die jedes Ziel als für sich selbst maßgeblich ansieht, wird jedes Ziel propagieren können. Das Auseinanderklaffen von Führung und Volk ist immer nur dann möglich, wenn die Führung den inneren Wirklichkeitskontakt mit dem Volke verliert. Angenommen, die Partei hätte sich angesichts der Zerstörung unserer Städte im Reich damit begnügt, Massenkundgebungen für die Bombengeschädigten mit Fahnenschwingen, Liedern und, weiß Gott, was sonst zu veranstalten, dann würden die Leute sagen: schön und gut, aber wir brauchen etwas, was uns hilft.

Die Partei hat durch die Tat geholfen. Die Partei hat durch ihre Hilfseinrichtungen, durch die NSV und die sonstigen Organisationen auf dem Wege der Versorgung der Bombengeschädigten mit Nahrungsmitteln und allen Lebensgütern unmittelbar nach dem Bombenterror den Sozialismus der Tat zu verwirklichen gewußt. Wissen Sie, Parteigenossen, was das heißt? Wissen Sie, daß es Hun-

derttausende und Aberhunderttausende von Männern, Frauen und Kindern sind, die nun seit Jahr und Tag unter diese erste unmittelbar wirksam werdende Fürsorge der Partei gestellt sind?

Die Partei läßt es nicht mit Sprüchen bewenden. Sie ist zwar in der Massenkundgebung zu Hause, in dem psychologischen Punkt der Führung des Volkes absolut klar, sie ist aber auch in der tatsächlichen Weltwirklichkeit die unmittelbarste Tatbetreuerin des deutschen Volkes geworden, und das ist entscheidend.

Wenn wir daran denken, daß etwa dieser Krieg über Deutschland gekommen wäre, ohne daß die NSDAP bestanden hätte, über ein Deutschland mit 47 Parteien, mit 16 verschiedenen Machtcliquen, mit einem Durcheinander von Staaten und Gruppen und Wirtschaftsinteressenten und Kapitalisten usw. - , dann wäre es ja völlig ausgeschlossen gewesen, auch nur ein halbes Jahr einer Weltmacht wie dem Bolschewismus entgegen zu treten.

Die Partei muß demnach angesichts dieser Invasion an diesem Fanatismus des Tatbekennens und der weltanschaulichen Klarheit mit aller Entschiedenheit jedermann gegenüber festhalten. Wenn einer kommt und sagt: wozu jetzt Parteischulung, wozu Parteiarbeit, ist das denn im Kriege notwendig? - , dann muß man ihm entgegnen: die Parteiarbeit verbürgt allein den Sieg. Denn aus dieser Geschlossenheit unserer Ideenwelt hat sich auch mancher müde General wieder die Hoffnung geholt, daß es weiter geht. Wenn die Partei nicht gewesen wäre, - einen anderen Träger kenne ich nicht, der manches überstanden hätte, was kriegegeschichtlich im vergangenen Jahre auf uns herabgeprasselt ist. Die Partei hat also ideologisch, ideenmässig, seelisch-geistig auch den Waffenträger dieses Reiches hart und stark gemacht. Und wenn die Leute sagen: das ist euer Krieg, - so erwidern wir: jawohl, es ist unser Krieg; wir bekennen uns dazu. Wir weichen nicht aus; denn der Krieg ist nur das uns aufgezwungene Mittel, die Existenz unseres Vol-

9.6.1944

kes sicherzustellen. Daher ist die Parteiarbeit unerlässlich, sie ist wichtig und notwendig, und ich danke Ihnen, daß Sie sich aus dieser Gesinnung heraus der Schulung unterzogen haben.

Das, worum es nun eigentlich geht, ist, daß jeder einzelne von Euch, ganz gleich, wie er heißt, woher er kommt, welche Funktion er hat, wo er steht oder wie er sich betätigt, aus diesem Schulungsergebnis heraus ein Soldat der Bewegung wird. Von Euch strahlt das nun weiter aus. Auf Euch schaut man nun. Ihr werdet jetzt gefragt und müßt nun - darauf mache ich besonder aufmerksam - auch in dem kleinsten Kreise, nicht bloß in der Massenkundgebung, nicht bloß in der Versammlung, sondern im Nebenzimmer eines Lokals, wo Ihr Eure Parteigenossen zusammengerufen habt, am Mittagstisch, in der Dienststelle und wo es immer sei, Repräsentanten dieser ehernen Entschlossenheit sein. Das ist eine todernste Sache. Die Opfer, die das deutsche Volk in diesem Kriege bringt, sind ungeheuerlich. Es ist nicht an dem, daß mit billigen Witzen und Reden süßlicher Art irgendwo über diesen Krieg soll gesprochen werden können. Es ist auch nicht möglich, daß Sie unter vier Augen mit irgend jemand anders sprechen als in diesem heiligen Ernst des Glaubens.

Versuche, die Partei in ihrem Regime im Reich zu erschüttern, sind selbstverständlich im Laufe dieser Jahre gemacht worden. Sie sind kläglich und albern und zeigen nur, daß unsere Gegner keine Möglichkeiten sehen, mit uns fertig zu werden. Denn sie besitzen ja überhaupt keine Weltanschauung, keine innere seelische und geistige Haltung. Man kann nicht ein Volk , das um seine Zukunft kämpft, geistig niederringen wollen mit Argumenten, die 400 Jahre alt sind. Wenn man uns heute sagt, das deutsche Volk werde unterliegen, weil es zu wenig Material habe, dann kann ich nur erklären: die haben gar keine Ahnung, welches Material wir haben; aber sie werden es in den nächsten Tagen spüren. Die Produktion der deutschen Rüstungsindustrie ist durch keinen Luftterror irgendwie wesentlich zu tangieren. Im Gegenteil,allein in der Flug-

zeugproduktion haben wir, wenn wir sie im Januar 1940 mit 100 ansetzen, eine Steigerung auf 1 100. Die Produktion von Panzern ist um das 22-fache gestiegen. Die Munitionsproduktion ist um das 40-fache gestiegen. Das wird einfach dadurch möglich gemacht, daß, wenn irgendwo eine Fabrik zerstört wird, nach kurzer Zeit an anderer Stelle ein wesentlich modernerer Ersatz geschaffen wird. Und bald wird es den Feinden nicht mehr möglich sein, uns auf dem Rüstungssektor nachzukommen, weil sich unsere Rüstungsbetriebe bis dahin vollkommen eingegraben unter der Erde befinden werden. Es gibt keinen wesentlichen Tunnel, keinen Bergrücken, in dem nicht die Möglichkeit bestände, etwas unterzubringen. Selbst unser Salzbergwerk Wieliczka ist längst in den Dienst dieser Sache gestellt.

Von der Gegenseite hören wir nun oft den Einwand: ja, aber die Weltmächte haben doch so viele Menschen. Nun, die Menschen sind es, die wir am wenigsten fürchten. Die Menschen fürchten wir überhaupt nicht, weil es sich wie immer herausstellen wird, daß auf einen nationalsozialistisch harten deutschen Grenadier bis zu 40 Mann der Gegner anrennen können. Die Menschenmassen, die da herankommen, die Indianer, die Polaken, die Emigrantenjuden, das amerikanische Gesox und auch die nordischen arischen Engländer, die sich jetzt nicht mehr schonen dürfen, - sie alle werden in keinem Fall diese verzweifelte Härte haben, wie sie unsere Grenadiere auch in diesen Tagen und Monaten zeigen. Das zeigt sich jetzt auch wieder: die Luftlandedivisionen der Amerikaner sind gelandet, ein grosser Teil von ihnen wurde vernichtet, der Rest gefangen genommen, und die Gefangenen haben durchweg erklärt; Gott sei Dank, für uns ist der Krieg aus.

(Heiterkeit)

Unsere Gefangenen in Amerika haben allen Versuchen, sie vom Nationalsozialismus abzubringen, mit stolzesten Bekennen zum Führer dauernd sieghaft Widerstand geleistet.

(Lebhafter Beifall)

9.6.1944

Das ist es, woran wir erkennen, daß diese jahrelange Erziehung des Nationalsozialismus nicht vergeblich war. Das ist es, was die Amerikaner natürlich in ihrer Blödheit gar nicht verstehen. Die haben gedacht, wenn sie die Soldaten aus Deutschland im Gefangenenlager hätten, würden sie sofort die Fahne schwenken und sich von Adolf Hitler abwenden. Das gilt also für unsere deutschen Soldaten, von einigen Ausnahmen abgesehen, und diese Ausnahmen, so bedauernswert sie sind, stammen - ich muß es leider sagen - nicht aus den Kreisen der einfachen Grenadiere,sondern aus wesentlich höheren Schichten.

Wir haben das Interesse, daß wir, solange wir noch einigermassen vom Bombenterror, der allerdings in der nächsten Zeit drohen wird, unbehelligt bleiben, die letzte Energie aufwenden müssen, um dem Deutschen Reich zu helfen, wo es nur geht. Die Aufgabe des Generalgouvernements ist keine andere. Das Generalgouvernement ist eine Einrichtung, die der Führer geschaffen hat, dazu bestimmt, in eigener Verantwortung einen größtmöglichen Nutzen aus diesem Lande, seiner Bevölkerung, seinen Rohstoffen für die Kriegsführung herauszuholen. Es gibt heute niemanden mehr, der bezweifelt, daß es geglückt ist. Wir haben alle die Krisen überwunden und werden sie weiter überwinden. Als Chef der Regierung dieses Raumes sehe ich den kommenden Ereignissen in aller Ruhe entgegen. Niemandem ist es geglückt, die polnischen Volksmassen in wesentliche Unruhe zu bringen. Die Bauern haben die Felder besser bestellt als im vorigen Jahre; die Fabriken arbeiten. Wo sich die Banditen breitgemacht haben, sind sie zumeist aus dem Osten hereingeschickt worden. In den nächsten Tagen startet eine Großaktion gegen diese Banditen. Dann wird die ganze Autorität der deutschen Führung in diesem Raum auch wiederhergestellt werden.

So bedauerlich die Opfer sind, die die Deutschen hier haben bringen müssen durch die heimtückische Ermordung vieler unserer Besten, so muß man doch immer wieder sagen

es gibt heute keinen Platz in der Welt, auf dem ein Deutscher sicher leben könnte oder möchte. Die Zahl der Opfer einer einzigen Bombennacht in einer deutschen Großstadt ist wesentlich höher als die Zahl der ermordeten Deutschen im Generalgouvernement. Deshalb können wir diese Verluste, so schmerzlich sie auch für die Verwaltung der einzelnen Dienststelle sein mögen, als Kriegverluste hinnehmen, als dem uns auferlegten Opferbeitrag in diesem Freiheitskampf.

Das Generalgouvernement wird sich wirtschaftlich, ernährungsmässig und transportmässig halten. Ich bin auch fest überzeugt, daß sich die Front im Osten nicht nur halten, sondern schon in wenigen Wochen oder Monaten nach Osten weiterbewegen wird. Der Entschluß der deutschen Führung in diesem Raum liegt jedenfalls darin, nach den bewährten Methoden, die wir bisher angewendet haben, in der Arbeit fortzufahren. Das endgültige Schicksal dieses Raumes wird nach dem Kriege bestimmt werden. Heute müssen wir darauf sehen, daß die Bevölkerung in Ruhe und Frieden bleibt und lebt. Für mich kommt es darauf an, daß der polnische Bauer sein Feld bestellt, seine Ernte abliefert, daß ich das Holz aus den Wäldern bekomme, daß die Eisenbahner arbeiten und die Züge verkehren, daß die Bevölkerung gesund bleibt und die wenigen deutschen Männer und Frauen im Lande einigermassen so leben können, daß sie ihre Aufgaben zu erfüllen im Stande sind. Mit andern Worten: es kommt mir jetzt nicht auf die Durchsetzung irgendwelcher endgültiger Ziele in diesem Raum an, sondern nur auf die Durchsetzung des uns unter den Kriegsgesichtspunkten obliegenden Pflichtmässigen. Ich handle demnach in diesem Sinne nicht als Nationalsozialist, sondern als Verwaltungschef oder Politiker.

Um so wichtiger seid Ihr, um so wichtiger ist es, daß dieser Gesichtspunkt wenigstens unter uns und in den Reihen der Deutschen klar aufrechterhalten bleibt,

daß das endgültige Schicksal dieses Landes ist, genau so deutsches Siedlungsland zu werden, wie es das Rheinland ist. Die Weichsel muß einmal genau so durch deutsches Land fliessen wie der Rhein.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Ziel in der Seele, in der Überlegung, in der allgemeinen Steuerung offen und lebendig zu halten, ist die Aufgabe der Partei, - nicht in der Form natürlich von öffentlichen Kundgebungen, von allgemeinen Aussprachen, das wäre durchaus falsch, aber in der Form einer ehernen Grundsatztreue, daß dieses herrliche, reiche und zukunftsträchtige Land niemals mehr aus dem deutschen Machtbereich entlassen werden wird.

Wir müssen demnach alles das zusammentun, um unsere Haltung als Menschen, als Deutsche, um unseren Glauben an den Führer, unsere Treue zum Reiche, unser Gewissen vor dem Herrgott und vor uns selbst, vor unserer Heimat so klar und lauter zu gestalten, wie es nur möglich ist. Es ist eine Auszeichnung, hiertätig sein zu dürfen, sowohl für den, der für den Staat, wie für den, der in der Partei arbeitet.

25 Jahre Nationalsozialismus sind nun da. Weitere 25 Jahre warten. Ihr seid berufen, um hier weiter mitzuwirken. Nehmt aus dieser Schulungsburg meinen Dank, aber auch meine Verpflichtung mit. Nun, da Ihr geschult seid, da Ihr wißt, wie ernst, wie herrlich und groß die Sache des Führers ist, muß in Euch ein Glaube sein, mehr als ein Wissen, also ein Glaube, etwas, was Euch niemand mehr rauben kann. Es muß etwas in Euch sein, wie eine Weihe Eures Lebens im höchsten Sinne Eures Volkes. Wir haben nur diesen Glauben; denn der Glaube, den uns die Kirchen bieten wollen, ist ja viel zu kümmerlich, viel zu kläglich. Was hilft das Opfer eines gekreuzigten Juden vor 2 000 Jahren als Vorbild in einer Zeit, da wir Hunderttausende bester Deutscher als Opfer für Deutschland wissen!

9.6.1944

Und wenn Ihr in diesem Glauben irgendwie meint, einmal nicht mehr zu Rande zu kommen, dann richtet Euch an Adolf Hitler auf. Dann müßt Ihr Euch fragen: was würde jetzt in Eurer Lage Adolf Hitler tun? Das ist dann der Wegweiser, den Ihr in Euch tragt. Ihr müßt Euch dann vorstellen, daß ein Mann aus dem Nichts der völligen Unbekanntheit zu dem größten, stärksten Gestalter der Weltgeschichte emporgewachsen ist. Er ist ein einsamer Mann, der eine ganze Welt in Bewegung gesetzt hat, ein Mann, gegen den Hunderte von Millionen anrennen. Dieser eine Mann hat nur uns, sein deutsches Volk, in dem deutschen Volk seine Nationalsozialisten und in den Nationalsozialisten seine fanatischen Vorkämpfer. Denkt immer daran, daß somit von Euch auch das Schicksal Adolf Hitlers und seines Werkes abhängt. Ich glaube, daß Ihr dann auch diesen Stolz in Euch tragt, den diese Zeit verlangt. Wir dürfen darüber niemals einen Zweifel aufkommen lassen, niemals irgendeine Kritik daran hinnehmen; denn niemand ist da, der berufener ist als Adolf Hitler. Und Ihr könnt als Nationalsozialisten auch diese stolze glühende Sicherheit besitzen, die notwendig ist. Und das darf nicht formelmässig eingelernt sein.

Herr Roosevelt hat sich den Spaß erlaubt, ein Gebet zu dichten und es über den Rundfunk am Tage der Invasion in die Welt zu senden. Ich glaube, daß es ihm wohl seine Alte zugesteckt hat. Aber dieses Gebet ist die größte Verhöhnung, die Gott jemals geschah. Was haben wir Amerika getan? Mit welchem Recht landet Amerika in Europa? Ist es ein Verbrechen, daß ein Mann beginnt, sein Volk mit friedlichen Mitteln wieder in die Höhe zu bringen, wie es Adolf Hitler getan hat? Hat der Führer nicht immer vom Frieden gesprochen? Aber es gab keine Ruhe in der Welt, weil man nicht wollte, daß unser Volk wieder stark, groß und frei, daß wir wieder ein Staat wurden. Nun haben sie die Antwort. Jetzt gibt es kein Zurück mehr.

Vor uns liegt das ewige große-deutsche Reich. Wir werden in die Gräber dieser Zeit nicht nur unsere Gefallenen betten, sondern auch die Repräsentanten jener vergifteten sogenannten Welten, die gegen uns angetreten sind. Keiner, der das gegen uns getan hat, wird jemals vom deutschen Volke verschont werden. Was wir jetzt in diesem Kriege nicht erledigen können, das werden die kommenden Generationen schaffen. Dieses Gebet des Herrn Roosevelt ist der letzte Aufblick eines Tartuffe, eines Heuchlers zu Gott. Wir antworten nicht mit einem Gebet dieser Form, sondern wir antworten durch das flammende Opfer von uns allen im Dienste des Führers. Denn wir wissen, daß der Führer vom ewigen Herrgott dem größten Volke aller Zeiten, dem deutschen Volke geschickt worden ist.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Oberdienstleiter Tießler:

Herr Generalgouverneur, ich danke Ihnen für die schönen Worte, die Sie eben an uns gerichtet haben. Die Zeit der Entscheidung hat begonnen, und auch das Generalgouvernement hat dazu seinen Beitrag zu leisten. Für uns alle, die wir Ihnen als politische Leiter und Parteigenossen zur Verfügung stehen, ist es ein stolzes Gefühl, in dieser Zeit hinter einem Mann stehen zu können, der zu den ältesten Kämpfern des Führers gehört. Unser höchstes Ziel ist es, gerade jetzt Ihnen mit allem, was wir an Kraft und Willen besitzen, damit Sie die grosse und gewaltige Aufgabe lösen können, die der Führer Ihnen gestellt hat. Was auch kommen möge, wir werden unsere Pflicht erfüllen, gläubig und als fanatische Kämpfer des Führers. - Wir grüssen den Führer.

18[20] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Sonnabend, den 10. Juni 1944

10⁰⁰ Marinefeier der H.J. im Haus Urania.

In der Feierstunde, während der ein Musikkorps der Kriegsmarine konzertiert, spricht Admiral Küpfel zu den Jungen und Mädeln über die deutsche Kriegsmarine. Anschliessend wird ein Schmalfilm über den Einsatz deutscher U-Boote im Kampf gegen Englands und Amerikas Flotte gezeigt. Zum Schluß berichtet Kapitänleutnant Lassen, Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes über seine Erlebnisse als U-Boot Kommandant.

11³⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Chef des Sanitätswesens der Obersten SA-Führung, SA-Brigadeführer Holtgrave und SA-Brigadeführer Dr. Hotukus, die in Begleitung des SA-Brigadeführers Künemund erschienen sind.

In der Besprechung regt der Herr Generalgouverneur eine Tagung der SA-Ärzte in Krakau an.

12⁵⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

IV
1a

10.6.1944

13[15] Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit des Admirals Klüpfel, des Kapitänleutnants, Trägers des Ritterkreuzes mit Schwertern Lassen und anderer Vertreter der Kriegsmarine.

Im Laufe des Essens ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren von der Kriegsmarine! Es ist mir eine ganz besondere Freude, heute im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements den Vertretern der Kriegsmarine meinen herzlichsten Gruß entbieten zu können. Für mich und alle Deutschen des Landes ist es eine grosse Genugtuung, daß wir heute Gelegenheit haben, unseren deutschen Seeleuten für ihren so heldenmütigen, tapferen Einsatz zu danken. Zwar hat ja das Generalgouvernement als Nebenland des Großdeutschen Reiches keine eigentliche Küste, auch keine dienstliche Verbindung zur Kriegsmarine. Aber wir alle nehmen doch Anteil an ihrem Schicksal, um so mehr, als zahlreiche Beamte des Generalgouvernements in der Kriegsmarine dienen und unsere Rüstungsbetriebe auch für die Kriegsmarine wichtige Gegenstände herstellen. Seien Sie überzeugt, daß hier absolut ehrliche starke deutsche Herzen für den Sieg Adolf Hitler schlagen wie überall im Reich. Das gilt besonders für uns, die wir an dem Weichselfluß eine stolze deutsche Wacht aufgerichtet haben, dem Fluß, der von den Beskiden durch die weiten Gefilde dieses Landes seinen Weg zur Ostsee nimmt und dort mündet.

Aus alter Tradition heraus war die Stadt Krakau im Mittelalter eine deutsche Hansestadt und hat insofern auch einmal in Verbindung mit der See gestanden. Von dieser stolzen Burg zu Krakau aus möchte ich meinem lebhaftem Wunsche Ausdruck verleihen, daß die im Generalgouvernement lebende Jugend unseres Volkes sich mit leidenschaftlichem Interesse den Marineangelegenheiten

zuwenden möge. Ich bin überzeugt, daß dort, wo ein tapferer, siegesfroher, gläubiger Junge eine stolze Waffe sucht, er auch unserer Kriegsmarine gedenken wird. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl unserer deutschen Marine, unserer deutschen Seeleute.

Admiral Klüpfel erwidert mit folgenden Worten:
Sehr verehrter Herr Generalgouverneur! Haben Sie vielen Dank für die warmherzigen Worte, die Sie eben an uns gerichtet haben. Unsere Feier am heutigen Morgen hat durch Ihre persönliche Anwesenheit eine ganz besondere Weihe erhalten. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir, wenn wir morgen von hier scheiden, mit dem Gefühl fortgehen, daß die Marine hier verstanden wird. Der Zweck unseres Kommens war es ja, dem Gedanken der Notwendigkeit deutscher Seegeltung und Seemacht neue Freunde zu gewinnen. Und wenn uns das mit der heutigen Feier gelungen ist, so ist der Zweck unseres Kommens erreicht. Seien Sie überzeugt, Herr Generalgouverneur, daß wir noch oft und gern an diesen Tag zurückdenken werden.

Im Anschluß an das Mittagessen besichtigt die Marineabordnung die Burg. +)

16.15 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

+) Während des Mittagessens konzertiert ein Musikkorps der Kriegsmarine auf dem Burghof.

Krakau

Sonntag, den 11. Juni 1944

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Richard-Strauß-Feier im Staatstheater.

13^{30} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

IV/8 Krakau

Montag, den 12. Juni 1944

14^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{00} Besprechung mit Ministerialrat Plodek.

Gegenstand der Besprechung sind:

1) Fall Baier.
2) Frage der Höherstufung des Sachbearbeiters Richard Schneider.
3) Die Frage des Judeneigentums.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Plodek, ihm eingehenden Bericht über diese 3 Punkte zu erstatten.

Der Bitte des Ministerialrats Plodek, seine Beförderung zum Ministerialdirigenten beim Reiche in Vorschlag zu bringen, will der Herr Generalgouverneur nach Möglichkeit entsprechen.

16^{30} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

Auf die Frage des Präsidenten Dr. Senkowsky, ob und in welcher Weise er weiterhin seine Stellung als Wirtschafts- und Finanzberater des Arbeitsbereichs beibehalten solle, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er für Präsident Dr. Senkowsky keinen Anlaß gegeben sehe, von seiner Stellung im Arbeitsbereich zurückzutreten. Allerdings werde sich die Bestellung eines Vertreters des Präsidenten Dr. Senkowsky in dieser seiner Eigenschaft empfehlen. An eine Aufhebung der Personalunion sei zunächst nicht gedacht. Er habe auch den Vertretern der Parteikanzlei keinen Zweifel darüber gelassen, daß er im gegenwärtigen Zeitpunkt jegliche Änderung der Parteiorganisation im Generalgouvernement für unzweckmäßig halte.

12.6.1944

Präsident Dr. Senkowsky gibt dann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß in der Gegend von Miechow 4 Angehörige des Zollschutzes von Banditen getötet und 1 verletzt worden seien. Bemerkenswert an diesem Fall sei, daß diese Angehörigen des Zollschutzes erst kurze Zeit im Generalgouvernement Dienst getan hätten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Senkowsky, ihm einen ausführlichen schriftlichen Bericht über diesen Vorfall zuzuleiten.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet dann noch kurz über den gegenwärtigen Stand des Hotelbaues. Der Bau sei nunmehr von Präsident Bauder genehmigt, und die endgültige Ausführung werde voraussichtlich in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur stellt eine Besichtigung des Baues und der Pläne in Aussicht.

17^{00} Besprechung mit dem Präsidenten des Rechnungshofs des Generalgouvernements Dr. Blauert.

Präsident Dr. Blauert berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der Arbeit des Rechnungshofes. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß die Rechnungsprüfung bei den Körperschaften oder juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Generalgouvernement oft auf Schwierigkeiten stosse. Hier handle es sich z.B. um die Landwirtschaftliche Zentralstelle, die Saatgutstelle und andere juristische Personen. Er müsse jedenfalls Wert darauf legen, daß auch im Falle des Nichtvorhandenseins einer gesetzlichen Bestimmung im Generalgouvernement eine Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Reiches hinsichtlich dieser Körperschaften hergestellt werde. Einzelne Hauptabteilungspräsidenten betrachten solche Körperschaften oder Organisationen gewissermassen als schwarze Fonds, über die sie frei verfügen können. Dieser Zustand sei auf die Dauer unmöglich. Wenn diese Körperschaften von den Grundsätzen des Reiches abweichen, dann müßten sie sich zum mindesten vorher mit der Haupt-

abteilung Finanzen in Verbindung setzen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, mit Staatssekretär Dr. Bühler unverzüglich über die Frage zu sprechen. Er stelle in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest, die in der Denkschrift des Präsidenten ausgeführten Grundsätze bedürften der Billigung des Generalgouverneurs; die Denkschrift werde nicht veröffentlicht, bevor nicht die Genehmigung des Generalgouverneurs eingeholt worden sei.

Präsident Dr. Blauert weist in Ergänzung seines Berichtes darauf hin, daß die Vereinigung der Finanzverwaltung und der Generaldirektion der Monopole auf die Dauer nicht tragbar sei, da es sich hier um Interessen handle, die doch letzten Endes kollidieren müßten. An einer ganzen Reihe von Gesellschaften wie z.B. der Kasino- und Hotelbetriebsgesellschaft sei die Hauptabteilung Finanzen interessiert. Diese Gesellschaften unterständen an und für sich erst in zweiter Linie der Kontrolle des Rechnungshofes. Die Bilanzen würden durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft und kämen dann an die Hauptabteilung Finanzen.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich den von Präsident Dr. Blauert geltend gemachten Bedenken an und ist ebenfalls der Auffassung, daß hier eine gewisse Gefahr bestehe. Deshalb sei es doch zweckmässig, hier eine Trennung herbeizuführen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Blauert, daß er demnächst dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die Rechnungsprüfungen der Jahre 1940 und 1941 vorlegen werde. Ihm liege vor allem daran, festzustellen, daß Fehler gemacht worden seien und daß für die Zukunft Ordnung in diese Dinge gebracht werden müsse. Diese umfangreiche Denkschrift werde voraussichtlich im September fertiggestellt sein.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diese Denkschrift zunächst mit Präsident Dr. Blauert zu besprechen und sie dann in einer Sitzung der massgebenden Hauptabteilungspräsidenten einer Beratung zu unterziehen.

17[15] Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

Präsident Dr. von Craushaar teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß der Reichsminister für Rüstungs- und Kriegsproduktion und Chef der Organisation Todt den Plan hege, alle staatlichen und kommunalen Bauverwaltungen wie auch die Bauverwaltungen der Körperschaften des öffentlichen Rechts sich zu unterstellen bezw. die Leitung des Kriegseinsatzes dieser Bauverwaltungen zu übernehmen. Zu diesem Zwecke wolle er auf Grund eines Führererlasses ermächtigt werden, den Bauverwaltungen Weisungen zu erteilen und über die Dienstkräfte und Geräte der Baubehörden nach seinem Ermessen zu verfügen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diese Frage unverzüglich mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Präsident Dr. von Craushaar, von dem ihm durch Präsident Dr. Blauert überreichten Schriftstück Kenntnis zu nehmen und seine Meinung darüber zu äussern.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt nach Einsichtnahme in das Schriftstück, daß es sich bei den von Präsident Dr. Blauert vorgebrachten Bemängelungen vor allem darum handle, daß sich einige Hauptabteilungspräsidenten eine mehr oder minder grosse Zahl von undurchsichtigen Unternehmungen geschaffen haben. Hier kämen z.B. einige Untergesellschaften der Landwirtschaftlichen Zentrale, dann auch vor allem die Hotel- und Kasinobetriebsgesellschaft in Frage, deren Kontrolle dem Rechnungshof

entzogen sei. Er halte es deshalb für geboten, solche Unternehmungen in ihrer finanziellen Gebarung durch fachlich vorgebildete Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen, wie es z.B. hinsichtlich der Gemeindeverwaltung schon geschehe. Für diesen Zweck halte er eine der grossen Treuhandgesellschaften des Reiches für geeignet, die stark genug seien, nicht unter den Einfluß der Hauptabteilungspräsidenten bzw. ihrer Abteilungsleiter zu kommen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, auch diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

17^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt die Schriftstellerin Frau Dr. Haupt in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

18^{05} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Staatssekretären Kenntnis von der Absicht des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion und Chef der OT, die Leitung des Kriegseinsatzes der Bauverwaltungen zu übernehmen, und ersucht in diesem Zusammenhang Staatssekretär Dr. Bühler, ihm einen umfassenden Bericht über die Entwicklung des Bauwesens im Generalgouvernement zuzuleiten.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß offenbar die Überleitung der gesamten Bauverwaltung auf die OT nunmehr vollzogen werden solle. Für das Generalgouvernement würde das unter Umständen die Wirkung haben, daß Präsident Bauder als Leiter der Hauptabteilung Bauwesen keine Aufgaben mehr zu erfüllen hätte.

Weiter teilt Staatssekretär Dr. Bühler mit, daß Generalleutnant Schindler seinen Antrag zurückgezogen habe.

Der Herr Generalgouverneur will damit diese Angelegenheit als erledigt ansehen und Reichsminister Dr. Lammers mitteilen, daß er demnächst einen zusammenhängenden Bericht über die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements geben würde.

<u>12.6.1944</u>

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> gibt dann den Staatssekretären Kenntnis von der Besprechung, die er mit Ministerialrat Plodek gehabt hat.

Staatssekretär Dr. <u>Bühler</u> äussert Bedenken gegen eine <u>Beförderung des Ministerialrats Plodek</u> zum Ministerialdirigenten und begründet diesen seinen Standpunkt damit, daß die gesamte Treuhandverwaltung in ihrer Entwicklung nicht befriedigend sei. Er habe sich zwar seinerzeit für eine Beförderung des Ministerialrats Plodek beim Reich eingesetzt, sie sei aber damals abgelehnt worden, und er wisse nicht, ob jetzt noch eine Aussicht für die Beförderung bestehe.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> kommt dann auf die Ermordung von 4 Angehörigen des <u>Zollgrenzschutzes</u> zu sprechen. Diese Zollbeamten seien erst vor ganz kurzer Zeit ins Generalgouvernement gekommen, und es müsse selbstverständlich im Reiche einen eigenartigen Eindruck machen, daß sie schon nach so kurzer Zeit ein Opfer von Banditen geworden seien. Deshalb müßten jetzt unverzüglich Anweisungen für den Schutz des dienstlichen Betriebes gegeben werden.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> nimmt im Hinblick auf den ihm von Präsident Dr. Blauert erstatteten Bericht über die Prüfungstätigkeit des <u>Rechnungshofes</u> Stellung zur Frage des <u>Judeneigentums</u> und wirft die Frage auf, was eigentlich mit dem seinerzeit beschlagnahmten Gut geschehen sei. Es handle sich hier offenbar um Beträge, die in die Milliarden gingen. Er halte es zwar für ausgeschlossen, daß man diese vormals jüdischen Vermögenswerte wieder zurückbekomme, jedenfalls müsse aber dem Reichsführer SS davon Mitteilung gemacht werden. Im Generalgouvernement als dem Nebenland des Großdeutschen Reiches dürfe nicht etwas beschlagnahmt werden, was ihm nicht angerechnet werde. Er bitte deshalb die Staatssekretäre, diese Frage mit SS-Obergruppenführer Pohl zu besprechen.

12.6.1944

18^{30} Präsident Ohlenbusch stellt dem Herrn Generalgouverneur den Kunstmaler Kistler vor.

Dienstag, den 13. Juni 1944

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Generalleutnant der Ordnungspolizei Höring, Oberst Fischer, Oberstleutnant Roedenbeck und dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Oberstleutnant Roedenbeck gibt zunächst einen Bericht über die Einleitung der Großunternehmung gegen die Banden im Gebiet des Bilgorajer Waldes.

Generalleutnant Höring berichtet über den gegenwärtigen Stand des Luftschutzes im Generalgouvernement und damit zusammenhängende Fragen. Er weist insbesondere darauf hin, daß z.Zt. ein starker Mangel an Zement für den Bau von Luftschutzbunkern im Generalgouvernement herrsche.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Höring, daß die Planstellen der Polizei im Reichspolizeihaushalt, nicht aber im Haushalt des Generalgouvernements ausgebracht seien. Dies sei darauf zurückzuführen, daß nach Auffassung der zuständigen Reichsstellen die Polizei ein einheitliches Gebilde sein müsse. Deshalb liege auch die Verwaltung ausschließlich bei der Polizei. Die Planstellen seien auf verschiedene Polizeiverwaltungen unterverteilt.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, es liege im Wesen der Polizei, daß nicht für jeden einzelnen Angehörigen im Generalgouvernement eine Planstelle bestehen könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dafür zu sorgen, daß ihm eine Liste sämtlicher Planstellen der Ordnungspolizei für das Generalgouvernement vorgelegt werde.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

13.6.1944

11^{05} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

11^{10} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Oberdienstleiter Tießler, Regierungskommissar Dr. Hauber, Pressechef Gassner, Verlagsleiter Strozyk und Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Papier Direktor Stoffer.

Gegenstand der Besprechung ist die Papierversorgung des Generalgouvernements.

Direktor Stoffer gibt zunächst einen Überblick über die Papiersituation im Generalgouvernement und teilt mit, daß sich die Lage seit der letzten Besprechung wesentlich verschlechtert habe. Man hoffe jedoch auf eine Besserung der Lage mit der Inbetriebnahme des Werkes Jedomice, die am 1. Juli 1944 erfolgen solle.

Der Herr Generalgouverneur verfügt in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar, daß das Werk Jedomice zunächst ausschließlich für die Herstellung von Zellstoff für Zwecke des Generalgouvernements zur Verfügung gestellt wird.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Direktor Stoffer, daß die 3 für die Papierfabrikation zur Verfügung stehenden Papierfabriken Jedomice, Tschenstochau und Warschau zusammen nach Ingangsetzung des Werkes Jedomice 1 800 to im Monat produzieren würden. Gebraucht würden ungefähr 5 000 to. Den Rest erhalte man aus der Einfuhr, die z.Zt. noch zufriedenstellend sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird auf den Papierverbrauch im Generalgouvernement eingegangen.

13.6.1944

Der Herr Generalgouverneur will grundsätzlich die Herausgabe neuer Zeitschriften oder Mitteilungsblätter wie z.B. des Mitteilungsblattes für den Handel und des "Ostrufes" nur unter der Bedingung gestatten, daß keine grösseren Papiermengen verbraucht werden. Die Beantwortung der Frage, ob beispielsweise z.Zt. die Herausgabe eines Handelsblattes notwendig sei, müsse den zuständigen Dienststellen überlassen bleiben. Wenn diese dafür sorgten, daß das Kontingent nicht erhöht werde, könne ihnen freie Hand gelassen werden.

Auf Vorschlag des Pressechefs Gassner trifft der Herr Generalgouverneur die Entscheidung, daß die Auflage des "Vorfeld" von 25 000 Exemplaren auf 15 000 Exemplare gekürzt wird. Ferner soll dieses Blatt im gleichen Umfange nur alle 2 Monate erscheinen.

Der Hinweis des Verlagsleiters Strozyk auf den grossen Umfang und die hochwertige Ausstattung der Zeitschrift "Die Burg" veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, zu verfügen, daß diese Zeitschrift von jetzt an lediglich als wissenschaftliches Mitteilungsblatt in einfacher Ausstattung und nur mit den Bildern erscheint, die für die Illustrierung rein wissenschaftlicher Abhandlungen notwendig sind. Im übrigen stellt der Herr Generalgouverneur den Grundsatz auf, daß nach Genehmigung eines Kontingents über den Inhalt einer Zeitschrift keine besonderen Bestimmungen zu treffen sind. Er lehne es jedenfalls ab, den Abteilungsleitern in ihre Verantwortung hineinzureden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann vor allem zu der Ausgestaltung der Zeitschrift "Das Generalgouvernement" Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Inseratenteil dieser Zeitschrift nach Möglichkeit gekürzt werde und dafür mehr Bilder aus dem Zeitge-

schehen des Generalgouvernements gebracht würden.

Verlagsleiter Strozyk gibt zu bedenken, daß die Anzeigen die Kosten des ganzen Heftes trügen.

Pressechef Gassner macht den Vorschlag, die Anzeigentarife so zu erhöhen, daß sie prohibitiv wirkten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit einer Verdoppelung der Anzeigenpreise einverstanden und weist darauf hin, daß man für die 8 fortfallenden Seiten Inserate 8 Seiten für Bildertext erhielte.

Entgegen dem Hinweis des Verlagsleiters Strozyk, daß eine Erhöhung der Anzeigenpreise für die polnischen Zeitungen sich sehr ungünstig auswirken würde, erklärt sich der Herr Generalgouverneur für eine Erhöhung auch der Anzeigenpreise der polnischen Zeitungen.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Verlagsleiter Strozyk.

Gegenstand der Besprechung ist die geplante Herausgabe eines Buches mit dem Titel: "5 Jahre Generalgouvernement".

12^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Gegenstand der Besprechung sind Fragen des Staatstheaters und der Philharmonie des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Kapellmeister Hindemith als Chefdirigent der Philharmonie beibehalten, ihm aber auferlegt werden solle, zugunsten einer weiteren Entwicklung der Philharmonie auch mit Gastdirigenten zu arbeiten. Über eine anderweitige Tätigkeit des bisherigen Intendanten Hasslinde soll nach Abschluß des gegen ihn schwebenden Verfahrens Entscheidung getroffen werden.

13.6.1944

Präsident Ohlenbusch teilt mit, daß ein Dr. Matthäus bereit sei, die Verwaltung der Philharmonie zu übernehmen, wenn er aus dem Heeresdienst entlassen sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung nimmt der Herr Generalgouverneur Stellung zu der künstlerischen Tätigkeit des Kapellmeisters Swarowsky und übt eine abfällige Kritik an dem gestern von ihm geleiteten Konsert mit Werken von Richard Strauß.

Dann werden noch Fragen des Staatstheaters besprochen. Der Herr Generalgouverneur gibt hier nochmals seinem Wunsche Ausdruck, daß im Staatstheater moderne Operetten wie "Manina" nicht mehr aufgeführt und nur noch klassische Operetten gegeben werden sollten.

Ferner hält der Herr Generalgouverneur angesichts der einseitigen und ein hohes künstlerisches Niveau hintanhaltenden Tätigkeit des Generalintendanten Stampe die Schaffung der Stellung eines Chefdramaturgen des Staatstheaters für unbedingt erforderlich.

12^{40} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Regierungsrat Dr. Jänsch und Referenten von Palézieux.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 14. Juni 1944

bis

Freitag, den 23. Juni 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

II/8 Krakau

Sonnabend, den 24. Juni 1944

15^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{00} Aufführung der Oper "Ariadne auf Naxos" von Richard Strauss im Staatstheater des Generalgouvernements.

Als Gäste wirken mit:

Dirigent Hans Swarowsky (Berlin),
Kammersängerin Viorica Ursuleac (München),
Kammersängerin Adele Kern (München),
Kammersängerin Maud Cunitz (Stuttgart),
Kammersänger Julius Patzak (München) u.A.

22^{30} Empfang der für die Oper "Ariadne auf Naxos" im Staatstheater gastierenden Künstler auf der Burg.

Krakau

Sonntag, den 25. Juni 1944

11^{00} Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Anwesend sind: die Staatssekretäre Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, die Präsidenten Dr. Emmerich, Dr. Senkowsky, Naumann, Bauder, Dr. Lauxmann, Dr. von Craushaar, Ohlenbusch, Vizepräsident Ammon als Vertreter des Präsidenten Dr. Gerteis, sowie Oberdienstleiter Tießler und Pressechef Gassner.

Um 12 Uhr erscheinen zur Sitzung noch Oberstleutnant Roedenbeck und SS-Oberführer Bierkamp.

Zu Beginn der Sitzung überreicht Präsident Dr. Senkowsky dem Herrn Generalgouverneur das Haushaltsexemplar 1944 und erklärt, daß es der Finanzverwaltung im bereits abgelaufenen ersten Vierteljahr gelungen sei, die Einnahmen- und Ausgabenansätze zu halten. Damit sei auch in den nächsten Monaten zu rechnen, wenn keine wesentliche Veränderung der Situation eintrete.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die vorbildlich geleistete Arbeit aus und weist darauf hin, daß die Regierung des Generalgouvernements alles tun werde, um diese zufriedenstellende Entwicklung auch weiterhin zu ermöglichen.

Der Herr Generalgouverneur führt dann aus, daß er vor seiner bevorstehenden Fahrt ins Führerhauptquartier von den führenden Mitarbeitern der Regierung des Generalgouvernements Ausführungen über ihre Beurteilung der Lage gemacht wissen wolle.

Die allgemeine Kriegssituation habe sich in den letzten Wochen in sehr starken Spannungen entwickelt. Nach den letzten ihm zugegangenen Nachrichten sei den Sowjets offensichtlich ein grösserer Einbruch geglückt. Diese Entwicklung werde aber gemeistert werden. An der Invasionsfront und auch in Italien seien die Verhältnisse ausserordentlich schwierig; vor allem erschwere

die ungeheuere feindliche Luftüberlegenheit die deutschen Unternehmungen.

Angesichts dieser Lage könne man ermessen, welche ungeheuere Verantwortung nun auf den wenigen deutschen Männern liege, die in diesem entscheidenden Augenblick die Geschicke dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches zu lenken hätten. Wenn es gar keinen Sinn gehabt hätte, bis jetzt etwa von Charakterstärke und aufrechtem persönlichen Verhalten zu reden, so hätte dieses jetzt seinen höchsten Sinn erhalten. Die kommenden Monate würden über das kommende Jahrtausend der deutschen Geschichte entscheiden. Jetzt gehe es um das deutsche Vaterland, um das Heilige Deutsche Reich, und demgegenüber verblaßten alle anderen Werte. Jetzt gebe es nur einen Wert, den der deutschen Freiheit als Staat und Vaterland, und diesen Wert gewährleiste Adolf Hitler.

Diese eiskalten Überlegungen müßten allen Deutschen in diesem Raum klargemacht werden; in den kommenden Monaten werde es im Generalgouvernement nichts wie Schwierigkeiten geben.

Die große deutsche Gegenwaffe werde sicherlich eine grosse psychologische Wirkung in England erzielen - es wäre völlig falsch, dies verkennen zu wollen - , aber es sei selbstverständlich, daß durch diese Waffe, die zwar einen Teil des englischen Territoriums zerstöre, die Engländer nicht mehr oder weniger zu einem Friedensschluß geneigt sein würden als Deutschland in der gleichen Situation. Wunderdinge dürfe man also von dieser Waffe nicht erwarten, wenn sie auch mit der Dauer ihres Einsatzes immer grössere psychologische Wirkungen erziele.

Kein Volk sei über einen Krieg glücklich, auch nicht das deutsche. Billiger Hurrapatriotismus sei heute unmöglich, und in Kundgebungen müsse man sich davor hüten. Er danke Parteigenosse Tießler für die von ihm durchgeführte Großkundgebung, in der von ihm diese Richtlinien befolgt worden seien.

25.6.1944

Für das Generalgouvernement sei in nächster Zeit entscheidend, daß dieses Gebiet, soweit es in deutschen Händen bleibe, auch restlos sich in deutscher Hand befinde; alle Maßnahmen müßten geschehen, die Bevölkerung in Ruhe, Ordnung und bei der Arbeit zu halten. Er sei mehr denn je entschlossen, diesen seinen Kurs durchzuhalten und kein terroristisches Regime aufkommen zu lassen. Alle Dienststellen, vor allem die Wehrmacht und sämtliche Waffenträger im Generalgouvernement müßten alles tun, um die Autorität des Staates im Lande soweit als möglich herzustellen. In diesem Zusammenhang sei die vom Reichsführer SS Himmler zugesagte Hilfe für die Erntesicherung von ausserordentlicher Bedeutung. Weiter sei es notwendig, daß das Generalgouvernement dem Reich in den dringendsten Angelegenheiten mit äussersten Kraft zur Seite stehe. Wenn es nicht gelinge, der fliegerischen Überlegenheit der Feinde entgegen-zu-treten, dann habe eine weitere Kriegführung ihren praktischen Sinn verloren. Gelinge es nicht, die deutsche Jägerproduktion in die Höhe zu bringen, bestehe keine Aussicht auf die Erringung des Endsieges. Die Erhöhung der Jägerproduktion werde aber erreicht, weil sie erreicht werden müsse. Der Befehl des Führers auf diesem Gebiet sei bekannt. Die Luftsicherung habe sich als der Kern alles anderen herausgestellt. Er könne darauf hinweisen, daß dazu auf deutscher Seite alle Ansatzpunkte vorhanden seien.

Er habe sich von den sehr vernünftigen Ausführungen des Vertreters des Reichsministers Speer anläßlich der in Krakau kürzlich stattgefundenen Sitzung berichten lassen. Die Regierung des Generalgouvernements müsse bei der Durchführung dieses Planes alle Zuständigkeitsfloskeln beiseite lassen. Besonders freue es ihn, daß es in Wieliczka so gut vorangehe. Es gebe auch im Reich kaum einen Tunnel mehr, in dem nicht Werkstätten eingerichtet würden.

25.6.1944

Im Generalgouvernement kämen jetzt auf jedem Sektor, ob Ernährung oder Transport oder allgemeine Politik, ob Verwaltung oder Wirtschaft oder Bauwesen, die schwierigsten Monate, in denen man nur Unangenehmes erleben werde. Es sei völlig lächerlich zu glauben, daß jetzt jemand für sich allein etwas Positives herauskramen könne, in einem Zeitpunkt, da alles negativ sein werde. Die deutsche Führung des Generalgouvernements sei Manns genug, das Kommende zu ertragen. Werde die Belastung der nächsten Monate überwunden, habe Deutschland seine Probe bestanden. Auch die Feinde neigten sich sehr stark dem Ende des Krieges zu, sowohl psychologisch wie materiell. Die in der Normandie eingesetzten englischen Einheiten kämpften sehr schlecht. Auf der anderen Seite seien die deutschen Frontsoldaten ganz in Ordnung.

Mit Rücksicht auf die mangelhafte deutsche Erzversorgung müsse auch im Generalgouvernement an den Abbau selbst nicht abbauwürdiger Erze herangegangen werden. Finanzielle Gesichtspunkte dürften in dieser Frage überhaupt keine Rolle spielen. Er habe die Absicht, diese Arbeiten im Rahmen der Werke des Generalgouvernements durchführen zu lassen. Auch bei der Errichtung von Hochöfen dürfe es keine Rolle spielen, wenn das Reich bzw. die eisenschaffenden Kreise aus Konkurrenzneid eine Hilfe versagten.

Er glaube, daß das Generalgouvernement in den kommenden Wochen in seinen jetzigen Grenzen gehalten werden könne, da die Sowjets ihre Vorstöße wohl auf die Eroberung des Baltikums richteten. Garantieren jedoch könne man das nicht; sie könnten jederzeit auch das Generalgouvernement überraschen. Man müsse sich daher auf das Härteste und Unangenehmste vorbereiten. An einen Aufstand der breiten Masse der Bevölkerung glaube er nicht, da sich alle vernünftigen Polen sagen müßten, daß sie von den ins Land eindringenden Sowjetrussen liquidiert werden würden. Eher glaube er an Sabotage und Streiks; mit

diesem würde man aber fertig werden. Er fasse also zusammen, daß man am Beginn der ernstesten Kriegsmonate stehe, daß man in den kommenden Monaten mit nichts Positivem, sondern nur mit Rückzug und ungeheueren Belastungen auf allen Gebieten zu rechnen haben werde, daß er aber überzeugt sei, daß diese Krisis durch das Zusammenstehen aller überwunden werde und daß das Generalgouvernement in dieser Aufbäumung der deutschen Macht eine sehr grosse Rolle zu spielen habe.

Staatssekretär Dr. Bühler beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die allgemeine Lage im Generalgouvernement im Zeichen des Absinkens der Sicherheit stehe. Bisher sei er der Meinung gewesen, daß ein polnischer Aufstand nur Gerüchte oder Programme der Polen gewesen seien, nun aber sei er auf Grund seines Wissens und wegen der Tatsache, daß auch im Distrikt Krakau überall Banden auftreten, der Meinung, daß sich die Widerstandsbewegung wieder rekrutiere. Deshalb werde der Beobachtung dieser Entwicklung und ihrer wirksamen Bekämpfung das größte Augenmerk zuzuwenden sein.

Die Aktion im Bilgorajer Wald werde in diesen Tagen zum Abschluß kommen; in ihrem ersten Teil sei sie nicht sehr erfolgreich verlaufen, im zweiten Teil werde sie mit der Vernichtung eines grossen Teiles der Banden enden, sodaß eine gewisse Befriedung dieses Waldgebietes eintreten werde. Wichtig sei es, daß 1. die in diesem Gebiet befindlichen Sicherheitskräfte nach Beendigung der Aktion nicht restlos wieder abgezogen würden und 2. dieses Gebiet auch im zivilen Sektor vorbildlich mobilisiert und dort, wo Verwaltungskräfte abgezogen worden seien, Aussenstellen der allgemeinen Verwaltung, insbesondere der Forst- und Landwirtschaft wieder errichtet würden.

Auf dem Gebiete der Rüstung habe der Besuch des Hauptdienstleiters Sauer vom Stabe Speer einen Einblick in die derzeitige Situation des Reiches gebracht. Der

25.6.1944

Herr Generalgouverneur habe bereits darauf hingewiesen, daß auch das Generalgouvernement alle Kräfte anspannen müsse, um am Jägerprogramm des Reiches mitzuhelfen. In Aussicht genommen seien ausser Wieliczka die bei Krynica und Tomaszow erbauten Tunnels.

In diesem Zusammenhang werde interessieren, daß die Wehrmacht beabsichtige, mitten durch das Generalgouvernement, entlang der Westgrenze der Distrikte Galizien und Lublin, eine Reisesperrlinie zu errichten, deren Überschreitung nur mit einem Passierschein der Wehrmacht möglich sein solle. Diese Absicht bedeute praktisch die Zerschneidung des Gebietes des Generalgouvernements in 2 Hälften; durch sie würden die Zuschußdistrikte Krakau, Warschau und Radom von ihren Überschußdistrikten Lublin und Galizien abgeschnitten. Gegen diese Absichten habe er beim Oberkommando des Heeres die ernstesten Vorstellungen erhoben und er nehme an, daß es zu dieser Grenzziehung nicht kommen werde.

Das wichtigste Problem sei die Erntesicherung. Auf diesem Gebiet habe Reichsführer SS Himmler mit dem 15. Juli beginnend bereits grössere Verbände zugesagt. Wenn der Einsatz dieser Verbände im engsten Einvernehmen mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen und mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft erfolge, glaube er, daß der Erfolg 100%-ig sein werde und daß man aus den schlecht zu bewirtschaftenden Distrikten, zu-mindest was Getreide anlange, alles herausholen werde, was möglich sei. In diesem Zusammenhang sei auch die Lagerfrage von besonderer Wichtigkeit. Von 1,2 Millionen Tonnen Lagergetreideraum habe die deutsche Verwaltung bis zu einem Bestand von 185 Tausend Tonnen an die Wehrmacht abgeben müssen. Es sei daher nicht mehr zu verantworten, daß man eingerichtete Getreidelager leichter Hand der Wehrmacht zur Verfügung stellen könne. Hier habe er besonders das Getreidelager in Zyrardow im Auge, das der

Luftgau XXVII für die Auslagerung wichtigen fliegerischen Gerätes aus Warschau fordere. Sein Gegenvorschlag, der Verwaltung den dadurch in Warschau frei werdenden Lagerraum zur Verfügung zu stellen, habe der Luftgau abgelehnt.

Staatssekretär Koppe erklärt, daß sich die Polizei allgemein darauf eingestellt habe, daß sich die Sicherheitslage noch weiter verschärfen könne. Mit der Möglichkeit eines Aufstandes sei seiner Meinung nach wie vor zu rechnen. Das besage nicht, daß er auf der ganzen Linie entbrenne; mindestens aber sei mit Teilaufständen zu rechnen. Die Direktiven aus London an die Widerstandsbewegung besagten, daß die Aufständischenarmee in Polen jetzt im allgemeinen mit Gewehr bei Fuß zu stehen habe, denn ihre Stunde sei noch nicht gekommen. Daraus müsse man schliessen, dass dieser Befehl doch eines Tages kommen werde. Wenn es nicht zu einem Aufstand auf der ganzen Linie komme, so müsse man doch mit grösseren Störungen der Verkehrswege im gegebenen Fall rechnen, wodurch a) der Nachschub an die Front verhindert und b) ein Zurückweichen der deutschen Truppenteile an der Front unmöglich gemacht werden sollten. In den letzten 14 Tagen habe man allgemein keine weitere Verschärfung der Sicherheitslage feststellen können.

Das Unternehmen der Wehrmacht im Bilgorajer Wald habe sich bisher recht günstig ausgewirkt, obgleich im ersten Durchgang die Erfolge zahlenmässig nicht den Erwartungen entsprochen hätten. Vier oder fünf Gruppen der Bande sei es wohl gelungen, aus dem Einschliessungsring der 18.000 Mann Wehrmacht zu entkommen. Beim z.Zt. noch stattfindenden 2. Unternehmen sei bis jetzt der Bande ein Ausbruch noch nicht gelungen.

Bezüglich der mangelnden Stärke der Polizei müsse er darauf hinweisen, daß sie ja seit dem Winter 1941/42 grosse Truppenkontingente an der Ostfront stehen gehabt habe. Wenn alle diese Regimenter und Bataillone jetzt zur Verfügung stehen würden, wäre die Polizei relativ

nicht zu schwach. Die Opfer, die die deutsche Polizei im Kampf an der Front in vorderster Linie gebracht habe, seien nicht unbedeutend, und ihre Verluste fehlten heute zahlenmässig. Auch würden die besetzten Länder immer mehr nur von Polizeieinheiten in Ordnung gehalten, da die Wehrmacht zur Verstärkung der Kampffront immer neue Kräfte abziehe. Der Ruf nach Polizeitruppen nehme ständig zu. Alle diese Tatsachen müsse man bedenken, wenn man eventuell der Polizei den Vorwurf machen wolle, nicht genug für Nachwuchs gesorgt zu haben.

Die Aktion im Bilgorajer Wald, die als das Unternehmen Sturmwind I und Sturmwind II gestartet worden sei, habe auf die übrigen Kreise des Distrikts Lublin sicherheitsmässig bereits günstige Auswirkungen gezeitigt. Auch ein von der Polizei gestartetes Unternehmen Vagabund habe dazu beigetragen. Notwendig sei es nun, daß nach Abschluß der Aktion weiterhin Kommandos in diesem Gebiet verblieben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß ihm General Haenicke mitgeteilt habe, daß Generalfeldmarschall Model bereits den Verbleib einer Division in diesem Gebiet für die nächste Zeit angeordnet habe.

Staatssekretär Koppe spricht dann weiter von der moralischen Wirkung, die diese Aktion bis in das kleinste Dorf hinein ausgelöst habe. Leider müsse man feststellen, daß sich in dem durchgekämmten Waldgebiet bereits wieder eine kleine Bande von 150 Mann aus den entkommenen Banditen rekrutiert habe; sie werde aber von der Polizei sofort wieder angegriffen.

Die Worte des Staatssekretärs Koppe, daß bei dem Unternehmen eine grosse Anzahl Bandenhelfer festgenommen worden sei, veranlassen den Herrn Generalgouverneur zu der Erklärung, eine genaue Untersuchung darüber anzustellen, ob es sich auch wirklich um Bandenhelfer handle. Es müsse unbedingt vermieden werden, daß unschuldige Männer ihr Leben verlören.

25.6.1944

Staatssekretär Koppe erwidert, daß dafür die Hinzuziehung von Angehörigen des SD und der B. und L. Gewähr biete. Jeder einzelne Fall werde genau untersucht. Am Unternehmen hätten sich auch die Polizei mit 2 Bataillonen und Gendarmeriekräfte beteiligt. Die lokale fremdvölkische Polizei habe man für diese Zeit durch deutsche Unterführer führen lassen. Er sei davon überzeugt, daß man die Sicherheitssituation im Distrikt Lublin meistern werde.

Im Distrikt Galizien habe sich die Lage nicht viel verändert. Etwas Ärger bereiten zwei russische Banden im Ölgebiet südlich Drohobycz. Die Upa-Banden im Herzen Galiziens stünden vorerst Gewehr bei Fuß. Einem Bandenzentrum von 5- bis 600 Mann südwestlich Lemberg stehe ein deutsches Polizeibataillon gegenüber.

Etwas unruhiger sei es im Distrikt Radom geworden; hier handle es sich aber nur um kleine Banden von meistens 50 bis 60 Mann. Sie würden von der Polizei ständig angegriffen, die Erfolge in der Bekämpfung könnten als sehr gut bezeichnet werden. Jedoch sei die Anzahl der Banden in den letzten 4 Wochen grösser geworden, es fehle eben an deutschen Bekämpfungskräften. Bald erhalte er für den Distrikt Radom ein neues Regiment, das er dann bataillonsweise aufteilen werde. In Radom müsse tatsächlich aufgepaßt werden, da es dort bestimmte Kreise der Nationalen Widerstandsbewegung gebe, die ihre Zeit nicht abwarten könnten. Einiger Schaden sei bereits angerichtet worden, insbesondere seien einige deutsche Menschen ermordet worden.

Im Zusammenhang mit der Schilderung eines Überfalls auf 2 Deutsche in der Nähe von Krakau warnt Staatssekretär Koppe eindringlich vor einer allzu grossen Sorglosigkeit der Deutschen in diesem Lande. Die Deutschen befänden sich hier in einem feindlichen Land, und jeder müsse mit Argwohn seine Umgebung beobachten.

25.6.1944

Die Durchführung des neuen Jägerprogramms sei von ungeheurer Wichtigkeit, und jeder müsse von sich aus beitragen, daß gerade auf diesem Sektor Unmögliches geleistet werde. Die weitere Kriegführung hänge zum grossen Teil von der Luftwaffe ab. Jeder nicht ganz ausgenützte Raum müsse dazu herangezogen werden. Das Gleiche gelte auch für die allgemeine Rüstung.

Bezüglich der Bandenlage im Distrikt Krakau sei richtig, daß vom Osten her einige kleine Bandengruppen in den Distrikt eingesickert seien. Hier handle es sich aber um Kleinstbanden von 7 oder 8 Mann, und diese seien von der Polizei sehr schwer aufzuspüren. Sie rekrutierten sich aus Leuten, die tagsüber ihren Pflichten als Bauern nachgingen und nachts Überfälle machten. Ihre Bekämpfung durch die Polizei gestalte sich sehr schwierig.

Präsident Dr. von Craushaar weist eingangs auf den starken Druck hin, der auf die in deutschen Diensten stehende landeseigene Verwaltung ausgeübt werde. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß die landeseigene Verwaltung, vor allem die Wojts und die Schulzen in erstaunlicher Weise mitzögen. Sie übten ihren Leuten gegenüber im Dorf natürlich gewisse Vorsicht, hielten im ganzen aber weiterhin zur Stange. Diese Tatsache könne offenbar als Ausdruck für das Vertrauen angesehen werden, das draussen im Lande die untere Verwaltung von seiten der Bevölkerung geniesse. Selbstverständlich sei die Verwaltung nicht beliebt, doch habe die Bevölkerung zu diesen geraden Leuten das Vertrauen, daß sie, wenn sie dazu in der Lage seien, für ihre Leute auch sorgten. Ohne dieses Positivum der Verwaltung würde man sich in einer sehr ernsten Lage befinden.

Die aus den besonders bandenverseuchten Gebieten des Distrikts Lublin und aus den Frontgebieten des Distrikts Galizien herausgenommenen deutschen Verwal-

tungskräfte seien zur Verdichtung des deutschen Verwaltungsnetzes in den anderen Distrikten verwendet worden. Die Ergänzung der Verwaltung in Frontnähe habe der Wirtschaftsstab Ost übernommen. Hier müsse erreicht werden, daß die dort neu eingesetzten Kräfte im Auftrag der Regierung des Generalgouvernements handelten. Im Distrikt Lublin würden in Gestalt von Aussenstellen der Kreishauptmannschaften Aussenstützpunkte errichtet; die Kräfte dafür stelle der Distrikt Lublin selbst mit Hilfe von La-Führern.

Auf dem Gebiete der Reichsverteidigung seien die Raumnot und die deswegen ergriffenen Schritte bekannt. Er habe den Eindruck, daß die Steuerung der grossen Trecks aus der Gegend östlich und nordöstlich des Generalgouvernements vom Reich aus jede Führung vermissen liesse.

Beim Einsatz von Verwaltungskräften in heeresnahen Gebieten spielte die Bekleidung eine Rolle. Die Leute des Wirtschaftsstabes Ost seien uniformiert, während das bei den Verwaltungskräften des Generalgouvernements nicht der Fall sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß sich für diese 500 Mann Stoff beschaffen lasse; er habe die Vollmacht, für diese Kräfte auch die graue Uniform zu bewilligen.

Präsident Ohlenbusch bezieht sich in seinen Darlegungen vor allem auf die Ausführungen des Staatssekretärs Koppe. Die Widerstandsbewegung sei in der letzten Zeit äusserst aktiv geworden. Leider bestehe noch immer eine grosse Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Verhältnissen und dem politischen Kurs des Herrn Generalgouverneurs. So werde z.B. immer wieder darauf hingewiesen, daß die sogenannten Hiwis, die doch rassisch gesehen zum Untermenschentum gehörten, in deutschen Abteilen Platz nehmen könnten, während

die rassisch gesehen wertvolle Polin in einem besonderen Abteil Platz nehmen müsse.

Im übrigen laufe die ganze Propaganda weiterhin auf vollen Touren ausschließlich gegen den Bolschewismus, das Judentum und darüber hinaus gegen England und Amerika. Einen Erfolg habe man insofern errungen, als es geglückt sei, den vor allem in polnischen Intelligenzkreisen durchgeführten Boykott gegen das polnische Theater in Krakau zu brechen.

Er habe dem Generalgouverneur ein neues Abzeichen für die im Reich tätigen Polen vorgelegt und er hoffe, daß das Reich damit einverstanden sein werde, daß dieses Abzeichen anstatt des "P" von den Polen getragen werden dürfe.

Präsident Bauder bezeichnet als Hauptaufgaben der Bauverwaltung in der letzten Zeit die Unterstützung der operativen Bedürfnisse der Wehrmacht und den weiteren Ausbau der Rüstung. Der notwendige Ausbau der Strassen in Galizien laufe auf vollen Touren; auch die Wiederherstellung und Verstärkung der Brücken im Distrikt Lublin mache Fortschritte. Leider sei ein Teil der früher zerstörten und in letzter Zeit wiederhergestellten Brücken von den Banditen wieder abgebrannt worden. Ein Teil der Banditen sei wieder zurückgekehrt, und von ihnen würden die Brücken wieder angezündet. Z.Zt. besteht die Gefahr, daß die im Distrikt Lublin vorhandenen Kriegsgefangenen infolge Fehlens von Bewachungsmannschaften aus den bandenverseuchten Gebieten abgezogen werden müßten. Die Bauverwaltung sei aber auf die Tätigkeit von 800 im Brückenbau eingesetzten Kriegsgefangenen angewiesen. Besprechungen darüber seien noch im Gange.

Auf dem Rüstungssektor stehe das neue Jägerprogramm im Vordergrund. Von Berlin sei eine Verfügung ergangen, daß der Ausbau von Wieliczka in der brutalsten Weise vorangetrieben werden müsse. Auch in den übrigen Rüstungsbetrieben gingen die Arbeiten voran, und im allgemeinen

sei es gelungen, die notwendigen Materialien herauszuschaffen. Neuerdings habe sich die Beschaffung des notwendigen Zements als der größte Engpaß herausgestellt, da die gesamte schlesische Produktion an die Wehrmacht zur Schaffung von Flugplätzen und zum Stellungsbau an der Front abgegeben werden müsse. Die Bauverwaltung des Generalgouvernements habe nun für die 2. Hälfte Juni 7 000 to aus Südwestdeutschland zugesagt erhalten, die Züge seien aber noch nicht abgerollt. Für die vordringlichen Luftschutzbauten habe er trotz aller Bemühungen bis jetzt keinen Zement erhalten können. Ab 1. Juli werde jedoch nach Durchführung der notwendigen Vorarbeiten, vor allem Regelung der Arbeiterfrage, die eigene Zementproduktion von 2- bis auf 8 000 to erhöht werden können. Von der Zementversorgung wolle er dann die Distrikte Lublin und Galizien abhängen. Wohnungsbau und andere Aufbauten müßten im gegenwärtigen Zeitpunkt zurücktreten. Wenn die Bereitstellung von 2 000 to Zement für den Bau des grossen Zementwerkes in Ostrowiec gelinge, stehe mit Beginn des neuen Jahres dem Generalgouvernement ein neues grosses Werk zur Verfügung, sodaß dann der wichtigste Bedarf des Generalgouvernements aus eigener Produktion befriedigt werden könne.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> gibt dann den beiden Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe den Auftrag zur Ausarbeitung einer generellen Weisung, daß bei notwendigen dienstlichen Überlandfahrten in Zukunft von der Polizei ein Begleitkommando zur Verfügung gestellt werden soll.

Präsident <u>Naumann</u> berichtet, daß man mit dem bisherigen Witterungsverlauf zufrieden sein und erwarten könne, daß im grossen und ganzen eine gute Ernte heranwachse. Grosse Sorgen bereite jedoch der starke Rückgang des Zuckerrübenanbaues, der infolge des Ausfalles grosser Anbauflächen in Ostgalizien und besonders im Distrikt

Lublin eingetreten sei. Die Vorarbeiten für die Ernteerfassung seien im grossen und ganzen so abgeschlossen, daß die Ernte in den bisher bewährten Methoden erfaßt werden könne. Wenn es gelinge das Stützpunktsystem des vergangenen Jahres so auszubauen, daß über das gesamte Generalgouvernement ein nach der Schwierigkeit der einzelnen Gebiete und ihrer Ertragfähigkeit abgestuftes Sicherheitssystem errichtet sei, könnte die Erfassung in den nächsten 3 Monaten so durchgeführt werden, daß man auch das 6. Kriegswirtschaftsjahr in den wichtigsten Dingen überstehen könne.

Die Verhandlungen mit dem Reich über Lieferungen an das Reich und die Wehrmacht seien abgeschlossen. Im grossen und ganzen sei es gelungen, die Vorschläge des Generalgouvernements durchzubringen. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung bis zum Anschluß an die neue Ernte werde möglich sein. Anlässlich der Jägerprogrammsitzung in Krakau sei übereinstimmend berichtet worden, daß die Ernährung in der gesamten Rüstungsindustrie klappe; sie werde mit den Sätzen durchgeführt, die im September 1943 festgelegt worden seien. Schwierigkeiten bereite nur die Fettversorgung, da die beiden Distrikte Lublin und Galizien ausfielen. Angeregt durch die hervorragenden Ergebnisse bei der Eiererfassung werde man einen ähnlichen Weg bei der Milcherfassung einschlagen. Das neue Programm werde wahrscheinlich ab 1. August anlaufen, und man hoffe, noch soviel Butter erfassen zu können, um damit die 3 fertigen und ein viertes, noch im Bau befindliches Kühlhaus mit Butter füllen zu können, um die Fettversorgung für den Winter 1944/45 für die Deutschen und die Angehörigen der Rüstungsbetriebe durchführen zu können.

Erfreulich sei die Feststellung, daß sich nach der ersten Schockwirkung das Erfassungswesen in Galizien langsam normalisiere. Die Fleischerfassung in Galizien reiche jetzt bereits wieder für die Bedürfnisse der Heeresgruppe aus; dazu sei in den letzten Wochen ein grosser

Transport nach dem Distrikt Krakau gekommen. In Radom und Warschau sei die Erfassung mit Hilfe von Polizei und Wehrmacht zufriedenstellend. In Lublin habe sich der Einsatz des Sonderdienstes hervorragend bewährt. Er wäre dankbar, wenn die E. und L. noch einiger solcher Erfassungskommandos erhalten könnte. Jedes Kommando müsse aber mindestens 160 bis 200 Mann umfassen. Von ihnen und den Erfassungskommandos der Wehrmacht würde aber Kahlfraß gemacht, d.h. sämtliches Vieh werde bis auf 30% seines Bestandes erfaßt.

Der Herr Generalgouverneur gibt hier zu bedenken, ob es nicht gut sei, wegen dieser Angelegenheit eine praktische Vereinbarung mit der Wehrmacht zu treffen, da sonst die Gefahr bestehe, daß sämtliche Bestände weggenommen würden.

Präsident Naumann führt dann weiter aus, daß bis jetzt ein grosser fremdvölkischer Apparat mit einer dünnen Schicht Deutschen in der E. und L. die Arbeit geleistet habe. Die Methode habe sich in der Kreis- und Distriktsinstanz gut bewährt. Auf Grund der jetzigen Lage aber sei der Fremdvölkische nicht mehr so spannkräftig, der Apparat müsse durch deutsche Kräfte verstärkt werden. Bis jetzt habe er sich vom Wirtschaftsstab Ost 800 La-Führer geborgt, die er in den Distrikten Lublin und Galizien eingesetzt habe. Z.Zt. verhandle er mit dem Wirtschaftsstab Ost wegen einer endgültigen Übernahme von 350 Mann in den Dienst des Generalgouvernements, um ein gewisses Fundament für einen weiteren Ausbau zu schaffen. Die Hauptabteilung sei nicht mehr in der Lage, der Wehrmacht deutsche Kräfte zur Verfügung zu stellen. 40 Mann habe er der Wehrmacht zum Einziehen gemeldet, für die Arbeit der Hauptabteilung fehle aber jeder einzelne Mann.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler den Auftrag, mit der Wehrmacht wegen einer Uk-Stellung der in der Ernährung und Landwirtschaft

25.6.1944

beschäftigten deutschen Kräfte zu verhandeln. Stärkere Einziehungen kurz vor der Ernte- und Erfassungszeit würden eine katastrophale Auswirkung haben.

Präsident Naumann macht dann noch einige Ausführungen zur Lagerfrage. Das Vorhandensein von Lagern sei entscheidend für eine schnelle Erfassung. Die E. und L. könne keinen Quadratmeter mehr abgeben. Verhandlungen mit der Luftwaffe wegen der Überlassung von Lagerraum in Zyrardow seien noch im Gange.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß die Kriegsleistungen der gewerblichen Wirtschaft im allgemeinen gehalten worden seien. Selten habe ein Betrieb einen Rückgang seiner Produktion zu verzeichnen, dagegen seien in vielen Betrieben die Leistungen angestiegen. Leider müsse der Unternehmer für die Ernährung seiner Gefolgschaft Mittel und Wege einer Selbsthilfe suchen, und er frage nicht, ob sich diese Mittel mit der wirtschaftlichen Ordnung vertrügen. Man müsse ja auch in diesen angespannten Zeiten dem Unternehmer eine gewisse Freiheit geben, wenn er, um seine Arbeiter zusammenzuhalten, auf dem Schwarzen Markt einkaufe. Ein solches Vorgehen solle nicht zum Anlaß genommen werden, gegen einen Unternehmer strafrechtlich vorzugehen.

Die Versorgung der Arbeiter mit Textilien und Schuhen habe bisher noch einigermassen geklappt. Zu diesem Kreis stosse nun auch immer mehr fremdvölkisches Wehrmachtsgefolge. Es zeige sich, daß durch diese Möglichkeit auf unserer Seite für die Fremdvölkischen ein grosser Anreiz gegeben sei, Arbeit in deutschen Diensten zu suchen. Umsomehr müsse man darauf bedacht sein, daß die Bewirtschaftungsstellen auch die nötigen Waren in die Hand bekämen. Hier zeigten sich in letzter Zeit sehr starke Einbrüche auf der Sicherheitsseite. Es komme sehr häufig vor, daß, wenn ein Betrieb seine Produktion an die Bewirtschaftungsstellen abliefern solle, sich ein bewaffnetes Kommando der Widerstandsbewegung einfinde und die Waren abfahre. Daher erweise es sich als notwendig, die

25.6.1944

Sicherheit der gewerblichen Erzeugung und Erfassung schärfer als bisher in Angriff zu nehmen. Über dieses Thema habe er bereits mit SS-Oberführer Bierkamp gesprochen. In letzter Zeit sei man bereits gezwungen, in zunehmendem Masse Fertigungen aus Warschau zu verlagern, da man die Ware nicht erhalten könne.

Präsident Dr. Senkowsky knüpft an seine Worte zu Beginn der Sitzung an, daß bisher die Haushaltsansätze hätten eingehalten werden können. Trete keine Verschlechterung ein, werde das Bild auch in den nächsten Monaten ein ähnliches sein. Die Steuereinnahmen seien im Laufe des Juni wieder gestiegen. Zoll- und Verbrauchssteuereinnahmen spielten keine besonders grosse Rolle mehr. Die von Präsident Naumann angekündigten Schwierigkeiten auf dem Zuckergebiet würden sich auch steuerlich auswirken.

Der Herr Generalgouverneur gibt hier die Anregung, eine weitere Erhöhung des Kriegszuschlages auf Monopolerzeugnisse zwecks Deckung etwaiger Steuerausfälle vorzunehmen.

Präsident Dr. Senkowsky spricht dann von der Notwendigkeit, die Tabakanbau- und Spriterzeugungsgebiete einer stärkeren sicherheitsmässigen Betreuung zuzuführen. Auf Grund der ihm vorliegenden Meldungen habe er den Eindruck, als ob sich im Umkreis von Krakau in einer Entfernung von 40 bis 60 Kilometer eine illegale Truppenmacht zusammenziehe, die mit einem Schlag Krakau sowohl vom übrigen Generalgouvernement als auch vielleicht sogar vom Reich abschneiden könne. Das gesamte Gebiet unterliege starker Unsicherheit durch das Vorhandensein kleinerer Trupps mit einer ausserordentlich guten Organisation. Gerade dieses Gebiet in der Umgebung von Krakau sei für die Tabakerzeugung ungeheuer wichtig, da die galizischen Anbauflächen ganz ausgefallen seien; auch die Tabakanbaugebiete im Distrikt Lublin erbrächten höchstens 30 bis 40% des normalen Ertrages. Der Tabakanbau bei Krakau sei

25.6.1944

durch den Einsatz der in Galizien und Lublin freigewordenen Fachkräfte zur Ausgleichung des in Galizien und Lublin fehlenden Ertrages ausserordentlich forciert worden. Darum bestehe größtes Interesse daran, daß in diesem Gebiet Ordnung herrsche. Der erste Trupp von Tabakfachleuten, den er aus dem Reich erhalten und hier eingesetzt habe, sei von Banditen aufgerieben worden. Durch solche Vorfälle werde der Ertrag sinken und es entstünden für das Jahr 1945 grosse Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorung mit Tabak, während man bisher die Produktionshöhe habe halten und die zusätzlichen Anforderungen der Wehrmacht habe steigern können. Während zur polnischen Zeit ungefähr 5 Milliarden Zigaretten erzeugt worden seien, betrage die jetzige Produktion 11 Milliarden.

Ähnlich sei die Lage bei Sprit. Einnahmemässig habe man bis jetzt den Spritausfall durch Erhöhung des Kriegszuschlages ausgleichen können, die Versorgung jedoch habe man weiter zurückschrauben müssen. Dabei habe er leider wenig Verständnis für gewisse Einschränkungsmaßnahmen auch in Behördenkreisen feststellen müssen. Im Gegensatz zum vorigen Jahr habe er in diesem Jahr die Kartenzuteilung an Deutsche weiterlaufen lassen und für die Sommermonate die Zuteilung an Gaststätten und Kasinos gesperrt. Soldatenheime seien aber weiterhin versorgt worden. Als Ausgleich sei Vorsorge getroffen worden, daß die Gaststätten aus den Lagerbeständen der Likörfabriken bevorzugt beliefert würden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob nicht eine Erhöhung der Bierproduktion durch Verminderung des Gehalts vorgenommen werden könne, beantwortet Präsident Naumann dahingehend, daß das infolge des Fehlens der notwendigen Apparate nicht möglich sei.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann gegen die Ankündigung des Präsidenten Dr. Senkowsky über eine Vereinbarung mit der E. und L., daß größtmögliche Mengen Sprit erzeugt werden sollten. Einem solchen Plan könne

25.6.1944

er nur zustimmen, wenn ihm die einzelnen Details vorgelegt würden. Hier handle es sich um eine politische Frage, denn es sei von größter Bedeutung, daß die Fremdvölkischen wenigstens genügend Kartoffeln erhielten.

Präsident Naumann erklärt dazu, daß von der geplanten Erfassungsmenge von 1 520 000 to Kartoffeln 400 000 to für die Erzeugung von Sprit, Stärke, Syrup und Spiritus Verwendung finden sollten. Die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der Vorjahrsversorgung sei gesichert. Zu diesem Plan habe man sich im Hinblick auf den zu erwartenden starken Zuckerausfall entschlossen, um dafür Austauschmöglichkeiten in die Hand zu bekommen. Während man im letzten Jahr eine Zuckermenge von 120 000 to zur Verfügung gehabt habe, könne man für dieses Jahr nach dem letzten Stand nur 53 000 to erwarten.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet weiter, daß die Ausgaben für das Bauwesen und für die Landwirtschaft gewisse Sorgen machten, da auf diesen beiden Sektoren verschiedene Kriegserscheinungen durch Geld bekämpft werden müßten. Es sei bereits erörtert worden, daß eine gewisse Abbremsung des fortwährenden Steigens der Baukosten als möglich angesehen werde, und Präsident Bauder nehme darauf starken Einfluß. Den Bauunternehmern und gewissen Baugewerben werde langsam die Meinung genommen, daß die Steigerung der Kosten so weitergehen könne. Bei einer durchschnittlichen Steigerung der Haushaltsausgaben im Verhältnis 1:5 seien auf diesen beiden Sektoren die Ausgaben bis auf das 25-fache gestiegen. Da die Bauindustrie eine ausgesprochene Schlüsselindustrie sei, wirken sich Preiserhöhungen auf diesem Gebiet auf alle anderen Gebiete aus. Mit der Praktik, einen Bau ohne Rücksicht auf die Kosten möglichst fertigzustellen, müsse aufgeräumt werden. In der Landwirtschaft habe man seit je zur Erhaltung der Stabilität der Preise der landwirtschaftlichen Artikel mit Subventionen eingegriffen. Diese seien jährlich um 100 Millionen gestiegen. Eine

25.6.1944

negative Beteiligung des Generalgouvernements am Ertrag der Ernährung und Landwirtschaft dürfe nicht Platz greifen. Es gehe nicht an, daß die E. und L. X Tonnen Weizen an das Reich liefere und dafür im Austausch gegen Hafer Roggen aus dem Reich einführe und das Generalgouvernement 23 Millionen draufzahlen müsse.

Präsident Naumann berichtigt diese Erklärung des Präsidenten Dr. Senkowsky folgendermassen: im März habe das Generalgouvernement über zuviel Hafer und zu wenig Roggen verfügt, um die Brotration im bisherigen Umfang bis zum Anschluß an die Ernte 1944 aufrechterhalten zu können. Dafür habe man 95 000 to Hafer im Reich gegen Roggen getauscht, und zum Ausgleich des niedrigen Haferpreises gegenüber dem höheren Roggenpreis diese Summe draufzahlen müssen. Wenn im übrigen das kg Brot um 15 Groschen erhöht werden könnte, dann sei die ganze Subventionspolitik nicht mehr notwendig.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt noch, daß haushaltsmässig dafür Vorsorge getroffen worden sei, daß in der untersten Verwaltung genügend Kräfte neu eingestellt werden könnten. Für die Distriktsverwaltung vertrete man den Standpunkt, daß vorerst neue Planstellen nicht notwendig seien. Eine wichtige Frage sei die bessere Bezahlung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten; darüber fänden demnächst bei Staatssekretär Dr. Bühler abschliessende Besprechungen statt.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage so erörtert wissen, daß die Neuregelung rückwirkend ab 1. April in Kraft trete.

Präsident Dr. Lauxmann berichtet, daß in den Distrikten Krakau, Warschau und Radom das Meldenetz trotz Störungen intakt sei. In Lublin sei jetzt eine Besserung zu verzeichnen, und das könne wohl auf das Stützpunktsystem zurückgeführt werden. Nördlich und nordwestlich von Lublin sei das Gebiet aber immer noch abgeschnitten. Eine grosse Kabelstörung zwischen Radom und Litzmannstadt habe die Post leider etwas ins Hintertreffen gebracht.

Sie besitze nur 2 Fernkabelinstandsetzungszüge, die bei Zerstörungen an mehreren Orten nicht mehr ausreichten. Auch der Zementmangel wirke sich für eine schnelle Instandsetzung hemmend aus. Das nichtdeutsche Personal arbeite überall auch auf dem flachen Lande mit, und auch in Lemberg habe sich die Stimmung wieder gebessert.

Vizepräsident Ammon bezeichnet die Verkehrslage der Ostbahn als verhältnismässig günstig. Gewisse zusätzliche Bewegungen für die Wehrmacht seien ohne Schwierigkeiten abgewickelt worden. Sicherheitsmässig habe sich eine gewisse Verlagerung der Unsicherheit von den östlichen Teilen auf die westlichen Teile des Generalgouvernements bemerkbar gemacht. Im östlichen Teil sei es wohl im Zusammenhang mit dem Unternehmen im Bilgorajer Wald vollständig still geworden und der Betrieb sei nicht sehr behindert. Dagegen mache sich in den Distrikten Krakau und Radom eine verstärkte Bandentätigkeit bemerkbar. Eine empfindliche Störung sei durch einen Anschlag bei Kressendorf verursacht worden, durch den die Strecke Krakau-Trzebinia 24 Stunden lang lahmgelegt gewesen sei. Eine Zunahme der Anschläge müsse auch im Gebiet der Lysa Gora festgestellt werden. Das sei infolge der Bedeutung dieser Strecke für die gegenwärtigen Operationen der Wehrmacht an der Mitte der Ostfront besonders unangenehm. Man habe den Eindruck gewonnen, als wenn im Gebiete der Lysa Gora eine Umstellung der Kleinbanden auf Großbanden stattfinde. Es dürfte sich hier jedoch nicht um hauptamtliche Bandenmitglieder handeln.

Im übrigen habe man keine Beobachtungen gemacht, daß etwa die Mitarbeit der nichtdeutschen Bediensteten nachgelassen hätte oder in Zukunft nachlassen würde. Die Ostbahn wäre jedoch ausserordentlich dankbar, wenn ihre nichtdeutsche Gefolgschaft in der Versorgung vor allem mit Fett bessergestellt werden könnte.

Die Hauptsorgen der Ostbahn würden aber der Entwicklung des Luftkriegproblems gelten, da das ganze Schwer-

gewicht[1] immer die Bahnhöfe treffe, wie die Erfahrungen im Westen zeigten. Meist würden davon die wichtigsten Betriebsanlagen betroffen. Auf Grund eines Erlasses des Reichsführers SS Himmler müsse dafür Vorsorge getroffen werden, daß im Falle von Luftangriffen auf Verkehrsanlagen alle verfügbaren Kräfte zur Beseitigung der Schäden an den Verkehrsanlagen einzusetzen seien. Der Präsident der Ostbahn habe sich deswegen an den Herrn Generalgouverneur und die zuständigen Stellen bereits gewandt. Gerade in diesem Raum sei die vordringliche Wiederherstellung aller Verkehrsanlagen unbedingt erforderlich. Von dieser Notwendigkeit müßten alle bis zum letzten Kreishauptmann und zur letzten örtlichen Stelle überzeugt sein.

1) von Luftangriffen

Oberstleutnant Roedenbeck gibt einen Bericht des Unternehmens der Wehrmacht gegen die im Bilgorajer Wald sich aufhaltenden Banden. Im ersten Unternehmen sei ein Teil dieses Waldgebietes schlagartig umstellt worden. Die Banden seien vom gesamten Aufmarsch vollständig überrascht worden. Am 17. Juni sei dieser Teil der Aktion abgeschlossen gewesen. Als Ergebnis habe man einige hundert Tote und etwa 190 Gefangene mit einer entsprechenden Beute an Waffen und Ausrüstung feststellen können.

Am 17. Juni habe das zweite Unternehmen im Gebiet südöstlich von Bilgoraj mit einem Aufmarsch aus der Bewegung heraus begonnen. Dieser sei am 2o. abgeschlossen gewesen, und anschliessend seien die einzelnen Gruppen gegen den Kern des Waldgebietes vorgestossen. Nach planmässiger Durchführung des Aufmarsches habe sich der Angriff entsprechend den gesteckten Tageszielen entwickelt. Momentan sei die Lage so, daß im Kessel die gesamte feindliche Bande, soweit noch nicht vernichtet, eingeschlossen sei. In der vergangenen Nacht hätte die Bande an 2 Stellen mit starken Kräften Durchbruchversuche unternommen, die aber gescheitert seien. Er nehme an, daß bis zum Abend des heutigen Tages die restlichen Banden-

mitglieder von etwa 1 500 Mann vernichtet seien. Damit werde das Unternehmen zum Abschluß kommen. Die Truppenteile würden im Laufe der nächsten Tage, soweit sie nicht zur Besetzung zurückgelassen würden, mit der Bahn wieder an ihre Unterkunftsorte gebracht. Für eine Reihe von Stützpunkten seien Polizeikräfte vorgesehen, sodaß zunächst für eine genügende Sicherung dieses Raumes gesorgt sei. Nunmehr müsse dafür gesorgt werden, daß nicht sich nach und nach wieder einfindende Banditen dieses Gebiet bei einem Mangel an deutschen Besetzungskräften erneut in ihre Gewalt brächten.

Der bei der Aktion gewonnene Eindruck gehe dahin, daß es sich nicht um Großbanden von Tausenden handle, sondern um Terrorgruppen, meist geführt von sowjetischen oder ehemals polnischen Offizieren, die in diesen Gebieten feste Unterkunft suchten und von hier aus bestimmte und rein militärische Aufträge ausführten. Diese Bandengruppen seien selbstverständlich darauf bedacht, nach und nach alle möglichen wurzellosen Elemente an sich zu ziehen. Dadurch entstünden dann grössere Banden von 3,4 oder vielleicht auch 500 Mann. Banden jedoch in einer Stärke von 2- bis 3000 Mann, die militärisch geführt seien, gehörten in das Reich der Fabel. Starke Terrorgruppen seien mit ihrer Tätigkeit vielleicht noch unangenehmer wie starke Verbände. Eine hundertprozentige Sicherheit gegen die Tätigkeit solcher Terrorgruppen werde es nie geben.

Als Ergebnis der Aktion lasse sich feststellen, daß man im gesamten Bilgorajer Wald wieder Herr des Landes sei; es sei wieder in Besitz genommen worden, und nunmehr komme es darauf an, die Stellung zu halten. Ohne jedoch Kräfte hineinzulegen, ohne die Ingangsetzung deutschen Lebens und der Verwaltung werde sich die Besitznahme auf die Dauer nicht halten lassen. Die Bekämpfung von Banden in einem grösseren Gebiet sei nur mit Einsatz wirklich starker Kräfte erfolgversprechend. Hinzufügen wolle er noch, daß das Gebiet nördlich Lublin und dem

Bilgorajer Wald bereits durch Stützpunkte gesichert werde.

Der Herr Generalgouverneur spricht der Wehrmacht für die Durchführung dieses Unternehmens im Namen aller Verwaltungsstellen dieses Landes seinen Dank aus. Auch allen Polizeikräften gebühre Dank. Das Unternehmen habe in starkem Masse zur Hebung der deutschen Autorität beigetragen. General Haenicke habe ihm mitgeteilt, daß vorläufig eine ziemlich erhebliche militärische Truppe zur Sicherung des Gebietes an Ort und Stelle bleiben solle. Es werde zweckmässig sein, diese Kräfte mit den Polizeikräften des Generalgouvernements zu kombinieren. Nunmehr müsse die Bevölkerung dieses Gebietes befriedet werden. Erfreulich sei auch die Zusage des Reichsführers SS Himmler dem Generalgouvernement für die Zeit der Ernte und ihrer Erfassung zusätzliche Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Koppe weist noch darauf hin, daß vor etwa 14 Tagen verschiedene Flugzeuge Fallschirmspringer etwa auf der Linie Krakau-Tarnow abgesetzt hätten. Daraus müsse man den Schluß ziehen, daß hier mindestens für Terrorgruppen eine neue Basis geschaffen werden solle. Vorläufig seien es kleine Gruppen von 4 bis 8 Mann. Diese Stammbanden kleinster Art hätten sicher den Auftrag, Vorbereitungen zu treffen, um eines Tages die Verkehrspunkte anzugreifen und zu blockieren. Der Polizei sei diese Sachlage bekannt und sie werde die Entwicklung genau beobachten.

Der Herr Generalgouverneur weist in seinen Schlußworten besonders eindringlich darauf hin, daß gegenüber dem Erfordernis, dieses Land und seine Bevölkerung in Ordnung, bei Ruhe und Arbeit zu halten, alle anderen Gesichtspunkte zurücktreten müßten. Eine sich verstärkende Unsicherheit des Landes dürfe darum kein Anlaß für eine terroristische Politik werden. Solange die Bevölkerung in den Fabriken arbeite, gebe es für ihn keine Notwendigkeit, seine Politik der Befriedung zu ändern.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 45 Minuten.

25.6.1944

13^{55} Besprechung mit Botschaftsrat Schumburg.

14^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Zur Besprechung wird für kurze Zeit Referent Kormann hinzugezogen.

14^{20} Besprechung mit Kapellmeister Swarowsky in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet Kapellmeister Swarowsky, daß der bisherige Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements Hindemith seinen Rücktritt erklärt habe, und daß er, der Generalgouverneur, ihn als Nachfolger für das Amt eines Chefdirigenten der Philharmonie ausersehen habe. Er beabsichtige, Herrn Swarowsky zu den gleichen Bedingungen wie seinen Vorgänger zu engagieren und zwar vorerst vom 1. September ab bis zum 1. April 1945 auf Probe. Die endgültige Berufung solle dann bei gegenseitiger Zufriedenheit nach Ablauf dieser Frist vorgenommen werden. Nach aussen werde diese Vereinbarung jedoch nicht in Erscheinung treten. Er, der Generalgouverneur, müsse in dieser Frist das Vertrauen dazu gewinnen, daß Herr Swarowsky im engsten Zusammenwirken mit den zuständigen Herren der Regierung versuche, aus der Philharmonie des Generalgouvernements ein wirklich grosses internationales Orchester aufzubauen. Dieser Weg müsse von Herrn Swarowsky ohne jede Voreingenommenheit gegenüber seinem Vorgänger beschritten werden. Der bisherige Chefdirigent Hindemith habe am Orchester grosse Erziehungsarbeit geleistet und habe es hochgebracht; nur aus gesundheitlichen Gründen müsse er jetzt von seinem Amt als Chefdirigent zurücktreten. Er, der Generalgouverneur, handle immer nach dem Treuegrundsatz insofern, als er niemandem etwas wegnehmen wolle, was sich einer durch

unermüdliche Arbeit aufgebaut habe.

Ab 1. September werde sich also Herr Swarowsky hauptamtlich der Betreuung der Philharmonie des Generalgouvernements zu widmen haben. Selbstverständlich müßten auch weiterhin Gastdirigenten aus dem Reich eingeladen werden; auch Herr Swarowsky werde den Wunsch haben, sich im Reich ab und zu als Gastdirigent zu betätigen. Diese Einzelheiten müßten im Vertrag festgelegt werden. Herr Swarowsky möge sich mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch wegen der Details dieses Vertrages ins Benehmen setzen. Herr Hindemith werde von ihm, dem Generalgouverneur, mit einem Empfang auf der Burg verabschiedet, und er wäre Herrn Swarowsky dankbar, wenn er ein Gleiches täte.

Grosse Bedeutung lege er dem persönlichen Verhältnis Herrn Swarowskys zum stellvertretenden Chefdirigenten Erb bei. Erb bleibe stellvertretender Chefdirigent, und ihm müsse weiterhin Gelegenheit gegeben sein, die vereinbarten Konzerte zu dirigieren. Jedoch könne er sich mit der ausschließlichen Leitung der Chorkonzerte der Philharmonie durch Herrn Erb nicht mehr einverstanden erklären, hier müsse auch der Chefdirigent in Erscheinung treten. Damit solle Herrn Erb, der ein fabelhafter Mensch und Künstler sei, nichts weggenommen werden. Herr Swarowsky müsse sich verpflichtet fühlen, Herrn Erb alle Möglichkeiten einer künstlerischen Reife offenzuhalten.

Kapellmeister Swarowsky erklärt sich mit den Bedingungen einverstanden und bittet den Herrn Generalgouverneur um sein Einverständnis dafür, daß Kapellmeister Antolitsch ab und zu ein Konzert in der Philharmonie dirigieren dürfe, wie er umgekehrt sich als Operndirigent im Staatstheater zu betätigen wünsche.

Der Herr Generalgouverneur gestattet, daß Herr Swarowsky für jedes von Antolitsch dirigierte Konzert der Philharmonie eine Opernaufführung im Staatstheater dirigieren kann. Zur Bedingung mache er aber, daß durch diese Austauschtätigkeit die künstlerische Arbeit der

25.6.1944

Philharmonie des Generalgouvernements nicht leide. Herr Swarowsky werde nicht als Orchesterdirigent der Oper des Staatstheaters engagiert, sondern als Chefdirigent der Philharmonie. Als solcher müsse er sich immer fühlen; auch bei Antolitsch dürfe kein anderer Eindruck entstehen.

14^{45} Der von Generalfeldmarschall Model zum Malen einiger Motive auf der Burg beurlaubte Gefreite Kunstmaler Kistler zeigt dem Herrn Generalgouverneur einige seiner bereits fertiggestellten Werke, über die sich der Herr Generalgouverneur in anerkennenden Worten äussert.

15^{10} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Abends Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia ins Reich.

IX/8

Montag, den 26. Juni 1944

bis

Sonntag, den 2. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Montag, den 3. Juli 1944

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Referent Noglik.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß Hans Pfitzner in Kressendorf eingetroffen und zu einem Sonderkonzert der Philharmonie am 12. Juli zur Verfügung stehe. Herr Noglik möge in Verbindung mit den zuständigen Herren die notwendigen Vorarbeiten für dieses Konzert treffen. Weiter sei Pfitzner bereit, sein "Christelflein" einmalig zu dirigieren und im Rundfunk einen Liederabend mit einem Sänger, evtl. Herrn Lex, zu veranstalten.

12^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

12^{50} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Oberdienstleiter Tießler den Inhalt des Schreibens des Reichsleiters Bormann vom 24. Juni 1944 über die Ordnung der Parteiverhältnisse im Generalgouvernement. Er stellt dabei fest, daß der Inhalt dieses Schreibens in wesentlichen Punkten, insbesondere in der Frage der Regelung der Parteiorganisation in der sogenannten Distriktsebene, mit seinen Vorschlägen unvereinbar ist, die er mit Schreiben vom 7. Juni 1944 dem Reichsleiter Bormann übermittelt hat.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß bis zur endgültigen Erledigung dieser Vorfragen keinerlei organisatorische Änderung am Parteigefüge des Generalgouvernements im Hinblick auf die ausserordentlich bedrohte Lage des Generalgouvernements im jetzigen Augenblick vorgenommen werden darf.

3.7.1944

Der Herr Generalgouverneur übergibt Oberdienstleiter Tießler das Original des Schreibens des Reichsleiters Bormann vom 24. Juni 1944 zur Rückleitung.

Oberdienstleiter Tießler wird erneut mit der Parteikanzlei in München verhandeln und dem Herrn Generalgouverneur darüber Bericht erstatten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Oberdienstleiter Tießler, mit Hauptbannführer Schimmelpfeng in der Frage der KLV-Lager Rücksprache zu nehmen. Gauleiter Schirach wolle sich um eine Unterbringung der Kinder in seinem Gau bemühen. Infolge der im Generalgouvernement herrschenden Raumnot führe die Zurverfügungstellung der vom KLV-Dienst benützten Häuser zu immer grösseren Schwierigkeiten, da die Wehrmacht in zunehmendem Masse Raum beanspruchen müsse. Auch müsse er darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement wohl in kurzer Zeit unmittelbares Frontgebiet werde und auch aus diesem Grunde ein weiterer Verbleib dieser Lager im Generalgouvernement nicht zu verantworten sei.

Oberdienstleiter Tießler will in diesem Sinne mit Hauptbannführer Schimmelpfeng sprechen.

Dienstag, den 4. Juli 1944

11^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner und Schriftleiter Steinheil vom Baedeker-Verlag.

Gegenstand der Besprechung ist die Herausgabe des Buches: "Fünf Jahre Generalgouvernement".

11^{25} Besprechung mit Abteilungsleiter Noglik.

Gegenstand der Besprechung sind die Veranstaltungen aus Anlaß der Anwesenheit des Komponisten Dr. Hans Pfitzner.

11^{30} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Oberregierungsrat Dr. Luxenberg ein Schreiben des Reichsministers Backe vom 8. Juni 1944 betreffend Hauptvereinigung der Deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft, Auslandsdienst Bruno Luxenberg, und ersucht ihn, eine Antwort auf dieses Schreiben im Benehmen mit Herrn Bruno Luxenberg zu entwerfen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar auch in die Fragen der Verlagerung der Industrie eingeschaltet sei. Er stehe als Reichsverteidigungskommissar ausserhalb der Position des Generalgouverneurs. Er ersuche deshalb Oberregierungsrat Dr. Luxenberg, der ihm ja persönlich unterstehe, ihm unmittelbar über alle Vorgänge Bericht zu erstatten. Alle Angelegenheiten, die seine Stellung als Reichsverteidigungskommissar beträfen, werde er demnächst mit Oberregierungsrat Dr. Luxenberg in Anwesenheit des Präsidenten Dr. von Craushaar einer Besprechung unterziehen.

4.7.1944

12[15] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Landesinspekteur Schalk und SS-Hauptsturmführer Kubiak.

Der Herr Generalgouverneur verfügt zunächst, daß eine Regierungssitzung am 7. Juli und eine Gouverneursitzung am 8. Juli stattfinden soll.

Landesinspekteur Schalk berichtet dann über die Eindrücke, die er von dem Großunternehmen gegen die Banden im Bilgorajer Wald gewonnen hat. Er hebt dabei insbesondere das vorbildliche Verhalten des Kreishauptmanns des Kreises Bilgoraj hervor. Weiter bezeichnet er es als dringend geboten, daß nach dem Abschluß dieses Großunternehmens militärische und Polizeikräfte in diesem Gebiet verblieben bezw. dort eine entsprechende Zahl von Stützpunkten errichtet werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß ihm auf Grund eines Befehls des Führers die generelle Weisung erteilt worden sei, sich mit dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht über die Dispositionen der Wehrmacht in Verbindung zu setzen. Er werde deshalb auf Grund dieses Führerbefehls den Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke verpflichten, eine bestimmte Anzahl von Angehörigen der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Ein ausreichender Schutz des Waldgebietes sei schon im Interesse der Durchführung der Holzabfuhr unbedingt notwendig.

Auch Staatssekretär Koppe ist der Ansicht, daß angesichts der gegenwärtigen Lage unverzüglich mit dem Holzeinschlag und der Holzabfuhr aus dem Bilgorajer Wald begonnen werden müsse. Eine ausreichende Holzversorgung liege ja nicht zuletzt auch im Interesse der Wehrmacht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Landesinspekteur Schalk, daß das Großunternehmen im Bilgorajer Wald eine unerhörte moralische Wirkung nicht nur bei der deutschen, sondern vor allem auch bei der fremd-

völkischen Bevölkerung gehabt habe, die nunmehr erkannt habe, daß die deutsche Führung trotz schwerster Beanspruchung an allen Fronten immer noch in der Lage sei, ein solches Unternehmen in die Wege zu leiten. Leider müsse festgestellt werden, daß sich zahlreiche Bandenangehörige versteckt hielten, da ja nur ein gewisser Raum hätte umstellt werden können. Ausserhalb des Raumes seien auch Banden gemeldet worden. Aber gegen das Bandenwesen allgemein sei eben unter den gegenwärtigen Umständen nichts zu erreichen. Die Banden würden nur aufhören, wenn es gelänge, Moskau zu zerschmettern.

SS-Hauptsturmführer Kubiak gibt dann an Hand von Karten einen Überblick über die gegenwärtige Bandenlage. Er bemerkt weiter, daß beabsichtigt sei, in Zukunft weitere Großunternehmen zu starten, weil sie auch militärisch eine gute Ausbildungsmöglichkeit böten. Die bisher durchgeführte Aktion habe zwar einen grossen Erfolg gehabt, aber der Aufwand stehe eigentlich in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis.

Der Herr Generalgouverneur sieht in dem Bandenkrieg den Krieg der kleinen Truppe gegen massierte Verbände, der Tag und Nacht daure. Das militärische Schema passe für die Bandenkämpfe überhaupt nicht. Das sei auch der Hauptgrund, aus dem es immer zu gewissen Divergenzen komme. Es sei eben keine soldatische Aufgabe, gegen Banden zu kämpfen. Gleichwohl begrüsse er dieses Großunternehmen, weil ja schließlich die Gesamterscheinung deutscher Macht ohne Rücksicht auf den reinen Erfolg entscheidend gewesen sei. Die Teilnahme der Wehrmacht an diesem Unternehmen sei für die Zukunft auch ein Präzedenzfall, auf den man sich berufen könnte.

Staatssekretär Koppe wirft die Frage auf, ob es nicht richtig sei, ein landwirtschaftliches Agrarschutzkorps aufzustellen. Über diese Frage müßte dann mit

Präsident Naumann verhandelt werden. Ferner müsse erwogen werden, ob der Baudienst für den Holzeinschlag eingesetzt werden könne.

Im Anschluß an diese Besprechung empfängt der Herr Generalgouverneur den Polizeimajor Danz, der ihm eingehenden Bericht über den Einsatz und die Tätigkeit des ihm unterstellten Polizeiregiments erstattet.

13[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Präsident Bauder mit einer stärkeren Annäherung des Technischen Zentralamts an die allgemeine Verwaltung einverstanden sei, sich aber der Angliederung der Bauämter an die Kreisinstanz widersetze.

Der Herr Generalgouverneur will sich eine Entscheidung in dieser Frage noch vorbehalten.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann noch kurz auf die Frage der Besoldung der fremdvölkischen Beamten und Angestellten ein, die er gestern in einer Sitzung besprochen habe. Die Richtlinien seien bereits aufgestellt und könnten vielleicht in der Regierungssitzung verkündet werden.

13[20] Besprechung mit dem stellvertretenden Chef der Kanzlei Regierungsrat Dr. Jänsch und Referent von Palézieux.

15[50] Besprechung mit Kapellmeister Swarowsky, Referent Bader, Abteilungsleiter Noglik und Kapellmeister Erb.

16[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Eichholz.

IV/8
1a

4.7.1944

16[05] Arbeitsbesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Dr. Eichholz,
Oberschulrat Dr. Patscheider,
Referent Dr. Irmler,
Referent Dr. Widholm,
Referent Schmelzer,
Referent Dr. Lick,
Referent Hering,
Referent Dr. Novotny,
Referent Giljohannes,
Abteilungsleiter Dr. Gruschinske-Warschau,
Abteilungsleiter Klünder-Lublin,
Abteilungsleiter Dr. Matthäus-Lemberg,
Abteilungsleiter Schubert-Krakau,
Abteilungsleiter Stegemann-Radom,
Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Besprechung mit folgenden Worten ein: Ich bin sehr glücklich, daß ich Gelegenheit habe, die maßgebenden Männer der Bildungsführung des Generalgouvernements um mich auf der Burg versammelt zu wissen. Ich möchte am Schluß Ihrer Ausführungen meinen Dank in einige konkrete Bemerkungen, die ich in diesem Zusammenhang wohl aus meinem Herzen machen kann, einmünden lassen. Was die Herren hier geleistet haben, verdient ausserordentliches Lob und findet meine volle Anerkennung. Unter den denkbar schwierigsten Umständen ist es geglückt, ein geradezu mustergültiges Schulwesen aufzurichten. Auch was für die fremdvölkische Schulbildung geschehen ist, verdient restlose Anerkennung.

4.7.1944

Präsident Dr. Eichholz gibt dann einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Schulverwaltung im Generalgouvernement und führt aus: Trotz der besonders in den letzten Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten sei es nicht nur gelungen, das deutsche Schulwesen im Generalgouvernement weiter auf dem Stand zu erhalten, auf dem es sich im Laufe der vergangenen 5 Jahre deutscher Verwaltung des Generalgouvernements entwickelt habe, sondern es sei darüber hinaus auch noch weiter ausgebaut worden, sowohl was die Zahl, als auch, was den inneren Schulbetrieb angehe. Der Stand des deutschen Schulwesens kennzeichnete sich mit Ende März dieses Jahres ungefähr durch folgende Zahlen: im Generalgouvernement gebe es 331 deutsche Volksschulen, von denen 39 deutsche Schülerheime hätten. Die Schülerheime seien verschieden groß. Die größten Schülerheime habe der Distrikt Warschau, die meisten der Distrikt Krakau.

Die neue Schulform, die auf Befehl des Reiches seit 1941 entwickelt werde, habe ebenfalls im Generalgouvernement eine Heimstätte gefunden. 4 Hauptschulen seien gegründet, die Errichtung einer weiteren in der Stadt Warschau sei vorgesehen. Interessant sei, daß im Gegensatz zum Reich gerade von den Lehrern der höheren Schulen auch Hauptschulen gewünscht würden, um den Kindern der sozial höheren Schichten die Möglichkeit zu bieten, eine weiterführende Schulbildung zu geniessen.

Im Generalgouvernement gebe es 11 höhere Schulen, darunter ein Gymnasium in Krakau, das mit Beginn des nächsten Schuljahres eine zweite Klasse erhalten und von der Oberschule losgelöst werden solle. Der Einheitstyp sei die Ober schule für Jungen und Mädchen. Weiter gebe es eine Oberschule nur für Jungen in Zakopane und eine nur für Mädchen in Rabka.

Zu Beginn des abgelaufenen Schuljahres sei eine Lehrerbildungsanstalt für Jungen in Zakopane und eine Lehrerinnenbildungsanstalt für Mädchen in Gorlice errichtet worden. Die Lehrerbildungsanstalten seien in

ihren Lehrzielen den Bedürfnissen des Reiches angeglichen. Es sei eine enge Verbindung zwischen dem Volksdeutschtum und dem Deutschtum des Reiches in dem Lehrernachwuchs geschaffen. Gleichzeitig hoffe man, in den zu Lehrern heranzubildenden Reichsdeutschen einen Lehrernachwuchs für die deutschen Schulen des Generalgouvernements zu gewinnen, der mit den Problemen des Ostens während seiner Schulzeit vertraut gemacht worden ist und für den Einsatz in diesem Raum leichter Verwendung finden könne.

Das Berufsschulwesen zeige eine erfreuliche Entwicklung. Im Generalgouvernement beständen 24 Fachschulen für den kaufmännischen, handwerklichen, gewerblichen Beruf und für das Frauenschulwesen. Berufspflichtschulen gebe es im Generalgouvernement 36. Im letzten Jahre sei es gelungen, 2 deutsche Musikschulen zu schaffen, eine in Warschau und eine in Krakau. Auch die Gebietsmusikschule sei der Aufsicht der Hauptabteilung unterstellt.

Selbstverständlich befasse sich die Hauptabteilung nicht nur mit dem äusseren Aufbau des Schulwesens, sondern sei auch bestrebt, ein Schulwesen nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Unterrichtsanschauungen aufzurichten. Man sei aber auch bemüht, vor allem das Problem der Spracherziehung zu meistern. Es sei gelungen, eigene Lehrpläne für die Volksschulen herzustellen. Diese von einer Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrer aus dem Generalgouvernement aufgestellten Lehrpläne seien als vorbildlich anerkannt und auch an die deutschen Schulen in Rumänien, Serbien, Kroatien und den Elsaß geliefert und dort eingeführt worden. So habe man nicht nur einen Beitrag für das deutsche Schulwesen im Generalgouvernement, sondern darüber hinaus auch für das gesamte deutsche Schulwesen leisten können, soweit es in den Grenzräumen mit den gleichen sprachlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

4.7.1944

Für den Sprachunterricht sei eine neue Form in der Aktivierung des Puppenspiels in der Schule gefunden worden. Es sei gelungen, in Lehrgängen deutsche Lehrer in den Dienst des Puppenspiels zu stellen, weil es geeignet erscheine, die Kinder zum sprechen anzuregen, wenn sie sich selbst in das Spiel einschalteten. In die Aktivierung des Unterrichts sei auch der Film einbezogen worden.

Von entscheidender Bedeutung sei die Neuordnung des polnischen Volksschulwesens, die allerdings angesichts der vorhandenen besonderen Schwierigkeiten, der Beschlagnahme von Schulgebäuden usw. noch nicht voll zur Auswirkung habe kommen können. Es sei eine allgemeine polnische Volksschule geschaffen worden, die die gleiche Berechtigung für die weitere Berufsschule schaffe. Man habe sich auch von dem Gedanken leiten lassen, daß man von dem reinen Theoretisieren loskommen müsse, das gerade ein hervorstechendes Merkmal der früheren polnischen Volksschule gewesen sei. Man sei bestrebt, die Kinder zu einem praktischen Tun und Bewegen der Hände anzuleiten. Weiter habe man versucht, gerade die bäuerliche Bevölkerung für das polnische Schulwesen zu gewinnen und gleichzeitig den polnischen Lehrern eine zusätzliche Erwerbsmöglichkeit in der Erstellung eines Schulgartens zu geben, dessen Ernte ihnen zum größten Teil zur Verfügung stehe. Im Distrikt Radom und im Kreis Konskie hätten diese Versuche zu grossen Erfolgen geführt, und deshalb wolle man sie auch bei den übrigen polnischen Schulen durchführen.

Eine besondere Aufgabe der Hauptabteilung werde es sein, den ukrainischen Jugendlichen, die im Reich im Luftwaffenhelferdienst ausgebildet und eingesetzt worden seien, eine schulische Möglichkeit zu geben. Sie sollten auch dort zusammengefaßt und einem beschränkten Unterricht weiter zugeführt werden. Das gelte sowohl für die Angehörigen der ukrainischen Gymnasien wie diejenigen der Berufsbildungsschulen.

4.7.1944

Die Neuordnung des ukrainischen Volksschulwesens sei entsprechend den Grundgedanken des polnischen Volksschulwesens im wesentlichen fertiggestellt, und man hoffe, mit Beginn des nächsten Schuljahres diese Neuordnung einführen zu können.

Für den Aufbau eines polnischen höheren Schulwesens, also polnischer Gymnasien, seien entsprechende Vorarbeiten geleistet worden. Man warte nur auf den Befehl des Generalgouverneurs, bis diese Vorarbeiten in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.

Man hätte diese Arbeit nicht zustande gebracht, wenn man sich nicht der Förderung des Generalgouverneurs und der Regierung erfreut hätte, gleichzeitig aber auch der gesamten deutschen Öffentlichkeit, die besonders bei der Eröffnung der Schülerausstellung am vergangenen Sonntag sichtbar in Erscheinung getreten sei. Aber auch die deutschen Lehrer und Lehrerinnen, die jungen begeisterten Schulhelferinnen hätten mit größter Selbstlosigkeit und Schaffensfreude immer wieder den bestehenden Schwierigkeiten getrotzt.

Oberregierungsrat Dr. Irmler gibt als Referent für die deutschen Volks- und Hauptschulen und Lehrerbildungsanstalten einen Überblick über sein Arbeitsgebiet.

Oberschulrat Dr. Patscheider berichtet über den gegenwärtigen Stand des höheren Schulwesens.

Im Zusammenhang mit diesem Referat kommt der Herr Generalgouverneur auf das humanistische Gymnasium zu sprechen und gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Neigung der Zeit absolut zum humanistischen Gymnasium zu gehen scheine. Die Gegner dieser Schulform hätten längst Schiffbruch erlitten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberschulrat Dr. Patscheider, daß sich der Versuch des Musischen Gymnasiums in Frankfurt a.M. ausgezeichnet bewährt habe. Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage

auf, ob man einen solchen Versuch nicht auch im Generalgouvernement machen könne, und will diese Frage einer besonderen Besprechung unterzogen wissen.

Der Hinweis des Oberschulrats Dr. Patscheider auf die z.Zt. noch ausreichende, wenn auch für die Zukunft nicht völlig sichergestellte Versorgung der Schüler mit Lehrmitteln, insbesondere Schulbüchern, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, auf die Herausgabe einer deutschen Kulturbuchreihe im Generalgouvernement aufmerksam zu machen, die vor allem hinsichtlich der Klassiker den Bedürfnissen der Schüler zu Nutze gemacht werden könne. Es müsse festgestellt werden, welche Klassiker in den Schulen gelesen würden, und dann könnte man Werke bevorzugt an die Schüler abgeben.

Referent Giljohannes referiert dann über die berufsbildenden Schulen gewerblicher, kaufmännischer und landwirtschaftlicher Richtung.

Referent Schmelzer gibt einen Überblick über das nichtdeutsche Schulwesen. Er führt aus: Das polnische Volksschulwesen und überhaupt das polnische Schulwesen habe 1939 vor einer grossen Krise gestanden. Zwar sei 1932 vom polnischen Kultusministerium eine neue Schulordnung entwickelt worden, und darüber seien mehrere Minister gestürzt. Man habe zuletzt eine Überschulorganisation geschaffen, die wohl auf dem Papier gestanden habe, aber in diesem Raum mit polnischen Mitteln nicht durchzuführen gewesen sei. Polen habe ungefähr 5 Millionen Volksschüler gehabt, von denen aber kaum 3 Millionen angesichts des Mangels an Schulräumen wirklich eine Schule hätten besuchen können. Von diesen 3 Millionen hätten aber ungefähr 10 bis 15% die Schule zu früh verlassen. Das Analphabetentum sei stetig im Anwachsen gewesen; die Statistik habe einen Analphabetenstand von 40% nachgewiesen

4.7.1944

Der Krieg habe dann das polnische Volksschulwesen stark in Mitleidenschaft gezogen. Als aber der Generalgouverneur im Oktober 1939 den Befehl zur Eröffnung der Volksschulen gegeben habe, seien tatsächlich die damals vorhandenen Schüler untergebracht und auch die Lehrkräfte neu herangeholt worden. Damals habe aber noch kein Lehrplan bestanden, der sie aus den früheren polnischen Bindungen gelöst habe. Die polnische Schulordnung habe auf die Bedürfnisse des Generalgouvernements und des Reiches ausgerichtet werden müssen.

Jetzt seien in den polnischen Volksschulen ungefähr 2 Millionen Schüler vorhanden, die von rd. 22 000 Lehrkräften unterrichtet würden, zu denen noch ungefähr 4 000 Religionslehrer kämen. Die größten Schwierigkeiten bereite der Mangel an Schulräumen, da die guten Schulgebäude von der Wehrmacht besetzt bezw. als Speicher gebraucht würden, sodaß der Unterricht eigentlich nur noch auf dem Lande in den einklassigen Schulen geordnet stattfinden könne. In einigen Städten wie in Krakau seien noch 3 Schulgebäude vorhanden, in Warschau seien wohl sämtliche Schulen von der Wehrmacht besetzt. Ebenso sei es in Radom und Tschenstochau. Auch dort seien Notquartiere für die Schulen eingerichtet worden.

Während zu polnischer Zeit eine Dreistufigkeit in den Volksschulen in Gestalt der Schulen ersten, zweiten und dritten Grades vorhanden gewesen seien, gebe es heute nur noch eine Schule, die je nach Zahl der vorhandenen Schüler und Unterrichtsräume einklassig bis siebenklassig sein könnten. Die polnische Landschule sei in polnischer Zeit stark benachteiligt gewesen, weil sie nur einklassige Schulen untersten Grades gehabt habe. Der Übergang in ein Gymnasium sei nur den Schülern möglich gewesen, die eine Schule zweiten Grades in den Kleinstädten bezw. eine Schule dritten Grades in den Großstädten besucht hätten. Man habe das Interesse der polnischen Eltern

und Bauern wie der polnischen Geistlichkeit wachgerufen, als sie jetzt einen lang gehegten Wunsch nach besserer Ausstattung der einklassigen Schule erfüllt sehe.

In den ländlichen und städtischen Volksschulen werde ein lebensnaher Unterricht gegeben: im Mittelpunkt des Unterrichts stehen Naturkunde mit etwa 6 Wochenstunden und die praktische Beschäftigung mit ebenfalls 6 Wochenstunden. Der Schulacker solle als Experimentierfeld dem Schüler vor Augen führen, wie er mit seiner Umgebung fertig werde, er solle durch Arbeiten lernen. Die bisher damit in einigen Kreisen erzielten Unterrichtserfolge seien wirklich sehr gut.

Die polnischen Schulen hätten keine Schulbücher gehabt, die weiter hätten benutzt werden können. Weder das Religionsbuch noch das Lesebuch noch das Erdkundebuch sei von nationalistischen Tendenzen und von Stoffen frei gewesen, die absolut gegen das Reich gerichtet waren. Nicht einmal eine polnische Bibel hätte benutzt werden können, weil die Fußnoten immer Hinweise deutschfeindlicher Art enthielten. Von der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht seien dann ein erstes Rechen-, ein erstes Lesebuch und eine Fibel geschaffen worden. Die Schwierigkeit liege nun darin, die höheren Klassen mit diesen Schulbüchern zu versorgen. Deshalb habe Präsident Dr. Eichholz einen Wettbewerb zur Schaffung polnischer Schulbücher ausgeschrieben, der bei der polnischen Lehrerschaft grossen Anklang gefunden habe: viele brauchbaren Arbeiten seien eingegangen. Die Lesebücher für die erste bis siebente Klasse seien im Druck fertig, für die Drucklegung brauche man aber 250 to Papier, die man nicht erhalten könne.

Eine Feststellung habe ergeben, daß etwa 2 000 polnische Lehrer in der Lage wären, den Deutschunterricht in der Oberstufe in der von der Regierung gewünschten Weise zu geben. In der Schülerzeitschrift "Ster" würden, wenn es genehmigt würde, 4 Seiten gebracht werden können, die dem Deutschunterricht dienen könnten, etwa in Gestalt einer Beilage mit dem Titel: "Wir lernen deutsch", ohne daß ein neues Buch gedruckt zu werden brauchte. Die

Rüstungsindustrie würde viele Arbeitsstunden ersparen, wenn die Schulkinder deutsch lernten.

Jährlich kämen 150 000 Volksschüler zur Entlassung. Die Schulpflicht daure vom 7. bis zum 14. Lebensjahr. Der Schulbesuch sei in stetem Ansteigen, und heute sei er besser als zur polnischen Zeit.

Die Bereitwilligkeit der polnischen Lehrer zur Mitarbeit sei sehr stark. Das zeige sich z.B. bei den Ergebnissen der Sammlung von Heidekräutern, die die Anforderungen des Reiches weit übertroffen habe. Im Distrikt Radom und im Distrikt Krakau seien über 150 000 kg getrockneter wertvollster Heilkräuter von polnischen Kindern in den Wäldern gesammelt worden. Die Entschädigung, die sie dafür erhielten, sei ausserordentlich gering, aber sie täten es, auch um zu beweisen, daß sie wirklich loyal seien.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Referent Schmelzer, daß illegale Schulen vorwiegend auf dem Sektor der Gymnasien beständen. Er würde kein Bedenken tragen, polnische Gymnasien einzurichten, wie sie etwa Anfang zur polnischen Zeit bestanden hätten, achtklassige Gymnasien, die von der vierten Volksschulklasse die Schüler aufnähmen. Für die Aufnahme in diese Gymnasien dürften nur Schüler in Betracht kommen, deren Eltern sich im deutschen Dienst bewährt hätten und gegen die keine Klagen vorlägen. In der Errichtung dieser Gymnasien sehe er das einzige Mittel gegen das illegale Schulwesen.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, die Schaffung dieser polnischen Gymnasien durchzusetzen. Um dem Führer einen Dienst zu erweisen, fühle er sich für die europäische Rechtfertigung des deutschen Weltkampfes auf diesem Gebiet verpflichtet. Er behalte sich seine Entscheidung bis zum Anfang des Monats September vor. - Im übrigen erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, den polnischen Volksschulen hinsichtlich der Papierversorgung zu helfen. Auch die Schülerzeitschrift "Ster" verdiene nach wie vor größte Beachtung und sei auch propagandistisch

von grossem Wert.

Referent Dr. Novotny berichtet über den gegenwärtigen Stand des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens.

Im Anschluß an die Referate der Referenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht geben dann noch die Leiter der Abteilung Erziehung und Unterricht der Distriktsverwaltungen Krakau, Warschau, Radom, Lublin und Galizien einen Überblick über die in ihren Distrikten bestehenden Schulverhältnisse.

Der Herr Generalgouverneur dankt den Berichterstattern für ihre interessanten und aufschlußreichen Ausführungen. Wenn man die Jahre der Entwicklung des Schulwesens im Generalgouvernement nach den heute von den Referenten der Hauptabteilung und den Abteilungsleitern der Distriktsverwaltungen erstatteten Berichten überschaue, dann könne man feststellen, daß man in dieser Entwicklung an einen Punkt gekommen sei, von dem aus abgesehen von den kriegsbedingten Ereignissen noch weitere Momente in den Vordergrund gerückt werden müßten. Der Herr Generalgouverneur faßt dann das Ergebnis der Beratung zusammen und trifft folgende Feststellung:

1) Es kann ohne weiteres genehmigt werden, daß in den beiden letzten Klassen der Volksschule der Deutschunterricht in dem erforderlichen Masse eingeführt wird.
2) Die Fortsetzung des polnischen Bildungswesens auf einer höheren Ebene in Gestalt polnischer Gymnasien kann erwogen werden. Darüber sind dem Generalgouverneur endgültige Vorschläge zu machen. Die Verkündung der Wiedererrichtung polnischer Gymnasien kann gegebenenfalls am Jahrestage des Generalgouvernements stattfinden.

4.7.1944

Im übrigen will der Herr Generalgouverneur aus den Ausführungen der Berichterstatter entnommen haben, daß bei dem Schülern wie Lehrern ein grosser Lern- und Lehreifer vorhanden sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneur erwidert Präsident Dr. Eichholz, daß das Verhältnis zur Hitler-Jugend im allgemeinen zufriedenstellend sei. Allerdings habe es in den letzten Wochen manche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Deutschen Schultages gegeben.

4.7.1944

Am Schluß der Arbeitsbesprechung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort und führt aus:

Ich möchte zunächst ganz allgemein sagen: die Schule und die Erziehung der Kinder sind im Generalgouvernement ausschließlich Sache des Staates. Ich wünsche, daß das ganz klar herausgestellt wird. Sie können sich dabei auf meine volle Autorität berufen. Ich gedenke auch, hier keinerlei Konzessionen zu machen; denn die Konzessionen, die gemacht würden, würden nur zu dilettantischen Nebenschulsystemen führen, die ich unter keinen Umständen dulden kann. Ich lehne das völlig ab, weil ich mir einen solchen Luxus in diesem neuen Bereich nicht gestatten kann. Ich kenne nur ein einziges Schulsystem, und das ist staatlich. Die Aufgaben, die die Partei der Hitler-Jugend übertragen kann, sind gegenüber anderen Notwendigkeiten so überreich, daß ich als Führer der Partei im Generalgouvernement die Hitler-Jugend so zu beschäftigen wissen werde, daß irgendeine Art der Zersetzung oder des Auseinanderarbeitens auf dem herrlichen Gebiet der Jugenderziehung zwischen einer Parteiorganisation und der staatlichen Organisation der Schule in diesem Raum sich nicht irgendwie autoritär wird durchsetzen können. Ich verteidige hiermit eines der Prinzipien, durch deren Befolgung das deutsche Volk groß geworden ist. Ich möchte also haben, daß Sie diesen meinen Willen gegenüber jeder anderen Dienststelle rückhaltlos vertreten. Ich bitte Sie, Herr Staatssekretär Dr. Boepple, diese Frage mit Oberdienstleiter Tießler zu besprechen.

Selbstverständlich ist es auch zulässig, daß die Schule staatliche und von den Schulbehörden durchgeführte Feste veranstaltet. Es ist klar, daß sich auf dem Gebiet der Schule die Gesamtproblematik einer Zeit offenbart. Das darf aber nicht in der Form wie heute geschehen, daß nur das Negative auf die Schule abgelagert und das Positive in der Kritik gesehen wird, mit der man um die Verpflichtung herumkommt, etwas Besseres

an ihre Stelle zu setzen. Wenn das Reichserziehungsministerium nicht mit allzugrosser und falsch verstandener Gutmütigkeit diese Entwicklung geduldet hätte, wäre auch im Reich das alles nicht eingetreten. Mir kommt es darauf an, daß trotz der steigenden Schwierigkeiten das schulische Leben im Generalgouvernement mit aller Energie aufrecht-erhalten wird. Das Ziel muß sein, anständige junge frische deutsche Menschen mit positiven Kenntnissen zu erziehen, die noch die alte Achtung vor der Autorität haben. In der Jugend darf nicht so sehr die Kritik in den Vordergrund gerückt werden, sondern das Anerkenntnis, daß die anderen, die Alten, die Lehrer, die den Schülern die Führer sind, doch eigentlich die Berufenen mit höheren Kenntnissen sein müssen.

Es ist leider üblich geworden, daß man im Wissen selbst oft schon eine Gefahr für die Aktivität sieht. Man spricht soviel von dem Begriff der Härte und sieht in der Härte insbesondere den Ausdruck einer Art physischer Kraft und meint: hart kann nur der sein, der absolut rüpelhaft ist, der von keiner Objektivität gelenkt wird. Das sind die beiden Hauptlinien, in denen sich die Kritik auf dem Gebiet bewegt. Damit hängt zusammen diese Einstellung gegen das Akademikertum. Gewiss hat sich das etwas beruhigt, es ist etwas besser geworden; denn gerade das Bedürfnis des Krieges nach hochqualifizierten Mitarbeitern hat schon längst zu der Einsicht geführt, daß dieser Antibildungskampf unsinnig ist.

Für uns im Generalgouvernement kommt es darauf an, daß das Ansehen der Schule, das Ansehen der Notwendigkeit eines soliden Wissens als Ausganspunktes für alle Wissenschaft nicht durch das sogenannte Verhalten ersetzt werden kann. Das Verhalten, vor allem das Erkennen der Härte einer Zeit und das Tapfersein wird nicht durch die Bildung gemindert, sondern durch die Charakterlosigkeit. Ich möchte die deutsche idealistische Bildung der früheren

Zeit aufrechterhalten wissen.

Ich bitte Sie daher, sich hier sozusagen als das Korps zu fühlen, das mir auf dem Gebiet der Schule zur Verfügung steht, und daß Sie bei der Verteidigung dieser Grundsätze alle Energie aufbieten. Die bewährte Bahn, die wir eingeleitet haben, müssen Sie mit aller Energie fortsetzen. Die solideste Form der deutschen schulischen Verwaltung ist für uns gerade recht. Alles, was sich dieser Führung der Schule an Kritik, an Konkurrenz und alberner Kritikasterei entgegensetzt, darf sich im Generalgouvernement nicht durchsetzen. Sie können bei mir immer auf Unterstützung rechnen. Ich erwarte nur, daß Sie mit der gleichen Autorität auftreten. Wenn SS-Schulhelfer versagen, müssen sie augenblicklich entlassen werden. Wir haben auch vor der SS keine Angst. Wer seine Pflicht tut und eine grosse Aufgabe für die Gemeinschaft erfüllt, braucht vor niemandem Sorge zu haben als vor seinem eigenen Gewissen. Die wenigen deutschen Kinder, die wir hier haben, sind überaus wichtig, weil in jedem deutschen Kind ein Sa-menkorn für die Aufrichtung des deutschen Volkstums in diesem Raume liegt. Darum verdient auch der Ausbau von Schülerheimen alle Förderung, und es darf nicht geschehen, daß sich ein Technisches Zentralamt diesen Bestrebungen gegenüber völlig ablehnend verhält. Die Wehrmacht hat kein Interesse daran, daß unsere Schulgebäude ihrem eigentlichen Zweck zur Verfügung stehen; jeder kämpft eben um seine eigene Zuständigkeit. Aber die Schule ist etwas, was aus eigenem wächst. Die Schule braucht den starken Schutz des Staates und derer, die dafür verantwortlich sind. Den Wert einer Fabrik kann ich durch ihre materiellen Leistungen beweisen; den Wert der Schule jedoch kann ich einem absoluten Idioten oder Banausen nicht beweisen. Der Idiot sieht ja nicht, daß die schulische Arbeit etwas ist, was in Jahrzehnte hinein einen Menschen erfüllt. Ich kann nicht sagen, daß ich für jedes Jahr eine Bilanz

aufstelle, in der das Werk eines Lehrers zum Ausdruck kommt und auf der anderen Seite soundsoviele Bildungswerte stehen. Infolgedessen ist die Schule ein Dauerfaktum, das wir als Entwicklungskraft zu schützen haben.

Hier muß also mit wahrhafter Leidenschaft bei uns ein grosser Gedanke verteidigt werden. Darin waren wir Weltmacht und werden es immer sein wollen. Es ist mir sehr bezeichnend, daß gerade der Führer in letzter Zeit in klaren Bemerkungen auch seiner Kritik an manchen typischen Ereignissen des Reiches sehr drastisch Ausdruck verliehen hat. Gerade deshalb wird von mir auch der Gesichtspunkt verfochten, daß wir unser Schulwesen klar aufrichten wollen. Wo sich in der Jugend Disziplinlosigkeiten zeigen, bitte ich, nicht nur Nachsicht zu üben. Ich weise aus naheliegenden Bespielen, daß manchmal in der Jugend ein Ton angeschlagen wird, der sozusagen gegen die Autorität der Lehrkräfte und der schulischen Einrichtungen gerichtet ist. Das wird mir sehr willkommenen Anlaß geben, einmal mit allen maßgeblichen Jugendfaktoren zu sprechen. Ich habe Sie heute zu mir heraufgebeten, um Ihnen vor der Öffentlichkeit des Generalgouvernements zu sagen, daß ich in der Einrichtung der Schule im Generalgouvernement eine der wichtigsten und autoritativ notwendigsten Voraussetzungen auch für das deutsche Leben in diesem Raum sehe.

Es war mir sehr interessant, aus den Berichten der Herren zu erkennen, welches Gewicht die Polen auf die Schulbildung legen und wie individualistisch die Polen ihre Bildungsmethoden ansehen. Nietzsche sagte einmal: Erziehen heißt individualisieren. Dieses Wort ist ausserordentlich beachtlich. Denn die Volksgemeinschaft lebt davon, daß aus ihr, in ihr und in engstem Kontakt mit ihr schöpferische Persönlichkeiten wachsen. Daher muß in der Schule auch das Leistungsprinzip, die persönliche Erziehung, die Aufrichtung des einzelnen durch seine

4.7.1944

Leistung, durch sein Wissen und Können, durch seinen Eifer, durch die Möglichkeit, etwas lernen zu können, auch wenn er keine Beziehungen hat, aufrechterhalten werden. Es muß noch etwas gelten, wenn einer ein gutes Zeugnis, wenn er eine gute Note hat, und über diese Dinge darf nicht wie über eine vollkommene Belanglosigkeit hinweggegangen werden, weil es gleichgültig ist, was er weiss oder kann, - er braucht bloß eine politische Karriere einzuschlagen oder politische Beziehungen zu haben, um zu den höchsten Ämtern aufsteigen zu können. Hier handelt es sich um ein ungeheuer wichtiges Problem, das weit über den Rahmen dessen hinausgeht, was wir zu tun haben.

Eine Schulverwaltung, die ich mit zu leiten die Ehre habe, möge überzeugt sein, daß ich mich zum leidenschaftlichen Vorkämpfer dieser durch Jahrhunderte hindurch bewährten Grundsätze zu machen gedenke. Isoliert, wie wir hier sind, eine kleine Zahl von Deutschen, kaum 1% der Gesamtbevölkerung, haben wir in einem Zeitraum, in dem die Schwierigkeiten der Kriegslage sich steigern und wir in eine Entwicklung kommen, von der wir nicht wissen, was sie unserem Generalgouvernement bringen wird, genau so wie jeder andere bis zum Schluß auszuharren, von einem höchsten Prinzip getragen. Es darf nicht dahin kommen, daß etwa der Eifer und das Ansehen der polnischen Schule im Raum grösser werden, als sie es bei der deutschen Schule sind. Wir werden es aber, wie ich glaube, schaffen können. Die Autorität der Schule soll unbestritten sein.

Ich möchte damit schliessen und Ihnen die Versicherung abgeben, daß Sie mir mit Ihren Berichten eine grosse Freude bereitet haben. Sie können sich darauf verlassen, daß ich, wo es nur möglich ist, Ihre Interessen vertreten werde. Ich bitte Sie, in mir Ihren Freund und den Kameraden auch Ihrer Arbeit zu sehen.

6b

<u>4.7.1944</u>

Präsident Dr. <u>Eichholz</u> dankt dem Herrn Generalgouverneur, daß er ihm und seinen Mitarbeitern die Möglichkeit gegeben habe, ausführlich über die schulische Arbeit zu berichten. Er gibt weiter seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Schulverwaltung des Generalgouvernements in dem Generalgouverneur ihren Schirmherr erblicken dürfe. Er gebe die Versicherung ab, daß er und seine Mitarbeiter getreu den Weisungen und den obersten Zielen des Generalgouverneurs weiter arbeiten würden.

Mittwoch, den 5. Juli 1944

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Botschaftsrat Schumburg.

Gegenstand der Besprechung ist das Programm für den am 12. und 13. Juli stattfindenden Besuch des slowakischen Propagandaministers.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht im Beisein des Leiters des Personalamts der Regierung, Regierungsrat Frhr. von Meden und des stellvertretenden Chefs der Kanzlei, Regierungsrat Dr. Jänsch die Beförderungsurkunden an Ministerialrat Maier-Hauptabteilung Wirtschaft, Ministerialrat Albert-Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Regierungsdirektor Wessel-Abteilung Strassenverkehr und Oberstudiendirektor Fiedler-Deutsche Oberschule Krakau. Er spricht den Herren zu ihrer vom Führer vorgenommenen Beförderung seine Glückwünsche aus und dankt ihnen für ihre vorbildliche Arbeit im Generalgouvernement.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur diktiert die Ernennungsurkunde für den Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Bumke zum Ehrenmitglied des Präsidiums der Internationalen Rechtskammer und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Wille, seine und der Juristen des Generalgouvernements Glückwünsche zur Vollendung des 70. Lebensjahres persönlich zu überbringen.

13^{15} Mittagessen zu Ehren des Präsidenten des Volksgerichtshofes Dr. Freisler.

Der Herr Generalgouverneur hält bei Tisch folgende Ansprache:

Lieber Parteigenosse Freisler! Es ist für mich eine grosse Freude, Sie im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements auf der Burg zu Krakau begrüssen zu können. Es ist für uns ein grosses Erlebnis, daß von den beiden

höchsten Richtern des Großdeutschen Reiches, der Persönlichkeit des Reichsgerichtspräsidenten Bumke und dem Präsidenten des Volksgerichtshofes, Sie als Präsident des Volksgerichtshofes zu uns gekommen sind.

Die Aufgaben, die Sie, Parteigenosse Dr. Freisler, nun schon seit Jahren übertragen erhalten haben, sind die Fortsetzung des jahrelangen nationalsozialistischen Rechtsvorkämpfertums. Auch wir im Generalgouvernement spüren die segensreiche erzieherische und stets sichernde Kraft, die von der monumentalen Art der Urteilfindung des Deutschen Volksgerichtshofes ausgeht. Wir stehen hier nun als ein wiederum entscheidungsvollst umkämpftes Bollwerk des Großdeutschen Reiches in schwerer Kampfarbeit. Für uns ist das Leben ein Ringen mit den schwierigsten Problemen, die je einem Gremium deutscher Männer gestellt wurden. Wir sind dreiviertel Prozent der Gesamtbevölkerung eines Raumes, der sich über 150 000 qkm erstreckend dem Deutschen Reich in seiner schweren Kampfsituation mit allem, was nur möglich ist, Hilfestellung zu leisten hat. In diesem Raum gehen die Probleme der Zeit, die Probleme des Raumes, die Bedingungen des Krieges in stetem Strom an uns vorbei, und in diesem stolzen selbstsicheren Ringen um die Durchsetzung der deutschen Führung in diesem Raum ist uns der Hinblick zu jenen wenigen Persönlichkeiten, die die Führung des Großdeutschen Reiches an sich umfaßt, eine stolze Bewußtheit, jenen Männern, die mit allen Mitteln dafür zu sorgen haben, daß die Geschlossenheit der Willensbildung und charakterlichen Haltung des deutschen Volkes gesichert wird.

Sie, Parteigenosse Freisler, stehen dabei als einer der Steuermänner mitten in diesem gewaltigen Strom der Zeit. Ich kenne Sie während all der Jahrzehnte unserer gemeinsamen Arbeit um die Durchsetzung der Rechtsidee unseres Führers; auf anderem Weg, als wir gedacht haben, haben wir z.Zt. unsere Aufgabe für den Führer zu erfüllen. Uns beide verbindet das Band einer echten während harter

Kampfjahre erprobten Freundschaft. Darüber hinaus aber verbindet uns die grosse Hoffnung, daß die Treue zum Führer und zu seinem Werk und die restlose Einsetzung jeder persönlichen Kraft gemäß einer letzten historischen Gerechtigkeit dem deutschen Volk den Sieg in diesem Krieg erteilen werden.

Sie haben mir mit Ihrem Besuch persönlich eine grosse Freude gemacht; Sie haben aber auch den Männern der Verwaltung des Generalgouvernements, das als Nebenland des Reiches unter einer völlig autonomen Verwaltung steht, damit eine Auszeichnung bereitet, denn es bedeutet für Sie in Ihrem schweren Amt sicherlich ein Opfer, diese Reise nach Krakau anzutreten. Aus dem für Ihren heutigen Vortrag gewählten Thema ersehe ich, daß die von Ihnen geübte Rechtsfindung das alte germanische Rechtsideal, daß der Gemeinnutz vor dem Eigennutz zu stehen hat und daß das Volkswohl über allem steht, zur Wahrheit werden läßt, denn die Idee des Soldatentums ist heute die tragende Idee jeder gemeinschaftsnützlichen Tätigkeit.

Ich begrüsse Sie, Parteigenosse Freisler, daher in dieser vielfachen Eigenschaft als Freund und als Kamerad, als Präsident des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches und danke Ihnen im Namen aller Männer für Ihr stolzes, starkes, vorbildliches Richtertum. Ich wünsche Ihnen für Ihr schweres verantwortungsvolles Amt auch fernerhin die Kraft, die Sie schon bisher in all den Jahren des Kampfes für den Führer so vorzüglich auszeichnete, diese großartige Verbindung von Ideenflug und Wirklichkeitsdurchdringung. Ich wünsche, daß mit dem Sieg des Großdeutschen Reiches auch jene Richterpersönlichkeiten an der Struktur unseres Reiches teilnehmen werden, deren leuchtender Vertreter und Vorkämpfer Sie geworden sind.

Präsident Dr. Freisler dankt dem Herrn Generalgouverneur für die herzlichen Worte der Begrüssung; es sei ihm eine besondere Ehre, in Krakau, dem Nervenzentrum der deutschen Bastion im Osten, weilen zu dürfen, nicht zuletzt, weil er dabei Gelegenheit nehmen könne, die Ein-

heit und Geschlossenheit der deutschen Führung in der Nervenzentrale des Generalgouvernements an Ort und Stelle am Werke zu sehen.

15[50] Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

16[15] Arbeitssitzung im Grünen Zimmer.

Anwesend sind: Die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, die Präsidenten Dr. Emmerich, Bauder Dr. Senkowsky, Dr. von Craushaar und Naumann, Bankdirigent Dr. Paersch, Generalleutnant Schindler, Oberquartiermeister Oberst Forster, Rüstungsobmann Dr. Richter, Oberingenieur Kobold, Direktor Dr. Kugler (Oberschlesisches Kohlensyndikat) und SS-Obersturmführer Korn.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Arbeitssitzung mit dem Hinweis, daß sich die Lage des Generalgouvernements zu Ungunsten der allgemeinen Situation und hier auch der Rüstungssituation zu entwickeln drohe. Im Zusammenhang mit der Frontverlegung werde eine immer stärkere Überbelegung des Generalgouvernements eintreten. Bisher sei davon die Rüstungsindustrie nicht direkt betroffen worden. Jetzt rücke aber Warschau mit seinen Rüstungsbetrieben in Frontnähe, und dieser Umstand treffe vor allem die Rüstungsindustrie. Weiter sei von Generalfeldmarschall Keitel ein Fernschreiben eingegangen des Inhalts, „daß die Entwicklung der Lage bei der Heeresgruppe Mitte zu weiteren Rückverlegungen insbesondere der für die kämpfende Truppe lebensnotwendigen Versorgungseinrichtungen ins Generalgouvernement zwinge. Er wisse zwar, daß das Generalgouvernement jetzt schon stark überbelegt sei und durch die anlaufenden Flüchtlinge weiter werde, müsse aber trotzdem bitten, sich den Notwendigkeiten der militärischen Kriegführung nicht zu verschliessen und bei der Durchführung der jetzt erneut anlaufenden Truppenverlegung volle Unterstützung zu gewähren."

5

5.7.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß ihm noch nicht bekannt sei, welche konkreten Forderungen auf Grund dieses Fernschreibens an das Generalgouvernement gestellt würden. Man müsse sich aber jetzt schon darauf einstellen und überlegen, wie man im Zusammenhang mit den kommenden Forderungen auftretende Spannungen intern beseitigen könne. Er bitte heute um einen Bericht über den jetzigen Stand der Rüstungsindustrie in grossen Zügen, über die von der Rüstungsindustrie geplanten Maßnahmen für den Fall, daß die Frontentwicklung die Rüstungsindustrie grösserer Gebiete des Generalgouvernements beeinträchtige, und über geplante Maßnahmen zur Verlegung von Rüstungsbetrieben in die westlichen Gebiete des Generalgouvernements. Bei letzteren Maßnahmen dürfte es sich in der Hauptsache um die Rüstungsbetriebe der Stadt Warschau und um Stalowa-Wola handeln.

Generalleutnant Schindler gibt einen Bericht über die Lage der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement. Er berichtet u.a., daß im gefährdeten Gebiet an Maschinen nurmehr stehe, was unbedingt riskiert werden müsse. Vor allem sei für die Verlegung von Betrieben aus Warschau alle Vorsorge getroffen; für jedes Werk habe man einen Mobilmachungs- und Räumungskalender aufgestellt. Eine Verlegung im jetzigen Augenblick sei mit grossen Schwierigkeiten verbunden, da der dadurch entstehende Produktionsausfall nicht in Kauf genommen werden könne. Öl und Erdgas müßten bis zuletzt arbeiten. Ein Erdgasausfall in Galizien würde grosse Verluste bringen, jedoch sei durch Anlegung von Reserven und verstärktem Generatorenausbau Vorsorge getroffen, über die ersten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Der Feind ginge systematisch darauf aus, die deutsche Ölversorgung lahmzulegen, deshalb sei es dringend erforderlich, daß angegriffene Ölraffinerien sofort wieder aufgebaut würden. In diesem Punkt bitte er den Herrn Generalgouverneur, Präsident Bauder die Anweisung zu geben, alle Materialien für einen sofortigen Wiederaufbau durch Luftangriffe zerstörter Ölproduktionsstätten sofort zur Verfügung zu stellen.

5.7.1944

Bei der Verlegung von Rüstungsbetrieben lasse sich ab und zu ein Eingriff in die Privatindustrie nicht vermeiden. Hier gestalteten sich die nötigen Verhandlungen noch zu umständlich.

Auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur erwidert Präsident Dr. Emmerich, daß sich die Ausführungen des Generals Schindler wohl auf einen präzisen Fall bezögen, nämlich auf die Verlegung einer Kittfabrik zugunsten eines Rüstungsbetriebes. Er sei zu dieser Verlegung gern bereit, wisse aber nicht wohin.

Der Herr Generalgouverneur weist hier darauf hin, daß auch im Reich Rüstungsfertigungen in Betriebe der zivilen Produktion verlegt würden. Im jetzigen Augenblick dürfe man wegen der Sicherheit nicht zu empfindlich sein. Rasche Zusammenarbeit in der Klärung solcher Fragen sei unbedingt erforderlich.

Generalleutnant Schindler führt weiter aus, daß die Verlegung so vorbereitet sei, daß sie bei einer Durchführung keine grösseren Schwierigkeiten mache. Schwierigkeiten würde allerdings die Gestellung der notwendigen Arbeitskräfte machen, da sich z.B. ein Warschauer freiwillig nicht in seinem rückverlegten Betrieb einsetzen lasse.

Im Reich habe man einen grossen Plan für Fertigungen, die unter allen Umständen weiter getan werden müßten, aufgestellt. Diese Betriebe würden auf den grossen deutschen Machtbereich verstreut, und auch im Generalgouvernement müßten dafür Kiesbunkerwerke erstellt werden. Hier müsse Präsident Bauder der Rüstungsinspektion helfen. Die Arbeiten in Wieliczka gingen gut vonstatten. Die Kohlenversorgung der Rüstungsbetriebe sei zufriedenstellend. Zum ersten Mal in diesem Monat habe man auch an die Arbeiter je 2 Ztr. Hausbrandkohle abgeben können.

Direktor Dr. Kugler erklärt dazu, daß eine bindende Zusage für die Lieferung von Hausbrandkohle über den August hinaus nicht gegeben werden könne. Man werde in der Lage sein, den Kohlenbedarf dieses Raumes im bisherigen Umfang zu decken unter der Voraussetzung, daß die Förderkapazität Oberschlesiens nicht durch Luftkrieg gemindert werde. An sich sei die Kohlensituation sehr schwierig.

Anschliessend wird das Problem der Finanzierung der im Generalgouvernement zu errichtenden Rüstungswerke und die Bezahlung der Rüstungsfertigungen im Generalgouvernement besprochen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Bauder und Bankdirigent Paersch in einer gemeinsamen Sitzung diese Frage einer Regelung zuführen sollten.

Über die Ernährungslage spricht Präsident Naumann. Im grossen und ganzen habe man die für die Rüstungsarbeiter im Mai 1943 festgelegten Sätze durchhalten können. Diese Sätze könne man auch weiterhin gewähren, wenn keine neuen Fronteinbrüche eintreten würden. Wenn es zur San-Weichsel-Stellung kommen sollte, würde sich daraus für die gesamte Ernährungslage des Generalgouvernements ein völlig neues Bild ergeben. Komme sie erst, nachdem 80% der Ernte des Distrikts Lublin westlich der San-Weichsel-Stellung gebracht seien, liessen sich die bisherigen Rationssätze der Rüstungsarbeiter bei Brot und Kartoffeln aufrechterhalten, nicht aber bei Fleisch und Fett. Auf diesen beiden Gebieten müsse es dann aber gelingen, die fehlenden Mengen vom Reich zu bekommen.

Grosse Sorgen bringe die Entwicklung an der Mitte der Ostfront mit sich. Immer mehr Stäbe der Heeresgruppe Mitte kämen ins Generalgouvernement, und dadurch werde der Druck ständig grösser. Bis vor 4 Wochen habe man landwirtschaftliche Lager noch umstellen können. Beim Lager

Zyrardow gehe man das Risiko ein, Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte in einem höchst luftgefährdeten Gebiet zu lagern.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als wichtiger, die wertvollen Geräte der Wehrmacht luftsicher zu lagern; dafür müsse ein eventueller Verlust von Getreide infolge Bombardierung von Getreidelagern in Kauf genommen werden.

Oberingenieur Kobold knüpft an die Worte des Herrn Generalgouverneurs über die Wichtigkeit der Rüstungsproduktion und an die Feststellung an, daß wichtige Fertigungen aus finanziellen Gründen nicht unterbleiben dürften. Im Generalgouvernement gebe es eine Menge polnischer Industriebetriebe, die nicht ausgelastet seien infolge der hohen Preise, die diese Betriebe für ihre Fertigungen fordern müßten, und die man mit Rüstungsfertigungen beschäftigen könne. Bei der Jägerfertigung liege der Engpaß in der Lieferung kleiner Teile. Wenn dieser Engpaß überwunden wäre, könnten 30 bis 40% mehr Flugzeuge ausgestossen werden. Mit einer im Generalgouvernement geschaffenen Auftragbörse sollten auch die freiarbeitenden polnischen Wirtschaftsbetriebe für die Rüstungsproduktion herangezogen werden. Für Aufträge aus dem Reich stellten aber die überteuerten Preise ein grosses Hemmnis dar. Es müsse daher gelingen, diesen polnischen Betrieben für ihre Belegschaften die nötigen Nahrungsmittel zu geben oder aber durch Schaffung eines Fonds die Mehrkosten zu tragen.

Präsident Dr. Emmerich erklärt, daß er für die Einschaltung dieser Betriebe als Zubringerbetriebe der Rüstungsindustrie bereits 50 000 Rationen angemeldet habe, die aber nicht bewilligt worden seien.

Präsident Naumann führt dazu aus, daß im Augenblick für die Gewährung dieser Rationen praktisch keine Möglichkeit bestehe. Diese Zahlen könne man eventuell

erst in den Ernährungsplan für das sechste Kriegswirtschaftsjahr bei Vornahme von Abstrichen auf Sektoren der Allgemeinversorgung einsetzen.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet, daß die Schaffung eines Fonds für diese Zwecke im Reich auf keine Gegenliebe gestossen sei.

Der Herr Generalgouverneur betont erneut die ungeheure Wichtigkeit einer Rüstungssteigerung und will die beiden Fragen der 50 000 Rationen und der Schaffung eines Fond in einer besonderen Besprechung geklärt wissen. In der Sitzung seien als Probleme aufgetaucht, die weiter verfolgt werden müßten: die Finanzierung der Rüstungswerke im Generalgouvernement, die allgemeine Kapitaluntermauerung der hier tätigen Betriebe, die Bezahlung der einzelnen Rüstungsfertigungen, Einschaltung von weiteren Zubringerbetrieben, Änderung der ablehnenden Haltung des Reiches in der Frage der Schaffung eines Fonds.

Ober Forster erklärt zu dem Fernschreiben Generalfeldmarschalls Keitel, daß sein Inhalt vielleicht beklemmender wirke, als was er bedeute. Bei den Versorgungseinrichtungen müsse man zwischen den leicht beweglichen nahe der Front und den schweren Werkstätten und grossen Lagern unterscheiden. Man habe schon ein paar solcher Mammutbetriebe abgelenkt und aus dem Generalgouvernement hinausgedrückt, und er glaube nicht, daß ins Generalgouvernement noch grössere Betriebe, die mit der Rüstungsindustrie in Konkurrenz treten würden, hereingelegt würden. In der Hauptsache dürfte es sich um kleinere überall unterzubringende Betriebe handeln.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über diese optimistischen Anschauung Ausdruck, ist aber nicht davon überzeugt, daß sich die Entwicklung in diesem Rahmen bewegen werde. Ein gebranntes Kind scheue das Feuer.

1.

5.7.1944

Präsident Dr. von Craushaar ersucht in diesem Zusammenhang den Vertreter des Wehrkreises, die Verlagerung von militärischen Lagern aus dem Generalgouvernement ins Reich verstärkt vorzunehmen. Reichsführer SS habe an die Reichsverteidigungskommissare der deutschen Ostgaue die Weisung gegeben, für alles aus dem Osten zurückkommende militärische Gut die Tore weit aufzumachen und die Unterbringung vor allem anderen vorzunehmen. Nun könne die Wehrmacht alles, was nicht frontnahe sein müsse, zurückbringen.

18^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

19^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Neuen Universität.

19^{50} Im grossen Hörsaal der Neuen Universität hält der Präsident des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches Dr. Freisler einen Vortrag über das Thema:

"Zwei Jahrtausende deutschen Soldatentums".

21^{25} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

IV/8

Donnerstag, den 6. Juli 1944

11[10] Politische Stunde im Türkenzelt der Burg.

Anwesend sind die Staatssekretäre Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, die Generäle Haenicke und Vierling, sowie die Mitglieder der Regierung und Vertreter von Staat, Wehrmacht und Partei.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Veranstaltung mit folgenden Worten ein:

Meine Herren! Ich habe Sie heute auf die Burg bemüht, damit Sie einigen vertraulichsten Ausführungen unseres Parteigenossen Dr. Freisler, des Präsidenten des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches, zuhören. Parteigenosse Dr. Freisler hat sich liebenswürdigerweise auf mein Ersuchen bereit erklärt, uns über fundamentale Ergebnisse, die grossen Grundzüge und entscheidenden Erfahrungen vor allem auf dem Gebiet der Bekämpfung des Staatsverbrechertums zu berichten.

Die Arbeit, die Sie, Parteigenosse Dr. Freisler, als Präsident des Volksgerichtshofes für das Deutsche Reich leisten, ist eine monumental kriegswichtige; sie ist im psychischen Sinne mit kriegsentscheidend und eine der stolzesten Rechtswaffen des kämpfenden Deutschen Reiches. Ich glaube, daß es für uns daher nützlich und in jedem Fall eindrucksvoll ist, von dieser sehr ernsten und tiefen Arbeit, die meist unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit, auch ohne weitere Presseberichterstattung vor sich geht, etwas zu vernehmen.

Der Präsident des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches Dr. Freisler ergreift darauf das Wort zu seinem Vortrag:

"Feinde im Volk".

Präsident Dr. Freisler gibt in seinem Vortrag einen Überblick über die Tätigkeit des Volksgerichtshofes auf dem Gebiete der Bekämpfung des Staatsverbrechertums. Er

behandelt dabei vor allem die Staatsverbrechen des Landesverrats, des Hochverrats und des Defätismus und ihre strafrechtliche Verfolgung durch den Volksgerichtshof.

Staatssekretär Dr. Bühler schließt die Veranstaltung mit folgenden Worten:

Ich darf Ihnen, Herr Präsident, namens des hier versammelten Führergremiums des Generalgouvernements danken für die äusserst interessanten und plastischen Mitteilungen über Ihre Erfahrungen bei der Bekämpfung der Staatsverbrecher des Reiches. Ihre Ausführungen waren uns umso interessanter, als wir hier im Osten, wo wir der Front näher sind und die heldenhafte Haltung unserer Soldaten aus grösserer Nähe sehen können, weniger von defätistischen Neigungen befallen sind. Sie haben in uns die Überzeugung hinterlassen, daß wir keine Sorge zu haben brauchen für das, was im Reich vorgeht, und für die Haltung des deutschen Volkes. Sie konnten uns sagen, daß nur ein verschwindend kleiner Teil Gemeinschaftsfremder sich gegen die Kriegsinteressen des Reiches vergeht. Sie haben in uns die Gewißheit geschaffen, daß wir allen Hindernissen zum Trotz bis zum Endsieg des deutschen Volkes durchhalten werden.

12^{35} Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke übergibt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben, das der frühere Gauleiter Frauenfeld in seiner jetzigen Eigenschaft als Hauptmann der Reserve über Zustände in Warschau – Preisverhältnisse in Restaurants, Luxus und Korruption – an ihn gerichtet hat. Hauptmann der Reserve Frauenfeld beschwert sich darüber, daß das Essen in den Soldatenheimen schlecht sei, und erhebt in seinem Schreiben andere ähnliche Vorwürfe.

6.7.1944

12⁴⁰ Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Benutzung von Personenkraftwagen,
2) einer Verordnung über die Überführung von Unternehmen in das deutsche Handels- und Genossenschaftsregister,
3) einer dritten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens,
4) einer Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die deutsche Krankenpflege im Generalgouvernement,
5) einer Personenschädenverordnung für Nichtdeutsche

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12⁴⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler davon Kenntnis, daß ihm Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke ein Schreiben überreicht habe, daß der frühere Gauleiter Frauenfeld in seiner jetzigen Eigenschaft als Hauptmann der Reserve an ihn gerichtet und in welchem er Zustände in Warschau kritisiert habe. Hauptmann der Reserve Frauenfeld beschwere sich z.B. über die Preisverhältnisse in den Restaurants, über Luxus, der in Warschau getrieben werde, über Korruptionserscheinungen usw., er behaupte, daß das Essen in dem Soldatenheimen schlecht sei u.a. mehr.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet dieses Schreiben als das üblich Pamphlet von ehrgeizigen Leuten, die in ihrer eigenen Karriere immer wieder das Mißfallen des Führers erregt haben und nun auf Grund irgendeines de-

teilliierten Lokalerlebnisses den gesamten Landsertratsch mit der von ihnen hochgehaltenen Autorität ihres Namens zu decken belieben.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, eine eingehende Stellungnahme zu diesem Schreiben zu veranlassen und das Material dem General Haenicke zur Verfügung zu stellen. Ausserdem will der Herr Generalgouverneur persönlich nach Vorlage der Stellungnahme auf die Angelegenheit zurückkommen und entsprechende Weisung treffen.

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß dem Pressechef Gassner eine Abschrift des Schreibens zur Verfügung gestellt und er ersucht wird, eine Antwort auf das Schreiben zu entwerfen. Auch Präsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann und Gouverneur Dr. Fischer sollen eine Abschrift des Schreibens erhalten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Dr. Weh, daß die Angelegenheit der Besoldung der fremdvölkischen Beamten und Angestellten nunmehr einer endgültigen Regelung zugeführt und ein entsprechender Entwurf zum Gegenstand der Besprechung in der morgigen Regierungssitzung gemacht werden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß auf Anregung des Staatssekretärs Koppe eine völlig neue Land- und Stadtwacht als Oberbegriff der Polizeidienstpflicht eingerichtet werden solle.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß dieser Erlaß vor seiner Inkraftsetzung erst bei sämtlichen in Frage kommenden Dienststellen in Umlauf gesetzt werden solle. Er müsse sich auch dagegen wenden, daß die ursprüngliche Verordnung über die Einführung des Polizeihilfsdienstes aufgehoben werde. Der Weg könne nur der sein, daß die neue Verordnung in die bereits

6.7.1944

bestehende hineingearbeitet werde. Ausserdem müsse Vorsorge getroffen werden, daß die Heranziehung von Beamten und Angestellten der Regierung bezw. der Distriktsverwaltungen zu dieser Stadt- und Landwacht nur mit Genehmigung der Hauptabteilungspräsidenten bezw. der Gouverneurs geschehen könne, dies um so mehr, als in der neuen Verordnung Beamte und Angestellte der Ostbahn, der Deutschen Post Osten, Angehörige des Sonderdienstes als sogenannte militante Kräfte von diesem Dienst befreit werden sollten.

13⁰⁰ Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberdienstleiter Tießler, an der morgigen Regierungssitzung teilzunehmen, da diese Sitzung den Zweck haben solle, die Geschlossenheit und Stärke der deutschen Führung des Generalgouvernements zum Ausdruck zu bringen.

Weiter gibt der Herr Generalgouverneur gegenüber Oberdienstleiter Tießler seinem nachdrücklichen Willen Ausdruck, daß bis auf weiteres von jeglicher Änderung der Parteiorganisation im Generalgouvernement angesichts der gegenwärtigen Lage Abstand genommen wird.

13¹⁰ Besprechung mit dem stellvertretenden Chef der Kanzlei, Regierungsrat Dr. Jänsch und Referent von Palézieux.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die in seinem Eigentum befindlichen Reitpferde unverzüglich nach Kressendorf gebracht werden.

17⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

II/8

1

Freitag, den 7. Juli 1944

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe, Präsident Dr. Senkowsky und Ministerialrat Dr. Weh.

10^{15} Regierungssitzung im Königssaal der Burg.

(Protokoll siehe Beiakten)

14^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Bankdirigent Präsident Dr. Paersch und die Abteilungs- und Filialleiter der Emissionsbank und der Bankenaufsichtsstelle.

Nachdem Präsident Dr. Paersch einen Überblick über Entstehungsgeschichte, Arbeit und Aufgaben der Emissionsbank sowie der Bankenaufsichtsstelle gegeben hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Dr. Paersch! In Ihrer doppelten Eigenschaft als Dirigent der Emissionsbank wie als Leiter der Bankenaufsichtsstelle waren Sie mir in den vergangenen Jahren ein lieber Mitarbeiter. Ich möchte den Anlaß benutzen, wo ich zum ersten Mal Gelegenheit habe, mich im Kreise Ihrer Mitarbeiter zu zeigen, um Ihnen das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Was Sie in unermüdlichem Einsatz, vorbildlicher Geschicklichkeit und geschäftlicher Gewandtheit wie auch in bester Genauigkeit in diesen Jahren zur Entwicklung gebracht haben, ist eine vorbildliche Leistung, die weit über das eigentlich Bank- und Währungsmässige hinaus auch das erfreuliche Bild einer nationalsozialistischen Persönlichkeit bietet. Ich bin Ihnen daher persönlich verbunden.

7.7.1944

Ihre Herren Mitarbeiter, die ich hier versammelt sehe, konnte ich in ihrem Wirken beobachten in all den schönen und segensreichen Folgen, die aus dieser Beruhigung des Währungs- und des Bankengebietes mir in all diesen Jahren entgegenleuchteton.

Wenn ich in sovielen Teilen unseres öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, sicherheits- und transportmässigen Lebens im Generalgouvernement ununterbrochen die Unruhe spüren mußte, als da sind die Verschlechterung, die Verschleuderung, ungewöhnliche Ziellosigkeit usw., die vom Reich herüberstrahlend von mir in eine vernünftige politische Form mit meinem Bemühen gebracht werden mußten, so war es doch die sehr vernünftige, klare und eindeutige Haltung, die vor allem die Reichsbank und ihr Präsident, der mir auch persönlich verbundene Reichswirtschaftminister und Reichsbankpräsident Funk, gezeigt haben, die uns weit über das währungsmässige hinaus geholfen hat.

Sie haben in Ihrer kurzen Überschau einen ganz kleinen Teil der Probleme erörtert, die Sie bewegen und Ihre Männer beschäftigen. Eines der wichtigsten war zweifellos, die Frage zu klären, in welcher Wertrelation sollen Mark und Zloty stehen. Daß es gelungen ist, hier eine gewisse Stabilität zu halten, ist Ihr Verdienst, das auch von allen Seiten anerkannt wurde. Aber auch Ihnen, meine Herren, möchte ich meine Anerkennung aussprechen. Es ist keine leichte Situation, in der Sie auch in Zukunft sowohl auf dem Gebiete der Em-issionsbank als auch auf dem Gebiete der Bankenaufsicht Ihre Aufgaben werden erfüllen müssen.

Das Generalgouvernement steht vor einer Steigerung seiner Schwierigkeiten; zugleich steht auch der Kampf des Großdeutschen Reiches in seiner schwerst sich zum Entscheidungskampf entfaltenden Entwicklung. Das Generalgouvernement hat bisher unsagbar grosse geradezu

märchenhafte Leistungen für das Deutsche Reich, die kämpfende Truppe, die Front, die Industrie usw. aufgebracht. ⌐Ich bin mir dessen sehr wohl bewußt, daß diese Leistungen nur möglich waren, weil auch das Gros der Bevölkerung, nämlich die Millionenmasse der Polen und Ukrainer in diesem Lande, ein gewisses Vertrauen zur deutschen Führung gewinnen konnte. Sie wissen, wie schwer es war, dem Reich gegenüber klarzulegen, wie wichtig gerade die vorsorgliche Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in allen Teilen ist.⌋

Es ist uns nicht alles geglückt. Ich weiss selber, daß der Schleichhandel, das üble Auseinanderfallen zwischen der Wirklichkeit des wirtschaftlichen Zloty-Wertes und den normalen Preisen der nichtbewirtschafteten Güter und vieles andere schwer lastend auf den Menschen dieses Raumes liegt. Aber die Schuld daran liegt nicht bei uns, sondern sie liegt in der allgemeinen Kriegsentwicklung und vor allem auch in einer gewissen Erschwerung der Wiedergesundung dieses Raumes durch die Beutetheorie des Reiches, die man in den ersten Jahren uns gegenüber durchsetzen zu müssen glaubte. Wenn ich einen Raum völlig seiner Werte, der Wertgrundlage und der Voraussetzungen einer vernünftigen wirtschaftlichen Produktivität systematisch beraube, dann muß selbstverständlich durch die Einseitigkeit des Abfliessens aller produzierten Werte in das Reich, dem kein irgendwie auch nur nennenswerter Rückstrom von wahren Werten entspricht - denn eine rein zahlenmässige Überschreibung der Leistungen irgendwie auf ein Konto ist wirtschaftlich belanglos, sie ist höchstens kreditmässig zu werten - ein Zustand herbeigeführt werden, wie er heute bei uns in starkem Masse vorhanden ist. Aber trotz alledem kann ich von den Grundsätzen nicht abgehen, die sich als richtig herausgestellt haben. Ich kann heute nicht sagen, daß ich immer nur dem Besseren nachschreiten will und zu diesem Zweck

das Gute aufgebe. Hier müssen wir zufrieden sein, wenn wir innerhalb des fast ausschließlich Schlechten und Ungünstigen der Zeit noch da und dort etwas Gutes finden. Wir können daher nicht irgend welchen Phantastereien nacheilen und vor allem nicht zulassen, daß auf dem Gebiet der wenigen noch vorhandenen guten Stabilitätsmomente experimentiert wird.

Herr Bankdirigent Paersch! Ich werde nach wie vor Ihrem und dem Bemühen Ihrer Mitarbeiter, auf dem Gebiete der Währung das Vertrauen nach aussen und eine gewisse Stabilität nach innen trotz der steigenden Anforderungen der Wehrmacht und aller sonstigen Stellen durchzuhalten, in jeder Form Beistand leisten. Ich werde Ihnen immer helfen, werde auch für die völlige Selbständigkeit der Politik, die Sie treiben, eintreten. Wie Sie selber wissen, werde ich auf diesem Gebiet niemals etwas dulden, was Ihre Wünsche nach einer stabilen Arbeit stören könnte.

Im übrigen können Sie, meine Herren, stolz sein auf das, was Sie geleistet haben, denn Sie haben dem Führer in dem Entscheidungskampf um das Großdeutsche Reich und seine Freiheit an einer unendlich wichtigen Position geholfen. Ich danke Ihnen wirklich sehr!

14^{55} Bankdirigent Dr. Paersch stellt dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler den Mob-Kreditausschuß des Generalgouvernements zur Finanzierung von Rüstungsvorhaben, der aus Vertretern der Reichsministerien und des Generalgouvernements besteht, vor.

Bankdirigent Dr. Paersch führt aus, daß der Ausschuß in Krakau seine zweite Tagung abgehalten habe, und daß die Verhandlungen in freundschaftlichem Geist verlaufen seien. Besonders förderlich sei es, daß in diesem Ausschuß Vertreter der Reichsministerien seien, da sie ihre im Reich auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen dem Generalgouvernement vermitteln können. Bisher habe man

100 Millionen derartiger Mob-Kredite gewährt, die zu einem geringen Teil für Investitionszwecke in Anspruch genommen worden seien. Er habe die Überzeugung, daß auf dem Wege der Zusammenarbeit für die Rüstung ersprießliche Arbeit geleistet werden könnne.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Angelegenheit so gut laufe; er werde alles tun, um die Arbeit des Ausschusses zu fördern. Besonderes Gewicht lege er dabei auf die Feststellung, daß die Ausführung von Rüstungsvorhaben und Rüstungsarbeiten durch finanzielle Schwierigkeiten nicht aufgehalten werden dürfe.

15[00] Mittagessen.

16[00] Arbeitssitzung mit den Gouverneuren im Grünen Zimmer.

Anwesend sind:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant der Polizei Höring
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Gouverneur Kundt
Vizegouverneur Dr. Schlüter
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Naumann
SS Oberführer Bierkamp.

7.7.1944

SS-Oberführer Bierkamp macht eingangs Ausführungen über die Tätigkeit der Widerstandsbewegungen und berichtet hier vor allem über die Lage bei der AK. Ihm zugegangene Meldungen über das Zusammenwirken der AK wolle er der Presse übergeben, um dadurch propagandistischen Einfluß auf die Bevölkerung zu bekommen. Weiter wolle er angesichts der Tatsache, daß die AK mit Dollar finanziert werde, gefälschte Dollarnoten in den Verkehr bringen, um die Finanzierung der AK kaputt zu machen. Dadurch werde auch zugleich die im Lande herrschende überschüssige Kaufkraft abgeschöpft werden. Auch überlege er, ob man nicht von deutscher Seite Sowjetbanden aufstellen solle, die sich schlecht benehmen sollten, um dadurch der Bevölkerung die Liebe zu den Sowjets zu nehmen.

Die Aufgabe des SD bestehe augenblicklich in dem Versuch, die gesamten Widerstandsbewegungen gegeneinander auszuspielen. Augenblicklich sei es geglückt, daß die Widerstandsbewegungen grosse Propaganda gegen die Bolschewisten machten.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf den Einsatz der Kalmücken bei der Aktion im Bilgorajer Wald zu sprechen. Vizegouverneur Dr. Schlüter möge ihm ein Fernschreiben an Generalfeldmarschall Keitel entwerfen, in dem die Forderung nach einem Abzug der Kalmücken aus diesem Gebiet dargelegt würde. Weiter bringt der Herr Generalgouverneur das Gespräch auf den Inhalt eines an ihn gerichteten Briefes des früheren Gauleiters und jetzigen Hauptmanns d.R. Frauenfeld über die angeblichen Zustände in Warschau. Hauptmann d.R. Frauenfeld beschwert sich in diesem Brief vor allem darüber, daß in Warschau eine Menge Schlemmerlokale existierten, gegen die von seiten der deutschen Verwaltung nicht eingeschritten werde.

7

<u>7.7.1944</u>

Gouverneur <u>Fischer</u> weist darauf hin, daß für die ganze Stadt Warschau nur 120 Mann Polizei für den Einzeldienst zur Verfügung stehen. Schliesse man ein solches Lokal, werde es an anderer Stelle oder in einem Privathaus sofort wieder aufgemacht.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> erklärt, daß im 5. Kriegsjahr nicht geduldet werden könne, daß man von der Strasse aus ein solches Lokal betreten könne. Für die Schliessung solcher Lokale müsse sofort Sorge getragen werden. Im übrigen ersuche er Gouverneur Fischer und SS Oberführer Bierkamp um den Entwurf eines Antwortschreibens an den Gauleiter Frauenfeld, in dem die aus dem Mangel an Exekutivkräften herrührenden Schwierigkeiten der deutschen Verwaltung dargelegt seien.

SS Obergruppenführer <u>Koppe</u> stellt für die Ausräumung dieser Schlemmerlokale in Warschau ein kleines Sonderkommando zur Verfügung. Die bei dieser Aktion beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände sollen bei der Einrichtung polnischer Betriebsküchen Verwendung finden.

Gouverneur <u>Fischer</u> weist anschliessend darauf hin, daß häufig grosse Lebensmitteltransporte unterwegs beraubt würden.

Präsident <u>Naumann</u> erwidert, daß bei stattfindenden Transporten an sich von den Kreishandelsgenossenschaften immer Polizeischutz angefordert werde. Sie hätten die Anweisung, bei wertvollen Transporten vom örtlichen Gendarmeriezugführer Polizeischutz anzufordern.

Gouverneur <u>Fischer</u> erklärt, daß er befohlen habe, den Schutz beim Kreishauptmann anzufordern, jedoch werde dieser Befehl selten befolgt.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> ersucht Präsident Naumann und Präsident Dr. Senkowsky, eine Anordnung dahingehend herauszugeben, daß bei stattfindenden Transporten immer der Abholkreishauptmann verständigt werde.

7.7.1944

Staatssekretär Koppe erklärt, daß es nicht zweckmässig sei, derartige Transporte telefonisch zu avisieren, da sonst die Widerstandsbewegung ihre Vorbereitungen für einen Überfall auf diese Transporte treffen könne.

Gouverneur Kundt macht Ausführungen über die Sicherheitslage im Distrikt Radom. Die Terrorgruppen hätten es in den letzten Wochen immer stärker auf deutsche Menschenleben abgesehen und auf die Störung des Verkehrs vor allem auf der Ostbahn, wobei die Eisenbahnlinie Ostrowiec dauernd gesprengt werde. Aber sie begnügten sich nicht nur mit diesen Sprengungen, sondern hätten es auch auf die Beraubung von Munitionszügen zur Beschaffung von Munition für ihre Zwecke abgesehen.

Die feindlichen Kräfte hatten sich als Gruppen über den Distrikt so verteilt, daß für ihre Verstärkung zur Herbeiführung einer gesteigerten Aktivität die männliche Bewohnerschaft eingezogen werden könne. Zwischen kommunistischer und nationaler Widerstandsbewegung lasse sich da nicht mehr unterscheiden. Die kommunistischen Banden seien zwar klein an Zahl, doch stärker bewaffnet als die nationalen. Die ganze Entwicklung im Distrikt Radom steuere auf einen Zustand zu, wie man ihn jetzt im Distrikt Lublin habe. Diese Entwicklung sei aber für den Distrikt Radom in Anbetracht seiner grossen Bedeutung für die Rüstungsindustrie viel schwerwiegender. Heute könne man zwar noch ohne Bataillone in alle Gebiete des Distrikts hinein, jedoch müßten die Verwaltungsbeamten oder Polizeimänner jeden Tag damit rechnen, daß sie nicht mehr zurückkehrten. Feststellen könne er jedoch, daß das deutsche Personal einschließlich des Waldpersonals eine sehr gute Haltung zeige. Durch die Lysa Gora führten die Hauptadern der Eisenbahn zum Abtransport der Rüstungserzeugnisse aus Ostrowiec und Skarzysko Kamienna. Dieser Abtransport werde durch die Umtriebe der Banden immer stärker gefährdet. Die Vorbereitungen

der Banden liessen darauf schliessen, daß die dort bestehenden Gruppen der Widerstandsbewegung in dieses Rüstungsgebiet eindringen wollen.

Im Gegensatz zu der Meinung des Präsidenten Ohlenbusch müsse er feststellen, daß die Entwicklung zur kommunistischen Stimmung innerhalb der Bevölkerung weitere Fortschritte mache. Einen Stimmungsumbruch der Polen könne er nicht unterstreichen, wenn auch die Masse der Bevölkerung heute noch landwirtschaftlich wie industriemässig sich absolut arbeitswillig zeige. Man müsse rechtzeitig einer Entwicklung entgegentreten, die allmählich wenn auch nicht zu 5 000 Mann starken so doch 1 000 Mann starken Banden führen könne.

Die Besprechung wendet sich dann den Rekrutierungsmöglichkeiten für den Sonderdienst zu.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Wehrmacht wieder Einziehungen in grösserem Umfange vornehmen müsse. Rechtzeitig müßten daher die Uk-Listen für die Verwaltung des Generalgouvernements ergänzt werden, da im Generalgouvernement, was den Mannesbestand angehe, die rote Alarmlinie überschritten sei, und weitere Einziehungen nicht mehr verantwortet werden könnten.

Staatssekretär Koppe macht dann Ausführungen über die Verstärkung und Einsatzverteilung des Sonderdienstes. In Krakau werde ein Einsatzbataillon aufgestellt, über dessen Einsatz der Herr Generalgouverneur persönlich verfüge.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß der Sonderdienst eine Einrichtung der Verwaltung darstelle und der Obergruppenführer in seinem Namen die militärische Führung des Sonderdienstes inne habe. Die Besprechung wendet sich dann der Ernteerfassung zu.

7.7.1944

Gouverneur Kundt regt an, alle schießfähigen Deutschen und alle Waffenträger für diese Zeit so zu konzentrieren, daß in bestimmten Gebieten ein verstärkter Schutz stattfinde. Bei der Wehrmacht müsse noch stärker als bisher der Gesichtspunkt gebrochen werden, daß die Ausbildung nur an Ausbildungsorten stattfinden könne. Das ganze Land müsse durch Stützpunkte gesichert werden, damit verhindert werden könne, daß in den anderen Distrikten die Verhältnisse ähnlich werden wie im Distrikt Lublin.

Präsident Naumann berichtet von seinen Verhandlungen bei Generalfeldmarschall Model. Die Heeresgruppe sollte den Sicherungsschutz für den Teil des Distrikts Galizien übernehmen, der praktisch noch nicht Armeezone sei. Dazu würden 2 Bataillone zusätzlich zu den 13 Kompanien, die jetzt für die Vieherfassung arbeiteten, gebraucht. Ausserdem sollte die Sicherungsdivision den Distrikt Lublin übernehmen. 100 Stützpunkte, von denen bis jetzt 35 bestehen, sollten gebildet werden. Dann sollte der Raum südlich Radom und Miechow durch das vom Reichsführer SS Himmler angekündigte Polizeibataillon gesichert werden, Krakau sollte eine berittene Polizeiabteilung bekommen. Es fehlte noch 1 Regiment für Warschau West und den nördlichen Teil des Distrikts Radom zur Verstärkung der dort vorhandenen Polizei- und Wehrmachtskräfte. Wie die Zurverfügungstellung dieser Kräfte gemacht werden könne, bleibe noch dahingestellt.

Gouverneur Kundt plant, die Hilfspolizeipflichtigen seines Distrikts zu einem Drittel einzuziehen und sie für die Ernteerfassung einzusetzen. Ein grosser Teil der Hilfspflichtigen sei aber innerhalb der SA mit grossen Aufgaben betraut im Rahmen des Luftschutzes. Dadurch werde die Basis der einsatzfähigen Hilfspolizeipflichtigen sehr gering, trotzdem müßte alles, was eingesetzt werden könne, für die Ernteerfassung herangezogen werden.

7.7.1944

Immer noch würden zu den verschiedensten Tagungen und Schulungen laufend Leute bis zu 1 Woche nach Krakau einberufen; das gehe in der heutigen Notzeit nicht mehr an.

Staatssekretär Bühler gibt bekannt, daß er bereits eine Anweisung erlassen habe, wonach in der jetzigen Zeit von Tagungen abzusehen ist.

Sämtliche Gouverneure wenden sich dann gegen die Durchführung eines Parteitages im grossen Rahmen. Durch ihn würden zuviel verantwortliche Männer von ihren Arbeitsplätzen abgezogen und stünden im Ernstfalle nicht zur Verfügung.

Dann werden Fragen des Polizeihilfsdienstes erörtert, der nunmehr in Stadt- und Landwacht umbenannt werden soll, und dem alle wehrfähigen Deutschen bis zum 60. Lebensjahr angehören sollten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner festen Absicht Ausdruck, die Vollmachten der Gouverneure unter allen Umständen zu halten. Die Regierung betrachte die Gouverneure als Türme in der Schlacht. Bei der Stadt- und Landwacht sei es unmöglich, Entscheidungen den unteren Stellen zu überlassen. Wo eine Möglichkeit bestehe, die Gouverneure einzuschalten, werde dies geschehen.

Weiteres Besprechungsthema sind die infolge der Frontlage notwendig werdenden gewaltigen Rückverlegungen von Versorgungsbetrieben der Wehrmacht ins Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur teilt hierzu das diesbezügliche Fernschreiben des Generalfeldmarschalls Keitel mit. Was im Generalgouvernement nicht untergebracht werden könne, müsse in die östlichen Wehrkreise des Reiches verlegt werden. Sämtliche Verhandlungen auf diesem Sektor gingen auf Grund einer Führeranordnung zukünftig über den Wehrkreis. Generalfeldmarschall Model kenne die Verhältnisse im Generalgouvernement, und mit seinen

7.7.1944

Dienststellen lasse sich gut zusammenarbeiten.

Auf dem Rüstungssektor nähmen die Anforderungen an das Generalgouvernement gewaltig zu. Eine Verlegung von Rüstungsfabriken aus Warschau könne nicht stattfinden, da im Reich keine Betriebe Aufnahme finden können. Sie müßten in Warschau bis zuletzt in Tätigkeit gehalten werden und würden im Notfall der Zerstörung anheim fallen müssen. Nunmehr komme es darauf an, den jetzigen Zustand der Arbeit und Ruhe möglichst lange aufrechtzuerhalten. Dazu müsse unbedingt die Einrichtung von Stützpunkten erreicht werden.

Leider sei eine gewisse Tendenz dahingehend zu spüren, die Zivilverwaltung durch eine Militärverwaltung zu ersetzen. Doch habe die Leistung der Zivilverwaltung in Galizien ihr Bestehen bis zum Schützengraben gerechtfertigt.

Getreidelagerfrage:

Präsident Naumann erklärt dazu, daß man in diesem Jahr leider nicht mehr soviel Raum zur Lagerung des erfaßten Getreides zur Verfügung habe, wie dies im vorigen Jahr der Fall gewesen sei, da die E. und L. mindestens 450 000 to Lagerraum an die operative Wehrmacht habe abgeben müssen. Er versuche nunmehr, von der Wehrmacht ab 1. August wieder verschiedene Lager zurückzubekommen, da eine ganze Reihe von Lagern der Wehrmacht nur bis zum 1. Juli zur Verfügung gestellt seien. Man müsse das Getreide in Notlagern unterbringen, obwohl bei dieser Lagerung 10% des Bestandes verloren gingen. Weitere Lager dürften unter keinen Umständen mehr abgegeben werden.

Die Lagerraumanforderungen der Wehrmacht seien auch manchmal zu überspitzt, wie der Fall Budzyn beweise. 2 Jahre lang habe die Luftwaffe das in ihrem Besitz befindliche Lager kaum benutzt, sodaß man durch Verhandlungen mit dem jetzt darin liegenden Flakinstandsetzungszug bereits wieder 130 000 to Lagerraum zurückbekommen habe.

7.7.1944

Gouverneur Dr. von Burgsdorff rollt dann die Frage einer Schliessung der 2 polnischen Gemüsemärkte in Krakau auf.

Da sich die beteiligten Instanzen nicht einig sind, ordnet der Herr Generalgouverneur eine Sondersitzung bei Staatssekretär Dr. Bühler mit Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Präsident Naumann und Stadthauptmann Dr. Krämer an.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet, daß in Lemberg die Luftschutzmaßnahmen in der Praxis gut gelaufen seien, obwohl nur wenige Deutsche in der Stadt seien. Die polnische Feuerwehr funktioniere sehr gut, und die Polizei habe den Apparat restlose in der Hand. Die Überbelegung der Stadt durch Stäbe habe nachgelassen, da nach den ersten Luftangriffen diese Stäbe in die Umgebung von Lemberg ausgezogen seien.

In der politischen Behandlung der Upa habe sich die Wehrmacht ungeschickt gezeigt; sie habe erst grosse Verbrüderungsszenen abgehalten, und nach Überfällen auf Offiziere und Soldaten durch Upa-Angehörige habe sie ihre Stellungnahme ins Gegenteil verwandelt.

Zum Schluß wird der Schwarzverkauf von Wodka durch die Monopole, der auf Weisung des Herrn Generalgouverneurs wieder eingestellt wurde, eingehend erörtert, da Präsident Dr. Senkowsky eine neue Ermächtigung für den Verkauf von Wodka zu Preisen des Schwarzen Marktes fordert.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß der Zweck dieses Verkaufs nicht die Erzielung von Staatseinnahmen, sondern die Abschöpfung von Schleichhandelskapital gewesen sei. Der Schleichhandel könne bekanntlich nicht leben, wenn die Ware schon zu Schleichhandelspreisen in den Verkehr gebracht werde. Er brauche gewisse Preisspannen, um sich selbst zu finanzieren. Bei Monopolwaren betrage diese Preisspanne das 10 bis 12-fache dessen, was

die Ware ursprünglich koste. Wenn nun die Monopolverwaltung, d.h. also der Staat, zu einem von ihm festgesetzten höheren Preis, wozu er jederzeit berechtigt sei, eine Ware verkaufe, so nehme er die Spanne, aus der sich praktisch ein Teil des Schleichhandelskapitals entwickle, weg und führe ihn der Staatskasse zu. Diesen Betrag könne er Zwecken zuführen, die der Schleichhandelsbekämpfung dienten, nämlich der Deckung des Wehrbeitrages. Dadurch werde der Staat entlastet, denn es müßten nicht zusätzlich Noten ausgegeben werden. Diese Überlegungen seien der Zweck des stattgefundenen Verkaufs von Wodka zu Preisen des Schwarzen Marktes gewesen.

Er habe nicht damit gerechnet, daß sich gegen diese Sache eine solche Ablehnungsfront bilde, wenn das in einem so bescheidenen Rahmen gemacht würde. Nach seiner Meinung sei der Versuch geglückt.

Er habe dem Staatssekretär schon vor der verfügten Einstellung des Wodkaverkaufs zu Preisen des Schwarzen Marktes den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, durch die ein gesetzlicher Modus geschaffen werden solle. "Sie beinhalte nur, daß die Generaldirektion der Monopole ermächtigt werde, Erzeugnisse des Tabak- und Branntweinmonopols ausserhalb der normalen Preise abzusetzen. Die Preise und die Mengen setze der Staatssekretär auf Antrag des Leiters der Hauptabteilung Finanzen fest".

Zur Begründung dieser Verordnung verweise er darauf, daß er in diesem Verkauf den ersten geglückten Versuch einer der Kaufkraft des Publikums angepaßten abgestuften Verbrauchsbesteuerung sehe. Die Kreise, die Inflationsgeld in der Hand hätten und damit Schiebergeschäfte machten, müßten beim zusätzlichen Wodkakauf eine Steuer bezahlen, die der Staat auf anderem Wege nicht hereinbekomme.

7.7.1944

In eingehender Aussprache begründen die Sitzungsteilnehmer ihre Stellungnahme für oder wider diesen Verordnungsentwurf. Die meisten sprechen sich gegen die Inkraftsetzung einer solchen Verordnung aus und verweisen auf ihre, an das Amt für Gesetzgebung gerichteten schriftlichen Begründungen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als den Zweck der eingehenden Erörterung dieses Problems, daß den Gouverneuren dadurch gezeigt werde, daß die Regierung keine Anordnung treffe, ohne vorher eingehende Überlegungen angestellt zu haben. Die wichtigste Frage sei die Aufrechterhaltung der Währung. Einer der Vorschläge, eine Geldabschöpfung durchzuführen, habe sich mit dem Wodkaverkauf zu Schwarzmarktpreisen beschäftigt. Diesen Versuch habe man nun unternommen. Nach dieser Aussprache glaube er nicht, daß er seine Unterschrift unter die vom Präsident Dr. Senkowsky eingebrachte Verordnung auf diesem Gebiet geben werde. Wenn die Gouverneure in die ungeheuren Schwierigkeiten des Währungsproblems im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen kommen würden, würden Sie den ungeheuren Druck verstehen, unter dem die Regierung diese Maßnahme ergriffen habe.

SS-Oberführer Bierkamp bittet die Gouverneure um Zurverfügungstellung von deutsch-polnischen Dolmetschern. Die beim SD tätigen Dolmetscher würden von den Widerstandsbewegungen vielfach erschossen, und der SD könne sich nicht mehr das wichtigste Material übersetzen lassen.

20^{15} Abendmusik im Gotischen Hof des Ostinstituts.

Die Philharmonie des Generalgouvernements bringt unter Leitung des Kapellmeisters Swarowsky Werke von Schubert, Liszt, Brahms und Beethoven zu Gehör.

21^{50} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

IV/B

Sonnabend, den 8. Juli 1944

10.30 Aus Anlaß des Abschlusses des Musischen Wettbewerbs der Hitler-Jugend wird dem Herrn Generalgouverneur die erste Preisträgerin, die dreizehnjährige Hanna von Buch von Hauptbannführer Schimmelpfeng vorgestellt.

Anwesend sind weiter Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner, Abteilungsleiter Noglik, Stabsleiter Gabelmann, Hauptgefolgschaftsführer Eberle und Lippold.

Hauptbannführer Schimmelpfeng macht dem Herrn Generalgouverneur Meldung von dem Abschluß des Musischen Wettbewerbs der Hitler-Jugend des Generalgouvernements und berichtet, daß dieser Wettbewerb einen ausserordentlich starken künstlerischen Erfolg gezeitigt habe. Besonders beachtenswert sei auch die Zahl von 1 000 Meldungen für diesen Wettbewerb. 17 Teilnehmer bezw. Teilnehmerinnen seien mit Preisen ausgezeichnet worden. Die seinerzeit von dem Herrn Generalgouverneur gestiftete Plakette sei zugleich mit einem ansehnlichen Geldpreis der dreizehnjährigen Hanna von Buch für ihre vortreffliche Leistung als Pianistin verliehen worden. Hanna von Buch, die aus Warschau komme, sei in Kiew geboren, ihr Vater sei seinerzeit von den Russen verschleppt worden. Nach übereinstimmender Auffassung von Fachleuten sei Hanna von Buch die einzige, die auf Grund ihrer Leistung und ihres Talentes würdig sei, diesen Preis zu erhalten.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Parteigenosse Schimmelpfeng! Ich möchte Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern zunächst meinen herzlichen Dank für die hervorragende Durchführung dieses Musischen Wettbewerbs sagen. Die Hitler-Jugend des Generalgouvernements hat sich erneut ausgezeichnet. Ich möchte meiner ganz besonderen Freude Ausdruck verleihen für dieses wohlgefügte Vorhaben. Daß ich nun die Zahl so hervorra-

gend begabter Junden und Mädchen von Ihnen erfahre, erfüllt mich mit besonderer Beglückung. Daß sich über 1 000 gemeldet haben, die in sich die Kraft und die Berufung zu einer musischen Lebensaufgabe empfinden, ist für mich persönlich ein stolzes Gefühl, zeigt diese Tatsache doch, daß in unserem deutschen Volk in einer ungeahnten unzerbrechbaren Stärke das geistig seelische Element lebendig und fruchtbar geblieben ist.

Ich möchte allen denen danken, die sich für diesen Musischen Wettbewerb zur Verfügung gestellt und ihre Kräfte dafür hergegeben haben. Aus der relativ kleinen Zahl, die nun aus diesen 1 000 Meldungen als würdig für die Verleihung eines Preises empfunden herausgingen, erkenne ich die ernsten Maßstäbe, die an die Überprüfung dieser Würde gelegt wurden. Und das ist auch notwendig. Es soll nicht nur eine momentane Scheinlaune oder eine vorübergehende Neigung gefördert werden, sondern eine die Wurzel der Persönlichkeit ausfüllende, das gesamte Wesen durchdringende und damit eine das persönliche Schicksal bestimmende innere Begabung.

Ich freue mich ganz besonders, Dir, meine liebe kleine Hanna von Buch, für all' das danken zu können, was Du geleistet hast. Des zum Ausdruck übernimmt nun das Deutsche Vaterland für Dich die Fürsorge. Auf Vorschlag der Führung der Hitler-Jugend des Generalgouvernements übergebe ich Dir den Jugendpreis des Generalgouvernements. Ich überreiche Dir ferner diese schwere Plakette, die Du tragen mußt. Probiere es einmal, - ja, sie ist schrecklich schwer, aber sie ist sehr schön. Und dann bekommst Du noch etwas Schönes: Schau einmal da hinein, was da drinnen steht.-Ich wünsche Dir für Dein Leben alles das Beste.

Im Anschluß an die Überreichung der Plakette bringt Hanna von Buch 2 Musikstücke zum Vortrag.

8.7.1944

11[15] Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

11[45] Besprechung mit Präsident Naumann.

Präsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur die neuen für die Ernteerfassung zur Verwendung kommenden Prämienmarken vor, die den Beifall des Herrn Generalgouverneurs finden.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Ausarbeitung des Präsidenten Naumann über den "Einfluß der Kriegsereignisse auf die Reichsleistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft im 5. und 6. Kriegswirtschaftsjahr" vorläufig noch zurückgestellt werden soll, nachdem auf Grund der Besprechung in Berlin Teil II dieser Denkschrift eine entsprechende Berichtigung erfahren hat.

Präsident Naumann teilt dem Herrn Generalgouverneur dann mit, daß am 23. Juli dieses Jahres auf der Lubliner Pferderennbahn der Preis des Generalgouverneurs in Höhe von 50 000 Zloty ausgetragen werde. Er bitte um die Genehmigung, neben diesem Preis noch 4 Sachpreise für den Besitzer des siegenden Pferdes, den Züchter, den Trainer und den Reiter stiften zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und ersucht Präsident Naumann, die Preise in seinem Namen zu überreichen.

Weiter macht Präsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß nunmehr nach endgültigen Feststellungen das Eigentum an den beiden Pferden "Adonis" und "Kandidat" dem Herrn Generalgouverneur zustehe.

Gegenstand der Besprechung ist dann noch die Errichtung von Stützpunkten im Interesse der Ernteerfassung.

8.7.1944

12[10] Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
General der Infanterie Haenicke
General der Flieger Vierling
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant Unger
Generalleutnant der Polizei Höring
Präsident Gerteis
Präsident Bauder
Präsident Naumann
Oberst Fischer
Oberst Weiß
Oberstleutnant von Dazur
Oberstleutnant Roedenbeck
Oberregierungsrat Dr. Luxenberg
Regierungsrat Pohl.

Vor Eintritt in die Beratung richtet der Herr Generalgouverneur folgende Worte an General Haenicke:

Herr General! Ich habe in diesem Augenblick zum ersten Male Anlaß, im Rahmen des gemeinsamen Kreises von Männern des Generalgouvernements Gelegenheit zu nehmen, Ihnen auch noch persönlich unser aller herzliche Anteilnahme an dem Tode Ihres Schwiegersohnes, des Generalobersten Dietl, zum Ausdruck zu bringen. Wir wissen, welcher Schmerz Ihnen persönlich bereitet wurde. Aber dieser Schmerz wird vom ganzen deutschen Volke getragen; denn Generaloberst Dietel ist für uns ein unvergesslicher Nationalheld.

Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke gibt dann einen kurzen Bericht über die gegenwärtige militärische Lage an der Ostfront und ihre Rückwirkungen auf das Generalgouvernement und betont, daß z.Zt. keine

besonderen Besorgnisse gehegt zu werden brauchten.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß man sich gleichwohl im Generalgouvernement auf alle Möglichkeiten einrichten müsse. Er habe vor kurzem ein Fernschreiben des Generalfeldmarschalls Keitel erhalten, in welchem von einer stärkeren Belegung des Generalgouvernements gesprochen werde. Daraus könnten wieder einige Probleme erwachsen. Immerhin habe die Situation des Generalgouvernements eine gewisse Aufklärung erfahren. Er danke dem General Haenicke für die Durchführung der Großaktion im Gebiet des Bilgorajer Waldes. Mit dieser Aktion habe die Wehrmacht der Regierung des Generalgouvernements geholfen, die Staatsautorität wiederherzustellen.

Staatssekretär Koppe berichtet dann über die Bandenlage im Generalgouvernement und teilt mit, daß Banden kleinerer Art wieder eingeströmt seien. Gegen diese Bandentätigkeit würden jetzt aber sofort wieder Maßnahmen ergriffen.

Präsident Naumann nimmt zur Frage der Ernährungssicherung Stellung. Er weist darauf hin, daß man im vorigen Jahre gemeinsam mit Polizei, Wehrmacht und anderen Waffenträgern im Generalgouvernement ein Stützpunktsystem habe aufbauen können. Es sei mit stationären und in den weniger gefährdeten Gebieten mit beweglichen Stützpunkten gearbeitet worden. Dieses System habe von August bis Dezember bestanden, und es sei gelungen, umfangreiche Mengen landwirtschaftlicher Produkte für die Versorgung des Landes wie für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Reich hereinzuholen.

Präsident Naumann geht dann auf die Bedeutung des Distrikts Lublin für die landwirtschaftliche Produktion des Generalgouvernements ein. Da dieser Distrikt rein landwirtschaftlich ausgerichtet sei und verhältnismässig

8.7.1944

geringe Verbrauchermassen in seinem Bezirk zu versorgen habe, gehe ein grosser Teil der landwirtschaftlichen Produkte in die Distrikte Warschau, Radom und Krakau.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann vor allem zu der Frage der Aufrechterhaltung bezw. Neuerrichtung von militärischen und polizeilichen Stützpunkten eingehend Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine Besprechung der Stützpunktfrage für Montag, den 1o. Juli 1944 an.

Staatssekretär Dr. Bühler geht sodann auf die Frage der Tankholzversorgung ein. Generalfeldmarschall Keitel habe eine Großaktion der Wehrmacht zur Beschaffung des für die Umstellung auf Holzgeneratoren erforderlichen Tankholzes angeordnet, und verfügt, daß wie im Reich so auch im Generalgouvernement die Wehrmacht unter Zurückstellung aller sonstigen auch truppenmässigen Belange sich aktiv in die Tankholzbeschaffung einzuschalten habe.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als dringend notwendig, schon jetzt an die Beschaffung von Lagerraum für die Bergung der neuen Ernte zu sorgen. Es werde sich empfehlen, daß die beteiligten Instanzen ein Verzeichnis dieser Lagerräume herausgeben.

Präsident Naumann bemerkt, daß es ihm verhältnismässig leicht sein werde, ein solches Verzeichnis aufzustellen, daß dann vor allem der Wehrmacht zur Kenntnis gebracht werden könne. Er weist ausserdem darauf hin, daß in den grossen landwirtschaftlichen Betrieben noch genügend ungenutzter umfangreicher Scheunenraum vorhanden sei, der für die Unterbringung der Ernteerzeugnisse nutzbar gemacht werden könne. Ein Verzeichnis dieser Scheunen könne der Wehrmacht ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

7

8.7.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, diese Verzeichnisse möglichst bald der Wehrmacht und den sonstigen an dieser Frage interessierten Stellen zuzuleiten.

13[40] Verabschiedung des bisherigen Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements Rudolf Hindemith.

Anwesend sind dabei: Pressechef Gassner, Abteilungsleiter Jaenicke, Abteilungsleiter Noglik, Hauptschriftleiter Stöppler, Referent Hasslinde, Referent Bader, Kapellmeister Swarowsky, Kapellmeister Erb und Frau Hindemith.

Der Herr Generalgouverneur verliest ein an Chefdirigent Hindemith gerichtetes Schreiben, das folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Chefdirigent Hindemith!

Leider hat Sie Ihr schwieriger Gesundheitszustand gezwungen, mich um die Entlassung aus Ihrem Amte als Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements zu ersuchen. Ich habe mit grosser inniger Anteilnahme von diesem Schritt Kenntnis genommen und mich nach einer Besprechung mit Ihnen auch davon überzeugen müssen, daß Ihnen tatsächlich ein Weiterverbleiben in Ihrer Dienststellung hier unmöglich ist. Ich entspreche also mit Wirkung zum 31. August 1944 Ihrem Ersuchen und spreche Ihnen aus diesem Anlaß für Ihr hervorragendes Wirken im Dienste des Führers und des Reiches im Generalgouvernement meine besondere Anerkennung aus. Sie haben dieses politisch kunstvolle Gebilde unserer Philharmonie in Wirklichkeit geschaffen; denn der Zustand, in dem Sie das Orchester seinerzeit übernahmen, war ja durch den plötzlichen Tod Ihres Vorgängers, des unvergeßlichen Gründers der Philharmonie, des Herrn Rohr, noch lange nicht in je-

nem Zustand der technischen Reife, der einem Orchester dieser Bedeutung notwendig eigen sein muß.

Sie haben das Orchester durch Ihre unermüdliche Tatkraft und den Einsatz Ihres besten Künstlertums erzogen und zu der Höhe der Leistungsfähigkeit geführt, die die Philharmonie des Generalgouvernements in eine Reihe mit den ganz wenigen größten Orchestern im Großdeutschen Machtraume stellt. Sie haben des weiteren durch die Reihe grosser philharmonischer Veranstaltungen, die Sie selbst leiteten, Ihre vollendete Kunst als Dirigent bewährt und vielen tausenden Menschen das beglückende Erlebnis edelster Musikalität vermittelt.

Wir erleiden alle durch Ihr Ausscheiden einen schweren Verlust: Ihre feinsinnige, vornehme Art hat Sie uns allen zum Freunde gemacht. Sie haben mit Takt und Umsicht als Orchesterleiter das schwierige Problem der Behandlung fremdvölkischer Künstler gelöst und so waren Sie in allem ein trefflicher Vertreter deutschen schöpferischen Mannestums.

Ich wünsche Ihnen für Ihr weiteres Leben alles das Beste und werde mich immer freuen, von dem weiteren erfolgreichen Aufbau Ihres Lebenswerkes zu hören.

Zum Zeichen meiner Dankbarkeit überreiche ich Ihnen ein Ölgemälde mit einer Ansicht der Burg zu Krakau.

Mit freundlichsten Grüssen,

Heil Hitler!
Stets Ihr sehr ergebener
gez. Frank.

8.7.1944

Der Herr Generalgouverneur fährt dann fort: Ich übergebe Ihnen diese Worte in Form eines Briefes und danke Ihnen nochmals von ganzem Herzen für alles das, was Sie in den vergangenen Jahren geleistet haben.

Chefdirigent Hindemith erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Worte und für das schöne Bild. Seien Sie versichert, daß es mir leid tut, von Krakau weggehen zu müssen. Es war mir eine grosse Ehre, dieses Orchester aus Ihrer Hand anvertraut zu erhalten, und eine grosse Freude, mit diesen vorzüglichen Musikern zu arbeiten. Ich hoffe, daß ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, und den hiesigen Deutschen mit den Konzerten manche schöne Stunde habe bereiten können. Danken möchte ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, für die warmherzige verständnisvolle Unterstützung meiner kulturellen Arbeit, danken auch allen denen, die mir durch ihre Treue zum Erfolg verhalfen und damit dem Ansehen deutscher Veranwortlichkeit und deutschen Könnens dienten. Möchten Sie sich stets gerne meiner erinnern, wie ich immer warmen Herzens an meine Krakauer Zeit zurückdenken werde.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann bekannt, daß er sich entschlossen habe, mit Wirkung vom 1. September, zunächst kommissarisch mit der gegenseitigen Möglichkeit der Wiederzurücknahme des Vertrages bis zum 1. April 1945 den Dirigenten Swarowsky mit der Leitung der Philharmonie des Generalgouvernements zu betrauen.

Kapellmeister Swarowsky erklärt sich auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bereit, diese Stellung zu übernehmen.

13^{50} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/8

<u>Sonntag, den 9. Juli 1944</u>

17^{30} Ankunft des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> auf der Burg.

19^{35} Fahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

19^{45} Aufführung des Lustspieles " Don Gil von den grünen Hosen" im Brunnenhof des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

21^{50} Rückfahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> zur Burg.

IV/8

Montag, den 1o. Juli 1944

11[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Wille.

Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Wille berichten über die Reise nach Leipzig, die sie im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs aus Anlaß des 70. Geburtstages des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke unternommen haben. - Staatssekretär Dr. Boepple hat aus diesem Anlaß dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke eine Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitglied des Präsidiums der Internationalen Rechtskammer übergeben.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Staatssekretär Dr. Boepple und dem Präsidenten Wille davon Kenntnis, daß Gouverneur Dr. Fischer in der gestrigen Gouverneursitzung im Zusammenhang eines Kriminalfalles, der in Warschau nach Ansicht des Gouverneurs Dr. Fischer nicht richtig behandelt worden sei, Angriffe gegen die Justiz des Generalgouvernements gerichtet habe, und beauftragt Präsidenten Wille, diesen Fall einer Nachprüfung zu unterziehen.

11[40] Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, Generalleutnant der Ordnungspolizei Höring und Regierungsdirektor Schmid.

Staatssekretär Koppe gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß ihm der Befehl erteilt worden sei, 2 Polizeiregimenter aus dem Generalgouvernement unverzüglich in den Raum von Wilna abtransportieren zu lassen. Einem sofortigen Abtransport stellten sich aber z.Zt. noch transportmässige Schwierigkeiten entgegen. Angesichts des Verlustes dieser beiden Polizeiregimenter habe er, Staatssekretär Koppe, sich mit Generalleutnant Bork in Verbindung gesetzt, und dieser habe sich an Generaloberst

Fromm mit dem Ersuchen gewendet, einen Ersatz für die beiden Polizeiregimenter zu stellen. Daraufhin habe Generaloberst Fromm versprochen, 5 Landesschützenbataillone für das Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nach Abzug dieser Polizeiregimenter die polizeiliche Exekutive immer mehr verringert werde. Wenn ihm keine ausreichende Exekutive mehr zur Verfügung stehe, dann werde er nicht mehr in der Lage sein, die Verantwortung für die Führung und Verwaltung des Generalgouvernements zu tragen. Angesichts der bevorstehenden Ernte müsse gerade jetzt alles darangesetzt werden, daß in den nächsten Wochen und Monaten einigermassen Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement herrschten.

Staatssekretär Koppe macht dann dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß der Führer den Reichsführer SS beauftragt habe, die sämtlichen Stellungsbauten zu übernehmen. Der Reichsführer SS habe darauf ihm, Staatssekretär Koppe, die Verantwortung für den Stellungsbau Weichsel-San übertragen. Er habe sich daraufhin mit Generalleutnant Bork in Verbindung gesetzt und mit ihm diese Frage besprochen. Angesichts dieses Führerbefehls müßten jetzt die letzten Kräfte aufgebracht werden, damit der Ausbau der San-Weichsel-Stellung nach Möglichkeit gefördert werden könne. Neben diesem Stellungsbau kämen auch noch der Ausbau von Stellungen am Narew und am Bug in Frage. Er schlage vor, den Baudienst in grossem Umfange für diese Arbeiten heranzuziehen.

Der Herr Generalgouverneur warnt vor übereilten Maßnahmen. Zunächst einmal müsse Staatssekretär Koppe einen klaren schriftlichen Befehl für die ihm übertragenen Aufgaben haben. Er, der Generalgouverneur, habe einen schriftlichen Befehl für den Ausbau der Rochadelinie erhalten. Es müsse also zunächst einmal festgestellt werden, ob

und inwieweit andere bisher als äusserst dringlich bezeichnete Arbeiten zugunsten des Ausbaues der San-Weichsel-Stellung zurückgestellt werden sollten. Wegen der Heranziehung von Angehörigen des Baudienstes werde sich Staatssekretär Koppe mit Generalarbeitsführer Hinkel ins Einvernehmen setzen müssen. In diese Verhandlungen müsse auch Präsident Gerteis eingeschaltet werden.

12^{15} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

13^{1o} Mittagessen.

15^{4o} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Regierungsrat Frhr. von Medem.

15^{45} Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Boepple gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Ferngespräch, daß er mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller geführt und das die Stellung der Ostbahn zum Gegenstand gehabt habe. Die gesamten Ostbahnen sollten danach in das Gefüge der Reichsbahndirektionen eingegliedert werden.

Der Herr Generalgouverneur will vor weiteren Entscheidungen erst den Befehl des Führers abwarten. Ohne den ausdrücklichen Befehl des Führers werde er an der Struktur der Ostbahn nichts ändern lassen.

Präsident Gerteis, der ebenfalls Kenntnis von einer beabsichtigten Neuregelung des Verhältnisses der Ostbahn zur Reichsbahnverwaltung erhalten hat, nimmt an, daß es sich dabei um eine wesentliche Einschränkung der Rechte der Ostbahn, wenn nicht gar um ihre völlige Aufhebung handle. Ihm sei vom Reichsverkehrsministerium gesagt

worden, daß die gegenwärtige Situation eine ganz straffe Zusammenfassung des Apparates der Eisenbahn fordere. Nach Auffassung des Reichsverkehrsministeriums müßten die Sonderrechte der Ostbahn selbstverständlich aufgehoben werden, und es könne nur gestattet werden, daß ein Verbindungsbeamter nach dem Generalgouvernement abgeordnet werde. Im übrigen würde die Ostbahn eine Reichsbahndirektion oder Verkehrsdirektion werden wie die übrigen Direktionen im Reiche.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die ihm bisher für diese Frage gegebenen Unterlagen vorläufig als unzureichend und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, sich nochmals mit dem Reichsverkehrsminister bezw. mit Reichsminister Dr. Lammers in Verbindung zu setzen. Er könne nur mit aller Bestimmtheit erklären, daß er die Ostbahn als selbständiges Institut des Generalgouvernements nicht hergebe. Die wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit wie auch die Selbstständigkeit des Aufbaues der Ostbahn müsse unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben, und dafür würde er sogar seine Stellung als Generalgouverneur in die Wagschale werden.

Im Anschluß an die Besprechung richtet der Herr Herr Generalgouverneur folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers.

> Ich erhalte telefonisch aus dem Reichsverkehrsministerium die Nachricht, daß der Führer einen Befehl, betreffend die Verwaltung der Ostbahn, erlassen habe. Nach diesem Befehl, so wird behauptet, soll der Führer die gesamte Organisation der Ostbahn in wirtschaftlicher und verwaltungsmässiger Beziehung aufgehoben haben.
>
> Bei der geradezu elementaren Bedeutung dieses Schrittes für die gesamte Existenz des Generalgouvernements als eigenen Verwaltungs- und Wirtschaftskörpers halte ich die Nachricht zum minde-

sten für übertrieben, wäre aber angesichts der ungewöhnlichen Dringlichkeit dieser Angelegenheit für eine Benachrichtigung dankbar.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Fernschreibens:

An den Führer des Großdeutschen Reiches, Führerhauptquartier.

Mein Führer!

Angesichts der Entscheidungen, die nunmehr hier im Generalgouvernement zu treffen sind, bitte ich dringendst um einen kurzen Empfang. Ich habe eine ganze Reihe wichtigster Fragen zusammengestellt, in denen ich Ihre Weisung erbitten möchte. Es genügt eine halbe Stunde, um diese Fragen zu entscheiden. Bitte, bestimmen Sie mir Zeit und Ort. Wenn irgend möglich, wäre ich, mein Führer, für sofortigen Empfang dankbar.

16^{35} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch, Regierungsrat Gnauck, Referent von Palézieux und Sturmbannführer Pfaffenroth.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, in welcher Weise die Bände des Tagebuches des Generalgouverneurs, Akten-und Archivmaterial und wichtige Schriftstücke geheimen Charakters gegebenenfalls in Sicherheit gebracht werden können.

Der Herr Generalgouverneur will dafür ein Verteilungssystem aufgestellt wissen. Die Bände des Tagebuches will der Herr Generalgouverneur selber an sich nehmen, um sie vielleicht der Bayrischen Staatsbibliothek zu übergeben oder für ihre sonstige Unterbringung Sorge zu tragen.

6

10.7.1944

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Referent von Palézieux, daß die Nahrungsmittelversorgung der Bewohner der Burgstadt ebenso wie die Versorgung mit Trink- und Kochwasser gesichert sei. Die 3 Feuerlöschteiche im Burgbereich gingen ihrer Vollendung entgegen.

Referent von Palézieux weist dann darauf hin, daß die gesamten Kunstschätze, vor allem in Gestalt der wertvollen Bilder, auf der Burg untergebracht seien. Es handle sich hier um internationales Kunstgut, das vielleicht am zweckmässigsten im Burgbereich an seiner bisherigen Stelle belassen werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur weist Referent von Palézieux an, ein genaues Verzeichnis dieser Kunstgegenstände aufstellen zu lassen. Einem einwandfreien Polen, der im Burgbereich bleiben könne, müssen von Referent von Palézieux die Schlüssel übergeben werden. Er, der Herr Generalgouverneur, wolle unter keinen Umständen etwas mitnehmen, was Staatseigentum sei.

17[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Naumann und Oberstleutnant Roedenbeck.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Besprechung, die um 16 Uhr im Grünen Zimmer der Burg stattgefunden und die Frage der Errichtung von Stützpunkten zum Gegenstand gehabt hat.

Dienstag, den 11. Juli 1944

10^30 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis.

Der Herr Generalgouverneur verfügt im Anschluß an diese Besprechung die Absendung eines Antwortschreibens an Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, in dem er die Unterstellung der Ostbahndirektionen unter die Generalverkehrsdirektion Osten entsprechend den Kriegsnotwendigkeiten anerkennt, insoweit sich diese Umstellung auf den Betriebs- und Verkehrssektor erstreckt. Für ihn als verantwortlichen staatlichen und politischen Chef dieses Raumes sei aber ein Aufgehen der Ostbahn in den Bereich der Reichsbahn mit ihren 150 000 fremdvölkischen Arbeitern und Angestellten völlig unmöglich, da das Generalgouvernement durch den Verlust der Ostbahn in seiner Wirkungskraft um 3/5 der gesamten Potenz geschwächt würde, sodaß ihm eine erfolgreiche Weiterführung seiner Geschäfte als Generalgouverneur zur völligen Unmöglichkeit würde.

Fernschreiben gleichen Inhalts richtet der Herr Generalgouverneur an Generalfeldmarschall Keitel und Reichsminister Dr. Lammers.

Ein Fernschreiben mit eingehender Begründung seiner Stellungnahme richtet der Herr Generalgouverneur an den Führer.

Der Herr Generalgouverneur teilt den Inhalt des an den Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller gerichteten Fernschreibens dem Präsidenten der Hauptabteilung Eisenbahnen Gerteis mit. Er ersucht den Präsidenten zugleich in seiner verantwortlichen Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar, von jeder Durchführung der diesem heute zugegangenen Weisung des Reichsverkehrsministers bis zur Mitteilung der endgültigen Entscheidung des Führers Abstand zu nehmen.

11.7.1944

11^{00} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Schreiben an den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS Obergruppenführer Koppe:

Mein lieber hochverehrter Kamerad Koppe!

Die mir eben von Ihnen übermittelte Meldung von dem gegen Sie verübten Attentat veranlaßt mich, Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrer Errettung auszusprechen. Ich erwarte, daß Sie mir entscheidende entsprechende Sühnemaßnahmen vorschlagen.

Ich freue mich und danke dem Himmel, daß Sie mir und uns allen in dieser schweren Stunde erhalten geblieben sind.

Mit freundlichsten Grüssen
in herzlicher treuer Verbundenheit

Heil Hitler!
Stets Ihr Dr. Frank.

11^{05} Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis.

Im Anschluß an diese Besprechung beauftragt der Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Boepple, dem Präsidenten Wille mitzuteilen, er solle dafür sorgen, daß die Akten des Reichsbahnrates Müller-Warschau sofort zur Verfügung stehen.

11^{20} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11^{35} Präsident Gerteis wird nochmals von dem Herrn Generalgouverneur empfangen und überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein an ihn gerichtetes Fernschreiben des Generalfeldmarschalls Model. - Präsident Gerteis wendet sich mit Entschiedenheit gegen die in diesem Schreiben

offenbar auf Grund falscher Darstellung gegen die Generaldirektion der Ostbahn gerichteten Vorwürfe.

Der Herr Generalgouverneur verfügt darauf die Absendung folgenden Fernschreibens an Generalfeldmarschall Model:

Sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

Ich habe soeben Ihr Fernschreiben, betreffend die Eisenbahntransportverhältnisse im Bereich des Generalgouvernements, erhalten. Mir ist der Inhalt dieses Fernschreibens deshalb unklar, weil bereits seit vielen Monaten die gesamte Betriebs- und Verkehrsleitung der Ostbahn nicht Sache der Regierung des Generalgouvernements, sondern der Generalverkehrsdirektion Osten bezw. der Aussenstelle der Generalbetriebsleitung Ost bei der Generalverkehrsdirektion Ost in Warschau - einer Behörde, die ausschließlich dem Herrn Reichsverkehrsminister untersteht - ist.

Ich habe daher Ihre Kritik an dem Betriebsversagen als eine Mitteilung aufgefaßt, die Sie mir Interesses halber zuleiten; denn ich habe, wie gesagt, schon seit 2 Jahren auf den Betrieb der Ostbahn keinen dienstlichen Einfluß mehr. Wenn also Schwierigkeiten im Betriebe eintreten, so ist die Regierung des Generalgouvernements daran betriebs- und verkehrsmässig völlig unbeteiligt.

Daß die Ostbahn entsprechend dem politischen geschlossenen Führungs- und Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements einen eminenten Wirtschafts- und Menschenfaktor in unserem Raum darstellt, hat damit keinen Zusammenhang. In dem gleichen Sinne habe ich mich eben an die zuständigen Stellen des Reiches schon aufklärend

gewendet. Durch organisatorische Änderungen werden Bandenüberfälle und derartige Schwierigkeiten selbstverständlich nicht beseitigt. Die Bandenlage ist nur der Ausdruck für den Mangel an Sicherungskräften in diesem Raum. Diese Situation ist Ihnen aber aus persönlicher Anschauung bekannt.

Es freut mich, daß auch Sie Verständnis für die Verstärkung der Sicherheit der Ostbahn in größtem Masse aufbringen, und ich bitte Sie, mein jahrelanges Bemühen in dieser Richtung auch Ihrerseits geeigneten Ortes allüberall zu unterstützen. Die Geschlossenheit der Führung und Verwaltung des Generalgouvernements ist jedenfalls die Voraussetzung dafür, daß das Gebiet die Erwartungen erfüllt, die vor allem die Wehrmacht an seine Leistungen insgesamt stellt.

Sie werden jede Unterstützung von mir in Ihrem Bemühen erhalten, die Ostbahn beim Reich einer etwas wirkungsvolleren Unterstützung zu unterziehen, als es offenbar bisher der Fall war.

Im einzelnen darf ich zu Ihren Ausführungen feststellen, daß nach den mir gewordenen Meldungen Bewegungen auf der Ostbahn, abgesehen von Störungen durch Banden, nur deshalb aufgehalten worden sind, weil die anschliessenden ausserhalb des Generalgouvernements liegenden Direktionen des Ostens infolge der Verkehrsverhältnisse in ihrem Bereich die Bewegungen nicht vornehmen können. Da ich den Vorwurf eines Versagens mir unterstehender Dienststellen in diesem Punkt nicht hinnehmen kann, wäre ich dankbar, zu erfahren, auf welchen konkreten Fall Sie anspielen. Jedenfalls weise ich mit Entschiedenheit darauf hin, daß mir ein Verschulden

11.7.1944

mir unterstehender Behörden auf dem Gebiet der Eisenbahnverspätungen bis jetzt nicht erwiesen ist.

Heil Hitler!
gez. Dr. Frank
Generalgouverneur.

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Generalleutnants der Polizei Höring, des SS- und Polizeiführers im Distrikt Krakau SS Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Thier und Obersturmbannführer Bartz.

Der Herr Generalgouverneur spricht Staatssekretär Koppe seinen herzlichen Glückwunsch dazu aus, daß er bei dem gegen ihn verübten Attentat unverletzt geblieben ist.

Staatssekretär Koppe schildert dann eingehend den Verlauf des gegen ihn gerichteten Attentatversuches.

Obersturmbannführer Bartz glaubt, auf Grund seiner bisherigen Erfahrungen feststellen zu können, daß die Vorbereitungen wie die Durchführung dieses Attentats darauf schliessen liessen, daß es sich bei den Teilnehmern an diesem Attentatversuch um Angehörige der Warschauer-Widerstandsbewegung handle. Auf Anordnung des Staatssekretärs Koppe werden sofort Maßnahmen zur Festnahme der Täter ergriffen. SS- und Polizeiführer Thier wird mit ihrer Durchführung beauftragt.

Weiter wird eingehend zu der Frage Stellung genommen, welche Sühnemaßnahmen im Verfolg dieses Attentats zu ergreifen sind. Von einer für die polnische Bevölkerung der Stadt Krakau zu verhängenden Ausgangssperre ab 19 Uhr abends will der Herr Generalgouverneur Abstand genommen wissen, um nach aussen hin jeden Eindruck einer Beunruhigung der deutschen Führung des Generalgouvernements zu

11.7.1944

vermeiden. Mit sonstigen Sühnemaßnahmen, vor allem in Gestalt der Erschiessung von bereits verurteilten, aber für einen Gnadenerweis in Aussicht genommenen Angehörigen der Widerstandsbewegung erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden. Vor allem bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als unbedingt notwendig, eine genaue Kontrolle der aus Warschau kommenden polnischen Bevölkerung durchzuführen und gegebenenfalls überhaupt das Verlassen der Stadt Warschau für Polen zu verbieten.

In diesem Zusammenhang nimmt der Herr Generalgouverneur zu der von der Regierung des Generalgouvernements durchgeführten Polenpolitik Stellung und betont dabei insbesondere, wie sehr die ganze Polenpolitik seit 1939 darunter leide, daß die deutsche Führung einerseits bestrebt sein müsse, die deutsche Autorität durchzusetzen, andererseits aber im Hinblick auf die grossen Aufgaben, die dem Generalgouvernement gestellt seien, in weitem Umfange von der Arbeitskraft der Polen abhängig sei. Die Notlage, in der sich das Reich und die Reichsführung im Raum des Generalgouvernements befänden, werde von den Banditen in jeder Weise ausgenutzt. Überhaupt stelle ja die Tatsache, daß das Reich heute so überaus stark auf fremdvölkische Arbeitskräfte angewiesen sei, eine grosse Belastung der europäischen Situation dar. Aufgaben, wie die der Überwachung einer fremdvölkischen Bevölkerung könnten die Sowjetrussen wesentlich leichter erfüllen, da ihnen ja der ganze gewaltige Apparat der GPU zur Verfügung stehe und sie z.B. im Stande seien, allein für die Stadt Lemberg 20 000 Tschekisten für diese Aufgabe bereitzustellen.

12^{30} Besprechung mit Staatssekretär Koppe und Staatssekretär Dr. Boepple.

16^{40} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 12. Juli 1944

10.30 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12.15 Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Dr. von Craushaar berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Ergebnisse seiner Reise nach Budapest und Preßburg.

In seinen Budapester Verhandlungen habe er erreicht, daß in Ungarn bis zu 90 000 Flüchtlinge aus dem Generalgouvernement, hauptsächlich polnische und weißruthenische nicht arbeitsfähige Leute Aufnahme finden könnten. Er habe auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich diese Zahl noch vergrössern könne. Die Flüchtlinge sollten mit der Bahn über Deutschland nach Ungarn gebracht werden, würden in Ungarn vorerst in militärische Hand kommen und dann nach Erreichung der Zielstationen von der ungarischen Verwaltung betreut werden.

Die Verhandlungen in Preßburg seien noch nicht abgeschlossen; jedoch hoffe er, in der Slowakei bis zu 30 000 Flüchtlinge unterbringen zu können. Dort bestünden vor allem Schwierigkeiten für die Ernährung. Nachricht über eine erzielte Einigung werde sofort gegeben werden.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Dr. von Craushaar für diesen Erfolg seinen Dank aus.

12.30 Besprechung mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe.

12.45 Der Herr Generalgouverneur stellt im Königssaal dem slowakischen Propagandachef Tido Gaspar die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements vor.

Dabei hält Staatssekretär Dr. Boepple folgende Ansprache:

12.7.1944

Exzellenz! Ich habe die Ehre, Sie im Namen der Mitglieder des Generalgouvernements auf der Burg zu Krakau herzlich zu begrüssen. Sie und die Herren Ihrer Begleitung als Vertreter des befreundeten und verbündeten slowakischen Volkes, das mit uns die grossen Schlachten des Krieges im Osten geschlagen hat, sind uns herzlich willkommen.

In der Geschichte des slowakischen Volkes ist dies nicht das erste Mal: auch im Weltkrieg waren ja die Söhne des slowakischen Volkes an der Seite des deutschen und haben die grossen Schlachten mitgeschlagen.

Aber nicht nur als Politiker begrüssen wir Sie hier in Krakau, sondern auch als den Mann der Kultur, den Dichter, der mit seinem künstlerischen Schaffen durch eine Ausgabe, die demnächst hier in Krakau erscheinen wird, uns Deutschen hier im Generalgouvernement bekannt werden wird. Diese Verbindung durch die Kultur, durch Ihr künstlerisches Schaffen scheint mir gleichsam symbolhaft zu sein für den Weg, den die Völker Europas nach dem Sieg zu gehen haben: Wir müssen uns gegenseitig kulturell ergänzen; Sie als der Dichter Ihres slowakischen Volkes machen uns Deutsche mit der geistigen Haltung Ihres Volkes bekannt wie wir Deutsche die anderen Völker, seien es Italiener, Franzosen oder andere, sodaß wir auf kulturellem Boden diese europäische Zukunft gleichsam symbolisch dargestellt sehen.

Exzellenz Gaspar erwidert:

Exzellenz! Ich danke Ihnen herzlichst für diese äusserst liebenswürdigen Worte. Ich empfinde in ihnen nicht nur eine grosse Freude, sondern zugleich auch den Ausdruck der Sympathie, die die Vertreter der grossen deutschen Nation für uns Slowaken hegen. Seien Sie überzeugt, daß ein Slowake, der die Geschichte seines Volkes, die Geschichte Europas kennt, der den Sinn dieses grossen heiligen Ringens zu verstehen sucht, mit einem wirklichen Glück erfüllt ist, daß es nach Jahrhunderten - ich möchte

sagen - des Lebens im Schatten seinem Volk gelungen ist, mit der großzügigen Hilfe der deutschen Nation und des Führers wieder auf den Boden der Freiheit zu gelangen und zugleich an der Seite der deutschen Nation für die eigene Zukunft sowie auch für eine bessere Zukunft Europas mit seinen bescheidenen Kräften beizutragen. Wir sind überzeugt, daß, wenn jemand dieses Europa nicht nur zu erretten, sondern auch neu zu gestalten und in eine bessere Zukunft zu führen berufen ist, es das deutsche Volk ist, das nicht nur durch viele Äusserungen seines Genius, sondern hauptsächlich jetzt durch seine grossen unerläßlichen Opfer an deutschen Menschen und Soldaten eine Garantie bietet für eine bessere und glücklichere Zukunft Europas und seiner Völker.

Ich danke aus tiefem Herzen, daß mir bei diesem Besuch ermöglicht war, nicht nur meine Kenntnisse zu erweitern, sondern auch Persönlichkeiten kennen zu lernen, die dem Führer des deutschen Volkes so wirkungsvolle Mitarbeiter sind, damit seine politische Konzeption ermöglicht wird.

IV/8 19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{30} Festkonzert in der Staatsoper mit Hans Pfitzner als Gastdirigent.

Unter Leitung des Professors Dr. Hans Pfitzner bringt das Orchester des Staatstheaters Werke von Schumann, Weber und des Komponisten Professor Dr. Hans Pfitzner zu Gehör.

21^{50} Staatsdiner im Kaminsaal der Burg, gegeben von dem Herrn Generalgouverneur aus Anlaß der Anwesenheit des Slowakischen Propagandaministers Tido Gaspar.

Im Verlauf des Essens ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

12.7.1944

Exzellenz! Ich habe die hohe Ehre, Sie im Namen der Deutschen des Generalgouvernements als Vertreter der Slowakei in unserer Mitte auf das Herzlichste zu begrüssen. Die Herren der Regierung haben schon Gelegenheit gehabt, Sie heute feierlich willkommen zu heissen. Es obliegt mir nun, Ihnen, Herr Minister Gaspar, in unser aller Namen nochmals die herzlichsten Wünsche für die Slowakei und unsere ganz besondere Verbundenheit mit dem tapferen Volk der Slowaken zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind hier im Generalgouvernement die unmittelbar durch eine viele 100 km lange Grenze mit Ihrem Lande verbundenen Nachbarn. Wie sind hier die Repräsentanten des Großdeutschen Reiches einem Staat gegenüber, der sich der vollsten Selbständigkeit erfreut und in engster Schicksalsgemeinschaft mit dem Großdeutschen Volk auch für seine eigene Kultur, für seine eigene Zukunft in dem neuen Europa kämpft. Schulter an Schulter stehen Ihre braven Soldaten mit den Soldaten unserer Wehrmacht. Ihre Wirtschaft kämpft in engster Verbundenheit mit der deutschen Wirtschaft. Ihre Ernte, Ihren Holzreichtum, Ihre Maschinenproduktion, Ihre völkische Kraft setzen Sie für sich und Ihre eigene Zukunft ebenso ein wie für das grosse gemeinsame europäische Freiheitsziel.

In einem Zeitpunkt schwerster kritischer Kriegsentwicklung treffen wir uns. Sie kommen zu uns in einem Augenblick, in dem nun von allen Seiten die ewigen Feinde der europäischen Freiheit und Selbstentwicklung gegen uns anrennen. Es brandet der Sturm, es flammen die gewaltigen Kriegsgeschehnisse ringsum.

Seien Sie überzeugt, Exzellenz, daß wir hier im Generalgouvernement, die wir die stolze Sendung in uns spüren, im Namen des Führers und des Reiches an vorgeschobener einsamer, aber autonom gesicherter Stelle die Bastion des Ostens Großdeutschlands darzustellen, eine seelische und geistige Unterbauung unserer Situation in dem Gefühl empfinden, das unsere Blicke über unsere Südgrenze hinaus in Ihr so friedliches, jugendlich aufstrebendes, zukunftsfrohes Land gehen läßt. Wir haben

12.7.1944

keine Grenzprobleme; friedlich stossen unsere Bereiche aneinander. Mit innigster Freude als treuer Freund Ihres Volkes beobachte ich nun in den 5 Jahren, da wir Nachbarn sind, den segenerfüllten Aufstieg des Nationalbewußtseins Ihres Volkes, der Gesundheit und der totalen Stärke Ihrer Nation. Nach vielen Jahrhunderten von vielfältig verschiedenen, aber trotzdem einheitlich ausgeprägten Unterdrückungen Ihrer Nation ist nunmehr das slowakische Volk, zu einer grossen eigenen Zukunft berufen, wieder erstanden.

Meine herzlichsten Wünsche begleiten Sie, Herr Minister, der Sie nicht nur im Range eines Mitgliedes der Führung Ihres Landes bei uns sind, nicht nur als einer derjenigen, die in dem Gedanken an den edlen Gründer der völkischen Freiheit der Slowakei, den Märtyrer Hlinka, Ihren Dienst in diesem Staat in vielen würdigen Positionen versehen, sondern der Sie auch heute an markanter Stelle in der Propagandaführung Ihres Raumes zur Lebendighaltung der Beziehungen der Slowakei mit dem Deutschen Reiche tätig sind;-daß Sie gerade in diesem Augenblick zu uns kommen, verpflichtet mich Ihnen. Ich danke Ihnen dafür; meine Wünsche für Sie und für Ihr Volk geleiten Sie wieder zurück in Ihr Land.

Dieses Zusammensein, das Sie uns hier in diesem Saal gegeben hat, ist um so schöner, als es mir nunmehr auch möglich ist, Ihnen, hochverehrter Meister Pfitzner, in unser aller Namen zu danken und der Freude Ausdruck zu geben, daß auch Sie heute in unserer Mitte weilen. Als einer der ganz grossen Meister haben Sie es sich nicht nehmen lassen, auf meine Einladung hin das Fest zu verschönen, das ich meinen slowakischen Freunden heute hier als Repräsentanz der deutschen Kunst zu geben gedachte. Daß Sie, Meister Pfitzner, als einer der grossen Träger und Mitgestalter der deutschen musikalischen Kunst, in dem all' das großartig leuchtende der deutschen musika-

lischen Seele lebendig strahlt, heute in unserer Mitte weilen, gibt mir willkommenen Anlaß, Ihnen, verehrter Meister, wenn auch verspätet, so doch mit voller Herzlichkeit die Glückwünsche aller Deutschen des Generalgouvernements zu Ihrem unlängst stattgefundenen 75. Geburtstagsfest noch nachträglich zum Ausdruck zu bringen. Seien Sie vielmals herzlich bedankt, daß Sie trotz der Strapazen die Reise nach Krakau angetreten haben. Ich glaube, der Jubel, mit dem heute abend Ihre Kunst aufgenommen wurde, wird Ihnen zeigen, daß ich im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements spreche.

Indem wir uns erheben und auf das Wohl der Slowakei, des slowakischen Volkes, des slowakischen Staatspräsidenten und unseres lieben Freundes des Herrn Ministers Gaspar und seiner Begleitung trinken, trinken wir auch auf den Sieg Deutschlands und der Slowakei. Indem wir, Meister Pfitzner, auf Ihr Wohl trinken, trinken wir auf die Unsterblichkeit der deutschen Kunst.

Propagandachef Minister Tido Gaspar erwidert mit folgenden Worten:

Ich bedaure wirklich tief, daß ich die deutsche Sprache in ihrem vollen Wortschatz nicht so beherrsche, wie ich es müßte, um Ihnen für die so liebenswürdige Aufnahme und für Ihre soeben gesprochenen schönen Worte auf das Herzlichste zu danken. In einer grossen Zeit wird mir die Ehre zuteil, Ihrer Einladung Folge zu leisten und damit einen Boden zu betreten, von dem aus ein weltumspannendes Ringen seinen Ausgang genommen hat. Mir ist es daher ein aufrichtiges Bedürfnis, festzuhalten, daß das gemeinsame Verantwortungsbewußtsein, das Deutschland und die Slowakei unter diesem Wogen zusammengeführt hat, durch das Blut unserer Soldaten bestätigt und durch den Einsatz unserer schaffenden Volksgemeinschaft bekräftigt wurde. Jetzt, da unsere Völker auf dem Höhepunkt ihres Lebenskampfes stehen, ist es meine tiefe Überzeu-

gung, daß diese gemeinsame Arbeit, unser gemeinsamer Kampf und die gemeinsamen Opfer uns um so enger verbinden und den Ansturm unserer Feinde von Ost und West siegreich überstehen lassen werden.

Exzellenz! Ich beglückwünsche Sie, der Sie auf schwersten Boden gestellt sind, zu Ihrer geschichtlichen Aufgabe. Mit dem Ausdruck des tiefen Dankes für das schöne Erlebnis des heutigen Tages erlaube ich mir, mein Glas auf den Führer, auf den Sieg seiner grossen europäischen Sendung und auf Ihr persönliches Wohl, Exzellenz, wie auf das Gedeihen Ihres grossen Werkes zu erheben.

IV/8

Krakau

Donnerstag, den 13. Juli 1944

10³⁰ Besprechung mit Staatssekretär Koppe.

Staatssekretär Koppe berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den gegenwärtigen Stand der Sicherheitslage. Er weist dabei insbesondere auf die Tatsache hin, daß in den letzten Tagen drei vollständige Polizeiregimenter aus dem Generalgouvernement nach dem Osten abberufen worden seien, sodaß für den polizeilichen Schutz des gesamten Generalgouvernements nur noch zwei, zudem noch nicht einmal vollständige Polizeiregimenter zur Verfügung ständen.

Im Anschluß an diese Mitteilung richtet der Herr Generalgouverneur ein Fernschreiben an den Reichsführer SS Himmler. In diesem Fernschreiben weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß er die Verantwortung für einen irgendwie noch eintretenden brauchbaren Ertrag des Generalgouvernements für das Reich ablehnen müsse, und bittet den Reichsführer SS, eine bestens informierte Persönlichkeit aus seinem Stabe zur Aufklärung über die Lage nach Krakau zu entsenden. Weiter äussert der Herr Generalgouverneur schwerste Befürchtungen gegen einen durch den Mangel an Exekutivkräften hervorgerufenen Ausfall an Ernteprodukten, Rüstungsfabrikaten, gegen eine zunehmende Verschlechterung der Transportbedingungen und macht darauf aufmerksam, daß sich der Deutschen im Generalgouvernement mehr und mehr ein Gefühl der Verlassenheit gegenüber der Heimat bemächtige. Er gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß die Polizeiregimenter wieder frisch aufgefüllt in das Generalgouvernement zurückgeschickt würden, sobald es die Lage einigermassen gestatte.

13.7.1944

11 35 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, die Gouverneure Dr. von Burgsdorff, Dr. Fischer und Dr. Wächter telefonisch dahin zu verständigen, daß sie sich im Auftrage des Generalgouverneurs mit den Ostbahndirektionspräsidenten ihrer Distrikte in Verbindung setzen und ihnen erklären sollten, daß die Mitteilung des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller von einer angeblichen Weisung des Führers wegen Übernahme der Verwaltung der Ostbahn durch das Reichsverkehrsministerium z.Zt. auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werde.

11 45 Besprechung mit Präsident Naumann und Ministerialrat Dr. Behr.

Präsident Naumann teilt zunächst mit, daß Verhandlungen wegen der Einrichtung von Stützpunkten liefen.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ihm sofort Meldung zu machen, wenn sich irgendwelche Schwierigkeiten in dieser Beziehung ergeben sollten.

Präsident Naumann legt sodann dem Herrn Generalgouverneur einen Erlaß über den Ernteausnahmezustand, eine sich daran anschliessende Verordnung und einen Aufruf an die Bevölkerung des Generalgouvernements vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet diese 3 Verlautbarungen.

Präsident Naumann weist ferner auf die sehr ernste Spritsituation im Generalgouvernement hin. Angesichts dieser Situation habe man sich entschlossen, 6 000 to Getreide für die Spritherstellung zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Menge könnten zusätzlich 4 Millionen Liter Wodka produziert werden.

13.7.1944

12[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt den stellvertretenden Gauleiter Metzner-Kattowitz und Professor Köppken in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar, Oberdienstleiter Tießler und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, ob und in welchem Umfange eine Rückverlegung von Heeresbetrieben aus der Front in die östlichen Wehrkreise stattfinden soll.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß Oberschlesien gegebenenfalls als Aufnahmegau bei der Rückverlegung von Werkstättenbetrieben des Heeres in Betracht komme. An das Generalgouvernement würden z.Zt. hinsichtlich der Aufnahme von Betrieben seitens der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie des Reiches grosse Raumanforderungen gestellt. Dazu komme nicht nur als Raumproblem, sondern auch als äusserst wichtiges politisches Problem die Flüchtlingsbewegung. Wenn in der jetzigen Lage volksdeutsche und andere Flüchtlinge in das Generalgouvernement ungeordnet hereinströmten, dann könne das für die Sicherheit des Landes von unabsehbaren Folgen sein. Z.Zt. lasse sich zahlenmässig noch nicht übersehen, wie groß der unkontrollierbare Flüchtlingszustrom sei. Zwar könnten die arbeitseinsatzfähigen fremdvölkischen Flüchtlinge zu einem Teil für die Arbeit im Reich vermittelt werden, es bleibe aber das Problem bestehen, wie die nicht arbeitseinsatzfähigen Flüchtlinge behandelt und im Generalgouvernement untergebracht werden sollten.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Klärung aller dieser Fragen für unbedingt notwendig und beauftragt Präsident Dr. von Craushaar, auf diesem Gebiet mit Professor Köppken zusammenzuarbeiten.

13.7.1944

13^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich, Präsident Bauder und dem Beauftragten für die Reichslastverteilung Dr. Fischer.

Präsident Dr. Emmerich überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Ost-Energie AG.

Weiter teilt Präsident Dr. Emmerich mit, daß eine Aufsichtsratsitzung der Ost-Energie AG für den nächsten Tag einberufen worden sei. In dieser Aufsichtsratsitzung wolle man sich über verschiedene Einzelheiten der Errichtung bezw. der Inbetriebnahme eines Kraftwerkes bei Kressendorf informieren; es solle auch ein Lokaltermin stattfinden. Die Errichtung dieses Kraftwerkes diene vor allem der Sicherung der Stromversorgung im Generalgouvernement, die allerdings wieder von der Verbindung mit Oberschlesien abhängig sei.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß der frühere Präsident der Hauptabteilung Finanzen, der jetzige Oberfinanzpräsident Spindler, aus dem Aufsichtsrat der Ost-Energie AG ausscheiden möge. Wenn eine Persönlichkeit lediglich kraft eines öffentlichen Amtes Aufsichtsratsmitglied oder Aufsichtsratsvorsitzender sei, dann müsse sie bei Fortfall dieses seines Amtes aus dem Aufsichtsrat ausscheiden.

13^{00} Mittagessen.

15^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Slowakischen Propagandachef Minister Tido Gaspar, der in Begleitung des Gesandtschaftsrats Dr. Endrös und seines persönlichen Referenten erschienen ist.

Anwesend sind ferner Präsident Ohlenbusch, Botschaftsrat Dr. Schumburg und Pressechef Gassner.

13.7.1944

Minister Gaspar verabschiedet sich von dem Herrn Generalgouverneur mit Worten des Dankes für die schönen Stunden, die er in Krakau erlebt hat.

Der Herr Generalgouverneur überreicht Minister Gaspar zum Andenken an seinen Besuch in Krakau ein Exemplar des Behaim-Codex mit eigenhändiger Widmung.

17^00 Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Generalleutnant Schindler, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Gerteis, Generalarbeitsführer Hinkel, Präsident Struve und Stabsführer beim höheren SS- und Polizeiführer SS-Obersturmbannführer Reich.

Der Herr Generalgouverneur teilt zunächst mit, daß Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller morgen zu einer Besprechung nach Krakau kommen werde, und bittet Präsident Gerteis, ihn zu empfangen.

Staatssekretär Koppe gibt davon Kenntnis, daß der Reichsführer SS ihm den Auftrag gegeben habe, die Weichsel-San-Linie mit allen nur denkbaren Mitteln und im schnellsten Tempo auszubauen. Er habe demnach persönlich die Verantwortung für den Ausbau dieser Stellung zu tragen und müsse befehlsgemäß alle noch vorhandenen Kräfte dafür einschalten. Da ergebe sich zunächst die Frage, inwieweit der bewährte und gut qualifizierte Baudienst für diese Aufgabe eingesetzt werden könne. Es müsse nun geprüft werden, ob der Bau der Rochadelinie oder der Stellungsbau Weichsel-San von grösserer Wichtigkeit sei.

Präsident Gerteis gibt eine Übersicht über die z.Zt. mit starken Kräften des Baudienstes durchgeführten Arbeiten an Eisenbahnlinien des Generalgouvernements. Er halte sich nicht für befugt, auf die Weiterführung dieser Arbeiten zu verzichten.

13.7.1944

Der Herr Generalgouverneur will zunächst die Frage beantwortet wissen, welche Angebote von der Leitung des Baudienstes gemacht werden könnten. Er stelle fest, daß die von Präsident Gerteis erwähnten Eisenbahnbauten von größter auch kriegsentscheidender Wichtigkeit seien. Die Durchführung dieser Bauten sei von obersten Reichsstellen angeordnet, und eine Einstellung durch Abzug von Arbeitskräften des Baudienstes könne nicht verantwortet werden. Für den Stellungsbau Weichsel-San müßten die bereits tätigen Kräfte angesetzt werden, die jetzt noch im Dienste der Wehrmacht ständen. Diese zivilen Kräfte müßten allerdings zum 1. August ausgetauscht werden.

Staatssekretär Koppe ist der Ansicht, daß abgesehen von einer Heranziehung des Baudienstes auch die zivilen Kräfte ganz erheblich verstärkt werden müßten. Die Stellung solle in 4 oder 5 Wochen verteidigungsfähig sein. Die Arbeiten z.B. für die Festlegung der Trasse seien bereits in Angriff genommen, auch könne der von General Haenicke aufgestellt Plan übernommen werden.

Präsident Struve betont, daß im Rahmen des festgelegten Bauprogramms z.Zt. die Zahl der zur Verfügung zu stellenden Arbeitskräfte kein Problem sei. Aber für die Durchführung eines so umfassenden Bauvorhabens gehöre eine Organisation bautechnischer Art mit Baufirmen, Baugerät, rollendem Material usw., und das alles fehle vorläufig noch.

Der Herr Generalgouverneur will auf diese Einzelheiten nicht eingehen, gibt aber der Auffassung Ausdruck, daß es unter Aufrechterhaltung des gesamten Arbeitspotentials, das weder im Sektor des Transportes noch im Sektor der Rüstungsindustrie irgendwie durch dieses Bauvorhaben berührt werden dürfe, möglich sein müsse, positive Vorschläge zu machen. Deswegen verlange er, daß als 3. ganz grosses Arbeitsgebiet neben Eisenbahnbauten und Ausbau

der Rüstung diese San-Weichsel-Stellung gebaut werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalarbeitsführer Hinkel, daß z.Zt. der gesamte Baudienst für bestimmte Arbeiten eingesetzt sei: 21 900 Mann bei der Eisenbahn, 6 136 Mann bei der Wehrmacht z.B. für den Ausbau von Flugplätzen. Es werde sich aber ermöglichen lassen, mehrere Abteilungen des Baudienstes unter Umständen für den Stellungsbau frei zu machen. Weitere Einberufungen zum Baudienst seien z.Zt. angesichts der Überlastung der Baudienstführer nicht möglich.

Abschliessend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß bei genauer Überprüfung der dem Baudienst gestellten Aufgaben wohl immerhin 6- bis 7 000 Mann für den Stellungsbau zur Verfügung gestellt werden könnten.

IX/8

Krakau

Freitag, den 14. Juli 1944

11^{30} Besprechung mit General Haenicke.

11^{50} Besprechung mit General Haenicke, den Staatssekretären Dr. Boepple und Koppe und Präsident Dr. von Craushaar.

Zur Besprechung wird später Präsident Dr. Eißfeldt hinzugezogen.

Thema der Besprechung ist die Sicherheitslage im Generalgouvernement. Infolge des Abzuges von 3 Polizeiregimentern aus dem Generalgouvernement an die Ostfront und infolge der ungewöhnlichen Ersatznotwendigkeiten für die verschiedenen ungeheuer gesteigerten Frontbedürfnisse ist eine weitere Verstärkung von Wehrmachtskräften im Generalgouvernement nicht möglich.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt auf Vorschlag des Generals Haenicke den Übergang vom Stützpunkt- zum Schwerpunktsystem derart, daß an einzelnen erntewichtigen Zentralpunkten des Generalgouvernements entweder von der Wehrmacht oder von der Polizei grössere Schwerpunkte gebildet werden. Die dadurch auftretenden Schwierigkeiten und allenfallsige Mindererträge der Ernte müßten eben angesichts der schwierigen Lage des Gesamten in Kauf genommen werden.

Staatssekretär Koppe spricht die Hoffnung aus, für die abgezogenen Polizeikräfte einigen Ersatz zu bekommen.

Im Anschluß daran teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß der Ausbau der Weichsel-San-Stellung auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements übergegangen sei. Er bitte, dem Staatssekretär Koppe hierbei jegliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Er selbst habe bereits am Vortag die diesbezüglichen Arbeitseinsatzbefehle gegeben.

2

14.7.1944.

Im Anschluß daran berichtet Präsident Eißfeldt über seine Bemühungen, den Tankholzertrag im Generalgouvernement zu steigern. Dies sei nur möglich, wenn er von der Wehrmacht oder von der Polizei die nötige Exekutive dafür erhalte.

Es soll nun versucht werden, den Aufbau der Schwerpunkte im Generalgouvernement so zu legen, daß 3 grosse Schwerpunkte in die Nähe von grösseren Holzbezirken gelegt werden, um damit einen gemeinsamen Schutz der Ernteerfassung und der Holzaufbringung soweit als möglich zu gewährleisten.

Präsident Eißfeldt berichtet weiter über die steigende Unmöglichkeit, den Holzanforderungen der Truppe aus dem Generalgouvernement zu entsprechen. Er macht darauf aufmerksam, daß durch die persönlichen Ämterwechsel im Reichsforstamt zu Berlin eine grosse Unstetigkeit in der Behandlung der Holzversorgungsfragen eingetreten sei. Er schlägt vor, einige Herren des Reichsforstamtes ins Generalgouvernement zu persönlichen Besprechungen einzuladen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Eißfeldt mit der Vorlage eines diesbezüglichen Einladungsbriefes.

In der Angelegenheit "Delta, Holzaufbringungswerk der Luftwaffe" äussert der Herr Generalgouverneur seine Befriedigung über den Inhalt eines Schreibens des Generalfeldmarschalls Milch, indem von diesem die vom Herrn Generalgouverneur gestellten Bedingungen für die weitere Aufrechterhaltung des Holzbeschaffungswerkes Delta angenommen sind. Er beauftragt Präsident Eißfeldt, ihm auf dieses Schreiben einen Antwortbrief vorzulegen.

Staatssekretär Dr. Boepple übergibt dem Herrn Generalgouverneur einen schriftlichen Bericht über seine Reise nach Leipzig, die er im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs aus Anlaß des 70. Geburtstages des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke durchgeführt hat.

14.7.1944

12^{35} Besprechung mit Oberst Fischer und dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

Gegenstand der Besprechung ist der am nächsten Tage stattfindende Empfang der Führer des Sonderdienstes.

13^{00} Mittagessen.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Ganzenmüller, Ministerialdirektor Dr. Müller in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple, Präsidenten Gerteis und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Thema der Besprechung ist die vom Reichsverkehrsminister auf Grund einer Führerweisung geforderte Übernahme der Ostbahn in die Generalverkehrsdirektion Osten unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Müller.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß die Einheitlichkeit der deutschen Führung dieses Raumes, wie sie das bis jetzt allen gewohnte Bild nach aussen darstelle, unbedingt gewahrt bleiben müsse. Die Ostbahn stelle 3/5 der Gesamtpotenz dieses Raumes dar, und im jetzigen kritischen Augenblick könne sie mit ihren 150 000 Angestellten und Arbeitern nicht eine Reichseinrichtung werden. Diese Umorganisation würde unter die Polen größte Beunruhigung bringen, da sie dadurch fest davon überzeugt würden, daß das Reich ihnen im Laufe der Zeit alles wegnehmen würde. 16 Millionen Fremdvölkische müßten in diesem Raum im Interesse des deutschen Sieges in Ordnung gehalten werden; nach dem Abzug von 3 Polizeiregimentern an die Ostfront stünden als Exekutivkräfte für diesen Raum mit seinen 150 000 qkm nur noch 2 schwache Regimenter zur Verfügung. Jede Beunruhigung der Fremdvölkischen müsse darum vermieden werden. Die Polen müßten das Vertrauen haben, daß der Führer einmal erklären werde, im Generalgouvernement werde eine polnische Staatsverwaltung ähn-

lich der des Protektorats eingerichtet. Werde mit der Ostbahn ein wesentliches Stück aus der einheitlichen Führung dieses Raumes herausgeschnitten, dann verliere das Generalgouvernement seinen Lebensnerv.

Eine Auflösung der Generaldirektion der Ostbahn und die Führung der Ostbahn durch die Generalverkehrsdirektion Osten von Bromberg aus würde auch unzweckmässig sein, da die Voraussetzungen für ein Funktionieren der Ostbahn, also die gesamten Personalsachen, Bereitstellung der Arbeitskräfte, Schaffung der Ernährung, Bekleidung usw. doch nur von der Regierung des Generalgouvernements gemacht werden könnten. Ein Betrieb mit 150 000 Angestellten und Arbeitern brauche eine eigene Spitze im Lande. Für den gesamten Sektor der nicht verkehrsmässigen aber aus den Bedingungen des Generalgouvernements aufsteigenden gemeinsamen Aufgaben der Ostbahndirektionen müsse eine Zentrale in Krakau bestehen, und auch die Verkehrsinteressen des Generalgouvernements müßten von Krakau aus wahrgenommen werden. Wenn das Land durch eine solche Umorganisation plötzlich in Aufruhr komme, gebe es keine Erfüllung der Aufgaben des Generalgouvernements im Reichsinteresse mehr. Es gebe nur einen Weg und der sei, daß die Ostbahn mit ihrer Generaldirektion und ihren 3 Eisenbahndirektionen nach aussen bestehen bleibe, und alles, was den Betrieb und Verkehr angehe, restlos der Reichsbahn übertragen werde. Nach aussen hin dürfe eine Umorganisation unter keinen Umständen in Erscheinung treten.

Staatssekretär <u>Ganzenmüller</u> verweist darauf, daß er den Befehl habe, den ganzen Ostraum transporttechnisch von einer Stelle aus einheitlich führen zu lassen. Dieser Ostraum werde infolge der Entwicklung an der Front immer kleiner, sodaß jetzt die Ostbahn mit dem bisher bestellten Ostraum zusammengeschaltet werden müsse. Die Fronten seien so beweglich, daß unbedingt eine Stelle da sein müsse, die die notwendigen Truppenverschiebungen einheitlich nach den Wünschen der Militärs ohne viel zu verhandeln vornehmen könne. So sei er auch gezwungen, die Reichs-

bahnverkehrsdirektion Königsberg an Warschau anzuhängen. Wenn zur Aufrechterhaltung der guten Stimmung der Polen ein weiteres Verbleiben des Präsidenten Gerteis in seinem Amt notwendig sei, stehe dem nichts entgegen. Man könne den Betrieb nicht vom Verkehr, vom Bau oder von der Führung des deutschen Personals trennen. GVD und GedOB müßten in ihrer Leitung zu engster Zusammenarbeit verpflichtet werden, und die GedOB müsse Weisungen entgegen nehmen, soweit sie das Verkehrs- und Transportwesen beträfen.

Nach längerer Aussprache werden vom Herrn Generalgouverneur folgende Gedanken für eine Einigung skizziert, auf Grund derer die weiteren Verhandlungen stattfinden sollen:

Bestehen bleiben die Hauptabteilung Eisenbahnen in der Regierung des Generalgouvernements, die Generaldirektion der Ostbahn und die 3 Eisenbahndirektionen sowie die Ostbahn als Wirtschaftskörper. Die Generaldirektion der Ostbahn wird aufs engste an die Generalverkehrsdirektion Osten angegliedert im Hinblick auf die dringende Kriegsnot. Weisungen die Ostbahn betreffend sollen womöglich dem Generalgouverneur zur Stellungnahme zugeleitet werden. Die GVD hat gegenüber der GedOB Weisungsrecht. Die Ostbahn wird von den Reichsbahnbehörden als Einrichtung des Generalgouvernements geachtet und anerkannt und nicht als zum Sterben verurteiltes Instrument angesehen. Kameradschaftliche Zusammenarbeit ist erste Pflicht.

Ministerialdirektor Dr. Müller gibt der Überzeugung Ausdruck, daß er mit Präsident Gerteis auf dieser Basis zusammen arbeiten könne. Er werde nicht mehr verlangen, als was er für die Führung seines Amtes unbedingt brauche.

Der Herr Generalgouverneur verpflichtet Präsident Gerteis, jede Maßnahme im Interesse des Krieges, die Ministerialdirektor Dr. Müller als Leiter der GVD von der Ostbahn verlange, den Interessen des Landes Generalgouvernement voranzustellen. Er gebe ihm Vollmacht, jede Angelegenheit, die für die Front wichtig sei, selbständig in seinem Namen zu erledigen.

14.7.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt dann bekannt, daß er an seine Gouverneure die amtliche Aufforderung zum Abtransport der deutschen Frauen und Kinder samt ihren Gütern geben müsse.

Staatssekretär Ganzenmüller erwidert, daß eben für den Abtransport dieser 100 000 Menschen eine Evakuierungsaktion gestartet werden müsse, deren Einzelheiten er mit Präsident Gerteis besprechend wolle. Auch in Ostpreussen werde eine solche Aktion gestartet werden müssen.

Im Anschluß der Besprechungen verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgender Fernschreiben an Generalfeldmarschall Keitel:

> In eingehenden Besprechungen haben die Unterzeichneten heute die gesamten Fragen der Regelung der einheitlichen Führung des Bahnverkehrs im Osten zur beiderseitigen Zufriedenheit geklärt. Wir sind über alle Fragen ins reine gekommen.
>
> gez. Staatssekretär Ganzenmüller
> gez. Generalgouverneur Frank.

16[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

19[00] Gastspiel des Schillertheaters mit Heinrich George in dem Schauspiel "Katrin" von Walter Stanietz.

Sonnabend, den 15. Juli 1944

11^{00} Besprechung mit Regierungsrat Frhr. von Medem.

Der Herr Generalgouverneur weist Regierungsrat Frhr. von Medem an, in Zusammenarbeit mit Präsident Dr. von Craushaar ein genaues Programm darüber aufzustellen, wieviel Beamte und Angestellte angesichts ihrer kriegswichtigen Tätigkeit unter allen Umständen behalten werden müßten. Vor allem müsse festgestellt werden, welches Personal in einer Kreishauptmannschaft vorhanden sein müsse, damit sie aktionsfähig bleibe. Auch sei dafür zu sorgen, daß eine gewisse von oben her gelenkte Räumung durchgeführt werde. Alle diese Maßnahmen dürften weder zu neuen Beamteneinstellungen noch zu irgendeiner Art von Panikstimmung unter den Deutschen führen. Andererseits sollten die Familien der Kreishauptleute und der sonstigen Beamten gegebenenfalls genau so das Land verlassen wie die anderen.

Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur Regierungsrat Frhr. von Medem, eine zuverlässige Liste der im Dienst des Generalgouvernements gefallenen Beamten und Angestellten wie Dienstverpflichteten der Allgemeinen Verwaltung aufzustellen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Regierungsrat Frhr. von Medem Kenntnis von den Verhandlungen, die er gestern mit Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller gehabt hat. Er, der Generalgouverneur, habe in diesen Verhandlungen sein Prinzip durchgesetzt, und danach werde die Eisenbahn nach wie vor ein einheitlicher Betrieb unter dem Namen der Gesamtführung des Generalgouvernements bleiben. Ihm gehe es darum, das Einheitsbild der Verwaltung auch auf dem Gebiet der Ostbahn absolut gewahrt zu wissen.

15.7.1944

Der Herr Generalgouverneur geht sodann auf die Frage der Uk-Stellung von Beamten und Angestellten ein.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Frhr. von Medem, daß lediglich beim Staatstheater einige Schwierigkeiten aufgetreten seien, da hier über eine Anzahl junger Orchestermitglieder offenbar noch keine Entscheidung getroffen sei.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß das Orchester auf Grund einer generellen Weisung des Führers zur Verfügung gestellt worden sei und sich die Uk-Stellung auch auf die jüngsten Orchestermitglieder erstrecke. Sollten die Schwierigkeiten nicht behoben werden, so werde er sich persönlich einschalten bezw. Oberst Fischer um seine Vermittlung bitten.

11[15] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Kapellmeister Swarowsky.

Gegenstand der Besprechung sind die Vorbereitungen für die Übernahme der Geschäfte des Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements durch Kapellmeister Swarowsky. Wie Präsident Ohlenbusch mitteilt, besteht zwar grundsätzlich Übereinstimmung hinsichtlich des mit Kapellmeister Swarowsky abzuschliessenden Vertrages; jedoch bedürfe die Geschäftsordnung noch einiger Änderungen.

Präsident Ohlenbusch verliest dann die Bestimmungen des mit Kapellmeister Swarowsky in Aussicht genommenen Vertrages, mit dessen Fassung sich der Herr Generalgouverneur grundsätzlich einverstanden erklärt.

Kapellmeister Swarowsky legt dem Herrn Generalgouverneur das Programm für die nächste Winterspielzeit der Philharmonie vor, das der Herr Generalgouverneur in einigen Punkten geändert wissen will.

15.7.1944

11[35] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Gerteis und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Der Herr Generalgouverneur gibt Kenntnis von dem Inhalt der Verhandlungen, die er mit Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller am gestrigen Tage über die Organisation der Ostbahn geführt hat. In diesen Verhandlungen habe sich ergeben, daß Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller offenbar kein richtiges Bild von der Struktur der Ostbahn habe und über die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und finanziellen Selbständigkeit der Ostbahn nicht genügend unterrichtet sei. Jedenfalls sei es ihm, dem Generalgouverneur, gelungen, die Organisation der Ostbahn in ihrer grundsätzlichen Form zu retten.

11[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Die Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Boepple, daß Teile der Luftflotte nach Miechow zurückverlegt und für sie die Räume der deutschen Schule freigemacht werden sollten, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der an Staatssekretär Dr. Boepple erteilten Weisung, sich unverzüglich mit Gouverneur Kundt telefonisch in Verbindung zu setzen und ihn darauf hinzuweisen, daß diese deutsche Schule unter keinen Umständen von Truppenteilen belegt werden dürfe. Es sei sehr wohl möglich, Wehrmachtsteile ausserhalb der Städte auf Gütern unterzubringen, und dafür sei z.B. im Distrikt Radom ein Gut in der Nähe von Tomaszow durchaus geeignet. Ferner könne Spala wieder einem solchen Zweck nutzbar gemacht werden.

15.7.1944

12:30 Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle, Major a.D. Braun, Referent von Palézieux und SS-Scharführer von Jena.

Rechtsrat Dr. Hammerle teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß nunmehr die Schwadron des Sonderdienstes aufgestellt worden sei. Ihr stehe ausgezeichnetes Pferdematerial zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur dankt Major a.D.Braun für die Betreuung seiner Pferde.

12:35 Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet, daß er einige Schwierigkeiten gehabt habe, um die Wünsche der Wehrmacht mit den Forderungen des SS-Obergruppenführers Koppe hinsichtlich des Sonderdienstes in Übereinstimmung zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dagegen, daß SS-Obergruppenführer Koppe über den Einsatz des Sonderdienstes verfüge, ohne sich mit der Inspektion des Sonderdienstes bezw. der Regierung des Generalgouvernements in Verbindung zu setzen, da er dafür keine Zuständigkeit besitze. Er werde deshalb Gelegenheit nehmen, demnächst mit SS-Obergruppenführer Koppe über interne Fragen des Sonderdienstes zu sprechen. Er müsse unter allen Umständen verlangen, daß der Sonderdienst nicht mehr in der Art der Polizei verwendet werde.

12:40 Besprechung mit Generalleutnant Bork und dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant Bork seinen Dank dafür aus, daß er sich für die Zurverfügungstellung von Wehrmachtsoffizieren für den Sonderdienst eingesetzt hat.

15.7.1944

Weiter ordnet der Herr Generalgouverneur mit sofortiger Wirkung die Zurückziehung der beiden Kompanien des Sicherungsbataillons des Sonderdienstes an, die sich z.Zt. in Lublin und Radom befinden. Sie sollen auf den Truppenübungsplatz Dęba verlegt, dort durch das Wehrkreiskommando ausgebildet werden und dann nach weiterer Anordnung des Generalgouverneurs erneut zur Verfügung stehen.

13^{00} Generalleutnant Bork meldet dem Herrn Generalgouverneur die von der Wehrmacht für die Zwecke des Sonderdienstes zur Verfügung gestellten 14 Offiziere.

Er weist darauf hin, daß diese Offiziere überprüft und für ihre Aufgabe als geeignet befunden worden seien. Alle organisatorischen und sonstigen Vorbedingungen seien geschaffen, damit der Sonderdienst auf eine gesunde kampffähige Basis gebracht werden könne. Die Wehrmacht habe auch die ärztliche, veterinärärztliche und sonstige materielle Versorgung übernommen. Man habe so die Grundlage geschaffen, auf der der Herr Generalgouverneur mit dieser Truppe, die hoffentlich ein ernst zu nehmendes kampfkräftiges Instrument sein werde, die Aufgabe erfüllen könne, deren Erfüllung man von ihr erwarte.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr General! Meine Herren! Ich bin Ihnen, dem Kommando des Wehrkreises und allen beteiligten Herren der Wehrmacht für diese ausserordentliche Hilfe in ausserordentlicher Zeit zu grossem Dank verpflichtet.

Die Leistungen, die in diesem Augenblick das Deutsche Reich in allen seinen Sektoren, die auch die deutsche Wehrmacht vom Generalgouvernement an Lieferung von Waren aller Art, von Ernährungs-, Rüstungsgegenständen und auf dem Gebiete des Transportwesens usw.

erwartet, machen es zur unumstösslichen Bedingung, daß dieses Verwaltungsgebilde Generalgouvernement über eine weitere verwaltungstechnische stabile Organisation verfügt, die zusätzlich zur Polizei den Verwaltungsstellen zur Verfügung steht. Die polizeilichen Aufgaben sind angesichts der Überbelastung der Sicherheitslage in diesem Lande so ausserordentlich stark in Anspruch genommen, daß es schon von Anfang an notwendig war, eine eigene verwaltungstechnische Hilfsorganisation aufzurichten, die ausschließlich und stabil der Verwaltung untersteht. Ich habe damals dafür den Ausdruck "Sonderdienst" geprägt. Ich habe damals nicht hoffen können, daß diese verhältnismässig kleine, nur wenige 1 000 Mann umfassende Truppe eine so grosse Bedeutung für den Verwaltungsdienst im Generalgouvernement erlangen werde. Heute aber darf ich feststellen, daß ohne diesen Sonderdienst, ohne diese braven kleinen Gruppen von 15, 20 oder 25 Mann, über die jeder Kreishauptmann verfügt, die sozusagen die unterste und doch stabilste verwaltungstechnische Schutzorganisation des Generalgouvernements darstellen, der Aufbau dieses Landes nicht zu dieser Höhe hätte geführt werden können, wie es jetzt Gott sei Dank der Fall ist.

Mir obliegt es nun, Ihnen für diesen Einsatz zu danken. Ich kann nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es gelungen ist, die Volksdeutschen und Deutschstämmigen, die wir im Einvernehmen mit der Wehrmacht einberufen, zusammenzufassen, ihnen eine Sicherheit mit auf den Weg zu geben und sie in gewissem Umfange, soweit es für den Dienst notwendig ist, soldatische Handlungen zu lehren, auf daß sie sich in diesem Sinne bewähren können.

Der Sonderdienst ist keine Polizei. Er ist eine rein verwaltungstechnische Hilfsorganisation und wird nie für polizeiliche Aufgaben herangezogen werden. Sollte

das je der Fall sein, so nur bei einem ganz ausserordentlichen Notstand, der uns dazu veranlassen müßte. Der Sonderdienst ist auch keine Wehrmacht; es sind keine Soldaten die hier herangebildet werden und eine klare Ausrichtung erfahren.

Nur mit Hilfe des Einsatzes der kleinen Sonderdienstabteilungen war es möglich, daß der Distrikt Lublin im Monat Mai das vorgeschriebene Wehrmachtsablieferungssoll von 12 000 Rindern erfüllte. Nur die Sonderdienstleute haben diese Rinder herbeigeschafft. Wenn Sie bedenken, daß sich diese Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft über ein ganzes Jahr erstrecken, so werden Sie erkennen, daß der an Sie, meine Herren, gerichtete Ruf des OKW, sich für die Dienstleistung im Sonderdienst zur Verfügung zu stellen, nicht etwa eine Diminuierung soldatischer Wirksamkeit bedeutet, sondern daß Sie angesichts der Ihnen nunmehr gestellten Aufgabe, dem Aufbau des Generalgouvernements durch die Mitwirkung des Sonderdienstes zu helfen, eine eminent fruchtbare und kriegswichtige Tätigkeit ausüben.

Ich bin Ihnen, Herr General, zu ganz besonderem Dank verpflichtet. Ich habe ja in dieser Zeit alle Hilfe nötig, um den Aufbau in Gang zu halten und meine Aufgaben erfüllen zu können. Denn wir werden in zunehmendem Masse das, was wir eigentlich 1939 schon waren: das einzige grosse Bollwerk der Ordnung und Wohlgefügtheit im Osten. In diesem Bollwerk sollen Sie sich nun auf Befehl der Wehrmacht betätigen. Ich kann Ihnen nur meinen Dank aussprechen und meiner Erwartung Ausdruck verleihen, daß Sie mit der gleichen Verantwortung, die uns veranlaßt hat, die Einrichtung des Sonderdienstes ins Leben zu rufen, in vorbildlicher Weise Ihren Dienst versehen werden. Mit dem Herren der Regierung des Generalgouvernements werden ich und der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Ihnen in jeder Weise helfen. Die Hauptsache wird sein, daß wir den soldatischen Charakter der Truppe bewahren.

15.7.1944

Die Offiziere werden darauf dem Herrn Generalgouverneur von Generalleutnant Bork vorgestellt.

13^{15} Mittagessen.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/8

Sonntag, den 16. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in

Kressendorf.

IV/8

Krakau

Montag, den 17. Juli 1944

10⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Regierungsrats Frhr. von Medem den Kreishauptmann Dr. Zinser-Dębica und überreicht ihm seine Bestallungsurkunde zum Kreishauptmann.

11¹⁰ Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler und Hauptbannführer Schimmelpfeng.

Hauptbannführer Schimmelpfeng gibt dem Herrn Generalgouverneur im Auftrage des Reichsjugendführers Kenntnis von der beabsichtigten Verlegung einer SS-Panzerersatzbrigade "Hitler-Jugend" nach Krakau bezw. Rabka.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen die Verlegung dieser Ersatzbrigade nach Krakau, ist vielmehr der Auffassung, daß eine solche militärische Formation, wenn sie auch noch unausgebildet sei, möglichst in ein bandengefährdetes Gebiet wie etwa den Distrikt Lublin gelegt werden müsse, um so mehr in einer Zeit, in der die polizeilichen Exekutivkräfte des Generalgouvernements so gering an Zahl seien. Er könne sich also nur damit einverstanden erklären, diese Brigade militärisch kriegsbedingt unterzubringen. Nach dem 15. Oktober, also nach Abschluß der Erntearbeiten, könne sie dann unter Umständen nach Rabka gebracht werden.

Die Frage, ob das Lager Rabka zu dem Zweck einer solchen Verwendung zunächst weitergebaut werden kann, will der Herr Generalgouverneur demnächst einer Besprechung unterziehen. Grundsätzlich sei allerdings gegen den weiteren Ausbau von Rabka nichts einzuwenden, da man es ja für zahlreiche Zwecke, so vor allem auch für Lazarette dringend brauche.

2

17.7.1944

11.25 Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11.30 Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar in Gegenwart des Oberdienstleiters Tießler.

11.50 Staatssekretär Koppe berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die vorbereitenden Maßnahmen, die er für die Inangriffnahme des Stellungsbaus San-Weichsel getroffen hat. Er habe auch nach Möglichkeit dafür gesorgt, daß Material, kleines und grosses Arbeitsgerät usw. herangeschafft würden. Präsident Bauder habe veranlaßt, daß deutsche und polnische Baufirmen, die nicht mit Arbeiten für den Bau der Rochadelinie oder sonstiger strategisch wichtiger Bahnen oder für die Rüstungsindustrie arbeiteten, für den Stellungsbau herangezogen würden. Die Hauptabteilung Arbeit sei bestrebt, die Zahl der eingesetzten Zivilarbeiter von 30- bis 40 000 auf 60 000 zu erhöhen. Die Zahl solle dann, wenn möglich, auf 100 000 gebracht werden. Auch die Partei habe sich in den Dienst dieses grossen Unternehmens gestellt, und ebenso sei die technische Nothilfe eingespannt worden. Ferner solle vom Reichsministerium Speer ein Verbindungsmann gestellt werden, der für Materialnachschub zu sorgen habe.

12.10 Besprechung mit Oberst Forster und Oberstleutnant Roedenbeck.

15.50 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

16.45 Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

17.35 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/2

Dienstag, den 18. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IX/8 S. 1 Krakau

Mittwoch, den 19. Juli 1944

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Arbeitssitzung im Grünen Zimmer in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Stuckart vom Reichsinnenministerium.

Thema: Reichsverteidigungsangelegenheiten.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Boepple,
Staatssekretär Koppe
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Struve
Präsident Dr. Teitge
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Gouverneur Dr. Wendler
Oberdienstleiter Tießler
Kreishauptmann Dr. Schwender
Oberlandesverwaltungsrat Weirauch
Oberregierungsrat Dr. Luxenberg
Oberregierungsrat Dr. Bergemann
Direktor Schmid
Militärverwaltungschef Medicus -Gen.St.H.
Ministerialrat Kettner - RMdI
Ministerialrat Klas - RMdI
Regierungsrat Müller-Heidelberg-Parteikanzlei

Der Herr Generalgouverneur:

Ich habe die grosse Freude, Sie, Herr Staatssekretär Dr. Stuckart, und Ihre Begleiter in unserem Kreise auf das herzlichste zu begrüssen. Ich freue mich ganz besonders, daß Sie in diesem ausserordentlich ernsten und für uns sehr brennenden Augenblick der Entwicklung der Lage hierher gekommen sind. Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen sagen, daß der Verwaltungsapparat des

Generalgouvernements in allen Sparten einheitlich geschlossen und aktionsfähig dasteht und den Aufgaben in seinem Bereich gewachsen ist. Wir haben keinerlei Besorgnisse aus der inneren Situation des Landes heraus, trotzdem uns wesentliche deutsche Polizeikräfte entzogen wurden, die fast 3/5 der Truppenpolizei dieses Raumes umfassen. Wir sehen hier die Früchte eines Bemühens, die Bevölkerung einigermassen anständig zu behandeln und mit dem Glauben an eine höhere Verbundenheit ihres Schicksals mit dem des deutschen Volkes zu erfüllen.

Ich hoffe, daß wir aus der inneren Lage allein heraus durchaus aus eigenem im Stande sind, das Land in Ordnung zu halten. Wir würden heuer eine gute Ernte bekommen, um die Ernährungssituation durchhalten zu können. Unsere Rüstungswerke sind in vollem Betrieb, unser Eisenbahnwesen ist im wesentlichen intakt, die ganzen Währungs-, Wirtschafts- und sonstigen Angelegenheiten befinden sich in erfreulicher Entwicklung, sodaß ich, wenn ich meine Augen nur auf den inneren Sektor richten würde, sagen könnte, daß das Land in Ordnung ist, und daß es auch seine Aufgabe erfüllen kann.

Mitten in dieses schöne Entwicklungsbild, daß insbesondere gestärkt wird durch die erfreuliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der SS und Polizei, kommt nun ein Rückschlag, für den wir hier nicht verantwortlich sind. Die Lage an der Front und die daraus sich entwickelnde Stimmung können wir zwar durch geistige Gegenwirkung etwas ausgleichen, nicht aber beseitigen in einem Augenblick, da der Feind 17 km vor Lemberg steht und leichte sowjetische Kavallerieverbände die Ostgrenze des Distrikts Lublin am Bug überschritten haben. Der Verlust von Galizien und Lublin bedeutet für uns zunächst ernährungsmässig eine ungeheure Erschwerung der Lage, die wir ohne Hilfe des Reiches kaum mehr meistern können, bedeutet weiter eine ungeheure geistig-seelische Belastung der

Bevölkerung und wird uns auf dem Gebiete des Transportes, der Räumung und der Wohnungen ungeheure Schwierigkeiten bringen. So sehen wir also das schöne Bild, das wir aus dem Innern aufgebaut hatten, ins Wanken geraten.

Wir sind in diesem Augenblick, da Sie, Herr Staatssekretär, zu uns kommen, zu ernsten Maßnahmen gezwungen. Aus Lemberg wurde heute morgen der letzte Menschentransport rausgelassen. Jetzt befinden sich in Lemberg nur noch der Gouverneur mit seinem Einsatzstab und der SS- und Polizeiführer. Die Situation ist ausserordentlich ernst, da insbesondere auch durch den Angriff der Sowjets bei Kowel in Richtung auf Lublin eine grosse Erschwerung der Kriegslage an den Ostgrenzen des Generalgouvernements eingetreten ist. Wir stehen also vor Nahrungs-, Transport-, Räumungs-, Flüchtlings- und allgemeinen politischen Schwierigkeiten in diesem Raum. All dem gegenüber besitze ich nur noch einen ganz kleinen kaum nennenswerten Einsatz von deutschen Männern, die aber ihre Pflicht voll und ganz erfüllen. Unsere Polizeikräfte sind von ausserordentlicher Einsatzfreude erfüllt.

In einem Punkt wurde die Gefahr nicht so groß, wie wir angenommen haben, und zwar auf dem Gebiete des Banditentums. Hier wird sich wohl auch bei einem Näherkommen der Front die Lage nicht wesentlich verschlechtern; immerhin ist aber damit zu rechnen, daß nunmehr doch eine Auslösung eines aufstandähnlichen Ereignisses eintreten wird, das uns dann im Innern eine ungeheure Belastung bringen würde.

Ich danke Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Stuckart, und allen Herren des Reichsinnenministeriums, vor allem Reichsführer SS Himmler, für das der Lage des Generalgouvernements entgegengebrachte grosse Verständnis. Eines der erfreulichsten Ausdrücke des Verständnisses ist Ihre heutige Anwesenheit.

19.7.1944

Staatssekretär Dr. Stuckart dankt dem Herrn Generalgouverneur für die herzlichen Worte der Begrüssung. Trotz aller Schwere des Auftrages, der ihn hierher führe, sei er gern ins Generalgouvernement gekommen, da er der Überzeugung sei, daß ein innerer Gleichklang das Reich und insbesondere das von Reichsführer SS Himmler geleitete Innenministerium mit der Leitung des Generalgouvernements verbinde. Er wolle hier eine Reihe von Fragen zur Sprache bringen, die ihm auf Grund seiner Reisen in die verschiedensten Heimatgaue während der letzten Wochen und Monate aus Erfahrungen geworden seien. Er sei hierher gekommen, um, soweit es im Rahmen des Reiches und im Rahmen des Reichsführers SS und seines Ministeriums möglich sei, dem Generalgouvernement Hilfe anzubieten. Darüber hinaus wolle er sich über die Notwendigkeiten und Bedürfnisse des Generalgouvernements unterrichten lassen und daraus dann dem Reichsführer SS Maßnahmen vorschlagen oder selbst treffen.

Der Bewegungskrieg im Bereich der Heeresgruppe Mitte und nun auch der Heeresgruppe Süd habe unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf das Generalgouvernement und auch auf das Reichsgebiet. Diese Auswirkungen müßten frühzeitig überlegt und in die Gesamtplanungen sowohl des Reiches als auch des Generalgouvernements eingeschaltet werden. Vor allem müßten die Planungen des Reiches auf die im Generalgouvernement auftretenden Notwendigkeiten abgestimmt werden. Trotz allen Ernstes der Lage wolle er darauf hinweisen, daß kein irgendwie gearteter Grund zu einem Defaitismus gegeben sei. Die Schwierigkeit der Lage könne nur dazu führen, daß um so entschlossener gehandelt werde. Erstes Gebot sei die Bewahrung souveräner Ruhe. Diese souveräne Ruhe bedeute entschlossenes Durchdenken und entschlossenes klares Handeln. Dieser Grundsatz werde schon von Anfang an im Generalgouvernement beachtet. Leider habe man dies aber in anderen Bereichen des Ostens nicht erlebt. So habe man in Litauen

unmögliche Zustände erlebt. Dort seien die zivilen Stellen, lange bevor der Feind kam, mit ihren Frauen und ihrem Beutegut ins Reich abgereist und hätten in der Heimat dadurch einen geradezu vernichtenden Eindruck erweckt. Er sei überzeugt, daß das hier nicht der Fall sein könne, bitte aber, mit den drakonischsten Mitteln einzuschreiten, falls solche Erscheinungen hier auftreten sollten. Das gelte auch für die Trosse der Wehrmacht. Sollten die Wehrmachtsstreifen zur Verhinderung solcher Erscheinungen nicht ausreichen, müsse die Polizei eingreifen. Erfahrungsgemäß würden solche Erscheinungen immer dann ausgelöst, wenn die Führung zu frühzeitig ihren vorgeschobenen Posten verlasse. Wenn es so sei, wie der Herr Generalgouverneur eben geschildert habe, daß z.B. Gouverneur Wächter mit einem Stoßtrupp bis zuletzt in der Stadt bleibe, könnten derartige Verhältnisse nie eintreten.

Der Herr Generalgouverneur habe bereits auf die besondere Bedeutung des Generalgouvernements hingewiesen; diese Bedeutung des Generalgouvernements müsse er in politischer und militärischer Hinsicht ganz besonders unterstreichen. Im Generalgouvernement sei bekanntlich zum ersten Mal ausserhalb des Reiches die deutsche Staatshoheit aufgerichtet worden. Das habe insbesondere im Verhältnis zu unserem östlichen Gegner eine enorme politische und militärische Bedeutung. Es hänge politisch sehr viel davon ab, daß es uns gelinge, wesentliche Teile des Generalgouvernements von den Sowjets frei zu halten. Davon werde die Haltung Stalins für die zukünftige Entwicklung entscheidend abhängen. Damit sei hervorgehoben, wie wichtig und verantwortungsvoll für alle Männer die Tätigkeit hier im Generalgouvernement sei. Das Generalgouvernement sei heute politisch und verwaltungsmässig ein fester Organisationsbock: zivil gesehen sei er der festgefügteste Sturmbock, den man gegen die östliche Flut besitze. Es komme also darauf an, diesen Sturmbock zu halten, vor allem auch nach innen zu halten, d.h. alle Dinge abzuwehren, die dazu führen könnten,

die Geschlossenheit und Einheit der Führung gegenüber den Polen zu untergraben. Er sei auf Grund seiner Kenntnis der Verhältnisse des Generalgouvernements, dank der klaren vom Herrn Generalgouverneur betriebenen Polenpolitik, der Überzeugung, daß die deutsche Autorität gegenüber den Polen erhalten bleibe, wenn die Festigkeit und Einheit der Führung in der Person des Herrn Generalgouverneurs unumschränkt aufrechterhalten werde. Er sei jederzeit bereit, die Aufrechterhaltung der Einheit und autonomen Führung dieses Raumes zu unterstützen.

Staatssekretär Dr. Stuckart bringt dann eine Reihe von Fragen zur Sprache, die mit den unmittelbaren Fragen des Krieges in diesem Raum zusammenhängen:

Zunächst gibt er 2 noch nicht veröffentlichte Erlasse des Führers über die Befehlsgewalt im Reichsgebiet, das evtl. unmittelbar oder mittelbar in die Kampfhandlungen einbezogen wird, bekannt. Sie beinhalten im wesentlichen die Aufrechterhaltung der zivilen Verwaltung und eine Koordinierung zwischen dem Inhaber vollziehender Gewalt und dem Chef der Zivilverwaltung.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Stuckart, eine sinngemässe Anwendung dieser Erlasse auf das Generalgouvernement nicht in Kraft zu setzen, da sich im Generalgouvernement die Führeranordnung vom 24. Februar 1944 über die Regelung der Befehlsverhältnisse zwischen Zivilverwaltung und Wehrmacht sehr gut eingespielt und bewährt habe. Die beiden Führererlasse würden für die Verhältnisse im Generalgouvernement einen Rückschritt bedeuten.

Als zweites Problem bringt Staatssekretär Dr. Stuckart Flüchtlings- und Arbeitseinsatzfragen zur Sprache. Das im Frühjahr dieses Jahres aufgestellte Arbeitseinsatzprogramm des Reiches, das in der Zuführung von etwa 4 Millionen ausländischen Arbeitern seine Grundlage habe, sei nicht erreicht worden. Trotz aller Anstrengungen sei nicht

damit zu rechnen, daß die aufgestellten Zahlen an neu dem Reich zuzuführenden ausländischen Arbeitskräften aufgebracht werden können. Die deutsche Rüstung und Landwirtschaft bedürfe aber dringendst der für sie vorgesehenen Arbeitskräfte. Aus diesem Grunde müßten alle irgendwie einsatzfähigen Flüchtlinge unter allen Umständen ins Reich geschleust und dort in den Arbeitseinsatz gebracht werden. Auf Grund einer dafür bestehenden Führeranweisung dürfe an den Grenzen des Reiches keine arbeitseinsatzfähige Kraft zurückgewiesen werden, wobei auch das Kind vom 10. Lebensjahr ab als einsatzfähig angesehen werde.

Das werde auch seine grosse Bedeutung für die einheimische Bevölkerung in diesem Raum haben. Soweit man hier zur Aufgabe von Gebieten gezwungen sei, müßte die arbeitseinsatzfähige Bevölkerung zurückgeführt werden. Im Wartheland seien Vorbereitungen dafür getroffen, die polnische Bevölkerung geschlossen zurückzuführen, soweit es die militärische Lage zulasse. Es sei daran gedacht, die einzelnen Familien geschlossen zurückzuführen, soweit sich die Bevölkerung ruhig verhalte. Wenn jedoch Aufstandserscheinungen aufträten, würden die Arbeitseinsatzfähigen gefangen und allein zurückgeführt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß das im Generalgouvernement genau so gehandhabt werde. Soweit die Familien geschlossen zurückgeführt würden, sei alles in Ordnung.

Staatssekretär Dr. Stuckart führt anschliessend weiter aus, daß aus den östlichen Kreisen Ostpreussens 55 000 Flüchtlinge nach den Gauen Sudetenland und Merseburg evakuiert werden. Mit dieser Maßnahme wolle man vor allen Dingen für die notwendige militärische Organisation des sich dort vollziehenden Aufmarsches dringend benötigten Raum gewinnen. Auch die KLV-Lager würden in dem gefährdeten Raum geräumt.

19.7.1944

Es bestehe nun die Frage, inwieweit es notwendig sei, im Generalgouvernement die KLV-Lager zu räumen und die Angehörigen von in Diensten des Generalgouvernements stehenden Kräften ins Reich zurückzuführen. Er halte es für richtig, die Angehörigen der Männer und Behörden sowie sonstigen Dienststellen des Generalgouvernements ins Reich zurückzuschicken. Er sehe darin keinen Grund für das Auftreten einer Panik bei der polnischen Bevölkerung. Das Zurückschicken dieser Frauen und Kinder sei eine vorsorgliche Maßnahme, durch die Raum für lebensnotwendige und kriegswichtige Einrichtungen freigemacht werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt zur angeschnittenen Frage der Arbeiterbeschaffung für das Reich, daß das Generalgouvernement das ihm auferlegte Jahreskontingent von 100 000 Kräften bis auf 30 000 erfüllt habe. Dieses Kontingent von 100 000 Mann sei zwar gering, hänge aber damit zusammen, daß das Generalgouvernement bisher die größte Abgabedichte von allen besetzten Gebieten habe. Die Abgabe der noch ausstehenden 30 000 Mann bereite keine allzugrossen Schwierigkeiten. Die aus dem Osten an der Grenze des Generalgouvernements eintreffenden Flüchtlinge würden sofort auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht, und die Arbeitseinsatzfähigen würden sofort ins Reich weitergeleitet. Das sei bereits im Gange.

Staatssekretär Koppe weist hier darauf hin, daß er für den ihm übertragenen Ausbau der San-Weichsel-Stellung eine grosse Anzahl von Kräften benötige. Die z.Zt. dort beschäftigten 30 000 Männer und Frauen seien relativ zu gering. Er habe mit den Gouverneuren vereinbart, daß die Flüchtlinge dort zur Arbeit eingesetzt werden sollten, damit man in den nächsten 4 Wochen beim Ausbau des letzten grossen Hindernisses vor den Toren des Reiches zu durchschlagenden Erfolgen kommen könne.

19.7.1944

Staatssekretär Dr. Stuckart berichtet, daß eine ähnliche Regelung bereits in Ostpreussen getroffen worden sei. Alle dort ankommenden fremdvölkischen und volksdeutschen Flüchtlinge würden sofort dem Stellungsbau zugeführt.

Zur Evakuierungsfrage erklärt der Herr Generalgouverneur, daß die Gouverneure die Anweisung erhalten haben, die Frauen und Kinder der deutschen Verwaltungsbeamten ins Reich zurückzuschicken. Staatssekretär Dr. Ganzenmüller habe anlässlich seiner Anwesenheit in Krakau vor einigen Tagen erklärt, daß jetzt noch Züge zum Rücktransport zur Verfügung gestellt werden könnten. Unruhe bei den Fremdvölkischen werde diese Aktion sicherlich auslösen, da auch sehr viele Polen, die die Bolschewiken zu scheuen hätten, mit zurückgingen. Er bitte daher, daß die loyalen in deutschen Diensten stehenden Polen mit ihren Familien die gleichen Möglichkeiten eines Zurückgehens bekämen, wie sie für die brave polnische Bevölkerung im Warthegau vorgesehen sei.

Staatssekretär Dr. Stuckart hält es für das beste, dass die Flüchtlinge in Auffanglager an die Westgrenze des Generalgouvernements geschleust und dort die Arbeitseinsatzfähigen für den Arbeitseinsatz ausgesucht werden. Einsatzfähig sei die Familie, in der die überwiegende Zahl der Angehörigen arbeitsfähig sei.

Präsident Struve weist darauf hin, daß die Arbeitseinsatzbehörden des Generalgouvernements mit ihren Leuten im Stande seien, diese Arbeit selbst vorzunehmen.

Staatssekretär Dr. Stuckart sagt auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs zu, daß die sogenannte Albert-Kommission, die an der Ostgrenze des Reiches die Flüchtlinge aufzunehmen und für den Arbeitseinsatz zu behandeln habe, ihre Einrichtungen den Behörden des Generalgouvernements bekanntgeben wird, um auf diese Weise eine gute Zusammenarbeit herbeizuführen.

19.7.1944

Eine weitere Frage ist die Bereitstellung des für die Aufnahme von Armee- und Heeresgruppen-Einrichtungen notwendigen Raumes.

Staatssekretär Dr. Stuckart führt dazu aus, dass es selbstverständlich sei, daß der Wehrmacht für die nach strengsten Maßstäben ermittelten operativen Einrichtungen ein Vorrang gegeben werden müsse. Es müsse aber genauestens geprüft werden, ob es auch wirklich operative Einrichtungen seien. Auf Grund des Führererlasses vom 12. November 1943 und seinen Durchführungsbestimmungen entscheide darüber, ob eine Einrichtung den operativen Vorrang geniesse, der Reichsverteidigungskommissar, im Generalgouvernement also der Generalgouverneur.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Stuckart in diesem Zusammenhang dringend, daß der Generalbevollmächtigte der Deutschen Verwaltung dafür Sorge tragen möge, daß aus dem Generalgouvernement alle Personen entfernt würden, die infolge der Rückverlegung der Front im Osten ihr Tätigkeitsfeld verloren hätten. Im Generalgouvernement trieben sich eine Menge Leute der verschiedensten deutschen Reichszentralen herum, die angeblich auf ihren Wiedereinsatz im Osten warteten, die Zwischenzeit aber sich im Generalgouvernement in üblen Schiebergeschäften betätigten. Er erinnere hier z.B. an den Wirtschaftsstab Ost, an Angehörige der Organisation Todt, verschiedenes Wehrmachtsgefolge, Transportstaffeln des NSKK usw. Entweder müßten diese Leute sofort zu ihren zuständigen Stellen zurückkehren, oder als dringend benötigte Kräfte für den Stellungsbau San-Weichsel eingezogen werden können.

Staatssekretär Dr. Stuckart erwidert, daß er dieselben Klagen bereits in Ostpreussen gehört habe. Er werde deswegen mit dem OKW Fühlung nehmen. Es sei nichts dagegen einzuwenden, diese Leute im Generalgouvernement

in Dienstverpflichtung zu nehmen. Den Raum, den solche Einrichtungen bisher inne hätten, könne man für den wirklich ernsthaften operativen Wehrmachtsbedarf in Anspruch nehmen.

Ein anderes Problem seien auch die Angehörigen der Ostverwaltungen, die sich vielleicht noch im Generalgouvernement aufhielten. Er habe den Reichsverteidigungskommissaren die Ermächtigung gegeben, daß sie über diese Angehörigen der Ostverwaltungen, seien es Beamte, Angestellte oder Wirtschaftler, frei verfügen könnten, d.h., daß sie diese Kräfte sofort dienstverpflichten und in ihren Dienststellen zum Einsatz bringen und das von diesen mitgeführte Beutegut nützlichen Zwecken zuführen könnten. Ein gleiches Vorgehen könne auch im Generalgouvernement stattfinden. In Fällen, in denen solche Kräfte im Generalgouvernement nicht benötigt würden, bitte er um Nachricht, daß für einen Einsatz im Reich gesorgt werden könne.

Staatssekretär Dr. Stuckart kommt dann auf die schwache Besetzung des Generalgouvernements mit Polizeikräften zu sprechen. Die dem Reichsführer SS noch zur Verfügung stehenden Polizeikräfte seien dankbar gering; mit einer Verstärkung aus dem Reich könne daher weder kräfte- noch waffenmässig gerechnet werden.

Staatssekretär Koppe führt aus, daß das Generalgouvernement für die an die Front abgegebenen 3 Regimenter 8 Kompanien und 4 Mot.-Züge wiederbekommen habe. Für die für die Zeit der Ernteerfassung vorgesehenen 2 Polizeiregimenter und 1 Reiterabteilung habe das Generalgouvernement ein schwaches Regiment und 1 Reiterabteilung bekommen. Die geringere Besetzung müsse eben durch härteren Einsatz und eine stärkere Heranziehung der Deutschen in der Stadt- und Landwacht einigermassen ausgeglichen werden.

19.7.1944

Es wird vereinbart, daß die bereits im Generalgouvernement stehende Kamicki-Gruppe mit 27 000 Mann (4- bis 5 000 Bewaffnete) und eine Gruppe Kaukasier in Stärke von etwa 4 000 Mann als Polizeitruppe im Generalgouvernement verbleiben. Weder Staatssekretär Koppe noch Präsident Dr. von Craushaar legen auf die Anwesenheit von Kosaken, die mit etwa 4- bis 5 000 Familienangehörigen im Anmarsch auf das Generalgouvernement sich befinden, Wert. Staatssekretär Dr. Stuckart wird veranlassen, daß dieser Kosakentreck den Boden des Generalgouvernements nicht betritt.

Der Herr Generalgouverneur gibt davon Kenntnis, daß das Generalgouvernement bis zum 31. 7. von allen KLV-Lagern geräumt ist.

Zur Sitzung erscheint Generalleutnant Bork, der vom Herrn Generalgouverneur begrüßt und über die vorangegangenen Besprechungen kurz informiert wird.

Generalleutnant Bork führt aus, daß er die Aufrechterhaltung der Zivilverwaltung im Generalgouvernement für unbedingt notwendig halte. Die vielen in das Generalgouvernement hereinströmenden militärischen Dienststellen müßten sich an die zivilen Dienststellen im Lande richten können.

Der General erklärt dann an Hand einer Karte die militärische Lage im Raum von Lemberg. 3 durchgebrochene Panzerarmeen bedrohten Lemberg; ebenso seien bei Brest-Litowsk Panzerspitzen durchgebrochen.

Der Herr Generalgouverneur betont den Ernst der Lage und ersucht Staatssekretär Stuckart, daß aus der Verwaltung des Generalgouvernements vorerst keine Beamten zum Wehrdienst eingezogen werden mögen.

Staatssekretär Dr. Stuckart sagt zu, daß das auf das Generalgouvernement entfallende Kontingent sofort auf andere Wehrkreise umgelegt wird.

15

19.7.1944

Gouverneur Dr. Wendler gibt einen kurzen Bericht über die Lage in seinem Distrikt. In 5 Kreisen des Distrikts sei die Räumung bis auf den Verbleib von arbeitsfähigen Restkommandos restlos durchgeführt. Die Vögte und Schulzen seien an Ort und Stelle gelassen, um ihre Mithilfe sofort zur Hand zu haben, wenn man doch noch an die Ernte herankommen könne. Schwierig sei die Waggongestellung gewesen. Seit heute morgen befänden sich die Trecks aus dem Zamoscer Siedlungsgebiet auf dem Marsch.

Die Räumungsstufe II werde ausgedehnt werden müssen. Erhebliche Kräfte werden dem Ausbau der San-Weichsel-Stellung zugeführt. Weiter habe man für den Ausbau Lublins zu einem festen Platz täglich etwa 6- bis 7 000 Kräfte gestellt. Die Stimmung der Deutschen sei absolut ruhig, und alles werde befehlsgemäß abgewickelt. Der Oberbefehlshaber habe wiederholt gebeten, die Verwaltung so zu lassen wie bisher, da die eingearbeiteten Leute die besten Dienste leisteten.

Präsident Dr. von Craushaar macht anschliessend Ausführungen über die Lage der Verwaltung im Generalgouvernement. Haltung und Stimmung der Verwaltungsangehörigen seien einwandfrei. Es herrsche absolute Ruhe und Zuversicht. Die Disziplin der Wehrmacht sei tadellos. Vögte und Schulzen bleiben auf ihren Posten. Die Haltung der Bevölkerung sei im ganzen erstaunlich, besonders im Hinblick darauf, dass man von deutscher Seite weder den Ukrainern noch den Polen für ihre politische Zukunft irgendein Versprechen habe geben können.

Der Herr Generalgouverneur erklärt in diesem Zusammenhang, daß das ganze Polenproblem einmal im Sinne der Verwaltung des Generalgouvernements bereinigt werden müsse. Die Polen hätten sich verdient, daß sie für eine europäische Zusammenarbeit als absolut geeignet angesehen würden.

19.7.1944

Präsident Dr. von Craushaar führt fort, daß die tadellose Haltung der in einem Lager zusammengezogenen 15 bis 20-jährigen Ukrainer ein kleines Beispiel dafür sei. Ständig kämen Polen mit der Bitte, in das Lager aufgenommen zu werden. Er halte es für notwendig und politisch begründet, daß man jetzt auch junge Polen für den Flakhelferdienst heranziehe.

Ein weiteres Beispiel für die loyale Haltung der Polen sei die Tatsache, dass im Erdölgebiet bei 20 000 Polen nur 20 deutsche Aufsichtskräfte und ein geschickter Direktor arbeiteten, und daß im ganzen Gebiet nicht ein Streik ausgebrochen sei.

Die Räumung sei klar durchorganisiert; es existierte ein Flüchtlings- und Räumungsstab in der Regierung und je einer in den Distrikten. Die Regierung erteile die grossen Richtlinien, im übrigen arbeiteten die Distrikte mit den militärischen Stellen zusammen. Die Trecks würden aufgefangen, die nicht arbeitsfähigen Leute seien bis jetzt im Lande eingesickert worden, die arbeitsfähigen sofort in Einsatz gebracht, das Vieh abgeschlachtet worden. Er sei für die Bereitwilligkeit des Reiches zur Aufnahme von Fremdvölkischen dankbar. Bis zu 30 000 Ukrainer könne man in der Slowakei unterbringen, bis zu 70 000 Polen und Ruthenen in Ungarn. Die Verhandlungen mit der Slowakei und mit Ungarn habe man in kurzer Zeit abschliessen können, doch habe die Genehmigung des Reichsaussenministers sehr lange Zeit in Anspruch genommen. Es wäre zweckmässig, diese Genehmigung in kürzester Frist zu erhalten, wenn in Zukunft vordringliche ähnliche Fragen auftreten würden. Mit dem Rest der Fremdvölkischen, die in diesen beiden Ländern nicht untergebracht werden könnten, werde man dem Reich zur Last fallen müssen.

Eine ganz wichtige Frage sei die sofortige Bestimmung eines Aufnahmegaues für Reichsdeutsche, die aus dem Generalgouvernement evakuiert werden müßten. Von dieser Evakuierung seien vorläufig Krakau und Tschenstochau noch ausgenommen.

19.7.1944

Staatssekretär Dr. Stuckart erklärt, daß die zurückzuschaffenden Reichsdeutschen aufgefordert werden müßten, Aufnahme bei Verwandten zu suchen; für diejenigen, die keinerlei Verwandte im Reich hätten, sei zunächst einmal Troppau und z.T. auch das Protektorat und vielleicht auch der Sudetengau vorgesehen. Darüber werde er morgen in Kattowitz Besprechungen pflegen und dann sofort Nachricht geben.

Präsident Dr. von Craushaar führt noch aus, daß im Generalgouvernement KLV-Lager und die deutschen Schülerheime geräumt würden, die geschlossen ins Protektorat überführt würden. Die dadurch frei werdenden Räume müßten grundsätzlich für die von der Front kommenden Einrichtungen freigehalten werden.

Abgesehen von der Unterbringung der aus dem Generalgouvernement zu evakuierenden reichsdeutschen Menschen benötige das Generalgouvernement auch Lagerraum für die aus seinem Gebiet zu verlagernden Güter. Auf diesem Sektor bitte er ebenfalls um Hilfe des Reiches.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf den Erlaß des Generalfeldmarschalls Keitel hin, demzufolge für diese Zwecke auf dem militärischen Sektor die Ostkreise des Reiches in Anspruch genommen werden könnte. Sollten sich in dieser Frage auf dem zivilen Sektor Schwierigkeiten ergeben, müsse mit einer zuständigen Persönlichkeit des Reichsinnenministeriums darüber verhandelt werden können.

Staatssekretär Dr. Stuckart sagt dies zu, bittet aber, hinsichtlich des Raumanspruchs sich größte Bescheidenheit aufzuerlegen, da sonst einfach der Raumbedarf nicht zu befriedigen sei. Er bitte vor allem General Bork darauf hinzuwirken, daß nur das allernotwendigste als operativer Bedarf angemeldet werde, da dieser ja den Vorrang vor allen anderen Dingen besitze.

19.7.1944

Präsident Dr. von Craushaar spricht noch die Bitte aus, daß die Güter, die in Lagern des Reiches aus dem Generalgouvernement eingelagert würden, auch dem Generalgouvernement für eigene Zwecke erhalten blieben.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung mit seinem Dank für die Durchführung dieser allgemeinen Aussprache. Das Generalgouvernement werde seine Probe bestehen und versuchen, dem Reich zu helfen, wie das seine Pflicht sei. Er bitte, die Aussprache am Nachmittag zwecks Erörterung der Detailfragen in der Regierung fortzusetzen.

13³⁰ Mittagessen.

15⁰⁰ Besprechung mit dem Kommandanten des Festen Platzes Lublin, General Moser, in Anwesenheit des Präsidenten Dr. von Craushaar und des Oberregierungsrats Dr. Luxenberg.

General Moser berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der Lage in Lublin. Im Falle der Räumung würden nur 50 Mann SD zur Beaufsichtigung der Fremdvölkischen bei den Schanzarbeiten zurückbleiben.

Sein Verhältnis zur Zivilverwaltung, insbesondere zu Gouverneur Dr. Wendler sei ausgezeichnet und die gegenseitige Zusammenarbeit hervorragend.

20⁰⁰ Liederabend im Saal des Instituts für Deutsche Ostarbeit mit Professor Dr. Hans Pfitzner.

Anschliessend Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

IV/8

Krakau

Donnerstag, den 20. Juli 1944

11⁰⁵ Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, Generalleutnant Bork und Präsident Dr. von Craushaar.

Generalleutnant Bork gibt einen Überblick über die militärische Lage an der Ostfront.

Im weiteren Verlauf der Besprechung werden die Fragen des Ausbaues der Weichsel-San-Stellung und der Räumung behandelt.

Im Zusammenhang mit der Räumungsfrage gibt der Herr Generalgouverneur Weisungen für die Behandlung von Akten- und Archivmaterial der Behörden.

Im Anschluß an diese Besprechung richtet der Herr Generalgouverneur nachstehendes Fernschreiben an den Befehlshaber der Heeresgruppe Nordukraine, Generaloberst Harpe:

Sehr verehrter Herr Generaloberst!

Angesichts der Schwere der Verantwortung in den Entscheidungen, die ich nunmehr auf Grund der Entwicklung der Lage in weitwirkendem Umfange zu treffen habe, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir durch eine persönliche Mitteilung über die militärische Lage des Generalgouvernements in dem Ihnen unterstehenden Frontabschnitt, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungstendenzen dieser Lage eingehend Kenntnis geben würden.

2o.7.1944

1135 Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Koppe
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant Bork
Präsident Gerteis
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Lauxmann
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Bauder
Präsident Naumann
Präsident Ohlenbusch
Oberst Fischer
Oberstleutnant von Dazur
Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur weist einleitend darauf hin, daß mit Rücksicht auf die militärische Lage weitgehend intensive Räumungsmaßnahmen zu treffen seien, daß aber gleichwohl für eine Katastrophenstimmung keinerlei Anlaß gegeben sei. Selbstverständlich wisse der Führer auch Bescheid über die Lage. Er, der Generalgouverneur, könne die beruhigende Erklärung abgeben, daß die Stimmung im Führerhauptquartier ausgezeichnet sei. Im Zusammenhang damit sei es selbstverständlich beachtlich, daß sich die Invasionslage in Frankreich für Deutschland sehr günstig entwickelt habe. Es werde deshalb möglich sein, dem Generalgouvernement in nächster Zeit durch Einsatz neuer Truppenteile eine entscheidende Hilfe zu geben. Für die Führung des Generalgouvernements gelte es jetzt nur, in klarer Weise die engste Zusammenarbeit aller Dienststellen und die Härte der Verantwortung in die Tat umzusetzen.

20.7.1944

Im Vordergrund der zu behandelnden Fragen stehe der Ausbau der San-Weichsel-Stellung, die einen letzten Riegel vor Schlesien darstellen werde.

Er habe gestern noch eine telefonische Verbindung mit Gouverneur Dr. Wächter gehabt und habe im Anschluß an dieses Telefongespräch verfügt, daß Gouverneur Dr. Wächter seine Dienststelle nach Drohobycz verlege. Nach dem Bericht des Gouverneurs Dr. Wächter sei die Stimmung der ukrainischen, aber auch der polnischen Bevölkerung in Lemberg erschütternd.

Generalleutnant Bork gibt darauf einen Überblick über die militärische Lage an der Ostfront.

Über die Vorarbeiten für den Ausbau der San-Weichsel-Stellung berichtet Staatssekretär Koppe. Er habe die gesamten, ihm zur Verfügung stehenden Kräfte der Polizei und SS für diese Aufgabe eingesetzt. Da die Stellung Weichsel-San-Narew das letzte natürliche grosse Hindernis vor den Toren des Deutschen Reiches sei, müsse in kürzester Zeit, und zwar zunächst mit einem Termin von 4 Wochen diese Linie verteidigungsmässig so gestaltet werden, daß sie jedem Ansturm der Russen standhalte. Er habe diese Aufgabe in selbstloser Form übernommen und sei nun im Begriff, sie durchzuführen. Es gehe jetzt nicht darum, daß die eine oder andere Dienststelle glauben dürfe, sie könne hier Lorbeeren ernten. Alle Dienststellen der Regierung müßten jetzt kameradschatlich zusammenarbeiten. Er könne diesen so bedeutsamen Auftrag nur mit der Aussicht auf Erfolg durchführen, wenn nicht nur sämtliche Mitglieder der Regierung, sondern auch alle deutschen Menschen in diesem Raum den Ausbau dieser Stellung als kameradschaftliche Arbeit im höchsten Sinne des Wortes auffaßten. Deshalb bitte er alle beteiligten Stellen, ihm in jeder Weise zu helfen. Wenn auch die militärische Verantwortung für die taktische Beurteilung und die tech-

nische Durchführung in der Hand der Wehrmacht liege, so müßten doch gleichwohl sämtliche Dienststellen der Regierung ihren Beitrag dazu liefern. Er bitte vor allem die Hauptabteilung Innere Verwaltung, die Kreishauptmänner mit entsprechenden Weisungen zu versehen, insbesondere was die Materialbeschaffung für den Bau angeht. Auch eine enge Zusammenarbeit mit den SS- und Polizeiführern werde unbedingt notwendig sein.

Präsident Gerteis geht auf die Lage ein, die sich jetzt im Verfolg der militärischen Operationen für die Ostbahn, insbesondere in Galizien ergeben hat.

Zur Räumungsfrage nehmen die Präsidenten Dr. Senkowsky, Dr. von Craushaar, Dr. Lauxmann, Naumann, Ohlenbusch, Bauder und Pressechef Gassner Stellung.

12^{55} Besprechung mit Präsident Naumann.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht Professor Dr. Schaaf von der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt in Pulawy seine Bestallungsurkunde.

13^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Dr. Brinkmann und Professor Petrascheck in Gegenwart des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Dr. Emmerich.

Der Herr Generalgouverneur überreicht Professor Dr. Brinkmann mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

In der anschliessenden Besprechung geht der Herr Generalgouverneur auf die Tatsache ein, daß die zur Gewinnung von Manganerz in Galizien auf Anregung des Reichsführers SS ausgerüstete Expedition keinen Erfolg gezeitigt, sondern sich vielmehr die Richtigkeit der geologi-

20.7.1944

schen Beurteilung des Professors Dr. Brinkmann herausgestellt habe. Auch aus diesem Grunde werde er stets bereit sein, bei den zuständigen Stellen auf die hervorragenden Dienste hinzuweisen, die Professor Dr. Brinkmann dem Generalgouvernement geleistet habe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Professor Dr. Brinkmann, der eine wissenschaftliche Tätigkeit in der Türkei aufnehmen werde, wenn möglich, dem Botschafter von Papen in Ankara seine Grüsse zu übermitteln.

Er wünscht dann Professor Petrascheck, dem Nachfolger des Professors Dr. Brinkmann, beste Erfolge für seine Arbeit.

13^{15} Mittagessen.

15^{30} Besprechung mit Oberst Fischer.

19^{15} Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung nachstehenden Fernschreibens an den Führer:

Mein Führer!

In unfaßbarer Ergriffenheit sende ich Ihnen, mein Führer, zugleich im Namen der Deutschen des Generalgouvernements die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu Ihrer gottgewollten Errettung aus der entsetzlichen Gefahr des Verbrecheranschlages auf Ihr Leben.

Noch gesteigerte Einsatzfreude und noch härterer Wille, mit aller Kraft Ihnen, mein Führer, beim Endsieg Ihres ewigen Werkes zu dienen, ist unser Gelöbnis.

Heil Ihnen, mein Führer!

Stets Ihr

F r a n k.

20.7.1944

Danach gibt der Herr Generalgouverneur Auftrag, daß morgen abend eine Kundgebung der NSDAP in der Urania stattfinden solle.

19[45] Generaloberst Harpe aus dem Hauptquartier der Heeresgruppe Nord-Ukraine ruft an und bittet den Herrn Generalgouverneur, sich auf diesem telefonischen Wege melden zu dürfen. Er verspricht, sobald es ihm die Zeit erlaube, auf der Burg bei Herrn Generalgouverneur Besuch zu machen. Im übrigen habe er heute den Vertreter des Herrn Generalgouverneurs (Präsident Dr. von Craushaar) empfangen und mit ihm alles eingehend durchbesprochen. Er werde auch den Herrn Generalgouverneur stets auf dem Laufenden halten.

IV/8

Krakau

Freitag, den 21. Juli 1944

11[40] Besprechung mit Präsident Bauder in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Bauder gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Schreiben, das aus dem Reichsministerium Speer an ihn gerichtet worden ist. In diesem Schreiben wird Präsident Bauder mitgeteilt, daß Reichsminister Speer einen Herrn Kumpf zum Bevollmächtigten für die Bauwirtschaft im Generalgouvernement ernannt und sich gleichzeitig entschlossen habe, Präsident Bauder von seinen Amtspflichten gegenüber dem Reichsministerium Speer zu entbinden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er nicht willens sei, den Präsidenten Bauder aus den Diensten des Generalgouvernements in seiner Eigenschaft als Präsident der Hauptabteilung Bauwesen zu entlassen.

Der Herr Generalgouverneur richtet im Anschluß an diese Besprechung folgendes Fernschreiben an Reichsminister Speer:

> Ich erhalte Ihr Schreiben vom 19. Juli in der Angelegenheit der Übernahme von Bauverwaltungsaufgaben durch die OT-Einsatzgruppe, insbesondere der Übertragung der Führung des Technischen Zentralamtes an den Einsatzgruppenleiter Kumpf. Ich teile Ihnen mit, daß ich beide Maßnahmen für das Generalgouvernement in diesem Augenblick für völlig undurchführbar erkläre und in keiner Weise imstande bin, dieser Ihrer Entscheidung Folge zu geben. In einem Augenblick, in dem starke russische Kräfte im Vordringen in das Herz des Generalgouvernements sind, ist jede irgendwie geartete organisatorische oder persönliche Änderung völlig unmöglich. Ich habe daher in meiner Eigenschaft als Reichsverteidi-

21.7.1944

gungskommissar dieses Gebietes den Herrn Präsidenten Bauder beauftragt, ohne Rücksicht auf Weisungen irgendwelcher dritter Stellen im Dienste des Führers und des Reiches die Leitung des Bauwesens und der Bauwirtschaft des Generalgouvernements in diesem entscheidenden Zeitpunkt nicht aus der Hand zu geben.

Dazu kommt, daß durch den Führerauftrag des Weichsel-San-Ausbaues gerade jetzt eine ungeheure Anspannung des gesamten technischen Apparates weit über das Bauwesen hinaus zum Zwecke der Errichtung einer letzten grossen Verteidigungslinie stattfindet und daß die Abberufung des bewährtesten Baumannes des Generalgouvernements gerade in diesem Augenblick völlig unmöglich ist.

Ich bedaure, daß ein so völlig von Verständnislosigkeit für die wirkliche Lage hier im Raum zeugendes Schreiben Ihr Ministerium verlassen kann. Die absolut einheitliche Führung dieses Raumes ist schlechterdings die Voraussetzung für die Durchsetzung der Aufgaben, die mir der Führer gestellt hat. Ich mache daher darauf aufmerksam, daß eine Tätigkeit des Herrn Kumpi im Sektor der Bauverwaltung und der Bauwirtschaft des Generalgouvernements unmöglich ist, und nach wie vor Präsident Bauder die Führung des Bauwesens des Generalgouvernements haben muß.

Ich habe gleichzeitig dem Herrn Reichsminister Dr. Lammers Kenntnis von dieser meiner Stellungnahme gegeben.

21.7.1944

An Reichsminister Dr. Lammers richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Fernschreiben:

Mitten in die Sorgen dieser Stunden hinein überrascht mich ein Schreiben des Reichsministers Speer vom 19. d.Mts., nach welchem man allen mir gegebenen Zusagen zum Trotz eine völlig undurchführbare Maßnahme auf dem Gebiet des Bauwesens mit aller Gewalt durchsetzen will. Ich protestiere bei Ihnen, Herr Reichsminister Dr. Lammers, gegen diese Versuche des Reichsministeriums Speer in dem kritischsten Zeitpunkt der Geschichte des Generalgouvernements, in welchem sich die sowjetrussischen Truppen in das Herz des Generalgouvernements vorstossend bewegen und unsere Wehrmacht das Äusserste zu erfüllen hat, um dem feindlichen Druck gewachsen zu sein. In einem Augenblick gleichzeitig, in dem die gesamte Kapazität des Generalgouvernements unter meiner Führung und unter Führung des SS-Obergruppenführers Koppe dem Ausbau der Weichsel-San-Stellung gewidmet ist, versucht das Ministerium Speer, die Bauführung des Generalgouvernements einer völlig neuen Regelung zu unterziehen und mit dieser sachlichen Umänderung zugleich auch einen persönlich hervorragenden Fachmann, den Präsidenten Bauder, von hier abzuberufen.

Ich habe keinerlei Verständnis für diese Art des Vorgehens in einem solchen Zeitpunkt. Ich habe dem Herrn Reichsminister Speer mitgeteilt, daß ich seine Entscheidung in keinem Falle durchführen kann. Denn die einheitliche Führung dieses Raumes in diesem kriegsentscheidenden Augenblick ist die absolute Voraussetzung für die Durchsetzung des Verteidigungswillens in diesem Raum.

21.7.1944

Ich erkenne also die mir mitgeteilte Regelung des Reichsministers Speer nicht an, habe zugleich in meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar im Generalgouvernement den Präsidenten Bauder in Dienstverpflichtung genommen und ihm die gesamte Leitung des Bauwesens im Generalgouvernement bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit mit sofortiger Wirkung übertragen.

Ich ersuche Sie, dem Minister Speer diesen meinen Standpunkt zu übermitteln. So ist es einfach nicht zu machen, daß die Herren technischen Spezialisten glauben, sich über jede politische und ausserhalb ihres engen Blickfeldes liegende Notwendigkeit hinwegsetzen zu können. Ich habe hier 16 Millionen Polen und Ukrainer mit einer handvoll deutscher Männer in Ruhe und Ordnung zu halten. Dabei kann ich irgendwelche organisatorischen oder persönlichen Experimente in diesem Raum z.Zt. nicht brauchen.

In einem weiteren Schreiben gibt der Herr Generalgouverneur dem Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke von der Sachlage Kenntnis.

In einem an Präsident Bauder gerichteten Schreiben verpflichtet der Herr Generalgouverneur zugleich in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar im Generalgouvernement diesen, auch fernerhin die Leitung des Technischen Zentralamtes wie bisher auszuüben, und macht ihn dafür verantwortlich, daß die kriegsnotwendigen vordringlichen Bauten unter allen Umständen durchgehalten, insbesondere die Anlagen des Weichsel-San-Ausbaues unter Heranziehung der gesamten Baukapazität und Arbeitsmöglichkeiten des Generalgouvernements durch

5

21.7.1944

12^{05} Besprechung mit Verlagsleiter Stroczyk.

16^{05} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky und Präsident Naumann.

Zunächst gibt der Herr Generalgouverneur den beiden Präsidenten Kenntnis von der Besprechung mit Präsident Bauder.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Senkowsky, daß von der Hauptabteilung Finanzen Geldzahlungen nur an die Dienststelle des Präsidenten Bauder überwiesen würden, soweit es sich um Bauten im Bereiche des Generalgouvernements handle.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Kassen der Hauptabteilung Finanzen nur auf Weisung des Präsidenten Bauder Zahlungen zu leisten haben.

Gegenstand der Besprechung ist dann die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Betrieb der Staatsbrauerei Lemberg nach Limanowa verlegt werden kann.

Nach eingehender Erörterung dieser Frage trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1) Die Brauerei Limanowa muß von der Staatsbrauerei übernommen werden.

2) Ob der Betrieb in Limanowa ein vorübergehender oder für die Dauer bestimmter ist, darüber kann z.Zt. keine Entscheidung getroffen werden. Wenn der Betrieb Limanowa wegen Rohstoffmangels geschlossen werden muß, so ist das ein neuer Tatbestand. Aufgabe der Hauptabteilungen Finanzen und Ernährung und Landwirtschaft wird es sein, den Betrieb Limanowa einigermassen aufrechtzuerhalten.

3) Die Brauerei Limanowa kann nur als Ausweichbetrieb angesehen werden bis zu dem Zeitpunkt,

21.7.1944

in welchem die Staatsbrauerei Lemberg wieder in Betrieb genommen werden kann.

4) Die Fassung des Pachtvertrages ist von keiner wesentlichen Bedeutung, sondern in diesem Fall geht Staatswille vor Vertrag.

5) Die Präsidenten Dr. Senkowsky und Naumann werden ermächtigt, nunmehr auf dieser Grundlage vorzugehen. Der Betrieb Limanowa wird als Ausweichbetrieb der Staatsbrauerei Lemberg zur Verfügung gestellt; die Lemberger Staatsbrauerei verpflichtet sich, zu dem Zeitpunkt, in welchem sie den Lemberger Betrieb ordnungsmässig wieder übernehmen kann, den Limanowa-Betrieb einzustellen.

6) Bei Einstellung oder Stillegung des Limanowa-Betriebes werden wegen der Entschädigung der Lemberger Staatsbrauerei hinsichtlich Investierung neue Verhandlungen zwischen den beiden Hauptabteilungen gepflogen.

7) Die Genehmigung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Inbetriebnahme der Brauerei Limanowa kann unter dem Vorbehalt erteilt werden, daß sie gegeben wird, um den Betrieb zu ermöglichen. Im Übrigen besteht keine 20-jährige Verpflichtung des Staates.

8) Sofern es zur Ermöglichung einer Betriebsaufnahme in Limanowa bezw. einer wirkungsvollen Investition nötig sein wird, einen mehrjährigen Pachtvertrag zwischen der Lemberger Staatsbrauerei und dem polnischen Eigentümer abzuschliessen, wird diese Genehmigung von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft unter der Voraussetzung der Bedingungen zu Ziffer 2) erteilt.

21.7.1944

18^40^ Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Präsident Dr. von Craushaar gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Frontlage, soweit sie für das Generalgouvernement von Bedeutung ist, und teilt dem Herrn Generalgouverneur in diesem Zusammenhang mit, daß der Oberquartiermeister der Heeresgruppe Nord-Ukraine Harpe für mehrere Stäbe dieser Heeresgruppe Unterkunftsmöglichkeiten in Krakau suche. Für diese Stäbe würden etwa 1 300 Zimmer gebraucht.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich in scharfen Worten gegen diese Maßnahmen der Heeresgruppe, aus denen, wie er meint, hervorgehe, daß man das Generalgouvernement schon aufgebe, andererseits aber sein eigenes Leben und seine Existenz nach Möglichkeit zu sichern bestrebt sei.

19^30^ Großkundgebung des Arbeitsbereiches der NSDAP im Haus Urania.

Nach dem Fahneneinmarsch eröffnet Oberdienstleiter Tießler die Kundgebung mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Soldaten und Arbeiter, Beamte und Offiziere, Kämpfer der Partei und als unsere Ehrengäste Verwundete dieses Krieges warten auf Ihre Worte. Ich bitte Sie, zu uns zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Deutsche, eine uns alle in die Tiefen unseres Bewußtseins hinein treffende Nachricht wurde gestern über alle Sender verbreitet. Eine ruchlose Tat ist geschehen: Auf unseren Führer wurde gerade in dem Augenblick, in dem er mit wichtigsten Mitarbeitern entscheidende Beratungen sich hingegeben hat, ein Attentat verübt. Das Leben der Menschen und der Völker liegt in Gottes Hand. Gestern hat in dem Augenblick, da sich ein solches Geschehen dem Führer

der deutschen Geschicke nahte, der Todeshauch das deutsche Volk gestreift. Es ist daher für die Deutschen Krakaus und darüber hinaus für alle deutschen Männer und Frauen des Generalgouvernements eine ernste Stunde der Besinnung auf das, was das Leben und die Gesundheit des Führers für uns alle bedeuten.

Wir haben uns heute in echtem kameradschaftlichen Zusammenhalt gefunden, um dieser unserer Empfindung Ausdruck zu verleihen. Der ewige Herrgott sei bedankt, daß er unseren Führer gerettet hat. Es ist nicht unseres Amtes, nun im einzelnen die Tat an sich zu beurteilen, denn wie es der Führer heute Nacht in seiner so ernsten Ansprache an das deutsche Volk gesagt hat: des Führers Leben ist das Leben des deutschen Volkes.

Diese Tat ist daher auch nicht irgendwie mit dem deutschen Volke in Zusammenhang zu bringen. Es ist eine Fremdlings- und Neidingstat, sie ist das Wirken verbrecherischer Individuen, allerdings eines zahlenmässig und wirkungsmässig so lächerlich kleinen Kreises, daß damit das deutsche Volk nicht das geringste zu tun hat. Die Ehre des Volkes ist durch diese Tat unberührt und die Ehre der deutschen Soldaten nicht angetastet.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben es nicht zu untersuchen, was im einzelnen diese verbrecherischen Narren zu ihrer Tat veranlaßt haben mag. Aber eines steht fest: Hinter dieser Tat steht so oder so der Kreis auf der Welt, der das Ende des deutschen Volkes herbeiführen und darum den Führer töten will. Wir haben in jedem Fall festzustellen: diese Tat wurzelt ausserhalb unseres Volkes, ausserhalb des Raumes unseres Reiches; sie ist beabsichtigt, geplant und auch sicherlich mit Mammon vom Weltjudentum und dessen Repräsentanten vorbezahlt.

Die nationalsozialistische Bewegung, Adolf Hitlers entscheidendes, weltumspannendes Werk, ist durch diese Tat in ihrem Gefüge und in ihrem Treueverhältnis zu Adolf Hitler völlig unberührt wie das ganze deutsche Volk. Diese

Tat ist dadurch, daß sie mißlungen ist, nun bestimmt, einzugehen in die Geschichte der übelsten Machinationen unserer Feinde gegen Adolf Hitler. Heute wird wahrscheinlich in England, in Moskau und in Washington wenig Freude sein. Denn wir schliessen aus dieser Tat darauf, daß unsere Feinde glauben, zu solchen verbrecherischen Mitteln greifen zu müssen, um sich noch irgendwie einen Sieg erwarten zu können. Hinter dieser Tat stehen als Verantwortliche diejenigen, die diesen Krieg angezettelt haben. Diese Verantwortlichen sind diejenigen, die nie begreifen konnten, daß das deutsche Volk unter Adolf Hitler wieder einer Freiheit, einer grossen Entwicklung entgegenschreiten wollte; hinter dieser Tat stehen diejenigen, die seit Jahrzehnten mit der jüdischen Pest unser Volk zersetzten und zertrümmerten, diejenigen, die in ihrem Neidempfinden nicht dulden wollten, daß dieses tüchtige Volk der Deutschen je wieder auferstehe. Es ist also für unseren Führer wieder eine Bestätigung dessen, was er für unsere Todfeinde bedeutet. Die Interessierten an diesem Attentat sind daher die Blamierten. Sie sind entlarvt als die größten schurkischen Objekte der Weltgeschichte. Wenn diese Burschen noch irgend ein Ehrempfinden hätten, sie müßten heute im Erdboden versinken. Meine Kameraden aller Berufe, Träger aller Uniformen, deutsche Frauen und Mädchen dieses Raumes: Der Dank an den Führer soll unser Gelöbnis zu gesteigerter Pflichterfüllung, zu entschlossenster Härte und zu sieggläubigster Aufrichtung sein.

Was wäre denn die Folge des Gelingens dieses Attentats gewesen? Glaubt man etwa, wenn Adolf Hitler nicht mehr wäre, daß das deutsche Volk führerlos ihnen ausgeliefert wäre? Sie würden sich täuschen; denn wir würden für Adolf Hitler eine solche Rache nehmen, daß die Welt aufhorchen würde.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind nicht als die Träger und Verantwortlichen dieser Zeit aus dem Holz geschnitzt, aus dem man Süßholzraspler macht. Wir kommen aus der Schule Adolf Hitlers, und wir

21.7.1944

würden der Welt es heimzahlen. So aber werden wir die Vergeltung für das Attentat üben. Die Folgen des Mißlingens sind daher so wie sie sich die Feinde nicht haben denken können.

Heute ist durch dieses unendlich-tragische, aber doch glückhaft geendete Attentat auch jener Nebelspuk für alle Zukunft zerstreut worden, der immer da und dort wieder in der Welt sich zeigte, als ob es möglich wäre, zwischen der deutschen Wehrmacht und der nationalsozialistischen Bewegung irgendeinen Faden von gegenseitigem Kampf oder gegenseitiger Zerreissung abrollen zu lassen. Heute ist die Wehrmacht genau so wie die NSDAP voll innigster Überzeugung, voll gläubigsten Zusammenstehens und weiß, daß so, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei durch den Sieg Adolf Hitlers wieder die ruhmreiche Entfaltung der deutschen soldatischen Kräfte ermöglicht hat, nunmehr auch die Wehrmacht des nationalsozialistischen Reiches den Staat Adolf Hitlers einer Welt gegenüber siegreich durchstehen wird. Heute ist alles das, was die ganze Weltpropaganda schon seit Jahren immer durchzog, jenes Gerede von der angeblichen Generalsrevolte gegen den Führer, von den angeblichen dauernden Zerwürfnissen innerhalb der Reichsführung restlos dahin. Unsere deutschen Offiziere und Soldaten haben es nicht nötig, daß man sie in diesem Zusammenhang irgendwie verteidigt oder in Schutz nimmt. Sie sind an diesem Ereignis völlig unbeteiligt. Aber eine Genugtuung erfüllt heute alle, wenn überhaupt innerhalb der reaktionären Welt eine Möglichkeit vorhanden war, zu einer solchen Tat gegenüber dem Führer und dem Reich zu schreiten, so konnte sie sich nur in einer Handvoll erbärmlicher, längst aus dem deutschen Soldatentum Ausgeschiedener so offenbaren.Also diese erbärmlichen Männer waren der ganze Inhalt der Hoffnungen der Welt unserer Feinde auf die Wehrmachtsrevolte gegen Adolf Hitler. Nun ist es klar, und jetzt ist es

eigentlich überstanden.

Was in dieser heutigen Nacht an leidenschaftlichen Impulsen des Treuebekennens gegenüber dem Führer aus allen Kreisen der deutschen Wehrmacht aufflammte, was von allen Frontdivisionen, von allen Kompanien, von allen Lazaretten und allen Dienststellen der Wehrmacht heute Nacht beim Führer an Zeichen glühenden Bekenntnisses zu ihm, an Glauben an seinen Sieg eintraf, das ist ein herrliches Bekenntnis des deutschen Soldatentums zum Retter unseres Volkes.

(Stürmischer Beifall)

Wir, die wir amtlich und dienstlich nun seit Jahren die Aufgabe haben, mit den Dienststellen der Wehrmacht in allen Bereichen zusammen zu arbeiten, wußten ohnedies, daß diese Einheit vorhanden ist.

Der Herrgott hat gestern ein Wunder vollbracht. Es ist die ernsteste Stunde vielleicht, die uns heute hier zusammenführt; denn wir müssen uns alle in Demut vor diesem ewigen Gott dankbarst verneigen.

Es mag sein, daß in den letzten Monaten angesichts des unendlich schweren Schicksals, das von unserem Volke und auch von unseren Soldaten zu tragen ist, in dem einen oder anderen Angehörigen des deutschen Volkes so leise Schwierigkeiten der gedanklichen Verbundenheit mit dem Bestehen auftauchen. Es mag sein, daß sich der eine oder andere fragt: Ist denn das alles richtig, geschieht alles gut, sieht man denn alles, muß das alles geschehen, müssen wir das alles hinnehmen, warum muß das alles so werden? Und diese Fragen sind gekommen; sie sind ja auch menschlich begreiflich. Wenn heute unsere alten Kulturstätten unter dem Terror der Feinde in Schutt und Asche sinken, wenn Hunderttausende und Aber-Hunderttausende unserer Volksgenossen vor dem Nichts stehen, wenn an unsere Soldaten monatelang in schwersten Kämpfen die unbeschreiblichsten Anforderungen gestellt werden, wie es in keinem

Kriege der deutschen Nation jemals der Fall war, wenn unsere Soldaten aus strategischen oder taktischen Notwendigkeiten vor der Übermacht der Feinde zurückweichen müssen, so kann es sein, daß der eine oder andere irgendeine Sorge bekommt und sich fragt: Wie wird denn das gehen? Sind nicht am Ende doch die Feinde die Stärkeren, werden sie uns doch nicht irgendwie überwinden, werden wir nicht dieses oder jenes auch noch aufgeben müssen? Und dann dachte er vielleicht bei sich: Wird der Führer in seinem Glauben wirklich vom Schicksal bestätigt werden? Meine Volksgenossinnen und Volksgenossen, gestern hat Gott der Herr gesprochen und den Führer bestätigt.

(Lebhafter Beifall)

Er hat allen denen, die zu ermatten drohten, den herrlichen Blick auf die Ewigkeit aus der menschlichen Sehnsucht auf dieser Erde vermittelt, und er brachte uns in einem Augenblick einzigartigen Geschehens nahe, daß wir auf Gedeih, Glück und Sieg mit Adolf Hitler und seinem Werk verbunden sind. Der ewige Herrgott, der so oft angerufene, der den einzelnen in seinem eigenen Leben immer wieder stärkende, - es gibt keinen unter uns, der nicht in mancher Stunde seines Lebens, da ihn die Sorgen zu überwältigen drohen, seinen Blick zu Gott aufrichtet, dem unerkennbaren Wesen, auf das wir alles zurückführen, was in der Welt geschieht, dieser ewige Gott, der den Weg unseres Volkes seit Jahrtausenden durch die Geschichte bewacht und behütet, dieser ewige Herrgott ist uns gestern gegenübergetreten. Wir sind ihm dankbar, und wir können es nicht genug sein: denn in unserem Führer lebt unser bestes. Was jeder von uns sich als ein Idealbild vorstellen würde, dass er rein in seinem Glauben ist, daß er hingebungsvoll bis zum letzten ist, daß er sein eigenes Ich nicht mehr sieht, sondern nur noch seine Volksgenossen, - daß er keine Freizeit mehr für sich hätte, daß er restlos für die Gemeinschaft wäre, - alles, was jedem einzelnen von uns vorschwebt an Unerreichbarem, in Adolf

21.7.1944

Hitler ist es Wirklichkeit geworden. Es gab noch niemals einen Deutschen, der mit grösserer persönlicher Reinheit, mit solch wahrhaft gläubiger Durchdrungenheit, mit solcher restlosen Zurückstellung seines persönlichen Schicksals hinter das seines Volkes den nationalen Interessen mehr gedient hätte als Adolf Hitler.

(Beifall)

Wir, die erste Gruppe, die wir nun seit 25 Jahren, seit 1919 Adolf Hitler kennen, müssen immer wieder feststellen, die absolut über jede augenblickliche Schwierigkeit oder momentane Problematik hinweggehende Höhe seines Glaubens an die Kraft des Volkes, an seine Aufgabe, an die Berufung seiner Nation. Diesem Mann, der aus dem Nichts, aus dem Dunkel der Unbekanntheit auszog, ist eine grosse Aufgabe zur Lösung aufgegeben.

Meine Volksgenossen und Volksgenossinnen! Parallelen liegen nahe, sie treffen aber nicht zu. Man vergleicht unseren Führer oft mit dem Alten Fritz in den Kriegen der letzten Zeit. Der Alte Fritz war einer der größten und genialsten Männer, der größte Feldherr aller Zeiten, - trotz allem, gemessen an den Problemen, die heute auf unserem Volk liegen, die in dem terroristischen Regime unserer Feinde begründet sind, ist der 7-jährige Krieg nur ein politisches diplomatisches Nebenereignis. Heute ist es klar: Nur ein ganz einmaliger, aussergewöhnlich berufener Mann konnte dieses Schicksal bestehen und wird es bestehen. Das ist die Gewißheit, die uns der gestrige Tag gebracht hat.

Volksgenossen und Volksgenossinnen! Der Herrgott hat uns gestern aber auch alle verpflichtet. Wir wollen uns insgeheim und darüberhinaus auch in der lauten Allgemeinheit darüber klar sein, daß wir alle dem Führer glauben, ihm durch Dick und Dünn folgen, in Treue, Gehorsam und Geschlossenheit seinen Schritt mitmarschieren. Die Kriegslage gibt uns dazu im einzelnen unsere Aufgabe. Das Attentat war von den Feinden in einem Augenblick

geplant, da sie glauben, daß die Kriegssituation des Deutschen Reiches an Schwierigkeiten überreich ist. Wie sieht nun die Wirklichkeit aus?

Im Westen ist die Invasion dank der einmaligen Tapferkeit unserer Truppen über die ersten Anfangsbastionen selbst heute wiederum nicht hinausgekommen. Es ist vorbei mit dem Traum, durch die Invasion Deutschland im Westen zu besiegen. Mögen sie den letzten Rest ihrer Invasionstruppen aus England herüberholen, möge die Invasionsschlacht in eine entscheidende Phase eintreten, möge kommen, was da will, Frankreich ist und bleibt in deutscher Hand und damit der ganze Westen Europas.

(Beifall)

Wir werden dort, wo die feindlichen Armeen den Schutzbereich ihrer Schiffsgeschütze verlassen müssen, wo sie antreten müssen, Grenadier gegen Grenadier, wo sie nur noch ihre Luftüberlegenheit geltend machen können, den Kampf der deutschen Infanterie siegreich austragen. Wir sind der festen Überzeugung, daß dies dann zu einer klaren Überlegenheit führen wird.

Im Süden ziehen sich die deutschen Truppen befehlsentsprechendem Umfang zurück. Es ist wohl damit zu rechnen daß dort schon demnächst eine harte und starke Frontlinie erreicht werden wird, die, da sie von der Natur gegeben ist, in keinem Fall überschritten werden wird. Die wirklich wertvollen und fruchtbaren Gebiete Italiens, die Gebiete der Poebene, werden fest in deutscher Hand bleiben.

Im Osten ist der Angriff der Bolschewiken on vollem Fortschreiten. Wir müssen sagen, daß wir hier die schwerste Problematik haben. Dem deutschen Soldaten sind im Osten gerade in diesen Tagen in zunehmendem Maße schwerste Aufgaben gestellt. Wir im Generalgouvernement haben uns, ganz gleich, wo und wie wir stehen, darauf gefaßt zu machen, daß die Ereignisse an der Ostfront uns zu schwersten Opfern zwingen werden. Eines aber steht fest: auch da wird in Kürze eine Linie erreicht sein, hinter der

sich der deutsche Widerstand so geltend machen wird, daß kein Bolschewik weiter vorwärts dringen kann. Diese Linie wird dann der Ausgangspunkt sein, von dem dereinst mit neuen Waffen und neuen Soldaten mit dem bolschewistischen Reich siegreich Schluß gemacht werden wird.

Seien Sie überzeugt, daß ich nicht phantasiere, sondern daß ich sehr wohl weiß, was ich sage und wie ich es sage. Die neuen Waffen, die sich gegen London und gegen Südengland als V I , als die heroischen Einsatz erfordernden Ein-Mann-Torpedos gegen die Kriegsschiffe unserer Feinde geltend machen, sie werden in den kommenden Wochen in anderen Variationen den Engländern noch so zu schaffen machen, daß sie am eigenen Leib spüren werden, was sie dem deutschen Volk angetan haben.

(Beifall)

Es gibt hier keinen anderen Weg, als daß derjenige, der Deutschland zerstören will, damit rechnen muß, daß er vorher selbst restlos zerstört werden wird.

(Beifall)

Wir werden hier die Ergebnisse deutschen genialen Erfindergeistes in sehr starkem Maße einsetzen, - das ist heute schon eindrucksvoll genug geschehen, und sie wirken sich heute schon sehr stark aus. Die Zustände in London und in Südengland sind ausserordentlich ernst. Die Engländer breiten darüber eine Glocke, aus der keine Nachricht aus London herausgehen soll: mehr brauchen sie eigentlich gar nicht zu tun, um zuzugeben, was mit ihnen geschieht. Wir wissen aus Berichten, wie diese Waffe wirkt. Man muß sich nur vorstellen, wenn es uns so erginge, daß wir keinen Fliegeralarm mehr geben können, weil wir Tag und Nacht Alarm haben. Den Rat, den Churchill seinem Volke gibt und der lautet: "Verlaßt London" - kann ich verstehen. Deshalb aber wird London nicht geschont. Es wird für alle Zukunft ausgeschaltet aus dem Bereich von Städten, in denen man gegen Deutschland arbeiten konnte.

(Beifall)

21.7.1944

Alledem gegenüber haben wir auch auf die eigene Verlustliste zu sehen. Uns wird nichts erspart. Der Luftterror gegen Deutschland hat einmalige Ausmaße erreicht. Es gibt überhaupt kein Leid, keinen Schmerz und keine Grausamkeit, die nicht heute auf das deutsche Volk hereinbrechen. Es ist schmerzlich zu sehen, wie die großartigsten und einzigartigsten Dokumentierungen deutscher kultureller Leistungen in Schutt und Asche gelegt werden und wie Hundderttausende und Millionen unseres Volkes geschlagen werden. Aus diesen Ereignissen ist aber auch klar ersichtlich, daß das deutsche Volk geschlossener denn je weiß, war ihm drohen würde, wenn dieser Krieg verloren würde. Es geht nicht um den Nationalsozialismus, und es geht nicht um Adolf Hitler in dem Sinne, daß etwa das Deutsche Volk gerettet würde, wenn Adolf Hitler und der Nationalsozialismus nicht wären. Wer das sagt, der soll sich daran erinnern, wie das deutsche Volk behandelt wurde, nachdem es auf eine ähnliche Parole hin im November 1918 die Waffen niedergelegt hat. Im übrigen steht die Welt heute so unter dem Haß der Juden, daß man sich ungefähr ausmalen kann, was aus dem deutschen Volk würde, wenn diese Verbrecher einmal das Heft über Deutschland in die Hand nehmen würden.

So ist die Lage: Wenn wir über die Front und über die Heimat schauen, wenn wir die Betriebe anschauen und unsere Waffenwerke und wenn wir bedenken, daß in wenigen Monaten auf dem Gebiete der Luftwaffe auch eine gewaltige Änderung eintreten wird, dann kann ich nur sagen: wenn gestern Adolf Hitler gerettet wurde durch Gott den Allmächtigen, dann ist das das Zeichen, daß sich eine Umkehr der deutschen Kriegslage anbahnt und vorbereitet. Vielleicht schon in Kürze sind dann wir wieder die Angreifenden.

(Beifall)

Ein Volk, das seine Zukunft kennt, ein Volk, das seine Verantwortung kennt, das mit seinen Soldaten

in einer Front steht, ein Volk, das in nationalsozialistischer Volksgemeinschaft Leid und Freud gemeinsam trägt, ein Volk, das entschlossen ist, jedes Haus seiner Heimat, jede Ruine mit dem Einsatz des Lebens zu verteidigen, ein Volk, das den letzten Appellen seiner Verteidigungsentschlossenheit durch die Tat entspricht, ein solches Volk kann von niemandem in der Welt besiegt werden.

(Beifall)

Die Opfer dieses Krieges sind furchtbar; sie treffen jeden Deutschen unerhört schwer. Wir haben viele Söhne verloren, wir haben Verwundete in den Lazaretten und Verwundete in der Heimat, - alles das opfert unser Volk, damit es frei bleibt und deutsch werden kann. Wir müssen uns zur Pflicht machen, die Opfer zu ehren, indem wir über sie hinweg fanatisch an den Sieg und an die Zukunft glauben. Heute sind wir diejenigen, die Europa gegen die Zerstörung durch die Welt verteidigen. Alle grossen Geister dieses Kontinents hängen in ihrer Weiterexistenz und Weiterwirkung von dem Sieg der deutschen Waffe ab.

Nehmen Sie nur die armen Polen, - denn hier ist der Krieg ausgebrochen, weil sie Danzig und den Korridor auf Anstiften der Juden und der Amerikaner den Deutschen nicht geben wollten. Heute sind die Polen das armseligste und verlassenste Volk, das von seinen eigenen damaligen Verbündeten verraten, verteilt und verkauft wird. Auch die Polen hängen, wenn sie als Polen weiterleben wollen, von dem Sieg der deutschen Waffen ab. Die Ukrainer wissen das schon; denn sie haben es in Galizien erlebt, wie sie von den Bolschewiken behandelt werden und daß kein Pole und kein Ukrainer verschont werden würde, wenn in dieses Land die Bolschewiken wieder hereinkämen. Daher ergeht von dieser Stelle aus mein Appell an die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes, sich so wie bisher jeder Propaganda der Feinde gegenüber abweisend zu verhalten. Millionen Polen und Ukrainer bestellen ihr Feld, arbeiten in den Fabriken, fahren die Züge und helfen Tag

und Nacht bei der Arbeit und in der Rüstung mit, um die Ordnung, Führung dieses Raumes und den Ertrag dieses Landes im Dienste des Sieges Europas sicherzustellen. Der Führer wird nach unserem Sieg ihnen auch den besonderen Dank dafür abstatten. Mit den wenigen aber, die Opfer der Feindpropaganda werden und es wagen, gegen uns anzugehen, werden wir fertig. Das Land Generalgouvernement ist - das stelle ich amtlich ausdrücklich fest - fest und voll und ganz bis zur Frontlinie in der Hand der deutschen Führung, und ohne Streik und Sabotage arbeiten Tag und Nacht die Werke dieses Raumes.

(Beifall)

An Euch, ihr deutschen Männer und Frauen, richte ich heute den Appell, Euren Dank an den Führer abzustatten dadurch, daß ihr in diesem unbändigen und gehobenen Siegglauben Eure Pflicht selbstlos erfüllt und daran denkt, daß das Land, das heute die deutschen Soldaten mit dem Einsatz ihres Lebens verteidigen, nicht dazu bestimmt ist, eine Domäne des Gelderwerbs oder des lustigen Lebens zu werden, sondern bestimmt ist, das stolze selbstbewußte pflichtflammende glaubensfanatische Vorland des deutschen Ostens zu sein.

Die deutschen Männer und Frauen erfüllen hier ihre Pflicht seit Jahren. Sie haben in Gemeinschaftsarbeit die Ordnung aufgerichtet und dem Deutschen Reich Werte ohne Zahl und ohne Vergleich geliefert. Ihnen gebührt der besondere Dank des Führers und des Reiches. Es ist möglich, daß wir in der nächsten Zeit zu Maßnahmen greifen müssen, die die Sicherheit der deutschen Bevölkerung in den frontnahen Bereichen gewährleisten. Diese Maßnahmen sind nicht etwa bestimmt von einer irgendwie gearteten Sorge oder Angst infolge der Kriegsentwicklung. Sie sind die pflichtbewußte Auswirkung der Verantwortlichkeit der Führung dieses Raumes gegenüber den deutschen Menschen, die auf Einladung der deutschen Führung in diesen Raum gekommen sind. Wenn wir daher die deutschen Frauen und Mädchen, die deutschen Mütter mit ihren Kindern aus

diesem Raum nach und nach in die Heimat zurückzuführen, so geschieht es, um ihnen diese Heimat, die sie sich im neuen Land erworben haben, desto sicherer zu erhalten bis zu ihrer demnächstigen Wiederkehr.

Herr General! Sie als der oberste Wehrmachtschef des Generalgouvernements haben sich heute hier eingefunden, Generale der Luftwaffe weilen mit ihren Kameraden unter uns, Verwundete und Soldaten, Männer der Partei und viele Volksgenossen. Wir reichen uns alle die Hände, schauen uns in die Augen und lassen unsere Herzen flammend zusammenschlagen: der ewige Herrgott hat unseren Führer gesegnet, in ihm unser Volk. Unser Volk weiht sich in Dankbarkeit seinem göttlichen Schicksal.

(Lang anhaltender stürmischer Beifall)

Oberdienstleiter Tießler schließt die Kundgebung mit folgenden Worten:

Als Ausdruck unseres Kampfwillens entsenden wir aus dieser Kundgebung dem Führer folgendes Telegramm:

> Aus einer Kundgebung der NSDAP in Krakau entbieten die Deutschen des Generalgouvernements, Ihnen, Führer, aus dankbarem Herzen ihre Treuegrüsse. Partei, Staat und Wehrmacht stehen in kameradschaftlicher Kampfverbundenheit zusammen und werden ihre Pflicht erfüllen. Was auch kommt, Sie können sich auf uns verlassen.

Herr Generalgouverneur! Wir danken Ihnen, daß Sie in so wunderbarer Weise unseren Gefühlen Ausdruck gegeben haben. Auch der letzte weiß heute: es geht um Deutschland.

Als wir uns einst auf den Führer verschworen haben, schlossen wir mit unserem alten Leben ab. Wir waren bereit, auf alle materiellen Güter auf dieser Welt zu verzichten. Wir kannten nur ein Ziel, Deutschland dienen zu können. Dieser Geist beseelt heute nicht nur die Millionen, die unter dem Luftterror zu leiden haben, sondern

das ganze deutsche Volk. Jeder einzelne ist von dem Willen beseelt: Wir sind bereit, alles zum Opfer zu bringen, nur die Freiheit nicht. Aber wenn wir heute kampfentschlossener sind denn je, so sind wir heute auch stärker denn je in dem Glauben und in der Gewißheit: Adolf Hitler führt uns zum Siege.

Wenn wir daher heute dem Schicksal für die wunderbare Rettung des Führers danken, so ist dieser Dank mit der Bitte verbunden, die jeder einzelne von uns aus teifstem Herzen an das Schicksal richtet: Herrgott, mach' mit mir, was dur willst, nur erhalte meinem Volk seinen Führer Adolf Hitler!

Wir grüssen den Führer!

Mit den Liedern der Nation und dem Fahnenausmarsch findet die Kundgebung ihren Abschluß.

20[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Sonnabend, den 22.Juli 1944.

11^{00} Besprechung mit General Bork, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. von Craushaar.

Gegenstand der Besprechung ist die militärische Lage.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Ausdehnung der Räumungsmaßnahmen auf alle Distrikte einschließlich die Stadt Krakau.

11^{35} Besprechung mit Pressechef Gassner.

12^{00} Apell der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements in Haus Urania.
Nach Begrüßungsworten des Staatssekretärs Dr. Boepple ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Meine Kameradinnen und Kameraden! Ein in der deutschen Geschichte erstmaliger Vorgang hat sich vorgestern abgespielt: aus der Reihe von Wehrmachtsangehörigen hat sich ein Verbrecherklüngel gebildet, der die Absicht hatte, den Führer durch einen Mordanschlag zu beseitigen, an seine Stelle eine neue von Generalen getragene Regierung zu setzen und dann durch diese Regierung einen völligen Umsturz des staatlichen und Gesellschaftsführungsapparates des deutschen Volkes herbeizuführen. Wir haben es dem göttlichen Gradschluß zu verdanken, daß Adolf Hitler wie durch ein Wunder aus diesem Attentat lebend und unverletzt hervorging. Kaum zwei Meter von ihm entfernt, mitten in seinem Arbeitsraum am Kartentisch explodierte der Zündkörper. Es kann sich jeder vorstellen, daß es wirklich ein Wunder ist, daß unser Führer mit dem Leben davongekommen ist.

Was uns, die Männer und Frauen des Dienstes des Generalgouvernements, in diesem Augenblick erfüllt, bedürfte nicht eines besonderen Ausdruckes. Wir stehen

22.7.1944.

als Beamte oder Angestellte des Staates in einem ganz besonderen Treueverhältnis zum obersten Chef des Reichs auch als Verwaltungsorganismus und haben deshalb in Treue, Disziplin und Gehorsam dem Schicksal unseren Tribut dadurch abzustatten, daß wir mit gesteigerter Inbrunst uns den dienstlichen Verpflichtungen unterziehen, die uns der Führer und das Reich auferlegen.

Ihr, Kameraden und Kameradinnen habt die Meldungen vernommen, die über dieses Attentat ausgegeben wurden. Die Täter sind beseitigt, die Clique ist ausradiert, die wenigen Männer, die hier am Platze waren, um mit dieser Clique aufzuräumen, haben ganze Arbeit gemacht. Durch dieses Ereignis ist eine ungeheure Stärkung des loyalen Empfindens bei allen öffentlcihen Diensttuern des Reiches entstanden und vor allem ist ein Problem restlos gelöst: die totale Einheit von Staat, Partei und Wehrmacht im Reiche Adolf Hitlers ist jetzt für alle Zukunft eindeutig festgelegt (Beifall). Das also war der Inhalt der lange Jahre gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Feinde, daß endlich einmal aus der Wehrmacht ein Aufstand gegen Adolf Hitler oder die nationalsozialistische Bewegung entstehen würde. Drei, vier kümmerliche, widerliche Subjekte, das war alles, was sich finden ließ. Daher obliegt uns die dankbare und klare Feststellung, daß die deutsche Wehrmacht, das deutsche Heer, die deutsche Marine, irgendein anständiger deutscher Soldat nicht den geringsten Anteil an diesem Verbrechen haben. (Beifall) Die Flagge unseres deutschen Soldatentums weht in keiner Weise anders wie vor diesem Ereignis - rein, stolz in den leuchtenden Farben des Siegglaubens, der Treue.

Meine Kameraden und Kameradinnen! Das Unternehmen dieser Verbrecher im Dienste der Feinde war umso schrecklicher, als die Kriegslage sich gerade in diesen Wochen an allen Fronten mit elementarer Notwendigkeit entwickelt. Sie wissen, daß der Führer gerade in diesen Tagen und Wochen unausgesetzt die ernsteten Fragen zu lösen hat, daß es notwendig ist, den totalen mit dem

gesamten Fundus von drei Weltmächten vorgetragenen Angriffen gegen das deutsche Reich Herr zu werden. Während die deutschen Soldaten an den Fronten ihr Leben einsetzen, während die deutschen Frauen in der Heimat mit den Männern arbeiten, werken und ihre Pflicht erfüllen, während die Luftgeschwader der Feinde unsere schönen Kulturstätten in Schutt und Asche legen, war es dem Feind natürlich darum zu tun, aus der Mitte des deutschen Volkes in diesem Augenblick den Mann zu beseitigen, der als der oberste Garant der Einheitlichkeit und Klarheit des Glaubens, der Härte und der absoluten Zielsicherheit diesem Geschehen den Rang eines welthistorischen Sieges geben wird. Adolf Hitler in diesem Augenblick zu treffen war daher ein raffiniert ausgehegtes echt jüdisches Unternehmen. Aus seinem Mißlingen erkennen wir aber, daß Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers auch in Zukunft sich gegen alle Feinde der Welt mit Gottes Hilfe siegreich sich durchsetzen wird (langanhaltender Beifall).

Es ist jetzt nicht die Zeit, sich in blinden Träumereien oder Phantastereien zu ergehen. Hunderttausende von Menschen sind ohne Heimat, haben alles verloren, hunderttausende von Familien haben haben ihre Ernährer und Söhne an den Fronten verloren, hunderttausende glühender Männer müssen mit ihren Wunden in den Lazaretten liegen, die Kriegsfurie bringt Not, Angst und Sorge, eine nahezu vollkommene Beseitigung jeder auch noch so einfachen Lebensfreude ist eingetreten, Die Zeit rüttelt unser Volk bis ins Mark und läßt uns erkennen, wie lächerlich und wertlos alles das ist, was im Leben meistens angestrebt wird. Wir alle sind nun nichts anderes als eine Masse von Menschen, die eines herrlichen großen Volkes Kinder sind und die unter einem einmaligen Führer diesen schwersten Kampf um die Zukunft unserer Nation zu bestehen haben. Jetzt ist nicht die Zeit für billige

22.7.1944

Phrasen und Siegesglorien. Nüchtern, klar, hart und sachlich ist der Stil dieser Epoche. Wenn jemand Anlaß hat, diesen Stil für den ausgeprägt eigenen anzusehen, dann sind es wir hier im Generalgouvernement. Damit im Westen die Front steht, damit die Macht des Reiches waffenmässig so intensiv wie nur möglich auf die jeweils gefährdeästen Punkte gerichtet werden kann, wurde im Osten lang' geopfert. Der Vormarsch der Russen bewegt sich nun schon seit einigen Monaten in seiner Frontlinie, die einige Wochen stark geblieben war, auf dem Boden des Generalgouvernements. In den letzten Wochen haben die Angriffe der Russen auf das Territorium unseres Raumes wieder begonnen: Stoßkeile der Feinde marschieren in Richtung Lemberg, Rawa-Ruska, Lublin, im Norden in Richtung Ostrow. Die Lage des Generalgouvernements ist die eines Landes, in dem die Fronten in Bewegung geraten sind. Das ist ein ernster und uns zu Maßnahmen aller Art zwingender Entwicklungskampf. Heute aber kommen die Meldungen, daß der Führer für die Front im Osten, vor allem für den Südteil des Generalgouvernements nun Verstärkungen heranbringen läßt. Der Kampf um Lemberg wurde gestern und wird zumindest für die nächsten Tage zu unseren Gunsten entschieden. In Lemberg sitzt nach wie vor der Gouverneur; der größte Teil von Lublin ist nach wie vor in unserer Hand. In Galizien haben wir den gesamten südlichen und westlichen Teil fest in der Hand, es ist wahrscheinlich damit zu rechnen, daß die vorgestossenen Einzelkeile der Sowjets - einige wenige Panzer und einige wenige Bataillone - in den nächsten Tagen abgeschnitten werden.

Es ist daher keinerlei Anlaß zu irgendeiner Unruhe, zu irgendeiner Form Besorgtheit am Platze. Unsere Wehrmacht wird den Kampf im Osten so bestehen, daß schon in den kommenden Wochen je nach den Entlastungen, die der Westen bringen wird, die Schlußentscheidung gegen die Sowjets mit neu herangeführten Truppen und neuen Waffen beginnen wird.

5

22.7.1944

In diesem Augenblick, meine Kameradinnen und Kameraden, muß ich daher ganz besonders Ihren Arbeitseifer, Ihre Hingabe an den Führer, Ihre Diensttreue und Ihre Glaubenserfülltheit rechnen. Nun sind wir daran! Es ist uns in den letzten Jahren gegönnt gewesen, gemeinsam eine auch vom Führer als hervorragend bezeichnete vorbildliche Aufbauarbeit zu leisten. Wir haben hier gemeinsam aus Dreck und Speck, aus Not und Chaos, aus Schmutz und Zerstörung im Laufe von wenigen Jahren ein Mustergebilde von Verwaltungsführung und Ordnung aufgebaut. Wir haben die Millionenmasse der fremden Bevölkerung in diesem Raum zur Arbeit gebracht, wir haben die Ernte, die Industrie-, Transportleistungen sichergestellt und wir haben erreicht, daß trotz einiger Rückschläge durch Bandeneinbrüche und derartiges das ganze Land doch beinahe ohne jeden wesentlichen Schaden und Rückschlag sich auf allen Gebieten in einer stetigen Aufwärtsentwicklung bewegte.

Die Leistungen des Generalgouvernements sind Ihnen, meine Kameradinnen und Kameraden bekannt. Sie wissen, was dieses Land heute für das Deutsche Reich ernährungs-, leistungs-, industrie-, arbeitsversorgungsmässig bedeutet, war es für das Reich bedeutet, in diesem kritischen historischen Augenblick hier im Osten einen festen Verwaltungsblock mit deutschen Männern und Frauen voll zäher Tatkraft, Selbstsicherheit und Tapferkeit aufgerichtet zu wissen. Sie können sich vorstellen, daß der Führer bei jeder Gelegenheit darauf zurückkommt, welche Bedeutung dieses Nebenland für die Kriegführung des Reiches hat.

Aus diesem Umstand ergibt sich die Schlußfolgerung, daß wir voll Vertrauen auch auf die strategische Lage zu blicken haben. Was jetzt im Lande eingeladen wird, sich in die Heimat zurückzuziehen, daß sind alle die, die genau so in der Heimat verbleiben können, wie sie hier sind. Damit wir für die Arbeit Raum und die freie verant-

22.7.1944.

wortungserfüllte Zone bekommen, werden die Frauen und Kinder in die Heimat zurückgeleitet. Ich muß dabei auf die für die Führung, Verwaltung, Wirtschaft und sonstigen grossen öffentlichen Berufe notwendigen weiblichen Arbeitskräfte selbstverständlich auch in Zukunft rechnen, aber was für diese Kriegsgeschehnisse und Kriegsaufgerichtetheit der Verwaltung und Wirtschaft nicht unbedingt notwendig ist, wird jetzt unser Generalgouvernement verlassen. Das Kriegsregime erfordert eine Planung auf weite Sicht. Zu diesen Maßnahmen habe ich mich als Verantwortlicher für das Leben der Deutschen in diesem Raum entschlossen. Es können im Zusammenhang mit den Frontereignissen nun schwere Luftangriffe über unser Gebiet kommen, es können wieder gesteigerte Unsicherheitsfaktoren auftreten, die den einzelnen draussen im Lande oft weit verstreuten deutschen Familien schwerste Gefahren zu bringen im Stande sind. Wir tun dies in dem festen Glauben, daß alle diese Deutschen eines Tages wieder hierher zurückkommen werden.

Meine Kameradinnen und Kameraden! Wir schauen nun dem bolschewistischen Feind beinahe unmittelbar ins Angesicht. Wir wissen, wenn sie hier einbrechen würden, daß es dann nicht nur den Deutschen, sondern auch den Polen und Ukrainern schlecht ergehen würde. Es ist daher für mich eine angenehme Pflicht, den polnischen Beamten und Angestellten der Staatsverwaltung, der Wirtschaft, der Polizei, der Eisenbahn, der Post und der übrigen Verwaltungszweige meinen ganz besonderen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Was diese polnischen und ukrainischen Beamten und Angestellten des Staates und der Wirtschaft in diesen Wochen an treuer oft selbstloser Hingabe an die Interessen des Reiches geleistet haben, verdient unser aller Anerkennung. Auch sie haben ihr Verdienst an der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Raum. Auch mit der Haltung der gesamten Bevölkerung bin ich sehr zufrieden. Trotz unausgesetzter feindlicher Pro-

22.7.1944

paganda, trotz Versuchen aller Art, das Land gerade in diesem Augenblick in flammender Aufruhr zu bringen, sind alle diese Stimmen und Machinationen der Feinde zerschellt an der ruhigen überlegten Haltung der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes. Das Deutsche Reich wird sich diese Haltung merken, und es wird später nur von Vorteil für die Entwicklung des polnischen und ukrainischen Volkstums gewesen sein, daß wir die Millionenmasse dieses Volkstums im Raum als absolut arbeitsruhig erkannt haben. Freilich, der Bolschewismus würde auch mit den Polen nicht zu knapp verfahren. Die Drohungen, die von Moskau ausgesprochen werden, die absolute Preisgabe des Polentums an die Sowjets durch England sind hier zusammenwirkende Faktoren, denen gegenüber nur eine Garantie für die fremdvölkische Kultur in diesem Raum besteht, nämlich der Sieg der deutschen Waffen. Wenn die deutsche Armee heute nicht den Schutzwall für ganz Europa bilden würde, dann würden auch unsere polnischen Staatsangehörigen in die schwierigste Lage kommen.

Ich glaube, meine Kameradinnen und Kameraden, daß in diesem schwierigen Augenblick das Generalgouvernement dank der Treue, dank Eurer Arbeit und dank Eures unermüdlichen Einsatzes in der Regierung, in den Distrikten, in den Kreisen, in den Städten, in allen Wirtschaftsbereißhen, in allen technischen Bereichen, in allen Bereichen der Sicherheitsorganisation in gemeinsamer Arbeit auch weiterhin in Ordnung, Ruhe, Frieden und Arbeitssicherheit erhalten wird. Von jedem einzelnen von Ihnen müssen Energie und eine glaubenserfüllte Haltung in Disziplin und restloser Hingabe an das Vaterland Adolf Hitlers ausstrahlen und vor allem der blinde Gehorsam gegenüber dem Schicksal, das uns in Adolf Hitler dem größten Deutschen aller Zeiten als obersten Chef unseres Schicksals gesandt hat. Seit vorgestern haben wir ein persönliches Band zwischen Adolf Hitler und dem deutschen Volk; je mehr dieser Mann an Sorgen, Lasten und Nöten auf sich nimmt, desto mehr wächst Deutschland mit Adolf Hitler zusammen. Es ist leicht, in schweren

22.7.1944

Zeiten zu kritisieren, alles besser zu wissen und auf allen Wegen der Geschichte nachzuspüren; es ist leicht, düster in düster zu malen, zu unken, herumzuflattern und elend herumzusticheln an allen hohen Werten; das ist keine Kunst. Entscheidend aber ist, daß wir alle wissen müssen, daß, wenn Adolf Hitler und sein Reich jetzt von diesen verbrecherischen Mördern hätten vernichtet werden können, das deutsche Volk auf zweitausend Jahre der restlos versklavte Büttel des Weltjudentums geworden wäre. Die Verantwortung vor Gott, der Welt und dem eigenen Volk zu tragen in einem Augenblick, da die Schläge auf den einzelnen herabprasseln, die Not steigt und die Erfahrungen grösser werden, das macht den Geschichte gestaltenden Mann. Mit dem Widerstand gegen die Not, mit einer bis ans äusserste gehenden Energie jedem Feind, ganz gleich wo er steht, wie er heißt, was er will, mit was er kämpft, mit dem Eins tz des Lebens entgegenzuschlagen, das macht die Freiheit der kommenden Jahrtausende. Es geht nicht um Nationalsozialismus oder Nichtnationalsozialismus, es geht um die Feinde, die die Beseitigung des deutschen Volkes als Träger größter Ideale erstreben. Deshalb versuchen sie, unsere Kulturstätten zu zerstören, deshalb wollen sie unsere grossen Städte, diese Heimat gewaltigster seelischer Grösse zermalmen, damit wir endlich genau so farblos, seelenlos, ideenlos, glaubenslos würden wie diese technischen Massenanbeter Amerikas, Englands oder der Sowjetunion. Sie wollen die Deutsche Nation als persönlichkeitsbildende Kraft von dieser Erde vertilgen.

Meine Kameradinnen und Kameraden! Auf Euch vertraue ich. Eure Arbeit in den letzten Jahren war für mich eine grosse Freude und ich bin stolz darauf, eine so anständige Schar deutscher Männer und Frauen führen zu dürfen. Es ist eine Auszeichnung, in diesem Augenblick auf so viele treue tapfere Kameraden und Kameradinnen rechnen

zu können, wie ich das kann. Ich habe dem Führer auch mitgeteilt, daß die Gefolgschaft des Generalgouvernements, treu, klar und geschlossen wie bisher mit möglichst gesteigerter Energie auch in Zukunft bestehen wird. Eine schwere Arbeit liegt hinter uns, eine schwere Sorge liegt über uns, schwerere Arbeit wird kommen. An ihrem Ende aber liegt der grosse gemeinsame Lohn, und auch wir im Generalgouvernement werden sagen können: In der schwersten Stunde unseres deutschen Volkes hat uns der Führer ausgezeichnet, indem wir an schwierigster Stelle erfolgreich arbeiten durften. Indem ich Ihnen danke, bitte ich Sie, weiterhin gehorsam, treu, stark und gläubig zu bleiben.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Mit Dankesworten des Staatssekretärs Dr. Boepple und dem Gelöbnis treuer Weiterarbeit und den Liedern der Nation findet der Appell sein Ende.

15[20] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/8

Sonntag, den 23. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in

Kressendorf.

Krakau

Dienstag, den 25. Juli 1944

10[05] Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Oberdienstleiter Tießler die aus der Entwicklung der militärischen Lage im Generalgouvernement sich ergebenden Verhältnisse, und ersucht ihn, unverzüglich zur Parteikanzlei zu fahren und dem Reichsleiter Bormann einen Überblick über die gegenwärtige Situation zu geben.

Im Verfolg dieser Besprechung richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Fernschreiben an Reichsleiter Bormann:

> Angesichts der Frontentwicklung un der sich in das Generalgouvernement hinein auswirkenden Verhältnisse innerhalb der sich zurückziehenden Truppe ersuche ich Sie dringendst, den Pg. Tießler zu empfangen. Sein Bericht eignet sich nicht zur schriftlichen Wiedergabe, er kann nur persönlich gegeben werden. Ich würde angesichts der Wichtigkeit der Sache am liebsten persönlich bei Ihnen um einen Termin bitten, kann aber begreiflicher Weise jetzt das Generalgouvernement nicht verlassen.

10[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Gouverneur Dr. Wendler in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Präsident Dr. von Craushaar gibt zunächst einen kurzen Lagebericht.

Der Herr Generalgouverneur teilt dann den Inhalt eines an ihn gerichteten Geheimschreibens des Gouverneurs Kundt mit, in welchem dieser eine Schilderung der z.Zt. im Distrikt Radom infolge des Rückzuges der Truppen herrschenden Verhältnisse gibt.

25.7.1944

Hierauf berichtet Gouverneur Dr. Wendler über die Erlebnisse, die er vor und nach dem Verlassen der Stadt Lublin gehabt hat.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welchen Eindruck Dr. Wendler von den Maßnahmen der militärischen Führung habe, erwidert Gouverneur Dr. Wendler:

Ich habe das Gefühl, daß da etwas nicht stimmt. General Moser hat mir gesagt, es seien Flugblätter in die Kaserne geworfen worden, in denen gestanden habe: Der Führer kann das nicht alles durchführen, gleichzeitig West und Ost; es ist auch unmöglich, daß die Menschen das alles machen können, auch wenn ein Adolf Hitler da ist; es muß Schluß gemacht werden. Nun ist irgendwie ein Vakuum entstanden. Befehle kommen von hinten. Aber die setzen ja immer bloß ab. Eine Armee hat in ihrer Führung bzw. in ihrem Stabe über 3 200 Leute. Es sind ganze Nachrichtenregimenter und viele andere Formationen, die immer hinten sitzen. Es flattert einfach alles durcheinander. - Am Sonnabend nachmittag um 1/2 3 Uhr lag bereits der Westausgang von Lublin unter Feuer. General Moser sagte mir, es seien einige Panzer im Anmarsch. In Wirklichkeit waren es 40. Die sind wunderbar herausgefahren und haben sich an die Ausgänge gesetzt, sie haben es sehr geschickt gemacht, sodaß ich überzeugt bin, daß der Panzerkommandant der Russen gar kein blöder Hund ist. Sie kamen konzentrisch auf den Ausgang zu. Auf der Strasse nach Pulawy waren es 24 Panzer. - In Radzyn haben sie das Korpskommando ausgehoben. Ich habe von den Soldaten sehr pessimistische Äusserungen gehört wie: Das ist ja alles Sch...., die sollen uns am A... lecken, wir sind verraten, nichts wie los.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die sagen das, weil kein Offizier dabei ist?

25.7.1944

Gouverneur Dr. Wendler: Es war so dunkel, daß man nichts sah. Wenn eine Autorität da wäre, würden die Soldaten gewiß halt machen, und es würde manches erreicht werden können. Aber ich habe eben den Eindruck: da ist eben irgend etwas abgerissen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was machen wir mit Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wendler, was wünschen Sie von mir?

Gouverneur Dr. Wendler: Die Leute noch suchen lassen. Es fehlen mir noch 33 Köpfe, so der Stadthauptmann, der noch in den Beschuß hinein kam. - Ich was am Sonnabend um 1/2 3 Uhr auf der Oberfeldkommandantur und habe mich erkundigt. Ich bekam die Mitteilung, es sei nur ein schmaler Keil, der im Norden mit einigen Panzern vorgestossen sei. Da liegen Wälder. Weiter wurde mir gesagt, am Sonntag, den 23. Juli trete die Panzerdivision Hermann Göring an; sonst springe die Front zurück fast bis Brest Litowsk. Im Süden sei Hrubieczow noch in unserer Hand. Weiter wurde gesagt, einige Panzer seien im Vorstoß auf Rawa Ruska. Wir haben nun die Autos beladen lassen, hörten aber gleichzeitig schon die Schiesserei. Es waren Rauchwolken über der Warschauer Strasse. Um 1/2 5 Uhr habe ich den Oberregierungsrat Haße von der Inneren Abteilung hingeschickt, und ihm ist mitgeteilt worden, es seien Panzer durchgedrungen und stünden am westlichen Ausgang von Lublin; dagegen seien aber Panzervernichtungstrupps angesetzt. Ich bin dann zur Polizei gegangen, und man hat mir gesagt, es sei richtig. Zu dieser Zeit waren noch 32 Leute da, es war der letzte Stab, alle anderen Deutschen waren weggefahren. Es war mir unbekannt geblieben, daß die am Mittag gegen 1 Uhr auf der Hauptstrasse weggefahren und den Panzern in die Hände gekommen sind. Der Oberlandwirtschaftsrat Dr. Claus hat sich gerettet und sich in Radom eingefunden. Er mußte aus dem Wagen aussteigen. Er hatte sich gedacht, es seien deutsche

Panzer, weil sie vom Westen kamen. Im übrigen war dort ein tolles Durcheinander: Autokolonnen, Trecks - 3 Reihen Trecks von Zamosc, 2 Kolonnen Autos, die mußten über die Felder hinweg. Der Beschuß hat um 13 Uhr 30 Minuten begonnen. Nachmittags um 5 Uhr haben wir noch im Luftschutzkeller gesessen. Von den übrigen Deutschen habe ich erst gehört, als wir in die Warschauer Strasse kamen. Da stand die Kavallerie auf dem Bürgersteig, und einer sagte: es ist Beschuß, die Fahrzeuge sollen hier abstellen, dann nach Süden durchstossen und sehen, wie sie herauskämen. Die 32 Deutschen, auch die Frauen, haben sich ausgezeichnet benommen. Ich hatte auch meine Anordnung für den äussersten Notfall getroffen, danach sollten sich die Frauen zur Wehrmacht begebe . Dann sind wir über die Strasse herüber gefahren, die Wagen haben gewendet, wir haben auch Infanterie gesehen, die mit der Panzerfaust vorgegangen ist. Da soll ein Russe aus seinem Panzer ausgestiegen sein und eine Panzergranate aufgehoben haben und dann wieder in seinen Panzer eingestiegen sein. Bei den Infanteristen habe ich keinen Offizier gesehen. Nur 16 oder 17 meiner Beobachtung nach ziemlich alte Leute sind vorgegangen. Ich habe auch nicht das Gefühl gehabt, daß sie ausgebildet waren. - Wir haben uns nun zum Bahnhof durchgeschlagen. Hier ging der letzte Zug um 13 Uhr 27 Minuten weg. Es war der fahrplanmässige Schnellzug; er ist noch aus Lublin herausgekommen und fahrplanmässig an seine Zielstation gekommen. Ein Zug mit Volksdeutschen aus dem Treck, die verwundet worden waren, kam auch noch heraus. Von diesen Volksdeutschen haben wir auch noch 3 Verwundete aufgenommen. Es wälzten sich nun unaufhörlich Autos an uns vorbei. Alles war im Rückzug. Es war kein Mensch da, der ihnen halt gebot. Auch General Moser war nicht zu sehen. In einer Entfernung von 20 km stiessen wir dann auf lebhafte Fliegertätigkeit. Wir mußten z.T. wieder aus dem Wagen heraus. Es brannte ein grosses Treibstoff-

25.7.1944

lager der Wehrmacht in der Nähe des Bahnhofes, ebenso ein anderes auf der gegenüberliegenden Seite. Sonst hat auch noch manches zu brennen angefangen, es waren wohl Häuser von deutschen Soldaten in Brand gesteckt worden. So standen wir noch bis 18 Uhr 50 Minuten und sind dann weggefahren, ganz langsam am Bahnhof entlang. Neben uns sind unsere eigenen Granaten niedergegangen. Aus dem Bahnhof ist dann noch ein letzter Zug mit Eisenbahnern abgefahren, die sich gut verproviantiert hatten. Um 22 Uhr waren wir 3 km von der Stadt weggekommen, befanden uns eigentlich immer noch im Stadtgebiet. Wir sahen auch, wie die Flak ihre Scheinwerferstellungen zerstörte. Darauf bekamen wir sofort Beschuß. Wir meinten, das käme von der Flak. Aber die haben wohl herübergehalten. Das hörte dann wieder auf. - Dann kam ein weiteres Hindernis auf unserer Fahrt, eine Brücke, die eigentlich nur noch aus Brettern bestand. Es war völlige Finsternis, und wir erhielten einen ziemlich schweren Banditenbeschuß, hörten auch dauernd Fliegergeräusch über uns. Im Westen an der von uns zu erreichenden Strasse sahen wir Leuchtkugeln, es brannte auch da und dort. Wir sind an brennenden Gehöften vorbeigefahren, und es konnte für uns katastrophal werden. Um 1/4 nach 4 Uhr waren wir erst in Krasnik. Um 1/2 6 Uhr waren wir 22 km von Annapol und haben über 1 Stunde auf einer Brücke gestanden. Zum Glück hat es sehr stark geregnet, sonst wäre die Brücke ein leichtes Ziel für eine Bombardierung gewesen. Auch hier sahen wir wieder Kolonnen mit Langrohrgeschützen, schwere Pak und Flak. Offiziere waren nicht dabei, nur einige Feldgendarmen haben versucht, für Ordnung zu sorgen. Die Kolonnen wurden dann dünner, und wir sind rechts nach Radom abgebogen. Unsere Kolonnen waren natürlich nicht mehr ganz zusammen, die Leute sind aber doch sämtlich hingekommen, sozusagen im letzten Augenblick. Wir sahen dann noch, wie von Südosten her die Kalmücken, der Dollverband über die Felder zogen, viele sassen zu zweit auf einem Pferde.

25.7.1944

Nachdem Gouverneur Dr. Wendler seinen Bericht beendet hat, gibt der mittlerweile erschienene Staatssekretär Koppe dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß nach einer, dem Wehrkreiskommando zugegangenen Nachricht die Emigrantenregierung in London den Aufstand der Polen im Generalgouvernement ausgerufen habe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zu der gegenwärtigen militärischen Lage im Generalgouvernement Stellung genommen und vor allem die Frage geprüft, ob und in welcher Weise es möglich ist, die zurückflutende Truppe zum Stehen zu bringen.

Staatssekretär Koppe will dafür sorgen, daß das Heidelager als Auffanglager bestimmt, alle dort vorüberziehenden Truppen in dieses Lager gebracht und unter den Befehl eines Generals gestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur trifft sodann folgende Verfügung:

1) Gouverneur Dr. Wendler wird zunächst in seiner Stellung als Gouverneur des Distrikts Lublin belassen.
2) Dem Gouverneur Dr. Wendler werden die gesamten Agenden der noch anfallenden Personal- und Sachangelegenheiten des Distrikts Lublin weiterhin übertragen.
3) Gouverneur Dr. Wendler wird seinen Dienstsitz in Tschenstochau nehmen.

11[10] Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Präsident Naumann.

Präsident Naumann legt die Entwicklung der Ernährungssituation im Generalgouvernement dar.

7

25.7.1944

Der Herr Generalgouverneur billigt die Ausführungen des Präsidenten Naumann und beauftragt ihn, sich sofort mit den Reichsernährungsinstanzen in Verbindung zu setzen.

Präsident Naumann will noch im Laufe dieser Woche nach Berlin zum Reichsminister Backe fahren, um mit ihm die Situation des Generalgouvernements zu besprechen. Er führt dann aus:

Sollte die San-Weichsel-Linie wirklich einigermassen gehalten werden können, dann würde sich die Ernährung der Bevölkerung des Generalgouvernements im wesentlichen durchführen lassen bis auf Zucker, Fett und Fleisch. Das Reich müßte dann aber fast völlig für den Bedarf der Truppe im Generalgouvernement aufkommen und wesentliche Beiträge zur Ernährung der Ostbahnarbeiter leisten. Die Brotration auch für die fremdvölkische Bevölkerung könnte ebenso wie die Kartoffel- und Marmeladeration aufrechterhalten werden. Die Fleisch- und Fettration könnte in dem bisherigen sehr kümmerlichen Umfange zur Not gehalten werden. Indessen müßte die Zuckerration ab 1. September 1944 auf 150 gr monatlich, die Hälfte des bisherigen Satzes, reduziert werden. Diese Maßnahmen hätten verschiedene sehr nachteilige Folgen, weil dadurch insbesondere die Möglichkeit der Spritproduktion ausfiele und ausserdem die Ernteerträge sinken würden angesichts der nicht Zurverfügungstellung von Prämienware. Selbstverständlich sei das alles dadurch bedingt, daß sich wirklich die deutsche Führung und Verwaltung in den westlich San-Weichsel liegenden Gebieten restlos durchsetzen könnten. Sollte das nicht der Fall sein, dann würde sich die Lage wesentlich verschlechtern.

12[10] Besprechung mit Stadthauptmann Dr. Höller in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. Höller, ihm einen schriftlichen Bericht über Aufbau, Leistungen und Abwicklung der Stadt+Lemberg einzureichen. Anschliessend werde er über den Wunsch des Stadthauptmanns, zur Wehrmacht gehen zu dürfen, entscheiden. +) hauptmannschaft

25.7.1944

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Führer der Brigade Rona Kaminsky in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe und des Staatssekretärs Dr. Boepple, des SS-Oberführers Bierkamp, des SS Sturmbannführers Reusner, des SS Sturmbannführers Schindhelm und des Bürgermeisters Türk.

Der Führer der Brigade Rona Kaminsky berichtet dem Herrn Generalgouverneur von dem Einsatz seiner Truppe und gibt dann dem Wunsche Ausdruck, ihm bei der Unterbringung seiner mittlerweile von 12 000 auf 5 000 Mann reduzierten, stark abgekämpften Truppe behilflich zu sein. Einen weiteren Aufenthalt seiner Brigade im Generalgouvernement halte er angesichts des feindlichen Verhaltens der polnischen Bevölkerung nicht für möglich. Nach einer Ruhepause von einigen Wochen könnte die Truppe wieder kampffähig und einsatzbereit sein.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kaminsky seinen Dank und seine Anerkennung aus und sagt ihm seine Hilfe zu. Er würde es allerdings ebenso wie Staatssekretär Koppe begrüßt haben, wenn diese Truppe im Generalgouvernement geblieben wäre, könne sich aber dem von Kaminsky geltend gemachten Beweggründen nicht verschliessen.

Es werden dann die Möglichkeiten eines Abtransportes der Brigade Rona besprochen.

Der Herr Generalgouverneur richtet in Verfolg dieser Besprechung an Reichsführer SS Himmler folgendes Fernschreiben:

Lieber Parteigenosse Himmler!

Ich habe eben in Anwesenheit der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple den Herrn Kaminsky, Führer der Brigade Rona, empfangen. Selbst den dringenden Argumenten, die Staatssekretär Koppe für ein Verbleiben der Brigade Rona gerade im jetzigen

ernsten Augenblick des Generalgouvernements angesichts des Vordringens der Sowjetrussen in unser Gebiet fand, stellte Kaminsky mit allem Nachdruck die Notwendigkeit gegenüber, daß seine Truppe erst wieder kampffähig gemacht werde. Er benötige mindestens dafür vier Wochen Zeit in einem Ruhelager und erbitte auch die völlig sicher gewährleistete Unterkunft der von ihm mitgeführten Familienangehörden. Zu diesem Zweck bat er, den Durchmarsch durch Deutschland und seine Unterkunft in Ungarn sicherzustellen.
Auch auf mein Ersuchen, uns doch jetzt in diesem Augenblick zu helfen, blieb er unter Hinweis auf die völlige Kampfuntauglichkeit seiner Truppe auf seinem Standpunkt beharren.
Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als auf den Plan zu verzichten, die Gruppe Kaminsky in den Verteidigungskampf hier im Generalgouvernement jetzt schon einzureihen. Es ist völlig ausgeschlossen, ihn mit Zwang hier zu behalten oder gar zum Kampf zu bringen.
Die Darlegungen des Kaminsky über die Situation seiner Truppe und die dringendst unabweisbare Notwendigkeit ihrer Wiederauffrischung wurde von dem mit anwesenden SS Sturmbannführer Reu[illegible] der bekanntlich Kaminsky seit langer Zeit begleitet, vollauf bestätigt.
Ich bitte Sie daher, lieber Parteigenosse Himmler, Anweisung zu geben, daß der Transport dieser Gruppe Kaminsky insgesamt mit einer Köpfezahl von 30 000 in der Form des teilweisen Eisenbahn- und teilweisen Treckstransportes mit Vieh durch Deutschland bis an die slowakische Grenze gewährleistet wird. Mit der Slowa-

25.7.1944

kei und Ungarn werde ich im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt direkt die Verhandlungen weiter führen. Ich darf Sie bitten, lieber Parteigenosse Himmler, Ihre diesbezüglichen Weisungen möglichst unverzüglich den zuständigen Behörden, nämlich dem Oberpräsidium Oberschlesien und dem Regierungspräsidium Kattowitz zuzuleiten.

15⁴⁵ Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch, Referent von Palézieux und Architekt Korinthenberg.

Gegenstand der Besprechung ist die Beendigung des Kanzleineubaues.

17⁰⁵ Polizeihauptmann Zi

17¹⁵ Besprechung mit Oberst Fischer.

18⁰⁰ Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler und Amtsleiter Schroer.

18³⁰ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

18⁴⁰ Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers.

Ich gebe Ihnen über die heutige Nachmittagslage im Generalgouvernement folgenden Bericht: Nach den mir eben zugegangenen Wehrmachtsmitteilungen hat der Russe in Stärke von etwa 3 Panzerkorps mit von der mir diese Nachricht übermittelnden Wehrmachtsdienststelle auf etwa 300 geschätzen Panzern den San nördlich Przemysl überschritten und in rascher Vorwärtsbewegung etwa den Ort Babice annähernd nördlich der südöstlichsten Sanschleife erreicht.

25.7.1944

Gleichzeitig wird gemeldet, daß der Russe an der Weichsel die Brückenköpfe Pulawy und Igena mit stärkeren Panzern besetzt hat. Zwischen Krakau und dieser vordringenden russischen Panzertruppe befindet sich nach Auskunft der Wehrmacht keinerlei grösserer deutscher Verband. In den Orten Tarnow, Landshut, Sanok usw. befinden sich nur noch kleinere Alarmeinheiten der Wehrmacht. Nach Meinung der Wehrmachtsdienststellen könnte ein Vormarsch der Russen nur durch sofort herbeizuführende sehr starke deutsche Panzerkräfte aufgehalten werden. Ich vermute, daß der Vorstoß dieser Panzerarmee auf die Abschneidung der letzten Verbindungslinie im Süden, die von Sanok nach Osten in Richtung Drohobycz-Stryj als sogenannte Beskidenstrasse läuft, abzielt.
Ich nehme an, daß die Nachrichten noch nicht als so restlos verbürgt anzusehen sind, und werde, sobald ich Näheres weiß, Ihnen weiter berichten.

IV/8

Krakau

Mittwoch, den 26. Juli 1944

10 40 **Sitzung der Hauptabteilungspräsidenten** im Grünen Zimmer der Burg.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Koppe
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Gerteis
Präsident Dr. Lauxmann
Präsident Dr. Emmerich
Präsident Bauder
Präsident Dr. Eißfeldt
Präsident Dr. Eichholz
Präsident Professor Dr. Teitge
Präsident Ohlenbusch
Präsident Struve
Präsident Naumann
Präsident Wille
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Oberdienstleiter Tießler
Generalarbeitsführer Hinkel
Landesinspekteur Schalk
Präsident Dr. Paersch
Pressechef Gassner
Oberst Fischer
SS Oberführer Bierkamp
Notar Gutbrod
Regierungsdirektor Schmid
Landgerichtsdirektor Wilden
Bürgermeister Türk
Generalleutnant der Polizei Höring.

26.7.1944

Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Herr Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Frontlage, soweit sie für das Generalgouvernement von Bedeutung ist. Er fährt dann fort: In diesem Augenblick obliegt uns die ernste Verantwortung für das, was hier im Lande an deutschen Menschen und an Werten, die für das Reich aufgebaut wurden, vorhanden ist. Wir haben uns deshalb zu Räumungsmaßnahmen entschlossen, über die im einzelnen Präsident Dr. von Craushaar berichten wird. Ganz allgemein laufen heute die Dinge auf eine völlige Verunklarung vieler Zuständigkeitsbereiche hinaus. Es herrschen grosse Verschiedenheiten der Auffassung über die Zuständigkeit, was z.B. den Ausbau der San-Weichsel-Linie angeht. Andererseits bestehen Unklarheiten in der Zuständigkeit zwischen Wehrkreiskommando und Heeresgruppe. Es ist keine Stelle vorhanden, die über das militär-kriegerische Schicksal des uns anvertrauten Landes in der nächsten Zeit wirklich Bescheid wüßte. Die Meldungen gehen hier immer wieder auseinander. Genau so, wie ich das Generalgouvernement in Ruhe und Ordnung aufgebaut habe, beabsichtige ich auch, das Generalgouvernement unter Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf den Status zu führen, wie er sich der jetzigen Lage anzupassen hat.

Man könnte uns entgegenhalten: Wenn wir übertrieben räumen oder unsere Archive zurücknehmen, so liege darin eine gar zu grosse Vorsicht. Ich will mir aber lieber den Vorwurf einer zu grossen Vorsicht machen lassen als daß man hier etwa erleben sollte, wie es z.B. deutsche Menschen in Minsk erlebt haben, wo viele hunderte von Frauen und Kindern in die Hände der Russen gefallen sind. Ich will also unter allen Umständen verhindern, daß die deutschen Menschen und die wertvollsten und unersetzlichsten Archivgüter, Materialien, Werkzeuge, Instrumente, Einrichtungen in die Hand des Feindes geraten. Ich kann es sehr wohl verstehen, wenn man seine Lage optimistisch darstellt; das gehört schließlich zum Beruf des Offiziers.

Ich habe mir aber angewöhnt, alle jene optimistischen Prophezeiungen, die wir immer wieder seit Tarnopol von seiten der Wehrmacht amtlich zu hören bekommen, pflichtgemäß als Verantwortlicher für das Leben der Deutschen in diesem Raum nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen. Z.Zt. erhalte ich auf meine klare Frage, welche Kräfte in diesem Augenblick die deutsche Wehrmacht hat, um den Vormarsch auf Krakau einzuhalten, von ganz nüchternen Beurteilern der Wehrmacht einfach die Antwort: Nichts. In der Gegend von Przeworsk befindet sich eine Division. Ich bin der festen Überzeugung, daß der Führer aus der unerschöpflichen Kraft der deutschen Wehrmacht uns Divisionen schicken wird. Ich gebe die Lage weder verloren, noch nehme ich sie leichten Herzens. Wenn ich aber damit rechnen muß, daß in den nächsten Wochen und Monaten die gesamten Transportmittel für Zwecke des Heeres und des Nachschubs von Gütern belegt sind, dann muß ich um so mehr heute darauf dringen, daß das, war zu retten ist, aus dem Lande herausgeholt wird.

Ich habe mich deshalb entschlossen, im Einvernehmen mit dem Herrn Staatssekretär Ihnen ein weitgehendes Räumungsprogramm im Hinblick auf diese gewaltige Situationsänderung vorzuschlagen.

Das Generalgouvernement hat in den letzten Tagen an Wucht und Raum entscheidendste Verluste erlitten. Es ist ein tragischer Umstand, daß an einem Tage die beiden Gouverneure von Galizien und Lublin sich auf der Burg melden und mitteilen, daß ihre Distrikte praktisch verloren sind. Vom Distrikt Lublin haben wir noch wenige Grenzstreifen, im Distrikt Galizien einige wenige Kreise im Südwesten, vor allem den wichtigen Ölbezirk Drohobycz-Stryj, der aber bedroht, eingeengt und in verkehrstechnischer Hinsicht so beschränkt ist, daß eine fruchtbare Ausnutzung dieses Gebietes ausgeschlossen erscheint.

26.7.1944

Der östliche Teil des Distrikts Warschau wird schon in den nächsten Tagen ein Raum von intensiven Rückzugsgefechten sein. Wenn die allgemeine Richtung auf die Weichsel innegehalten wird, dann wird der Ostteil des Distrikts Warschau verloren gehen. Wenn die San-Weichsel-Linie wirksam werden soll, dann ist einmal Voraussetzung, daß wir den San erst wiederbekommen, also die feindlichen Truppen, die über den San gegangen sind, zurückgeschlagen werden. Das ist aber nur mit Kräften in Stärke eines Korps, mit Panzern usw. möglich. Zweite Voraussetzung ist, daß unsere Truppen die Weichsel an entscheidenden Stellen vor den Russen erreichen. 2 Brükkenköpfe bei Pulawy und Irena sind bereits verloren, sodaß im Norden nur noch die Weichselbrücke Warschau-Praga als Brückenkopf besteht.

Jetzt kann natürlich von uns nichts weiter veranlaßt werden als das, was mit dem Wenigen, was uns verblieben ist, erreicht werden kann. Aber das ist noch nicht alles. Denn dies wäre an sich die normale Lage, wie sie bestünde, wenn man damit rechnen müsse, daß der Feind in einen Heimatgau einbricht. Für uns kommt aber erschwerend hinzu, daß wir in einem Raum mit Millionen von Menschen leben, von denen ein überwiegender Teil selbstverständlich darauf wartet, daß wir die Herrschaft über diesen Raum aufgeben. An wen die Macht kommt, ist ihnen gleich; sie wünschen nur aus Haß gegen Deutschland, daß wir die Herrschaft verlieren.

Ein Zeichen für die wachsende Unsicherheit ist das Verhalten des Baudienstes, der völlig verschwunden ist. Eine von uns großzügig gedachte Einrichtung ist über Nacht in die Luft gegangen. Die paar Männer, die wir noch haben, haben vielleicht geschlafen, werden aber wohl noch nachfolgen.

Dazu kommt, daß nach den beim Staatssekretär für das Sicherheitswesen eingehenden Meldungen auch die Aufstandspsychose und -Psychologie etwas an Farbe gewinnt.

26.7.1944

Wir sind weit entfernt, die Meldungen von Miechow als Aufstandsbewegung zu bezeichnen. Wir haben den technischen Ausdruck der verstärkten Bandentätigkeit dafür gefunden. Ein Aufstand ist selbstverständlich etwas anderes. Er wird mit grösseren Mitteln gemacht. Gleichwohl müssen wir uns darüber klar sein, daß auch in Cholm schon eine polnische Regierung auf sowjetrussische Anregung gebildet, an der eine Frau Hanna Wilski beteiligt ist, die wir aus dem Moskauer Rundfunk genau kennen. Es handelt sich hier durchaus nicht um ein sowjetisch aufgezogenes, sondern ein absolut natürlich getarntes Unternehmen mit polnischer Flagge, polnischen Liedern usw. Diese sogenannte Regierung wird zum mindesten versuchen, das noch in unserer Hand befindliche Gebiet mit einer verstärkten Propaganda zu überziehen. Dazu kommt der klare Befehl, den Stalin ununterbrochen an seine Truppe richtet: Auch Warschau und Krakau sind nur Städte auf dem Marsch nach Berlin, den nunmehr die Rote Armee antreten wird. - Wir stehen also vor ungeheuren Fragen und Aufgaben.

Sicherheitsmässig sieht es bei uns so aus, daß wir zwar die normalen Gendarmerie- und Polizeikräfte noch besitzen, aber von der Truppenpolizei infolge der Notlage der Front einige der wichtigsten Polizeiregimenter abgezogen wurden. Die Zuverlässigkeit der polnischen und ukrainischen Polizei wird sich so oder so bewähren. Das deutsche Leben im gesamten Generalgouvernement ist demnach als bedroht anzusehen. Es ist gar kein Zweifel, daß wir irgendeine andere Formulierung nicht wählen können, wenn wir das deutsche Leben in diesem Raum mit Verantwortung ansehen.

Es kommt jetzt nicht darauf an, daß der einzelne draussen im Lande einen ohnmächtigen Kampf aufnimmt, um seinen persönlichen Egoismus zu zeigen, sondern darauf, daß ich möglichst zusammengerafft die deutsche menschliche Kraft dieses Raumes dem Führer für kommende Aufgaben erhalte. Was hier an Beamten, die nicht mehr gebraucht werden, freigemacht wird, daß wird in der Heimat wunderbar Verwendung finden oder zum Militär gehen können. Es ist

meine Absicht, diese Räumungsbewegung im Einvernehmen mit der Heeresgruppe so vorzunehmen, wie wir es planen. Deutsche Frauen und Kinder werden das Generalgouvernement verlassen. Es bleibt nur der äusserste Einsatzstab, der sich erst zuletzt abzusetzen hat. Das gleiche gilt für die Position Krakau und die anderen Verwaltungsorgane. Das wesentliche Problem ist Krakau. Im Lande hat sich die Praxis herausgebildet, daß jeder nach Krakau schaut. Die Wehrmacht wußte auch keinen anderen Weg als den, einen ganzen Stab nach Krakau zu verlegen.

f.2
IX/8

Präsident Dr. von Craushaar erklärt, daß die Räumungsmaßnahmen in Krakau angelaufen seien. Die Partei habe sicherlich inzwischen die bisher ausgesprochene Empfehlung der Abreise von Frauen und Kindern in einen Befehl umgewandelt.

Bei der Räumung der Regierung unterscheide man Sofortmaßnahmen und Wegverlegung des zunächst hier verbleibenden Restbestandes. Als Aufnahmeplatz der Regierung gelte Schreiberhau, wohin sofort ein Vorkommando abgehen werde. Diejenigen Hauptabteilungen, deren Verbleib in Krakau nicht dringend kampfwichtig sei, würden jetzt schon nach Schreiberhau verlegt. Jede dieser Hauptabteilungen solle in Krakau durch ihren Präsidenten, einen Herrn und eine Schreibkraft als Verbindungsstab vertreten sein. Innerhalb der zunächst hier verbleibenden Hauptabteilungen müßten Überlegungen angestellt werden, welche Abteilungen jetzt schon verlagert werden könnten. Innerhalb der hier verbleibenden Abteilungen würden einzelne Gebiete gleichfalls eingeschränkt. In Aussicht genommen für eine Vorverlegung seien der Rechnungshof, das Amt für Jugend, das Amt für Preisbildung, die Hauptabteilung Justiz, die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht, das Institut für Deutsche Ostarbeit und der Fremdenverkehrsverband. Teilverlegungen würden jeder Hauptabteilung möglich sein, und er bitte, daß möglichst viel wegverlagert würde. Die

26.7.1944

Gefolgschaftsmitglieder, die jetzt schon nach Schreiberhau geschickt würden, würden zunächst auf Urlaub gehen können. Ihre Weiterverwendung hänge von der kommenden Lage ab. Die Schreibkräfte in Krakau müßten auf das stärkste eingeschränkt werden.

Nur wichtigste Akten sollten mitgenommen werden, ebenso Spezialinstrumente, Schreibmaschinen usw. Alles andere müsse dem Amt für Betriebsverwaltung zwecks gemeinsamer Vernichtung zugeführt werden. Bei Gefahr im Verzug können nur die allerwichtigsten Akten und Schreibmaschinen mitgeführt werden, fehle es dazu an der nötigen Zeit, müßten die Sachen selbst verbrannt werden. Der Abtransport müsse weitgehend durch die Bahn erfolgen, da der Kraftwagenpark für die später und zuletzt zu verlegenden Stellen zur Verfügung stehen müsse. Bei Gefahr im Verzug müsse jede Stelle einen Kraftwagen unter äusserster Beschränkung benützen und den Rest des nicht benötigten Bestandes sofort an die Abteilung Strassenverkehr abgeben. Bei einer plötzlichen Räumung sei das Wichtigste der Abtransport aller deutschen Menschen. Dem Herrn Staatssekretär werde er eine Verfügung vorlegen, auf Grund der die Verwendung von LKW zum Transport nach dem Reich beschränkt werde auf gewisse Sonderfälle, da diese zum Zubringerdienst für die Bahn restlos benötigt würden.

Präsident Gerteis bezeichnet es als unmöglich, die Fülle des in den westlichen Teilen des Generalgouvernements lagernden kriegswichtigen Materials kurzfristig zu räumen. Die Lage habe sich dadurch verschlechtert, daß das polnische Personal bei der Bahn in steigendem Masse seinen Dienst verlasse. Die Situation auf der Bahn sei also ausserordentlich ernst.

Die Personenbeförderung in Warschau werde bis Donnerstag abend durchgeführt sein; in Radom sei sie infolge von Streckensprengungen etwas abgestoppt. In Krakau habe man alle nach dem Reich abfahrenden Züge verstärkt, teil-

weise auch Sonderzüge eingelegt, sodaß reichliche Fahrgelegenheit vorhanden sei. Das Gros der Krakau verlassenden Frauen und Kinder werde diese Tage abfahren, und er hoffe, daß bis Sonnabend alle Personen weg seien. Die Personenräumung habe überall recht gut geklappt, wenn die Leute nicht nervös geworden seien. Schwierigkeiten bereite die Güterwagengestellung.

Präsident Ohlenbusch berichtet, daß auf dem Hauptbahnhof dafür Vorsorge getroffen sei, daß die Frauen und Kinder zu den richtigen Zügen gelangten. Wichtig sei für ihn die Frage, sein nachrichtentechnisches Material abtransportieren zu können.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß dies erst im letzten Augenblick zu geschehen habe, und daß hier die Wehrmacht mithelfen müsse.

F.3

IV/8
5/1

26.7.1944

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß die Räumungsmaßnahmen der Monopolverwaltung in Warschau auf Schwierigkeiten stiessen. Er habe z.B. eine Fabrik sperren müssen, weil die Arbeiterschaft mit Gewalt die Entfernung der Maschinen und der Vorräte habe verhindern wollen. Die Fabriken seien z.T. noch recht gut versorgt, weil die Großabnehmer im Laufe dieses Monats fast nichts abgenommen hätten. Für den Fall, daß die Warenvorräte nicht abtransportiert werden könnten, werde er Sondermaßnahmen und Sofortmaßnahmen ansetzen, z.B. in Gestalt eines Verkaufs auch an nichtdeutsche Bevölkerung. Leider sei die Wehrmacht beim Ankauf solcher Ware sehr schwerfällig. Es sei nicht möglich gewesen eine militärische Dienststelle ausfindig zu machen, die ein Teillager hätte übernehmen können.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Auswirkung des Verhältnisses von Wehrkreis und Heeresgruppe auf die Dauer für unmöglich. Diese Konkurrenz müsse aufhören. Hier müsse sich eine Sonderstelle sofort mit der Monopolverwaltung in Verbindung setzen und feststellen, bei welcher Stelle die Schuld liege.

Präsident Dr. Senkowsky will dafür gesorgt wissen, daß die Dienststellen, die aus dem Generalgouvernement ins Reich auswichen, an den Zahlungsverkehr des Generalgouvernements angeschlossen seien. Die Hauptabteilung Finanzen habe deshalb ein Postsparkonto in Breslau eingerichtet, an das Zahlungen überwiesen werden könnten. Man wolle auch zur Vermeidung von Verzögerungen eine Zweigstelle einrichten. Die diesbezügliche Verfügung bedürfe nur noch der Unterschrift des Präsidenten Dr. von Craushaar. Über diese Kasse könnten dann sämtliche Zahlungen im Reich und im Protektorat von allen Dienststellen geleistet werden, die von den Hauptabteilungen befugt seien, im Reich tätig zu sein und Zahlungen für Personal- und Sachausgaben zu leisten. Er habe auch die

Überweisung von 50 Millionen Zloty bezw. 25 Millionen Reichsmark zur Verstärkung dieses Kontos verfügt. Die Genehmigung dazu werde wohl auf keine Schwierigkeiten stossen. Die Hauptabteilung Finanzen verfüge z.Zt. noch über einen Kassenbestand von 200 Millionen Zloty. Er werde noch weitere Beträge auf reichsdeutsche Konten überweisen lassen. Im übrigen sei es seine Absicht, die in Krakau liegenden Monopolbetriebe noch weiter in Gang zu halten und sei auch im Begriff, Ausweichbetriebe gegebenenfalls in Neu-Sandez und Zakopane einzurichten.

Präsident Dr. Paersch stimmt den Ausführungen des Präsidenten Dr.von Craushaar hinsichtlich der vorgesehenen Räumungsmaßnahmen grundsätzlich zu. Bei der Emissionsbank und bei den Banken hätten im Zusammenhang mit der Räumung irgendwelche schwerwiegenden Probleme sich nicht ergeben. Die Lage habe sich natürlich im Zusammenhang mit dem Zurückgehen der Front nicht unerheblich verschärft. Einlagenabzüge seien eingetreten. Die Abgänge im Osten und Norden hätten sich inzwischen nach der Mitte und dem Süden verlagert und seien nun im Westteil des Generalgouvernements. Verhältnismässig tiefgehend seien sie in Warschau.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß sich in den beiden östlichen Distrikten die Einbussen der gewerblichen Wirtschaft in erträglichen Grenzen hielten, weil man Zeit gehabt habe, aufzulockern, und weil auch die gewerbliche Wirtschaft in diesen Distrikten verhältnismässig schwach vertreten sei. Ein Engpaß sei für die Karpaten-Öl-AG entstanden, weil man nicht die Räumung, sondern im Gegenteil einen Wiederaufbau der zerstörten Anlagen in Angriff genommen habe. Die Räumung in Lemberg sei auch nur unter anzünden von Rohölvorräten möglich gewesen. Wenn nicht grössere Mengen von Tankwagen zur Verfügung gestellt werden könnten, dann bestehe die Gefahr, daß im Drohobyczer Revier bei einer überstürzten

Räumung starke Einbussen einträten. Im übrigen habe die Räumungsbewegung zu einer gewissen Vermehrung der Läger in den westlichen Bezirken geführt. Seit 14 Tagen greife man auch besonders hinsichtlich der Bewirtschaftungsvorräte auf Läger des Reiches zurück. Bestimmte Güter müsse man in zentrale Läger legen. Das gelte vor allem für Textilien, während man auf anderen Gebieten mit wenigen voluminösen Gütern zu tun habe. Hier sei die Auflockerung verhältnismässig gut vorangegangen. Von größter Wichtigkeit sei selbstverständlich die Verkehrssituation. Wenn sich die Dinge überstürzten, dann sei auf der ganzen Linie mit grossen Verlusten zu rechnen.

Präsident Bauder berichtet von den Maßnahmen, die die Hauptabteilung Bauwesen im Zuge der Räumung ergriffen hat.

Präsident Dr. Eißfeldt erklärt sich mit den vorgeschlagenen Räumungsmaßnahmen einverstanden. Die im Aussendienst, in den Sägewerken Beschäftigten, könnten erst mit den letzten Truppen zurückgehen. Irgendwelche Vorräte oder Maschinen könnten nicht mitgenommen werden. Im übrigen habe er die Absicht, für die Hauptabteilung und die Distriktsabteilungen nur einen kleinen Einsatzstab zu behalten.

Präsident Naumann führt aus, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft 3 grosse Aufgaben zu erfüllen habe: 1. müsse versucht werden, soweit wie möglich zu räumen; 2. müßten die Bestände gesichert werden, da sich auf dem flachen Lande bereits Plünderungserscheinungen zeigten; 3. müsse in den restlichen Gebieten die Ernteerfassung nach Möglichkeit durchgeführt werden. Für diese 3 Aufgaben werde der gesamte Apparat der Hauptabteilung eingesetzt; die aus Lublin und Galizien Zurückkommenden würden ebenfalls in den Dienst dieser 3 Aufgaben gestellt. Jeder Betrieb, auch der

26.7.1944

kleinste, müsse mit einem Deutschen besetzt werden, und dafür könnten die Kräfte aus Lublin, Galizien und dem östlichen Teil des Distrikts Warschau eingesetzt werden. - Es sei möglich, daß man aus den Westgebieten Trecks in Gang bringe. Hier müsse sofort dafür gesorgt werden, daß auch die fremdvölkischen Kutscher ohne besonderen Ausweis die Strassen passieren könnten. - Was die Einziehung zum Polizeihilfsdienst angehe, so müsse es der Hauptabteilung möglich sein, jeweils Ersatzmänner für die Eingezogenen zu stellen, ohne deren Tätigkeit die Räumungsaufgaben nicht durchgeführt werden könnten.

Generalleutnant Höring weist darauf hin, daß in das Hilfspolizeischützenbataillon vereinbarungsgemäß nur diejenigen Männer eingestellt seien, die entbehrlich seien.

Da einige Hauptabteilungspräsidenten dieser Behauptung widersprechen, beauftragt der Herr Generalgouverneur Landesinspekteur Schalk, die Frage des Polizeihilfsdienstes nunmehr einer endgültigen Klärung zuzuführen.

Präsident Professor Dr. Teitge berichtet über die Räumungsmaßnahmen im Bereiche der Hauptabteilung Gesundheitswesen und teilt mit, daß es gelungen sei, schon jetzt eine gewisse Auflockerung herbeizuführen, die deutschen Kranken aus den Krankenhäusern herauszubringen. Es sei seine Absicht, die Gesundheitskammer nach Breslau zu verlegen.

Präsident Gerteis wirft die Frage auf, ob und in welchem Umfange polnische Bedienstete der Ostbahn gegebenenfalls im Gefolge der deutschen Verwaltung zurückgenommen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß er mit Staatssekretär Stuckart über die Frage gesprochen und dieser sich damit einverstanden erklärt habe, daß Polen, die jahrelang im deutschen Interesse gearbeitet hätten, genau so behandelt werden könnten wie die Deutschen.

5/3

26.7.1944

Präsident Gerteis geht auf die Frage des Polizeihilfsdienstes ein und macht dabei darauf aufmerksam, daß die Ostbahnverwaltung auf die bei deutschen Unternehmern beschäftigten zahlreichen Kräfte besonders im Hinblick darauf, daß polnische Ostbahnbedienstete jetzt schon vielfach ihren Dienst verliessen, angewiesen sei, und deshalb für ihre Zurückziehung vom Polizeihilfsdienst gesorgt habe. - In diesem Zusammenhang erwähnt Präsident Gerteis die Tatsache, daß nunmehr sämtliche Baudienstmänner ihre Arbeitsstellen bei der Ostbahn verlassen hätten. Ein weiteres Problem ergebe sich für die Ostbahn daraus, daß jetzt zahlreiche Ostbahner aus den Ostgebieten ins Generalgouvernement kämen ohne jegliches Gepäck, und daß für sie in irgendeiner Weise gesorgt werden müsse.

Präsident Dr. Lauxmann teilt mit, daß das Postscheckamt Warschau nach Breslau verlegt worden sei und für den Zahlungsverkehr innerhalb der Dienststellen des Generalgouvernements zur Verfügung stehen werde. Er habe angesichts der übermässigen Inanspruchnahme der Post eine Post- und Telefonsperre für die Nichtdeutschen angeordnet.

Präsident Dr. Eichholz erklärt sich ebenfalls mit den Räumungsmaßnahmen des Präsidenten Dr. von Craushaar einverstanden. Für die Verlegung der beiden Oberschulen sei bereits Vorsorge getroffen. Wieweit hier ein besonderer Transport notwendig sei, müsse noch geprüft werden, da ja viele Kinder mit ihren Müttern bereits Krakau verlassen hätten. Die volksdeutschen Kinder der Distrikte Warschau und Radom seien zum Teil in Litzmannstadt untergebracht, sie würden jedenfalls sämtlich geschlossen wieder neu eingeschult.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff gibt die letzten Meldungen über den Stand der Räumung im Ostteil des Distrikts Krakau bekannt. Weiter bitte er darum, dafür Sorge zu tragen, daß man die Trecks der Volksdeutschen aus Galizien nicht anhalte, die Wagen wegnehme und die Männer der Wehr-

macht zur Verfügung stelle. Vor allen Dingen müsse es möglich gemacht werden, daß die Frauen abtransportiert würden. Im übrigen sei die Lage im Distrikt Krakau verhältnismässig ruhig.

Präsident Wille wirft die Frage auf, ob und inwieweit im Zuge der Räumungsaktion die Tätigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften eingestellt werden solle. Schwierigkeiten ergäben sich angesichts der z.Zt. vorhandenen Transportverhältnisse für eine Räumung der Strafanstalten. Für die Bewachung der abzutransportierenden Häftlinge ständen nur geringe Kräfte der Ordnungspolizei zur Verfügung. - Weiter weist Präsident Wille darauf hin, daß es für den Abtransport des Dienstgutes der Hauptabteilung Justiz an Kisten fehle. Auch bedürfe die Frage einer Regelung, welche Angehörigen der Justizverwaltung zum Polizeihilfsdienst eingezogen werden könnten.

Notar Gutbrod bittet den Herrn Generalgouverneur, jemanden zu bestimmen, der über die Benzinvorräte verfügt. Bisher werde der Treibstoff von der Mineralölvertriebsgesellschaft ausgegeben. Auch werde es zweckmässig sein, die vorhandenen Kraftwagen in einigen Großgaragen unterzubringen. Weiter werde man dafür sorgen müssen, daß für jeden Lastkraftwagen, der von einem polnischen Chauffeur gefahren werde, ein deutscher Begleitmann zur Verfügung gestellt werde. Für diesen Dienst könnten zum Polizeihilfsdienst eingezogene Männer bereitgestellt werden.

Generalleutnant Höring spricht sich ebenfalls für eine Zusammenfassung der Kraftwagen aus, will aber für jede Hauptabteilung eine Persönlichkeit bestimmt wissen, die verantwortlich den Einsatz der Fahrzeuge leitet, damit der wilden Fahrerei auf den Strassen Einhalt geboten werden kann.

IX/8

1/4

26.7.1944

Präsident Struve hat gegen die Vorschläge des Präsidenten Dr. von Craushaar nichts einzuwenden. Von seiner Dienststelle könne nur ein Vorkommando nach Schreiberhau gehen. Mit der Polizei sei wegen des Polizeihilfsdienstes ein Übereinkommen dahingehend erzielt worden, daß grundsätzlich von den geringen Kräften der Arbeitseinsatzverwaltung keine Männer zum Polizeihilfsdienst herangezogen würden. Die in den Distrikten Galizien und Lublin freigewordenen Männer müßten in den Kampfzonen eingesetzt werden. Die Lager in Lemberg und Lublin hätten nicht rechtzeitig abgebaut werden können.

Bis zu einem gewissen Zeitpunkt hätten die Polen diszipliniert gearbeitet. Die Zusicherung einer Mitnahme bei Gefahr habe sich auf die Arbeitsdisziplin gut ausgewirkt. Wenn aber das Gefahrenmoment sehr stark geworden sei, seien die Arbeitskräfte plötzlich verschwunden. An der San-Stellung habe man nicht viel machen können, dagegen sei die Zuführung von Arbeitskräften im Distrikt Radom für den Ausbau der Weichsel-Stellung groß. Die Rückführung der Wehrfähigen, die von allen Seiten gefördert werde, um das Rüstungspotential der Bolschewiken auch menschenmässig zu schwächen, sei schwierig. Mit der Heeresgruppe sei vereinbart, im Rahmen des Möglichen alles zu tun.

Präsident Dr. von Craushaar weist hier darauf hin, daß dem polnischen Hauptausschuß erklärt worden sei, daß die in deutschen Diensten arbeitenden Fremdvölkischen samt ihren Familien mitgenommen würden.

Generalarbeitsführer Hinkel weist darauf hin, daß in der Nacht vom 24. zum 25. Juli wie auf Befehl fast alle Baudienstmänner (20 000) geflüchtet seien. Z.Zt. stünden noch etwa 4 500 Männer im Einsatz. Die Rückführung der Baudienstmänner aus Galizien und Lublin habe wegen Transportmittelmangel nicht geklappt. Über den Einsatz am San lasse sich nichts sagen, da keine Verbin-

dung nach dort herzustellen sei.

Regierungskommissar Dr. Heuber erklärt, daß die Hauptgruppen der Zentralkammer an die Hauptabteilungen gebunden seien. Die Haupttätigkeit liege z.Zt. in der Erteilung von Auskünften. Bei der Auflockerung von Lagern verübten die polnischen Arbeiter in zunehmendem Masse Sabotage oder räumten die Maschinen, die für einen Abtransport bestimmt seien, weg.

Präsident Dr. von Craushaar ersucht die Hauptabteilungspräsidenten, sofort in die Prüfung der Frage einzutreten, welche Abteilungen verlagert werden könnten, da bereits am Sonntag früh der Abzug beginnen würde. Täglich um 16^{00} Uhr finde im kleinen Sitzungssaal der Regierung eine Lagebesprechung statt.

Staatssekretär Koppe gibt einen Überblick über die noch zur Verfügung stehenden Polizeikräfte. Man verfüge z.Zt. noch über 1 Polizeibataillon in Warschau und 2 Wachbataillone. Angesichts dieser Lage müßte der Polizeihilfsdienst verstärkt werden. Jeder freiwerdende Mann müsse zum Polizeihilfsdienst herangezogen werden. Auch die Leute aus Galizien und Lublin würden dafür dringend benötigt; zu ihrer Erfassung werde man an den Bahnhöfen Auffanglager errichten. Der letzte zur Verfügung stehende deutsche Mann müsse gegenüber den Polen als Aufsichtsperson in Erscheinung treten.

Die Gefangenenabtransporte seien Sache der Ordnungspolizei. Wenn man aber dafür die wenigen noch vorhandenen Kräfte hernehme, gehe das auf Kosten der Sicherheit. Vielleicht sei es doch das kleinere Übel, daß man bei zusammengestellten Transporten auch Schwerverbrecher mitnehme und sie später umleite.

3/4

26.7.1944

Bezüglich der allgemeinen Lage sei durch V-Männer gemeldet worden, daß London den Befehl gegeben habe, den Aufstand zu starten. Die Meldungen seien zwar noch unklar, aber mit der Möglichkeit eines Aufstandes müsse jederzeit gerechnet werden.

SS-Oberführer Bierkamp unterstützt den vom Gouverneur von Warschau geäusserten Wunsch, einen Abbau der Rüstungsindustrie in der Stadt Warschau nicht vorzunehmen. Für die Situation in Warschau sei es von ungeheurer Wichtigkeit, daß die Polen ruhig ihrer Arbeit nachgingen und nicht durch den Abbau von Betrieben auf die Strasse gedrängt würden.

Der Herr Generalgouverneur verweist in seinen Schlußworten darauf, daß nunmehr keine Aufbauarbeit geleistet werden könne. Durch den Ausfall der in Galizien und Lublin sehr gut stehenden Ernte würden mindestens 800 000 to Getreide verloren gehen. Für die Führung des Generalgouvernements sei dies sehr schmerzlich.

An diesem Wendepunkt sei es ihm ein Bedürfnis, allen seinen Mitarbeitern für die während der vergangenen 5 Jahre geleistete ausgezeichnete und für das Reich segensreiche Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Er erwarte, daß die heute besprochenen Maßnahmen in Ruhe und Würde durchgeführt würden. Eine historisch einmalige Situation sei insofern eingetreten, als sich die Regierung im Generalgouvernement selbst schützen müsse, da die Polizei mit ihren Kräften dazu zu schwach sei. Die Polizeiführung des Generalgouvernements habe aber nichts unversucht gelassen, um genügend Kräfte für ihre Aufgaben zur Verfügung zu erhalten. Die schwierige Frontlage habe sie aber gezwungen, Regimenter abzugeben.

Die Aufrechterhaltung der gesamten Regierung und ihrer Dienststellen werde selbstverständlich erst bei zunehmender Verhärtung der Position zu klären sein. Für den endgültigen Abbau der jetzt nicht mehr tätigen Di-

striktsinstanzen bestimme er einen Zeitraum von einem Viertel Jahr. Alle jetzt frei werdenden Dienststellen würden nicht aufgelöst, die Angehörigen jedoch in die Sicherheitsorgane eingereiht, und nur ein kleiner Verwaltungsstab belassen. Für den Ausbau der San-Weichsel-Stellung komme es nicht nur darauf an, daß das Generalgouvernement seine Hilfe zusage, sondern daß überhaupt noch die Möglichkeit gegeben sei, an diesen Stellungsabschnitt Arbeitskräfte und Material hinzuleiten. Er müsse daher feststellen, daß der Auftrag zum Ausbau der Weichsel-San-Stellung der Regierung in einem Augenblick erteilt worden sei, in dem er die Verantwortung für den Ausbau feierlich ablehnen müsse. Der gute Wille sei zwar vorhanden und er glaube auch, daß in Auswirkung der Führerbefehle vom Vortage sich die militärische Lage bessern werde.

Von seinen Mitarbeitern müsse er absoluten Siegglauben und beispielhaftes Verhalten verlangen.

13[00] Besprechung mit Direktor Ronstedt von den Flugzeugmotorenwerken in Reichshof in Anwesenheit der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple und des SS-Oberführers Bierkamp.

Direktor Ronstedt gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die von ihm durchgeführten Räumungsmaßnahmen. Leider habe man von den 750 wertvollsten Maschinen nur 220 evakuieren können, obwohl er mit seinen Männern bis zum letzten Augenblick an Ort und Stelle gearbeitet habe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Direktor Ronstedt für sein vorbildliches Verhalten Dank und Anerkennung aus. Angesichts der geschilderten Umstände sei sein Handeln richtig gewesen, obwohl er den Befehl des Chefs der Rüstungsinspektion General Schindler nicht ganz befolgt habe, da er für das Leben von 400 deutschen Menschen verantwortlich gewesen sei.

5/4

26.7.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht Direktor Ronstedt zum Schluß, ihm eine Abschrift seines für den Jägerstab zu erstellenden Berichtes zuzuleiten.

13^{30} Besprechung mit General Schindler in Anwesenheit der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple, des Generalleutnants der Polizei Höring und des SS-Oberführers Bierkamp.

Staatssekretär Dr. Boepple führt aus, daß für Warschau bisher die Parole der Weiterarbeit und der Durchführung einer Lähmung im letzten Augenblick gegolten habe. Nun habe aber General Schindler den Räumungsbefehl erteilt. Der Gouverneur befürchte, daß dadurch grössere Unruhen unvermeidlich würden.

General Schindler erwidert, daß trotz des Befehls einer Teilräumung die Arbeit so weitergeführt werden könne, daß die Arbeiter beschäftigt seien und sich nicht auf der Strasse aufhalten könnten. Eine Erhöhung der Löhne müsse aber zusätzlich eintreten. Nur für die Rüstung im Reich unentbehrliche Maschinen würden vorläufig abtransportiert.

Der Herr Generalgouverneur ersucht General Schindler, die Räumungsmaßnahmen in Warschau so durchführen zu lassen, daß keine Unruhe unter der Bevölkerung eintrete.

14^{05} Besprechung mit den Staatssekretären Koppe und Dr. Boepple.

26.7.1944

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Drescher vom Stabe der Heeresgruppe Harpe.

Oberst Drescher überbringt dem Herrn Generalgouverneur die Grüsse des Generalobersten Harpe und des Generals Xylander. Beide Generäle wollen bei nächster Gelegenheit dem Herrn Generalgouverneur ihre Aufwartung machen.

Oberst Drescher berichtet, daß General Xylander gestern im Führerhauptquartier gewesen sei: Die Lage sei im allgemeinen durch eine ungewöhnliche Stärke der russischen Truppen an allen Teilen der Front gekennzeichnet. Die Ungarn hätten bei Stanislau völlig versagt und befänden sich in voller Auflösung. Z.Zt. sei die Lage in diesem Winkel Galiziens völlig ungeklärt. Der Führer habe genehmigt, daß Lemberg aufgegeben werde und daß sich die in und um Lemberg versammelten deutschen Truppen geordnet auf eine Linie zurückzögen, die etwa nördlich bezw. nordöstlich an die ungarische Front anschliessend das gesamte Ölgebiet bei Drohobycz innerhalb des deutschen Machtbereiches lasse, und daß sie sich dann bemühen sollten, den San wiederzubekommen. Vor dem San-Weichsel-Knie solle sich dann ein grosser Brückenbogen erstrecken, nach Osten beiderseits an den San angelehnt. Zu diesem Zweck würden sich auch die im Distrikt Lublin noch vorhandenen Truppenverbände der Heeresgruppe auf diese Brückenköpfe östlich Weichsel-San zurückziehen. Die Lage erschwere sich durch die grosse Stärke des Einbruchs der Russen im Gebiet des Distrikts Krakau, der z.Zt. noch ungeklärt sei, da höchstens eine einzige Division diesen vorschreitenden Panzerarmeen gegenübergestellt werden könne. Indessen würden jetzt 7 neue Divisionen der Heeresgruppe zugefügt, die in diesen Tagen anzurollen begännen. Das seien hervorragende Divisionen mit voller Panzerung und Motorisierung, unter ihnen befinde sich auch die Division Großdeutschland.

26.7.1944

Der Eindruck, den das Oberkommando des Heeres jetzt mache, sei völlig anders. General Guderian habe alle Fäden fest in der Hand und werde mit aller Energie in der Richtung einer Verstärkung des deutschen soldatischen Kampfgeistes arbeiten.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es überall bei den beschlossenen und vereinbarten Räumungsmaßnahmen bleiben soll, beantwortet Oberst Drescher dringendst mit ja.

Generaloberst Harpe wird in den nächsten Tagen mit seinem Sonderzug nach Krakau kommen; für diesen Fall stellt der Herr Generalgouverneur dem Generalobersten und seinem Adjutanten Wohnungen auf der Burg zur Verfügung.

Oberst Drescher will das dem Generalobersten sofort mitteilen.

Abschliessend teilt Oberst Drescher noch mit, daß die Zielrichtung des russischen Vormarsches noch unbekannt sei. Es sei aber zu vermuten, daß der Russe entsprechend seiner Gesamthaltung von Reichshof nicht nach Westen in Richtung Krakau sofort weiterstossen, sondern versuchen werde, nach Süden abzubiegen, um die Beskidenlinie in Richtung auf die ungarische bezw. slowakische Grenze abzuschneiden. Sobald hierüber genaue Nachrichten vorlägen, werde neu Meldung gemacht werden.

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kreishauptmann Becker-Brzezany in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Als Verbindungsmann zur Heeresgruppe Nord-Ukraine berichtet Kreishauptmann Becker von den militärischen Ereignissen an der Galizienfront.

26.7.1944

16.40 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur gibt den beiden Herren Kenntnis von dem Inhalt der Besprechung, die er mit Oberst Drescher gehabt hat. Er geht dann auf die Frontlage und die sich aus ihr für das Generalgouvernement ergebenden Folgen ein. Er hebt dabei insbesondere hervor, daß durch die Heranführung von 7 neuen bestens ausgerüsteten Divisionen die Lage wesentlich gebessert werden könne. Gleichwohl werde das von keinem Einfluß auf die bisher getroffenen Räumungsmaßnahmen sein.

18.00 Der Herr Generalgouverneur empfängt den Regierungspräsidenten Dargel in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist der auf Grund eines Führerbefehls von Reichsminister Speer dem Gauleiter Koch erteilte Auftrag für den Ausbau der Stellungen im Gesamtbereich der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Model.

18.10 Besprechung mit Regierungspräsidenten Dargel, NSFK-Obergruppenführer Oppermann und Kreisleiter Wagner in Gegenwart der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß er sich bereits mit Regierungspräsident Dargel über die Einzelheiten des dem Gauleiter Koch erteilten Auftrages unterhalten habe. Selbstverständlich könne dieser Auftrag nicht in der Form durchgeführt werden, wie er dem Wortlaut entspräche, daß dem Gauleiter Koch alle Vollmachten gegenüber sämtlichen zivilen Dienststellen des Generalgouvernements erteilt würden. Generalfeldmarschall Keitel habe ihm auch versichert, daß der Auftrag nicht so verstanden werden dürfe. Er, der Generalgouverneur, halte es deshalb für selbstverständlich, daß z.B. Anordnungen für die Kreishauptmänner nicht von einer

des Gauleiters Koch ausgingen, sondern von Dienststellen des Generalgouvernements.

Regierungspräsident Dargel befürchtet nicht, daß es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommen werde. Das zeige schon die Tatsache, daß er bisher mit Gouverneur Dr. Fischer in bestem Einvernehmen zusammengearbeitet habe. Es werde sich allerdings nicht vermeiden lassen, daß dem einen oder anderen Kreishauptmann unmittelbar ein Befehl gegeben werde.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß der Apparat einer Kreishauptmannschaft sofort funktioniere, wenn der Gouverneur einen Befehl gebe. Die Dienststellen des Gauleiters Koch brauchten deshalb keinen eigenen Befehls- oder Verordnungsapparat. Im übrigen werde sich der Stellungsbau so vollziehen können, daß man einfach in die Gesamtposition und Möglichkeiten eintrete, die bisher SS-Obergruppenführer Koppe gegeben habe. Er werde z.B. dem Gouverneur Dr. Fischer mitteilen, daß von nun an an die Stelle des SS-Obergruppenführers Koppe für den Abschnitt der Weichsel-Linie als Vertreter des Gauleiters Koch der NSFK-Obergruppenführer Oppermann getreten und nach der Aussprache mit Regierungspräsident Dargel alle Fragen restlos geklärt seien. Aufgabe des Obergruppenführers Oppermann werde es sein, in der gleichen Weise, wie es bisher durch SS-Obergruppenführer Koppe geschehen sei, die gesamten Kräfte für den Stellungsbau zu mobilisieren und möglichst schnell an die Baustellen heranzubringen. Die Kreishauptmänner würden verpflichtet werden nur Weisungen, die ihnen im Einvernehmen mit dem Gouverneur gegeben würden, zu befolgen.

Krakau

Donnerstag, den 27. Juli 1944

10^{35} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Auf die Mitteilung des Rechtsrats Dr. Hammerle, daß 700 zum Sonderdienst neu eingezogene Männer auf Wunsch der Wehrmacht in den Bereich des Wehrkreises VIII verlegt werden sollten, ersucht der Herr Generalgouverneur Rechtsrat Dr. Hammerle, diese Sonderdienstmänner auf einem Truppenübungsplatz im Bereich des Generalgouvernements unterzubringen. Auch andere Einheiten des Sonderdienstes müßten jetzt im Generalgouvernement verbleiben. Er erkläre sich in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar bereit, eine entsprechende Regelung in Form einer Verordnung festzulegen.

Auf eine Bitte des Rechtsrats Dr. Hammerle erteilt der Herr Generalgouverneur ihm die Genehmigung, die Uniform des Sonderdienstes anzulagen und ihn zum Oberstleutnant zu ernennen, auch eine diesbezügliche Urkunde zu unterzeichnen.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kreishauptmann Dr. Eisenlohr-Przemysl.

Kreishauptmann Dr. Eisenlohr erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die Lage in Przemysl, wie sie sich kurz vor dem Verlassen der Stadt durch die Deutschen gestaltet hat.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer in Gegenwart des Regierungskommissars Dr. Heuber.

2

27.7.1944

11.40 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, damit einer Gerüchtemacherei und einer Panikstimmung in der Bevölkerung entgegengetreten werden kann.

Staatssekretär Dr. Boepple teilt mit, daß ein entsprechender Erlaß vorbereitet worden sei.

Im Anschluß an diese Besprechung beraumt der Herr Generalgouverneur für den Nachmittag eine Versammlung der deutschen Belegschaft der Burg zu Krakau an.

11.55 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur teilt den Herren mit, daß er für die Belegschaft der Burg eine Versammlung anberaumt habe, um ihr einige beruhigende Worte zu sagen und dem Aufkommen einer Panikstimmung entgegenzuwirken. Er weise Staatssekretär Dr. Bühler an, für die Gefolgschaft der Regierung ebenfalls Versammlungen einzuberufen. Weiter ordne er an, daß die Krakauer Zeitung sofort in den Dienst dieser Sache gestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann Anweisung für die weitere Durchführung der Räumung. Er verfügt, daß jeder Abtransport von Gütern mit LKW bis auf weiteres eingestellt wird.

Zu dieser Besprechung werden dann Oberdienstleiter Tießler und Pressechef Gassner hinzugezogen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die Krakauer Zeitung bisher nichts unternommen habe, um der jetzt in Krakau auftretenden starken Gerüchtemacherei entgegenzutreten, und weist Pressechef Gassner an, dafür zu sorgen, daß am nächsten Tage in der Krakauer Zeitung schärfstens gegen diese

Gerüchtemacherei Stellung genommen wird. Er werde auch von sich aus gegen dieses Unwesen mit allen Mitteln einschreiten und die Strafverfolgungsbehörden anweisen, solche Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung schärfstens zu ahnden.

Es werden dann noch verschiedene Räumungsfragen besprochen und dabei auch zu der Frage Stellung genommen, was von privatem Gut, von Hausrat, Geschirr usw. nach dem Reich verschickt werden dürfe. Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, darüber eine Verfügung zu erlassen.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Stabsführer Möckel von der Reichsjugendführung in Gegenwart des Oberdienstleiters Tießler und des Hauptbannführers Schimmelpfeng.

In der anschliessenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur Stabsführer Möckel einen Überblick über die z.Zt. im Generalgouvernement herrschenden Verhältnisse.

12^{50} Besprechung mit Stadthauptmann Dr. Krämer.

Der Herr Generalgouverneur weist Stadthauptmann Dr. Krämer an, unverzüglich die deutsche Gefolgschaft der Stadtverwaltung zusammenzurufen, und ihr bekannt zu geben, daß jegliche Gerüchtemacherei nach Kriegsrecht bestraft werden würde.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Graf Potocki in Anwesenheit des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff.

Der Herr Generalgouverneur unterhält sich mit Graf Potocki über die gegenwärtige Lage und gibt dabei seinem festen Glauben Ausdruck, daß die Polen als wertvolles Volkstum für die zukünftigen europäischen Aufgaben einen wertvollen Beitrag zu leisten im Stande sind.

27.7.1944

15[15] Im Königssaal der Burg zu Krakau richtet der Herr **Generalgouverneur** an die versammelte deutsche Belegschaft der Burg folgende Ansprache:

Ein hier auf der Burg beschäftigter Mann hat, wir mir gemeldet wurde, eine ganz unglaubliche Bemerkung gemacht. Er hat nämlich erzählt, daß 5 000 russische Panzer im Anmarsch auf Krakau seien, daß sie in 2 bis 3 Stunden dort eintreffen würden usw. Ich wollte Euch deshalb allen Ernstes sagen, daß ich, wenn ein solches sinnloses Geschwätz verbreitet wird, das nach Kriegsrecht ahnden lassen werde. Ich werde nicht davor zurückschrecken, einen solchen Burschen innerhalb von 3 Stunden erschiessen zu lassen.

Ich mache Euch darauf aufmerksam, daß wir der Vortrupp Deutschlands sind und daß jeder an seiner Stelle angesichts des Ernstes der kriegerischen Auseinandersetzungen seine Pflicht zu erfüllen hat. Gerade Ihr hier auf der Burg seit in ganz besonderem Masse verpflichtet, einen geistig-seelischen Vortrupp dieses Ringens zu bilden.

Wie sich die Lage im Osten entwickeln möge, sie wird in jedem Falle gemeistert werden. Krakau wird nie und nimmer in die Hände des Feindes fallen.

Andererseits ist es mir aber auch eine angenehme Pflicht, Euch in der Allgemeinheit für die Treue und selbstlose Hingabe zu danken. Ich habe wirklich keinerlei Tadel auszusprechen. Ihr werdet wissen, welche Verantwortung gerade in diesem Augenblick auf mir liegt und welche ungeheuren Pflichten wir zu erfüllen haben. Wenn Ihr an die Heimat, an die zusammengebombten Städte denkt, wenn Ihr daran denkt, welche Verantwortung nunmehr auf den maßgebenden Männern der Wehrmacht und des Reiches lastet, so ist das, was wir hier zu tragen haben, nur ein kleiner Ausschnitt aus dem gemeinsamen Pflichten-

kreis, der über allen deutschen Männern und Frauen liegt. Wir haben uns hier im Generalgouvernement ein Nebenland aufgebaut, in dem es bis jetzt noch möglich war, ein verhältnismässig normales Leben zu führen. Wieweit das in Zukunft noch möglich sein wird, weiß ich nicht. Ich hoffe aber, mich auf Euch ganz besonders verlassen zu können. Von der Burg muß eine Woge der Entschlossenheit und des Glaubens hinausflammen. Auch wenn Ihr untereinander seit, dürft Ihr nicht sinnlos mismachen und eine Panikstimmung verbreiten. Ich habe mit Absicht die Frauen und Kinder aus diesem Land in die Heimat zurückführen lassen, und zwar nicht etwa, weil Gefahr für sie bestanden hat, sondern weil ich den Platz für die mir jetzt auf dem Gebiet der Wehrmachtsversorgung und andere kriegswichtigere Geschehnisse gestellten Aufgaben brauche. Ich will Euch hier sagen, daß gewaltige deutsche Heereskräfte im Anmarsch sind, daß viele der besten Divisionen sich im Anrollen auf das Generalgouvernement zu bewegen und bereits seit gestern ausgeladen werden, daß also keinerlei Anlaß für irgendeine Form von Angst oder Sorge gegeben ist. Ich wünsche daher, daß Ihr auch den Kopf aufrecht haltet und daß in Eurer Haltung wirklich ein Vorbild gesehen werden kann.

Ihnen, Herr Dr. Meidinger, mache ich es zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß die gesamte Belegschaft der Burg in dieser Beziehung ein absolutes Vorbild in Haltung, Klarheit und Glauben ist. Der totale Krieg beginnt. Wenn die deutsche Wehrmacht in diesem Zeitpunkt mit der Anspannung des gesamten deutschen Volkes den schwersten Ansturm aller Weltmächte an allen Fronten abwehrt, dann sind wir in diesen Abwehrkampf mit einbezogen. Wenn es nicht gelänge, diesen Abwehrkampf zu bestehen, dann würden diejenigen, die heute Panik machen, die mismachen und die, weiss Gott, welches Geschwätz herumtragen, als

erste unter die Knute der Bolschewisten fallen; denn die walzen alles nieder, vernichten jede Freiheit und jedes Menschenglück. Nur darum geht es, ob wir überhaupt noch in einer Form von Freiheit, Ehre und Selbstbestimmung unsere Zukunft meistern können, oder ob wir in die Hand des bolschewistischen Massenmördertums fallen.

Ich bin mit Eurer Haltung durchaus zufrieden. Erfüllt weiterhin brav Eure Pflicht. Aber das allein genügt jetzt nicht mehr. Ich muß von Euch zusätzlich verlangen, daß Ihr Euch als Burgbesatzung absolut treu und als Glaubensvorkämpfer untereinander und anderen gegenüber verhaltet. Ich werde jeden Verstoß nach Kriegsrecht ahnden.

Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs I. Staatsanwalt Dr. Meidinger, richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Wir alle, die wir hier versammelt sind, sind uns des Ernstes der Lage und der besonderen Pflichten, die sich daraus ergeben, bewußt. Wir ~~aber~~ sind auch von der Überzeugung durchdrungen, daß es unserer Wehrmacht gelingen wird, schon in kurzer Zeit eine Änderung der Lage herbeizuführen. Für den Geist des Defaitismus ist in unseren Reihen kein Raum. Ich werde, wenn ich ihn antreffen sollte, gemäß dem Befehl, den Sie, Herr Generalgouverneur, heute gegeben haben, ihm aufs schärfste entgegentreten. Ich bitte, aus dem Einzelfall nicht die Schlußfolgerung zu ziehen, daß dieser Geist schon in weiteren Kreisen unserer Gefolgschaft Platz gegriffen hat. Herr Generalgouverneur, Sie sollen sich auf Ihre Gefolgschaft in diesen ernsten und schweren Stunden verlassen können.

15^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann, Präsident Dr. Eichholz, Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Amtsgerichtsrat Dr. Reber und Referent von Palézieux.

(Das Protokoll hat Dr. Meidinger geführt)